

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

53. Sitzung

Hannover, den 21. Juni 2000

Inhalt:

Zur Tagesordnung:

Frau Pothmer (GRÜNE)	5044
Möhrmann (SPD)	5044
Schünemann (CDU)	5044

Tagesordnungspunkt 18:

Niedersachsen - Eine starke Region in Europa - Das neue Niedersachsen gestalten - Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und Aussprache -

Unterrichtung - Drs 14/1706.....	5045
Gabriel, Ministerpräsident	5045, 5058
Wulff (Osnabrück) (CDU)	5060, 5066, 5068
Schröder (GRÜNE)	5067
Plaue (SPD)	5072
Frau Harms (GRÜNE)	5082

Tagesordnungspunkt 17:

Dringliche Anfragen	5086
----------------------------------	------

b) Allianz von örtlichem Sozialhilfeträger, Berufsbetreuerin, Vormundschaftsgericht und Pflegekasse im Landkreis Uelzen zur Abschiebung einer 100-jährigen Frau in Pflegeheim - Anfrage

der Fraktion der SPD - Drs. 14/1702	5086
Voigtländer (SPD)	5086, 5089
Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales	5087 bis 5091
Groth (SPD)	5089
Frau Elsner-Solar (SPD)	5090, 5090
Frau Groneberg (SPD)	5090, 5091
Schwarz (SPD)	5090
Bachmann (SPD)	5091

c) Verunreinigtes Saatgut durch gentechnisch veränderten Raps - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1705	5092
Klein (GRÜNE)	5092, 5094, 5095
Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5092 bis 5096
Frau Litfin (GRÜNE)	5093
Wojahn (CDU)	5094
Frau Steiner (GRÜNE)	5094, 5096
Schröder (GRÜNE)	5095
Ehlen (CDU)	5095
Wenzel (GRÜNE)	5096

Tagesordnungspunkt 19:

3. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1685 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1698 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1707	5096
Ausschussüberweisung	5096

Tagesordnungspunkt 21:

Zweite Beratung:

Digitalfernsehen für alle - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1324 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs. 14/1668	5097
Behr (CDU)	5097
Frau Harms (GRÜNE)	5098
Reckmann (SPD)	5099
Beschluss	5100
(Erste Beratung: 43. Sitzung am 28.01.2000)	

Tagesordnungspunkt 22:

Zweite Beratung:

Gemeinsame Filmförderung in den NDR-Staatsvertragsländern - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/703 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs. 14/1669.....5100

und

Tagesordnungspunkt 23:

Zweite Beratung:

Neue Akzente bei der Förderung der Medienwirtschaft in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1121 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs. 14/16705100

Frau Saalman (SPD).....5100
Pörtner (CDU).....5102
Frau Harms (GRÜNE)5104
Beschluss5104

(Erste Beratung zu TOP 22: 26. Sitzung am 05.05.1999
zu TOP 23: 36. Sitzung am 11.11.1999)

Tagesordnungspunkt 24:

Zweite Beratung:

"Virtuelle Hochschulen" in Niedersachsen - Multimediachancen für Lehre, Forschung und Studium nutzen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/449 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 14/16945105

Frau Trost (CDU)5105, 5109
Frau Saalman (SPD).....5106
Golibrzuch (GRÜNE)5108
Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur5109
Frau Mundlos (CDU)5110

Beschluss5110
(Erste Beratung: 20. Sitzung am 21.01.1999)

Tagesordnungspunkt 25:

Zweite Beratung:

a) Besteuerung von Veräußerungsgewinnen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1481 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1512 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1513 - **b) Steuerreform: einfacher, gerechter, niedriger** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1581 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/1695.5111

Möhrmann (SPD)5111
Dinkla (CDU)5112
Golibrzuch (GRÜNE)5114
Aller, Finanzminister5115

Beschluss5116
(Erste Beratung zu a: 47. Sitzung am 30.03.2000
zu b: 50. Sitzung am 11.05.2000)

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Nationalparke "Niedersächsisches Wattenmeer" und "Harz" - Nachhaltigen Naturschutz miteinander aktiv weiterentwickeln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/16555117

Inselmann (SPD).....5117, 5120, 5126
Jüttner, Umweltminister5120
Frau Pruin (CDU)5122, 5127
Frau Steiner (GRÜNE).....5124
Ausschussüberweisung.....5127

Tagesordnungspunkt 27:

Erste Beratung:

Förderung des Radverkehrs - "Masterplan Fiets" für Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/16575127

Wenzel (GRÜNE).....5127, 5134
Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr5129
Schirmbeck (CDU)5131
Biel (SPD)5133
Ausschussüberweisung.....5134

Tagesordnungspunkt 38:

Erste Beratung:

Einsetzung einer Enquete-Kommission zur künftigen Arbeit des Niedersächsischen Landtages am Beginn des 21. Jahrhunderts - Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/16785135

Schünemann (CDU)5135
Schröder (GRÜNE).....5136
Möhrmann (SPD)5138
Ausschussüberweisung.....5140

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Gabriel (SPD)	Staatssekretär Schneider, Staatskanzlei
Innenminister Bartling (SPD)	Staatssekretär Lichtenberg, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Aller (SPD)	
Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Merk (SPD)	Staatssekretärin Witte, Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)	
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels (SPD)	
Justizminister Dr. Weber (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltminister Jüttner (SPD)	
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff	

Beginn: 9.31 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 53. Sitzung im 23. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtags der 14. Wahlperiode.

(Unruhe)

Lassen Sie mich zu Beginn auf Folgendes hinweisen: Heute vor 30 Jahren, am 21. Juni 1970, begann die 7. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtags. Anders als heute, da die Wahlperiode mit dem Zusammentritt des Landtags beginnt, begann sie nach der damaligen Rechtslage mit dem Ende der Wahlperiode des alten Landtags. Die konstituierende Sitzung fand erst zweieinhalb Wochen später statt. Am 21. Juni, einem Sonntag, war das Ergebnis der Landtagswahl durch den Landeswahlausschuss noch nicht förmlich festgestellt und waren die gewählten Abgeordneten noch nicht offiziell von ihrer Wahl benachrichtigt worden. Vom Beginn der Wahlperiode wurde eigentlich keine Notiz genommen. Dennoch möchte ich dieses Datum heute kurz würdigen; denn es gilt, ein seltenes Jubiläum zu feiern.

Unser Kollege Ernst-Henning Jahn kann heute auf eine 30-jährige ununterbrochene Zugehörigkeit zum Landtag zurückblicken.

(Starker Beifall bei allen Fraktionen)

Wer es in diesem Hause 30 Jahre aushält, muss schon einen besonderen Charakter haben.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Auch die Beschäftigung mit bestimmten Themen bezeugt Kontinuität. Seine erste Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung am 9. März 1971 galt den Folgen der damals beabsichtigten Senkung der Pflichtstundenzahl für Lehrer.

(Heiterkeit)

Herr Jahn, ich gratuliere Ihnen im Namen des gesamten Hauses zu dem heutigen besonderen Ereignis sehr, sehr herzlich. Zugleich spreche ich Ihnen für diese andauernde und ausdauernde Mitwirkung meinen Dank und meine Anerkennung aus. Sie haben sich während fast der Hälfte Ihres bisherigen Lebens auf Landesebene politisch engagiert. Diesem Engagement vorangegangen ist

eine früh begonnene Tätigkeit in der Jugendverbands- und -vereinsarbeit. Es wurde begleitet von der Wahrnehmung einer Vielzahl von Funktionen im kommunalen Bereich.

Ihr Einsatz im Niedersächsischen Landtag gilt nach vergleichsweise kurzer Zugehörigkeit zum Ausschuss für Jugend und Sport nunmehr in der 7. Wahlperiode in Folge schwerpunktmäßig dem Aufgabenbereich des Ausschusses für innere Verwaltung. Seit 1978 gehören Sie darüber hinaus dem Ältestenrat an, seit 1990 kraft Ihres Amtes als Vizepräsident. In der zuletzt genannten Tätigkeit leiten Sie seit nunmehr zehn Jahren in jedem Tagungsabschnitt für einige Zeit die Beratungen des Plenums. Sie tun dies gelegentlich mit Nachsicht und Humor, wo nötig, auch mit Strenge, vor allem aber in jeder Situation in sicherer Kenntnis der Geschäftsordnung und mit einem hohen Maß an Souveränität. Damit erweisen Sie der Arbeit und dem Ansehen dieses Hauses einen wertvollen Dienst, für den ich Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen bei dieser Gelegenheit meinen herzlichen Dank sage.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Außer unserem Herrn Kollegen Jahn hat nur ein weiteres Mitglied dieses Landtags ebenfalls schon dem Landtag der 7. Wahlperiode angehört, nämlich der Abgeordnete Karl-Dieter Oestmann. Dass Sie, Herr Oestmann, heute nicht gleichermaßen ein rundes Jubiläum begehen können, liegt daran, dass Ihre Zugehörigkeit zum Landtag durch eine Auszeit in der 12. Wahlperiode unterbrochen wurde.

Was uns andere vier Dienstoldies, die Abgeordneten Jürgen Gansäuer, Horst Horrmann, Dr. Wolfgang Schultze und mich, angeht, so gibt es vielleicht ein anderes Mal Gelegenheit zur Erinnerung.

(Heiterkeit - Wulff (Osnabrück)
[CDU]: Sondersitzung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung folgende Anmerkungen; ich bitte Sie, aufmerksam zuzuhören, weil sich gegenüber dem ausgedruckten Plan einiges geändert hat:

Wir beginnen die heutige Sitzung, wie gestern beschlossen, mit Tagungsordnungspunkt 18 – Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Es folgen Punkt 17 - Dringliche Anfragen - und dann Tagungsordnungspunkt 19, und zwar die unstrittig-

gen Eingaben. Die Fraktionen sind übereingekommen, Tagungsordnungspunkt 20 - Chancengleichheit und Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung in Niedersachsen - im September zu behandeln, sodass die Beratung nach Tagungsordnungspunkt 19 mit Tagungsordnungspunkt 21 fortgesetzt wird. Nach Tagungsordnungspunkt 27 soll dann noch der ursprünglich für morgen vorgesehene Tagungsordnungspunkt 38, nämlich Einsetzung einer Enquete-Kommission zur künftigen Arbeit des Niedersächsischen Landtages am Beginn des 21. Jahrhunderts, behandelt werden.

Jetzt hat sich zur Geschäftsordnung Frau Kollegin Pothmer gemeldet.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beantrage hiermit für meine Fraktion nach § 66 Abs. 1 Nr. 1 unserer Geschäftsordnung die Ergänzung der Tagesordnung. Wir möchten die Tagungsordnung gern um einen Dringlichkeitsantrag ergänzen, der die Behinderung der Arbeit der Besuchskommission Hannover zum Thema macht.

Dieser Antrag ist deswegen dringlich, weil das Sozialministerium die Besuchskommission Hannover in einem Brief aufgefordert hat, unangemeldete Besuche nur noch dann vorzunehmen, wenn das unabweisbar ist, wenn es sich um begründete Ausnahmefälle handelt - und dies, obwohl das Psychisch-Kranke-Gesetz den Besuchskommissionen ausdrücklich die Möglichkeit eröffnet, dort, wo sie dies für angezeigt halten, nach eigenem Ermessen die Einrichtungen auch unangemeldet zu besuchen. Trotzdem hat eine Einrichtung der Besuchskommission den Zutritt verweigert, und zwar mit Hinweis auf ein Schreiben des Sozialministeriums.

Es steht jetzt zu befürchten, dass die Arbeit der Besuchskommission auch in den weiteren Wochen und Monaten nicht möglich sein wird, weil eventuell auch andere Einrichtungen diesem Beispiel folgen werden. Um die Arbeit der Besuchskommission weiterhin zu ermöglichen, ist es dringend notwendig, das Sozialministerium aufzufordern, dieses Schreiben zurückzunehmen

(Unruhe)

und die Träger der freien Wohlfahrtsverbände darüber zu informieren, dass dieses Recht der Besuchskommission besteht und dass sie mit den

Besuchskommissionen zusammenzuarbeiten haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Kollege Möhrmann.

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem das Urteil der Grünen in dieser Frage offenbar schon fertig ist, frage ich mich, warum wir das eigentlich noch auf die Tagungsordnung nehmen sollen.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Damit ihr das endlich auch beschließt!)

Aber es ist schon ein Thema, das durch einen Zeitungsartikel jetzt an die Öffentlichkeit gekommen ist. Wir tun gut daran, meine ich, in diesem Ausnahmefall - ich sage ausdrücklich: Ausnahmefall - der Sache nachzukommen. Wir schlagen vor, den Dringlichkeitsantrag am Donnerstag am Ende der Tagungsordnung zu behandeln.

(Frau Pawelski [CDU]: 19.40 Uhr?!)

Präsident Wernstedt:

Herr Schünemann!

Schünemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir unterstützen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es ist ein Thema, das die Menschen bewegt. Wir meinen, dass wir das auf jeden Fall dann so umsetzen können, wie Sie es vorgeschlagen haben.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, damit ist die Meinungsbildung abgeschlossen. Wer dafür ist, dass wir das Thema ergänzend auf die Tagungsordnung nehmen und an die letzte Stelle der Tagungsordnung morgen Abend setzen, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist so geschehen.

Die heutige Sitzung soll gegen 18 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch auf eine Veranstaltung hinweisen. Zu Beginn der heutigen Mittagspause

werden Sie im Rahmen der Auftaktveranstaltung zu der Kampagne „Alkohol – Verantwortung setzt die Grenze“ vor dem Plenarsaal von einer Samba-Gruppe abgeholt und musikalisch in das Foyer der Leinegaststätte begleitet, sofern Sie sich denn begleiten lassen möchten. Ich empfehle diese Veranstaltung Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst – bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr – wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen.

Schriftführerin Vogelsang:

Für heute haben sich entschuldigt von der Landesregierung der Herr Ministerpräsident Gabriel für heute Nachmittag, von der Fraktion der SPD die Abgeordnete Wiegel, von der Fraktion der CDU die Abgeordneten McAllister, Meier und Frau Zachow sowie der fraktionslose Abgeordnete Schwarzenholz.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 18 aufrufe, möchte ich noch eine Gruppe aus Südafrika begrüßen, die auf der Besuchertribüne Platz genommen hat und heute Nachmittag im Kirchenpavillon auf der EXPO eine südafrikanische Performance vortragen wird. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe nun auf

Tagesordnungspunkt 18:

Niedersachsen – Eine starke Region in Europa – Das neue Niedersachsen gestalten - Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und Aussprache - Unterrichtung - Drs 14/1706

Zunächst gibt der Herr Ministerpräsident die Regierungserklärung ab. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute vor zehn Jahren wurde Gerhard Schröder nach Hinrich Wilhelm Kopf, Georg Diederichs und Alfred Kubel vom Niedersächsischen Landtag zum

vierten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten unseres Landes gewählt.

(Busemann [CDU]: Das ist falsch!)

- Dass Sie schon bei meinen ersten Sätzen noch nicht einmal die Zahl vier akzeptieren, ist, so finde ich, ein bisschen übertrieben, Herr Busemann. Aber nur ein bisschen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann ja verstehen, dass Sie sich darüber ärgern, dass nicht das folgt, was Sie sich erhofft haben. Aber ein bisschen abwarten sollten Sie doch wohl. - Die Wahl Gerhard Schröders zum Ministerpräsidenten fiel in ein Jahrzehnt voller epochaler Umbrüche, die von kaum jemandem erahnt, sondern allenfalls erhofft wurden.

Das historisch-politisch herausragende Ereignis dieser letzten Dekade des vergangenen Jahrhunderts war die nahezu lautlose Implosion des in seinen Ausmaßen gigantischen, ökonomisch ineffizienten und innenpolitisch unbeweglichen Sowjetimperialismus. Gleichzeitig brach mit ungeheurer Wucht und einer bisher nicht gekannten Dynamik das Zeitalter der Globalisierung mit kaum absehbaren wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Auswirkungen an. Begriffe wie shareholder-value, Internet oder Bits und Bytes, die bis dahin lediglich im Expertenjargon zirkulierten, avancierten in kürzester Zeit zum allgemeinen Sprachgebrauch. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung sind Megafusionen, die immer häufiger die Schlagzeilen in den Nachrichtensendungen dominieren und fast immer mit dem Abbau von tausenden von Arbeits- und Ausbildungsplätzen verbunden sind. Peter Glotz umschrieb diese Entwicklung als "digitalisierten Kapitalismus".

Die Auswirkungen der geopolitischen und wirtschaftlichen, sich abzeichnenden epochalen Umbrüche waren zu Beginn der sozialdemokratischen Regierungszeit 1990 kaum absehbar. Für SPD und Grüne standen damals vor allem die Defizite und der soziale Stillstand der Vorgängerregierung im Mittelpunkt ihrer Politik. Die ersten Regierungsjahre waren deshalb davon gekennzeichnet, den von CDU und FDP zu verantwortenden Stillstand bei Bildung, sozialer und innerer Sicherheit zu beenden und Niedersachsen auf das Niveau anderer westlicher Bundesländer zu heben. In der zweiten Hälfte der 90er-Jahre standen dann die dramatisch veränderten finanziellen Rahmenbedingungen im Mittelpunkt der Landespolitik.

Haushaltskonsolidierung wurde zum Leitthema fast aller politischen Diskussionen hier im Landtag.

Meine Damen und Herren, natürlich werden Regierung und Opposition die vergangenen zehn Jahre und die Ergebnisse unterschiedlich bewerten. Wie sollte das auch anders sein. Es macht deshalb wenig Sinn, hier im Landtag allzu lange über diese Bewertungen zu diskutieren. Es gibt nun einmal Regierungs- und Oppositionsmeinungen. Festzuhalten bleibt aber auf jeden Fall: Kaum eine der vorangegangenen niedersächsischen Landesregierungen hatte auch nur ansatzweise vergleichbare Herausforderungen zu bewältigen, mit Ausnahme sicherlich der ersten Landesregierung unter Heinrich Wilhelm Kopf. Im Rückblick stelle ich fest: Die letzten zehn Jahre zu bewältigen – trotz dieser gewaltigen Umbrüche – war eine Meisterleistung für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben allen daran Beteiligten zu danken - allen voran meinen beiden Amtsvorgängern Gerhard Schröder und Gerhard Glogowski.

(Beifall bei der SPD)

Es ist aber heute nicht mehr in erster Linie unsere Aufgabe, die Vergangenheit der letzten zehn Jahre zu beurteilen. Das können wir getrost den Medien, Historikern oder am besten den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes überlassen. Unsere Aufgabe ist es, Antworten auf die Herausforderungen der kommenden zehn Jahre zu finden. Wir wollen die Zukunft gestalten, nicht aber die Vergangenheit bewältigen. Fragen, die für die Zukunft unseres Landes von erheblicher Bedeutung sind, sind erst in der letzten Woche und im letzten sowie im laufenden Jahr immer wieder von der Ministerpräsidentenkonferenz aller Länder in der Bundesrepublik beraten worden. Ich möchte Sie, das Parlament unseres Landes, heute über diese Debatte unterrichten und dabei die Positionen erläutern, die die Niedersächsische Landesregierung dabei einnimmt. Vor diesem Hintergrund werde ich auch deutlich machen, wo die Perspektiven und Chancen für unser Land liegen.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass in den kommenden zehn Jahren vor allem drei große Herausforderungen auf Niedersachsen zukommen:

Die erste Herausforderung besteht in der zunehmenden Europäisierung und Internationalisierung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die zweite Herausforderung betrifft die Stellung Niedersachsens bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland.

Die dritte Herausforderung besteht in den Aufgaben in Niedersachsen, die wir vor diesem Hintergrund der Entwicklung in Europa und in Deutschland zu bewältigen haben.

Meine Damen und Herren, die Debatte um die Green Card hat gezeigt, wie weit wir in der innerdeutschen politischen Kultur noch davon entfernt sind, die Bedeutung einer immer stärker werden Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu begreifen. Wenn wir mit den anderen Regionen der Welt, z. B. in Asien oder Nordamerika, in dieser Entwicklung mithalten wollen, gibt es zur weiteren Stärkung der Internationalität und damit vor allem Europas keine Alternative.

(Beifall bei der SPD)

Wer einmal in den großen Universitäten der Vereinigten Staaten gewesen ist, der wird feststellen, dass dort auch in den staatlichen Universitäten ein großer Teil der südostasiatischen Wirtschaftsvertreter mindestens ihr Postgraduierten-Studium absolvieren. Erfolgreiche Ingenieure und Manager erwerben und erweitern dort ihre wirtschafts- und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse. Die Besten davon bleiben in den Vereinigten Staaten, die anderen, ebenfalls exzellent ausgebildet, gehen zurück in die Unternehmen ihrer Heimatländer. Was glauben Sie wohl, in welche Richtung die ihre Unternehmen in Südostasien orientieren? Gewiss nicht nach Europa und Deutschland.

Meine Damen und Herren, wer sich als eine Exportnation wie Deutschland im weltweiten Wettbewerb befindet, der konkurriert auch weltweit um die besten Experten für Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft und Management. Es liegt im nationalen Interesse Deutschlands, dass diese Experten auch ihren Weg an deutsche Hochschulen und in die Führungsetagen der deutschen Wirtschaft finden können. Das gefährdet keine Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, sondern es sichert sie und schafft neue. Wer sich bei diesem internationalen Wettbewerb auf das Niveau von Provinzpolitikern stellt, wie es offenbar in Teilen des politischen Spektrums in Deutschland spätestens seit

dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen zum guten Ton gehört, der schadet dem nationalen Interesse Deutschlands

(Beifall bei der SPD)

und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land.

Wir müssen endlich lernen, unsere eigenen nationalen Interessen auch im internationalen Maßstab unaufgeregt und vor allem ohne Angstkampagnen zu formulieren und durchzusetzen. Dafür brauchen wir keine allgemeinen Einwanderungsgesetze, sondern einfache und klare Regelungen für die Praxis. Wir müssen und wollen praktische Probleme schnell und flexibel lösen und keine ideologischen Stellvertreterkriege führen, die meist ohnehin ganz andere Ziele verfolgen und nur die Wahlkampffelder der kommenden Jahre vorbereiten sollen.

Die schnell voran schreitende Globalisierung von Wirtschaft und Handel ist per se weder gut noch schlecht. Wir können sie so wenig ablehnen wie das Wetter von morgen. Aber anders als beim Wetter von morgen können wir Ziel und Richtung mitbestimmen, wenn auch wir unsere eigenen politischen Initiativen und Aktivitäten in einem internationalen Maßstab messen.

Dabei geht es sicherlich in erster Linie um Europa. Eine international erfolgreiche Europäische Union ist die Voraussetzung dafür, dass in Zukunft auch in Deutschland und Niedersachsen weiterhin ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stehen können.

Meine Damen und Herren, wenn sich Menschen auf der Straße über Europa unterhalten, dann - so unterstelle ich - verbinden nicht wenige damit in erster Linie Bürokratismus, Subventionswucher, Lebensmittelskandale oder den auf Talfahrt befindlichen Euro. Ich bin mir sicher: Dies ist nicht das Bild, das der große Europäer Robert Schuman vor 50 Jahren vor Augen hatte.

Die Planungen zur Erweiterung der Europäischen Union nach Osteuropa rufen eher Skepsis und Sorge vor zu großen Einwandererströmen und noch höheren Belastungen der deutschen Steuerzahler hervor als Europaeuphorie. Dabei ist die europäische Einigung in Wahrheit eine wirkliche Erfolgsstory, die sich sehen lassen kann. In der Europäischen Union geht es sozial gerechter, friedlicher und auch sozial sicherer zu als irgend-

wo sonst auf der Erde. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind hier weit geringer als etwa in den USA mit ihren krassen Einkommens- und Vermögensgefällen. Arbeitnehmer in Europa haben Anspruch auf Gesundheits- und Sicherheitschutz am Arbeitsplatz, das Recht auf Mindesteinkommen bei Arbeitslosigkeit und im Alter, auf bezahlten Jahresurlaub und auf Begrenzung der Wochenarbeitszeit. Führend ist Europa auch bei der Verwirklichung einer umfassenden Gesundheitsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von deren Einkommensverhältnissen.

Meine Damen und Herren, die Liste lässt sich fortführen, aber wir müssen feststellen, dass dies nach 50 Jahren europäischer Einigung für viele schon selbstverständlich erscheint und nicht mehr ohne weiteres klar ist, dass die Herstellung dieses Einigungsprozesses sehr schwierig war und im Übrigen jeden Tag neu verteidigt und erobert werden muss. Europa kann sich sehen lassen, und dies ist ja gerade der Grund, warum es für die neuen Demokratien in Osteuropa so ungeheuer attraktiv ist.

Die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 27 oder noch mehr Staaten stellt Europa aber vor eine riesige Herausforderung. Die im Laufe von mehr als 40 Jahren gewachsenen bürokratischen Strukturen führen schon heute zur Entfremdung Europas von seinen Bürgerinnen und Bürgern. In einem vergrößerten Europa würde sich dieser Eindruck einer übermächtigen und undurchschaubaren Bürokratie, einer Zentralverwaltung, nicht nur endgültig verfestigen, sondern die Europäische Union mit ihrer unübersehbaren Anzahl von Regierungskommissionen, Arbeitsgruppen, Behörden und Programmen wäre am Ende handlungsunfähig.

Ernsthaft kann sich wohl niemand vorstellen, dass eine Europäische Union mit ihren althergebrachten Organisationsprinzipien funktionieren kann, wenn ihr plötzlich statt 15 27 oder noch mehr Staaten angehören. Alle diese Staaten bringen ihre eigenen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Eigenheiten mit in die Union, und sie wollen nicht - ebenso wenig wie wir in Niedersachsen - von einem gigantischen, bürokratischen Moloch majorisiert werden.

Die meisten Institutionen und Organe der Europäischen Union stammen noch aus einer Zeit, als sie nur über sechs Mitglieder verfügte, die zudem noch durch viele Gemeinsamkeiten verbunden

waren. Deshalb will sich die Landesregierung in die aktuelle Debatte um das Europa von morgen aus deutscher Sicht aktiv einschalten. Wir wollen uns dabei nicht überheben, aber wir wollen diese Debatte nicht den süddeutschen Ländern allein überlassen, vor allem deshalb nicht, weil man gelegentlich den Eindruck hat, es ginge nur um die Lufthöhe über den Stammtischen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen uns dieser Frage im politischen Wettbewerb, weil wir davon überzeugt sind, dass unsere Vision nicht nur besser für das Land Niedersachsen, sondern auch für den europäischen Einigungsprozess ist.

Ob mit 15 oder 27 Mitgliedern: Die Europäische Union ist dringend reformbedürftig. Sie muss demokratischer, transparenter, handlungsfähiger werden und in ihrer inneren Struktur näher zu den Bürgerinnen und Bürgern rücken. Darin sind sich in Deutschland eigentlich fast alle einig. Die Frage ist nur: Wie soll sie reformiert werden und auf welchem Wege? Wir müssen uns also zuerst entscheiden, für welches Europa wir eintreten. Für ein Europa, wie es heute existiert und das lediglich erweitert wird?

Die stärkste Klammer dieses Europas ist eigentlich nur die gemeinsame Währung. Zu ihr tritt vermutlich in den kommenden Jahren noch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dieses Europa will mit der gemeinsamen Währung vor allem die internationale Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit fördern. Dieses Europa verzichtet bewusst auf zentrale Kompetenzen z. B. bei der Finanz- und Steuergesetzgebung oder bei einer wirklich harmonisierten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nationalstaaten, Länder und Regionen haben dabei die Aufgabe, die europäische Rahmengesetzgebung des Wettbewerbsrechts dezentral im Sinne des jetzigen Kommissionspräsidenten Prodi durchzusetzen. Es ist das Europa des Wettbewerbsföderalismus. Es macht Länder, aber auch Nationalstaaten letztlich zu Wettbewerbsbehörden auf der Ebene von Regierungspräsidenten. Es hat zwei Seiten, nämlich den Wettbewerb um niedrige Steuern, hohe Fördersätze, flexibles Arbeitsrecht oder Ausnahmen in der Umweltgesetzgebung, und es macht das Wettbewerbsrecht gleichzeitig zur zentralen und zunehmend alleinigen Messlatte für alle gesellschaftlichen Lebensbereiche: für die Beihilfen im Schiffsbau ebenso wie für die Landesbanken, die Sparkassen,

den öffentlichen Personennahverkehr, die Wohlfahrtsverbände oder den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Diese kleine Aufzählung macht schon deutlich, von welcher großen Bedeutung die europäische Entwicklung für Länder wie Niedersachsen wäre. Keine noch so freundliche Zusage der Europäischen Kommission im Gespräch mit deutschen Ministerpräsidenten kann dabei Ausnahmen garantieren, weil spätestens eine Wettbewerbsklage diesen Bewertungsmechanismus auslöst, zumal solche Klagen in der Regel auch noch aus Deutschland, z. B. von deutschen Großbanken gegen das Sparkassensystem und die Landesbanken, kommen.

Oder, meine Damen und Herren, wollen wir ein anderes Europa, nämlich eines, das sich nicht mit einer bloßen Währungshülle zufrieden gibt, sondern bei der weitere starke Klammern existieren, zwischen denen Wettbewerb eine wichtige und starke Rolle spielt, der Wettbewerb aber durch gemeinsame politische Ziele wie Vollbeschäftigung, Mitbestimmung und soziale Sicherheit begrenzt wird? Wer dieses Europa will, der muss die Europäische Kommission stärker mit dem Europäischen Parlament verzahnen und auf der europäischen Ebene Aufgaben wahrnehmen, die bislang den Nationalstaaten vorbehalten sind, nämlich vor allem eine gemeinsame Finanz- und Steuerpolitik, aber auch eine wirkliche Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Nationalstaaten würden dabei immer stärker zu Mitgliedern eines europäischen Bundesrates, um dort im nationalen Interesse Einfluss zu nehmen. Sie werden damit beileibe nicht verzichtbar, und zwar genauso wenig, wie die Bundesländer in den vergangenen 50 Jahren in der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands verzichtbar gewesen wären. Sie sind nicht nur Träger kultureller Identität, sondern sehr wohl auch in Zukunft souveräne Vertreter ihrer Bürgerinnen und Bürger, denn die Europäische Union wird auch in den kommenden Jahrzehnten nicht die Identität der Nationalstaaten für die darin lebenden Menschen übernehmen können. Die Rolle der Nationalstaaten wird in diesem Sinne nicht schwächer, sondern anders. Dies wäre ein kooperativer Föderalismus für Europa als Gegenbild, als Alternative, zum Wettbewerbsföderalismus der jetzigen Europäischen Kommission, der auf Wettbewerb nicht verzichtet, sich aber am Leitbild der sozialen Marktwirtschaft orientiert.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Modell will mehr Europa und nicht weniger. Es stärkt Europas Kompetenzen für den internationalen Wettbewerb und verhindert gleichzeitig ruinösen Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft und schützt damit die Bürgerinnen und Bürger. Gerade im Rahmen der geplanten Osterweiterung wird dies von großer Bedeutung sein.

Gleichzeitig schafft die Stärkung der europäischen Kompetenzen aber auch Freiräume zur Stärkung der regionalen Kompetenzen. Wenn klar ist, wofür die europäische Ebene zuständig ist, dann kann gleichzeitig entschieden werden, worum sie sich nicht zu kümmern hat, nämlich z. B. um Kultur und Bildung, um den öffentlichen Personennahverkehr, um die Struktur der sozialen Sicherungssysteme, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und um die regionale Strukturpolitik. Die einzelnen Regionalstaaten regeln dann, wie sie diese Kompetenzen wahrnehmen wollen, in Deutschland jedenfalls auf der Grundlage der föderalen Verfassung und mehrheitlich in der Kompetenz der Länder.

Es ist diese zweite europäische Vision, die der Bundesaußenminister kürzlich beschrieben hat, mit dem Weiterbestehen der Nationalstaaten in einer Föderation und mit einem Neugründungsakt durch Verfassungsvertrag, der die Souveränitäts- und Kompetenzverteilung zwischen Europa und den Nationalstaaten horizontal und vertikal regelt und dabei gleichzeitig den Regionen und Bundesländern Spielräume verschafft, auf der Grundlage ihrer jeweiligen Verfassung die Kompetenz mit ihren Nationalstaaten zu regeln. In dieser Sichtweise sind die europäische und die föderale Perspektive in Deutschland eben kein Widerspruch, sondern sie sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns erst diese zweite europäische Vision die wirkliche Chance gibt, ernsthaft eine Revitalisierung des Föderalismus in Deutschland durchzusetzen. So paradox es im ersten Moment klingen mag: Erst ein Mehr an Europa schafft auch ein Mehr an Föderalismus in Deutschland.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche hat sich die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder abermals mit diesen Fragen befasst. Die Ministerpräsidenten der Länder fordern eine Reform, die auch die Kompetenzen der deutschen Länder und des föderalen Systems in der

Bundesrepublik Deutschland sichert. Ziel ist es, wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge wie das System der Landesbanken und Sparkassen, des ÖPNV und der Rundfunkanstalten und die sozialen Sicherungsstrukturen und Wohlfahrtsverbände in der alleinigen Kompetenz der Länder zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Länderregierungen erleben, wie stark Brüssel und die Europäische Kommission inzwischen den europäischen Wettbewerbsbegriff zum alleinigen Maßstab für die Beurteilung des Alltags in unseren Städten, Gemeinden und Ländern machen. Immer stärker entsteht dabei ein mehrfaches Legitimationsdefizit. Einerseits empfinden betroffene Institutionen und Bürgerinnen und Bürger die Europäische Union nicht als ausreichend legitimiert, um beispielsweise das System von Banken und Wohlfahrtsverbänden wie der Caritas, der Diakonie oder der Arbeiterwohlfahrt infrage zu stellen. Andererseits müssen sich die Länder fragen, ob ihre verfassungsrechtliche Stellung im föderalen System, ihre Eigenstaatlichkeit in Deutschland, eigentlich noch Bestand hat. Schließlich, meine Damen und Herren, werden uns die Bürgerinnen und Bürger fragen, warum sie eigentlich zum Bundestag, zum Landtag oder auch zum Europäischen Parlament wählen sollen, wenn weder die Kompetenzen dieser Parlamente klar und transparent sind noch bestehende Konflikte und Entscheidungen in der Kompetenz nationaler oder landesweiter Parlamente verblieben sind.

Die Forderung der Ministerpräsidenten der Länder nach klarer Kompetenzabgrenzung und Sicherung der föderalen Ordnung in der Bundesrepublik sind damit kein Rückfall in Kleinstaaterei oder egoistische Versuche der eigenen Machtsicherung. Transparente und demokratisch legitimierte Entscheidungsstrukturen in Europa sind die Voraussetzung sowohl für eine dauerhafte Akzeptanz der Europäischen Union bei den Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten als auch für die Handlungsfähigkeit der Union im Rahmen ihrer Erweiterung.

Meine Damen und Herren, so richtig diese Forderungen auch sind, sie stoßen im Rahmen der europäischen Diskussion auf wenig Verständnis. Kaum ein Land Europas - mit Ausnahme vielleicht von Österreich und Belgien - kennt vergleichbare föderale Strukturen wie die Bundesrepublik. Im Gegenteil, in einer ganzen Reihe von Staaten würde ein Angebot, die föderalen Strukturen der Bundes-

republik auf die europäische Ebene, d. h. auf die Mitgliedstaaten, einfach zu übertragen, eher zu massiven Angstreaktionen führen. Stellen Sie sich vor, der spanische Ministerpräsident oder das spanische Parlament hätte dann mit einer Debatte um ein stärkeres Eigengewicht des separatistischen Baskenlandes zu kämpfen, oder wir würden mit einer solchen Debatte der Lega Nord in Norditalien helfen!

Meine Damen und Herren, bei einer Einführung des Mehrheitsprinzips in der Europäischen Union durch die Regierungskonferenz 2000 ohne eine klare Kompetenzabgrenzung droht die Länderposition allerdings noch schwächer zu werden. Um deshalb ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, verweisen die Länder auf die Zustimmungspflicht des Bundesrats zur laufenden Regierungskonferenz, und der Bayerische Ministerpräsident droht sogar mit ihrer Blockade. Der Bundesrepublik droht durch diese Drohung mit einer Blockade im Bundesrat eine innenpolitische Auseinandersetzung über die Zukunft der Europäischen Union und die Gefahr der außenpolitischen Handlungsunfähigkeit. Diejenigen, die ernsthaft erwägen, die Ergebnisse der Regierungskonferenz 2000 im Bundesrat scheitern zu lassen, machen Deutschland vom Motor zum Bremsen der europäischen Einigung, wobei jedermann weiß, meine Damen und Herren, dass man leicht ins Schleudern geraten kann, wenn einem von rechts ins Steuer gegriffen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wer diese drohende innenpolitische Auseinandersetzung und Blockade im Bundesrat nicht in Zukunft, sondern bereits Ende dieses Jahres im Sinne des notwendigen europäischen Einigungsprozesses verhindern und trotzdem die berechtigten Interessen der deutschen Länder vertreten will, wird seinen Blickwinkel verändern müssen. Die Diskussion der Länder mit der Bundesregierung und der EU-Kommission darf nicht länger aus der Froschperspektive heraus erfolgen. In Wahrheit geht es ja auch nicht allein um die Interessen der Länder, sondern zugleich um die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz eines immer größer werdenden Europa. Diese Adlerperspektive, also der Blick und die Vision für das zukünftige Europa, muss ins Zentrum auch der Diskussion der Länder rücken.

Seit der Rede des Bundesaußenministers Joschka Fischer an der Humboldt-Universität in Berlin habe ich jedenfalls den Eindruck, dass wir als

Länder in der Bundesregierung einen echten politischen Partner haben, der uns helfen kann, unsere berechtigten Interessen durchzusetzen; denn die europäische Vision des Bundesaußenministers ist zugleich auch der Ansatz für die Wiederbelebung des Föderalismus in Deutschland. In Wahrheit geht es zuerst einmal um eine verfassungsrechtliche Kompetenzabgrenzung zwischen Nationalstaaten und Europäischer Union und nicht zwischen Ländern und Europäischer Union. In diesem Rahmen entscheiden dann die Nationalstaaten, wie sie ihre innere Ordnung und Verfasstheit demokratisch legitimieren, in Deutschland föderal, in Frankreich und Spanien vermutlich zentral.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine grundlegende Reform der europäischen Verträge, und zwar nicht in dieser Regierungskonferenz, sondern in einer Folgekonferenz. Die Länder müssen ihre berechtigten Forderungen um diese europäische Perspektive ergänzen. Sie müssen dabei akzeptieren, dass auf der laufenden Regierungskonferenz 2000 bereits konkrete Schritte auf diesem europäischen Weg gemacht worden sind. Gleichzeitig muss die Bundesregierung verstehen, dass sich die Länder nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertrösten lassen können und dass eine kluge Rede des Bundesaußenministers noch keinen europapolitischen Sommer macht.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das muss erst einmal in Niedersachsen stattfinden!)

- Frau Harms, ich rate manchmal dazu, nicht immer nur zuerst die Gemeinde, den Wohnort, den Kirchturm und das Land zu sehen und dann vielleicht zu schauen, was in Deutschland passiert, und danach zu schauen, was in Europa passiert, sondern im Niedersächsischen Landtag auch einmal die umgekehrte Perspektive einzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das führt natürlich dazu, Frau Harms, dass wir hier nicht immer nur über Kampfhunde, über die Größe von Hühnerkäfigen und über andere zentrale und wichtige Themen unseres Landes reden, sondern vielleicht auch einmal darüber, welche Auswirkungen es hat, wenn die Europäische Union beispielsweise das System der deutschen Sparkassen zerschlagen kann, und was das bezüglich der Arbeitslosigkeit in ihren Ländern bedeutet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich begreife, dass Sie hier lieber gern gelegentlich die Debatte klein-klein führen möchten, weil Sie dann immer einen Beitrag dazu leisten können.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Aber ich glaube wirklich, es macht Sinn, über das, was auf der Ebene der Länder beredet wird, ab und zu auch hier im Landtag zu diskutieren. Es kann doch nicht Ihr Wunsch sein, dass hierüber ausschließlich Landesregierungen sprechen. Als Parlamentarier wollen Sie doch wohl, dass auch der Landtag daran beteiligt ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich hatte gedacht, ich tue Ihnen einen Gefallen, wenn ich Sie als Parlament in die Debatte zwischen Regierungen einbinde. Ich wusste nicht, dass Sie diese Abstinenzprobleme haben.

(Frau Harms [GRÜNE]: Ich habe das jetzt begriffen: Sie sind Fischers Eckermann!)

Wie also könnte eine Lösung aussehen?

Erstens. Bund und Länder formulieren eine gemeinsame europapolitische Perspektive, die neben der Kompetenzabgrenzung zwischen europäischer und nationaler Ebene auch die föderalen Interessen der Länder aufnimmt. Die europapolitischen Grundsätze des Bundesaußenministers wären dafür eine gute Grundlage.

Zweitens. Bund und Länder erklären übereinstimmend, dass die laufende Regierungskonferenz wegen der zeitlichen Begrenzung bis zum Abschluss in Nizza und wegen des sehr eng begrenzten europäischen Mandats auf die drei left overs von Amsterdam nicht dazu geeignet ist, das Thema Kompetenzabgrenzung jetzt, zu diesem Zeitpunkt hinreichend zu klären.

Drittens. Wir schlagen ein zweistufiges Verfahren zwischen Bundesregierung und Ländern vor, bei dem erstens im europäischen Rat in Nizza in diesem Jahr rechtlich verbindlich eine Vereinbarung über eine zweite Regierungskonferenz getroffen wird mit einer klaren zeitlichen Vorgabe für einen Abschluss z. B. für das Jahr 2004. Diese Regierungskonferenz muss das Thema Kompetenzabgrenzung behandeln. Es geht dabei um eine grundlegende Reform aller bisherigen europäischen Verträge. In Vorbereitung dieser Regierungskonferenz wird zweitens in der Bundesrepublik eine breit angelegte öffentliche Debatte zur

Zukunft der Europäischen Union und zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen in Deutschland geführt. Meine Damen und Herren, das haben wir, wie wir miteinander zugeben müssen, in den letzten 20 Jahren nicht getan, sondern wir haben uns darauf beschränkt, unsere Bevölkerung jeweils vor vollendete Tatsachen zu stellen. Es macht aber Sinn, in Deutschland mit den Menschen über die Zukunft Europas und damit übrigens auch über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze in Niedersachsen zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen dieses Verfahrens hätte einerseits die Bundesregierung ausreichend Spielraum, um sowohl ihre eigenen europapolitischen Perspektiven zu verankern als auch die innerdeutsche Diskussion produktiv einzubringen. Das wäre für die anderen Mitgliedstaaten eben kein deutscher Sonderweg, wie ihn die Ministerpräsidenten der Länder gelegentlich formuliert haben. Ich bin sicher, dass z. B. unsere französischen Partner für einen solchen Weg eher zu gewinnen wären, weil er letztlich die Funktionsfähigkeit der Europäischen Union auch für den Fall der Erweiterung im Auge hat. Dabei muss auch die geplante Erweiterung der Europäischen Union nach Osteuropa beraten werden. Zur Erweiterung der EU nach Osteuropa gibt es keine Alternative. Dies gilt sowohl für einen dauerhaften Frieden als auch für das gewaltige wirtschaftliche Potential, das in diesem Raum - ohne die Türkei - mit bereits 105 Millionen zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohnern vorhanden ist.

Die Frage ist allerdings, auf welchem Wege und in welchen Zeiträumen sich diese Erweiterung vollziehen soll; denn natürlich gibt es bei mehr als 3,5 Millionen Arbeitslosen in unserem Land und bereits erheblichen Nettobelastungen in der Europäischen Union Sorgen, dass die Tragfähigkeit des deutschen sozialen Sicherungssystems überfordert würde. Diese Sorgen und Fragen müssen von uns beantwortet werden, meine Damen und Herren. Die Menschen wollen Sicherheit im Wandel und nicht Sicherheit vor dem Wandel.

Wer diesen Weg verweigert, wer dabei bleibt, im Bundesrat Ende dieses Jahres die Zustimmung zur Regierungskonferenz verweigern zu wollen, und weiterhin damit droht, die Handlungsunfähigkeit Deutschlands herbeizuführen, wie es vorzugsweise der Bayerische Ministerpräsident tut, der hat entweder ein sehr unrealistisches Bild über die Situa-

tion auf europäischer Ebene, oder er will die innenpolitische Konfrontation über Europa bewusst herbeireden, um sich ein parteipolitisches Schlachtfeld für die Bundestagswahl 2002 zu erobern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die zweite Vermutung über die Strategie von CSU und CDU ist nicht ganz unrealistisch; denn natürlich ist zumindest Edmund Stoiber die politische Diskussion in den anderen europäischen Staaten durchaus bekannt. Warum also trotzdem der Widerstand? - Ich meine, dass die Art und Weise des Abgangs von Helmut Kohl nun eine weitere Wirkung innerhalb der Union zeigt. War bislang der große Europäer Helmut Kohl das unüberwindliche Bollwerk gegen Euro-Skeptiker und euro-kritische Populisten innerhalb der Union, so kann nun offenbar das, was bislang eher eine folkloristische Neigung der Bayern war, offizielle Linie dieser großen konservativen Volkspartei werden. Es ist innerhalb von CDU/CSU offenbar keine Frage der Political Correctness mehr, ob man die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands aufs Spiel setzen darf, indem man die Europapolitik zum innenpolitischen Schlachtfeld erklärt. Dies erscheint aus Sicht von CDU und CSU umso wichtiger, als offenbar in den anderen Feldern - glaubt man den Prognosen für Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland - keine Erfolg versprechenden Angriffsflächen mehr vorhanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden sehen, wie sich CDU und CSU zu einer gemeinsamen europäischen Perspektive von Bund und Ländern verhalten, ob sie nicht nur mit einer Stärkung der Länderkompetenzen, sondern auch mit einer der europäischen Kompetenzen einverstanden sind, z. B. in der Wirtschafts- und Steuerpolitik oder in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ich bin gespannt, ob die Vision eines kooperativen Föderalismus in Europa auch die Zustimmung Bayerns erhält, während dieses deutsche Land gerade innerhalb der Bundesrepublik für einen Wettbewerbsföderalismus plädiert. Die Niedersächsische Landesregierung wird ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat jedenfalls von der Bedeutung abhängig machen, die diese Entscheidung Ende des Jahres nicht nur für Niedersachsen, sondern für ganz Deutschland haben wird.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist allerdings auch, dass wir unsere Hausaufgaben in Deutschland zwischen Bund und Ländern noch nicht gemacht haben. In Wahrheit fordern wir von der Europäischen Union heute etwas, was wir selbst in der föderalen Ordnung der Bundesrepublik nur unzureichend leisten, nämlich eine Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern. Wir erleben ja auch bei uns eine immer stärker werdende Verflechtung von Bundes- und Landespolitik, die, jedenfalls im Einzelfall, immer gut begründet wird. In ihrer Gesamtheit aber engt sie die Spielräume der Länder immer weiter ein. Es geht also auch um die Vitalisierung des Föderalismus in Deutschland.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Rückwirkend betrachtet hat sich die föderale Ordnung der Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg bewährt. Wir brauchen keine radikale Neuordnung. Wir wollen keinen Wettbewerbsföderalismus süddeutscher Prägung, der nichts anderes beinhaltet als eine finanzielle Umverteilung zugunsten Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens, z. B. im Falle Bayerns eines Landes, das in der Vergangenheit von diesem Föderalismus finanziell massiv profitiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir plädieren für eine Modernisierung des föderalen Systems. Kooperativer Föderalismus heißt auch Festhalten am bundesstaatlichen Solidarprinzip und damit an dem für unsere bundesstaatliche Ordnung zentralen Begriff der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass dies die Unterstützung des ganzen Hauses erhält, und nicht, wie gestern bei der Atomdebatte, in Teilen die Politik der süddeutschen Länder im Niedersächsischen Landtag betrieben wird.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wo kommt denn das Endlager hin?)

- Herr Wulff, Sie können dabei schwerlich mitreden. Sie haben den gestrigen Vormittag nicht hier verbracht. Sie hielten es ja für besser, woanders zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen schon kommen, wenn Sie sich um niedersächsische Interessen kümmern wollen. So geht es nicht.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wo sind Sie denn heute Nachmittag, Herr Gabriel?)

- Herr Wulff, der Unterschied zwischen uns beiden ist, dass ich im Landesinteresse unterwegs war und Sie die Termine für Ihre Partei in Berlin für wichtiger gehalten haben als die im Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wulff, ich bin ja im Übrigen auch von Ihren Kollegen gefragt worden, ob ich heute Nachmittag Leute mitnehmen kann, weil dieses Kulturprojekt in der Grafschaft Bentheim offensichtlich aus ihrer Sicht - Sie haben dort ja auch hinreichend Mehrheiten - wichtig ist. Aber um es freundlich zu formulieren: Ich bin ja froh, dass Sie einmal da sind. Dann können wir ein bisschen miteinander diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Das sind ja Probleme, die Sie von daher in Ihrer
- - -

(Frau Hansen [CDU]: Unverschämtheit!)

- Dem, der da „Unverschäm“ ruft, will ich sagen: Dass Leute von Ihnen zu uns kommen, um uns zu erklären, sie könnten auch nichts dafür, dass der Oppositionsführer uns für Debatten nicht zur Verfügung stehe, das halte ich schon für eine merkwürdige Form des innerparteilichen Umgangs bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können und müssen unseren Begriff von Föderalismus neu und anders definieren. Die föderale Einheit mit dem Ziel, zu gleichwertigen Lebensverhältnissen zu gelangen, muss dabei gewährleistet bleiben. Gleichwertigkeit des Ziels und der Ergebnisse, nicht Gleichartigkeit und Uniformität des Weges dorthin ist das Gebot der Stunde. Niedersachsen wird sich diesem Wettbewerb der Ideen für diese Modernisierung des föderalen Gedankens stellen.

Erstens, meine Damen und Herren, geht es um einen fairen Finanzausgleich. Ich habe bereits darauf hingewiesen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

in welcher Art und Weise derzeit auch unsere finanzielle Situation durch die süddeutschen Länder bedroht wird. Zweitens brauchen wir auch eine Überprüfung der Gemeinschaftsaufgaben und der Mischfinanzierungen. Unter der Voraussetzung einer aufgabengerechten Finanzausstattung halten wir eine Überprüfung der Gemeinschaftsaufgaben und der Mischfinanzierungen für geboten. Möglichkeiten der Entflechtung sehe ich z. B. in der Wohnungs- und Hochschulbaupolitik, beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Meine Damen und Herren, diejenigen im Niedersächsischen Landtag, die beim kommunalen Finanzausgleich ebenfalls für einen aufgabengerechten Finanzausgleich plädieren, die müssten dann hier auch dafür eintreten, dass die Mischfinanzierungen aufgegeben werden, und nicht bei jedem Vorhaben dagegen argumentieren, weil sie hier im Landtag anders sprechen als in den Wahlkreisen zu Hause. Das gehört auch zur Realität der Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen sicherlich auch eine Neuordnung der Gesetzgebungskompetenz in Deutschland. Wiederholt und in verstärktem Maße ist hier die Kritik an der zunehmenden Bedeutungslosigkeit von Landesparlamenten geäußert worden. Ich teile diese Kritik und begrüße jede sinnvolle Initiative, die diese verhängnisvolle Entwicklung beendet. Die Landesregierung tritt für eine Stärkung der Gesetzgebungskompetenz der Länder ein; denn sie stärkt damit auch die Landesparlamente selbst.

Politik im geeinten Europa - das ist jedenfalls meine feste Überzeugung - muss um ihrer Akzeptanz willen regional ausgerichtet und bürgernäher werden. Wir werden uns daher aktiv an der Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen beteiligen und nicht ängstlich darauf schielen, das bisherige System um jeden Preis zu verteidigen. Aber wir wollen eben nicht um jeden Preis die Neuordnung, jedenfalls nicht um den Preis nach unten veränderter sozialer oder rechtlicher Standards in ganz Deutschland. Dies wird es jedenfalls nicht mit Zustimmung Niedersachsens geben.

Bei der konkurrierenden Gesetzgebung durch den Bund halte ich einen deutlichen Abbau der Regelungsdichte für notwendig. Das fast undurchdring-

bare juristische Beziehungsgeflecht muss entflochten werden. Ich schlage deshalb - natürlich auch auf Bundesebene - Experimentier- und Öffnungsklauseln vor, wie wir sie in unserer Niedersächsischen Gemeindeordnung längst beschlossen haben, um die Beteiligungsmöglichkeiten von Landesparlamenten und den Spielraum von Landesregierungen zu stärken. Nur so können wir eigene Regeln als Alternativen entwickeln.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung arbeitet aktiv an der Neugestaltung der föderalen Ordnung in der Bundesrepublik mit. Wir brauchen vor allen Dingen mehr Freiheiten und Spielräume für unsere eigene regionale Strukturpolitik und für die von uns angestrebte Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarn. Deshalb müssen Mischfinanzierungen, Lastenverteilung und Gesetzgebungskompetenzen auf den Prüfstand. Es bleibt aber festzuhalten: Wir stehen zu dem in der Verfassung verankerten und dem deutschen Föderalismusgedanken innewohnenden Solidaritätsgedanken. Eben dieser Weg war in Deutschland die Grundlage für den Wiederaufbau nach dem Krieg und die Basis für die Gestaltung der deutschen Einheit.

Bei aller Reformbereitschaft, die die Landesregierung mittragen will, werden wir uns nicht an einem Prozess beteiligen, an dessen Ende die Transformation von einem Bundesstaat in einen Staatenbund steht, wie dies von Bayern vorgeschlagen wurde.

Meine Damen und Herren, der Zusammenbruch des Ostblocks hat nicht nur zur Einheit Deutschlands geführt. Unversehens ist durch die Neuordnung Osteuropas Niedersachsen von der westeuropäischen Peripherie in das Zentrum Gesamteuropas gerückt. Gerade und im Besonderen verstärkt durch die in naher Zukunft anstehende Osterweiterung ergeben sich für unser Land völlig neue Perspektiven. Wir werden Zeitzeugen und auch Beteiligte sein beim Aufbau eines europäischen Regierungssystems, zu dem nach der Osterweiterung rund 500 Millionen Menschen zählen werden.

Unabhängig vom Fortgang der Beratungen über die Neuordnung der Kompetenzverteilung zwischen EU, Nationalstaaten und in Deutschland zwischen Bundesregierung und Ländern muss Niedersachsen seine Aufgaben im Dreieck Brüssel - Berlin - Hannover neu bestimmen.

Es sind vor allem drei Aufgaben, denen sich die Landespolitik mit großer Intensität widmen muss,

wenn wir im europäischen Einigungsprozess einen erfolgreichen Platz einnehmen wollen. Über allem steht: Niedersachsen muss international werden.

Erstens müssen wir für eine qualifizierte Ausbildung in Schule, Beruf, Hochschule und lebenslange Weiterbildung sorgen. Allein die demographische Entwicklung wird dafür sorgen, dass der Standortwettbewerb innerhalb Deutschlands und innerhalb Europas sehr stark über die Qualifikation der Arbeitskräfte, der Wissenschaftler und Forscher und des Nachwuchses erfolgen wird. Die zweite Aufgabe betrifft die Erschließung der New economy und des Internet für die mittelständische Wirtschaft in Niedersachsen. Drittens muss die Landespolitik die Regionalentwicklung in Niedersachsen stärken. Es geht um die Schärfung und Stärkung der Profile und Potentiale in den Regionen Niedersachsens. Wir müssen die Kernkompetenzen unserer niedersächsischen Regionen weiter entwickeln und ihre Infrastruktur verbessern.

Zum ersten Punkt: Qualifizierung für das Europa von morgen. Meine Damen und Herren, Deutschlands eigentliche Ressource lag schon immer in der intelligenten Integration neuer Entwicklungen in die vorhandene Produktions- und Dienstleistungsstruktur unserer Wirtschaft. Innovationen wurden in Deutschland immer auf einer wirtschaftlich starken Grundlage in unseren Unternehmen und Betrieben vorangetrieben. Darin liegt unsere eigentliche Kernkompetenz. Es geht auch heute wieder um die intelligente Integration der New economy in die traditionellen Bereiche von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen. Es wird keinen Staat geben, in dem die postindustrielle Gesellschaft - Dienstleistung, Forschung und Entwicklung - vorherrscht und in anderen Ländern die Produktion. Nur in den Staaten, in denen auch industrielle Produktion und gewerbliche Fertigung existieren, wird es auch zukunftsorientierte Forschung und Entwicklung geben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen wir uns vor Übernahmen und Verlagerungen von Standorten auch dadurch schützen, dass wir uns zur Anteilseignerschaft bei Volkswagen, bei Salzgitter, bei der NORD/LB bekennen, dass wir Unternehmen wie Continental, die Meyer-Werft in Papenburg und viele andere Betriebe in Niedersachsen unterstützen. Das ist der Grund für diese Form der Industriepolitik.

(Beifall bei der SPD)

Diese Integrationsleistung wird die Hauptaufgabe der kommenden Jahre sein. Die Voraussetzung dafür ist die Qualifizierung unserer Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden, Studentinnen und Studenten und der Menschen im Erwerbsleben. Aus diesem Grund hat die Landesregierung mit der Regierungserklärung vom 15. Dezember des letzten Jahres die Bildungsoffensive in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. Die Ergebnisse der letzten sechs Monate können sich sehen lassen:

Erstens. Wir haben eine Bildungsoffensive gestartet, die bis zum Jahre 2003 mit einem Volumen von 463 Millionen DM ausgestattet ist. Für den kommenden Haushalt stehen bereits 125 Millionen DM zusätzlich für den Bildungssektor zur Verfügung. Nach nur wenigen Monaten hat diese Initiative zu vielen fruchtbaren Aktivitäten, Fortschritten und vorzeigbaren Ergebnissen geführt. Dies wird insbesondere von den Unternehmen, aber auch von Lehrerverbänden und den Eltern und von den Schülerinnen und Schülern anerkannt.

Zweitens. Die Unterrichtssituation haben wir sofort zum Einstellungstermin am 1. Februar dieses Jahres durch die Einstellung von 759 jungen Lehrerinnen und Lehrern verbessert. Zum nächsten Einstellungstermin in diesem Sommer werden weitere neue Lehrkräfte eingestellt, sodass sich die Gesamtzahl der Neueinstellungen in diesem Jahr schließlich auf rund 3.000 Lehrerinnen und Lehrer summieren wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dies ist ein Rekordergebnis. Es ist die höchste Einstellungszahl in Bezug auf Lehrerinnen und Lehrer in unserem Bundesland in den vergangenen 20 Jahren.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

- Hören Sie gut zu, damit Sie sich die Zwischenrufe sparen können. - Damit werden wir schon in diesem Jahr 500 Lehrkräfte mehr eingestellt haben, als Stellen durch Pensionierungen frei geworden sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist ein erster und spürbarer Teil unserer angekündigten 2.000 zusätzlichen Stellen bis zum Jahr 2003. Wie in der Regierungserklärung zugesagt, können somit von 1998 bis 2003 insgesamt 15.000

Lehrer neu eingestellt werden, um die Kollegien an Niedersachsens Schulen deutlich zu verjüngen.

Drittens. Die von uns eingeführte Verlässliche Grundschule ist zum Erfolgsmodell des Landes Niedersachsen geworden.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

- Wenn das nicht so wäre, dann würden doch die CDU-regierten Landkreise keine Anträge stellen. Dies sind zwar Ihre Abgeordneten, sie sind aber als Stadträte und Mitglieder des Kreistages an den Beschlüssen beteiligt, in denen die Verlässliche Grundschule einvernehmlich gefordert wird.

(Starker Beifall bei der SPD)

Sie wollen doch wohl nicht erklären, dass die 460 Schulen, die im nächsten Jahr hinzu kommen, ausschließlich aus sozialdemokratischen Initiativen entstanden seien. Ihre Eltern, Ihre Abgeordneten, Ihre Ratsmitglieder sind doch ebenso daran beteiligt. Seien Sie doch stolz auf Ihren Gesinnungswandel, statt sich immer hinter Ihren alten Argumenten zu verstecken, die selbst bei Ihnen keiner mehr glaubt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Viertens. Umgesetzt ist auch eine stärkere Förderung des Erlernens von Fremdsprachen. Der zweisprachige Unterricht ist bereits jetzt ein Erfolg. In der Verlässlichen Grundschule wird Englisch ab der dritten Klasse unterrichtet; eine sinnvolle Fortführung in den Klassen fünf und sechs wird derzeit vorbereitet.

Fünftens. Wir haben in Niedersachsen einen neuen Schritt zur gemeinsamen Verantwortung von Wirtschaft und Politik für die verbesserte Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler getan: Die Gründung des Vereins „N 21 - Niedersachsens Schulen gehen online“ führt 75 Millionen DM Landesmittel in den kommenden drei Jahren mit dem Engagement von Unternehmen und Kommunen in gleicher Höhe zusammen. Rund 150 Millionen DM werden dadurch für die verbesserte Ausstattung von Schulen mit Internet und Multimedia-Anwendungen und für eine Intensivierung der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern zur Verfügung gestellt. Wir wollen in Niedersachsen eine neue Lernkultur fördern, die das Internet nicht nur als modernen Buchersatz

nutzt, sondern seine interaktiven Möglichkeiten im Alltag unserer Schulen verankert.

Der Wirtschaft wird damit eine aktive und mitgestaltende Rolle bei der Umsetzung dieses Aktionsprogramms zugeordnet, und sie ist bereit, sie anzunehmen. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den 18 niedersächsischen Unternehmen, die Gründungsmitglieder waren, und beim Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund als Vertretung der kommunalen Spitzenverbände für die Bereitschaft, dies mitzutragen, bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel ist der Laptop oder das E-Book im Tornister jedes Schülers. Weil diese Nutzung moderner Informationstechniken nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern darf, haben wir das ehrgeizige Ziel, ab dem Jahr 2003 als Alternative zur Lernmittelfreiheit einen deutlichen Zuschuss zur Beschaffung von Laptops an die Schulen zu geben, die dies zum integralen Bestandteil ihres Unterrichts gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. Mit der Neuorientierung der Schulen und der Lerninhalte schaffen wir die qualifikatorischen Voraussetzungen für die Berufsanforderungen der Zukunft, nicht nur im eigentlichen IT-Bereich, aber auch dort. Wir haben die nötigen Vorkehrungen getroffen, dass wir bereits im kommenden Jahr die Zahl der im IT- und Medienbereich zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze durch zwölf Lernortverbände, vom Land gefördert und unter großer Beteiligung der Kommunen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der IHKs, von 1.000 auf vermutlich 2.000 verdoppeln können.

(Beifall bei der SPD)

Siebtens. Wir erarbeiten im Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Niedersachsen darüber hinaus gemeinsam mit dem Landesarbeitsamt ein Konzept, um arbeitslose Akademiker im Bereich der IT- und Medienberufe so zu qualifizieren, dass ihnen der Wiedereinstieg in das Berufsleben ermöglicht wird. Es kann nicht sein, dass in Niedersachsen 2.000 arbeitslose Akademiker nur deshalb in diesen Bereichen keinen Arbeitsplatz finden, weil sie älter als 45 Jahre sind.

(Beifall bei der SPD)

Achtens. Wir wollen unsere niedersächsischen Schulen auf den Prüfstand stellen. Die Debatte um

den besten Übergang für unsere Kinder von der Grundschule in weiterführende Schulen ist eröffnet - ergebnisoffen, ohne Ideologien und vor allem unter Beteiligung der Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer, der Schülerinnen und Schüler und der Schulträger. Sie wird Auswirkungen auf das Schulsystem insgesamt und sicherlich auch auf die grundsätzlichen Perspektiven unseres Schulsystems in Niedersachsen haben.

Meine Damen und Herren, niemand zweifelt heute daran, dass die E-Commerce-Anwendungen im weltumspannenden Internet künftig einen boomenden Wirtschaftszweig darstellen werden. Auch anlässlich der diesjährigen CeBIT 2000 wurde das mehr als deutlich.

Wie zu Beginn der Industrialisierung die Eisenbahn für den Aufbruch in ein neues Zeitalter stand, eröffnet heute die Informations- und Medienwirtschaft unabsehbare Perspektiven. 8,4 Millionen Menschen zwischen 14 und 59 Jahren nutzen heute das world wide web zumindest gelegentlich. Das sind immerhin fast 20 % des Anteils an der Bevölkerung. Allein im letzten Jahr hat die Nutzung des Internet um mehr als 40 % zugenommen. Damit ist in diesem Bereich ein riesiger Markt auch für uns in Niedersachsen entstanden. Die Landesregierung hat diese Entwicklung bereits sehr frühzeitig erkannt und seit längerem begleitet:

Erstens. Mehr als 400 Unternehmen, Handwerksbetriebe und Organisationen umfasst inzwischen das Verbundvorhaben Multimedia-Initiative. Mehr als 100 Projekte sind bereits realisiert worden. Die ausgelösten Gesamtinvestitionen können bis zu 100 Millionen DM betragen. Fast alle Projekte beziehen sich dabei auf Anwendungen unter Nutzung des Internets, wie etwa in den Schwerpunkten der Initiative, Handwerk, Bildung und Kultur oder aber beim Aufbau und der Erprobung der Online-Dienste.

Zweitens. In der Nachnutzung der Weltausstellung entsteht auf dem Gelände der EXPO praktisch eine neue Hochschule für Multimedia und Design. Die Landesregierung will dafür auch internationale Partner und Partner aus der Wirtschaft gewinnen, um neben einer exzellenten Ausbildung auch venture capital für Spin off's und Start Ups und damit neue Arbeitsplätze in jungen Unternehmen zu fördern.

Drittens. Zum 1. Januar 2001 soll auf dem EXPO-Gelände eine Mediengesellschaft unter Beteiligung

starker Partner ihren Betrieb aufnehmen. Die Vorarbeiten hierzu haben großen Erfolg gezeigt. Neben dem NDR, neben dem ZDF, neben den Bremern, der Messe AG und der NORD/LB hat inzwischen auch ein privater Rundfunksender sein Interesse bekundet, daran mitzuwirken. Nach Abschluss der EXPO wird auf dem Kronsberg ein Medienzentrum entstehen, das verschiedenste Medienunternehmen, Hochschuleinrichtungen, Fortbildungsträger und die berufliche Bildung einschließt.

Viertens. Der Markt für Call Center ist mit einem jährlichen Wachstum von ca. 20 % von besonderer Dynamik geprägt. Niedersachsen hat sich mit über 12.000 Beschäftigten in ca. 150 Unternehmen in diesem Bereich besonders profiliert. Allein durch Neuansiedlungen konnten in den letzten Jahren mehr als 3.000 Call-Center-Arbeitsplätze, zum Teil in strukturschwachen Gebieten, geschaffen werden. Niedersachsen hat auch aufgrund seiner bisherigen Positionierung gute Chancen für den weiteren Ausbau dieser Branche.

Ferner geht es auch um die europäischen Regionen in Niedersachsen. Die Entwicklung im heutigen Europa vollzieht sich in grenzüberschreitenden europäischen Großregionen. Niedersachsen muss im Hinblick auf die wachsende Globalisierung der Märkte alle Anstrengungen unternehmen, um sich an solchen Kooperationsbündnissen zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, unsere Ausgangslage dafür ist günstig: Durch die deutsche Wiedervereinigung und die geplante EU-Osterweiterung gewinnt Niedersachsen eine neue wirtschaftsgeografische Zentralität und erhält hervorragende Bedingungen für seine künftige Entwicklung. Für Niedersachsen geht es darum, mit seinen norddeutschen Partnern die Zusammenarbeit in den europäischen Regionen zu suchen. In interregionaler und transnationaler Zusammenarbeit sollen Wirtschaftsförderung, Verkehrsnetze, Wissenschaft und Technologie, Telekommunikation, Hafenpolitik, Tourismus und Umweltschutz intensiviert und ausgebaut werden. Strategisch kommen für Niedersachsen insbesondere drei Allianzen in Betracht:

Erstens die gewachsene Kooperation mit den Niederlanden, Flandern, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen.

Zweitens die verstärkte Kooperation der norddeutschen Küstenländer mit den skandinavischen Län-

dern, die sich in Europa am schnellsten auf Digitalisierung und Internet eingestellt haben.

Drittens die frühzeitige Ausrichtung auf die osteuropäischen Märkte durch Nutzung der intensiven Beziehungen, insbesondere zu Polen und den baltischen Ländern.

Das Engagement von Volkswagen in Polen und Tschechien oder der Kauf einer Investmentbank durch die NORD/LB in Riga sind strategische Ansatzpunkte für mittelständische Wirtschaftsbeziehungen mit Niedersachsen. Dabei ist die gewachsene Kooperation mit den Niederlanden ein funktionierendes Modell. Konkrete Beispiele, die in Ihren Wahlkreisen zu finden sind, meine Damen und Herren, sind meiner Meinung nach die besten Beispiele für die Chancen dieser drei Allianzen:

- die Entwicklung gemeinsamer Gewerbegebiete mit den Niederlanden in der Grenzregion,
- die gemeinsame Entwicklung von Verkehrsverbindungen mit den Niederlanden, Bremen und Hamburg - zukunftsorientierte Beispiele dafür sind der Transrapid, die A 31, die A 20 und die A 26 oder die Schienenverkehre zwischen Leer und Groningen oder Hamburg und Berlin über Uelzen und Stendal -,
- eine gemeinsame Hafenpolitik der Häfen in der Norddeutschen Bucht, deren Ausgangspunkt der neue Tiefwasserhafen sein wird, dessen Standort wir noch bis September festlegen werden und der auf jeden Fall in Niedersachsen liegen wird; eng verknüpft damit ist die Entwicklung einer Chemieregion Jade/Unterelbe gemeinsam mit Schleswig-Holstein,
- grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niederlande und Flandern mit dem Ziel eines offenen Bildungsraumes Nordwesteuropa.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, ich kann verstehen, dass Ihnen das zu lang ist. Das begreife ich. Was meinen Sie, wie schwer mir es fällt, bei diesen Temperaturen so etwas vorzutragen? - Es geht um aber Ihre Wahlkreise, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind diejenigen, die der Landes - - -

(Zurufe von der CDU)

- Na ja, da, wo Sie Ihre Listenplätze bekommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es sind Ihre Abgeordneten, die mir schreiben, ich möge mich für Wilhelmshaven oder Cuxhaven einsetzen, ich möge etwas für den Transrapid tun, ich möge mich für diese oder jene Schienenverkehrsverbindung einsetzen. Meine Damen und Herren, das alles werden wir nicht schaffen, wenn wir in Norddeutschland nicht zu mehr Kooperation auch mit den benachbarten Ländern kommen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Je ruhiger Sie sind, desto weniger muss ich schwitzen. Das ist doch ganz einfach. Verstehen Sie, bei diesen Temperaturen ist das weder für die Journalisten noch für uns hier ein Vergnügen. Lasst uns das doch anständig zu Ende bringen.

(Möllring [CDU]: Bei der Rede würde ich auch schwitzen! - Frau Harms [GRÜNE]: Wir müssen da jetzt durch! - Weitere Zurufe)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, lassen Sie den Herrn Ministerpräsidenten zum Ende kommen.

Gabriel, Ministerpräsident:

Ich wollte nur Gelegenheit bekommen, ein bisschen Luft zu holen.

Aber auch für andere Teile unseres Bundeslandes, die nicht im Nordwesten liegen, bringen Kooperationen auf europäischer Ebene zusätzliche Chancen. Braunschweig ist ein Kompetenzzentrum für Mobilität, für die wirtschaftliche Entwicklung Osteuropas. Diese Kompetenzen reichen weit über den Automobilbau hinaus: Am Forschungsflughafen geht es um neue Werkstoffe für die Luft- und Raumfahrttechnik, und bei Siemens steht ein hochmoderner Standort für Signal- und Mobilitätstechnik.

Göttingen bietet nicht nur Kompetenz für die industrielle Entwicklung durch das Measurement Valley, sondern bildet mit Hannover und Braun-

schweig gemeinsam ein Forschungsdreieck für die Gen- und Biotechnologie.

Osnabrück und das Emsland gehören zu den dynamischsten Wirtschaftsregionen in ganz Deutschland mit glänzenden Wachstumszahlen. Hier liegen Kompetenzen im Schiffsbau ebenso wie im Fahrzeugbau und vielen anderen Sektoren industrieller Produktion für Europa.

Niedersachsen bietet Kooperationspartner für Wasserwirtschaft, Wasseraufbereitung und Transport. Diese Kompetenzen werden nicht nur in Europa, sondern weltweit gesucht. Und wir sind Standort des größten Tourismuskonzerns Europas, Partner sicherlich für viele neu aufstrebende Tourismusregionen im europäischen Ausland und darüber hinaus.

Aber die größten Chancen hat wohl die Landeshauptstadt Hannover selbst. Sie liegt an den Hauptverkehrsadern der Bundesrepublik, sie besitzt einen gut ausgebauten Flughafen und hat Potentiale. Sie besitzt ein gut ausgebautes europäisches Verkehrsnetz und kann wie kaum ein anderer Standort in Deutschland auf ihre Erfolge verweisen. Sie wird sich gemeinsam mit dem Landkreis Hannover zu einer Region entwickeln. Es wäre gut, wenn aus der gemeinsamen Initiative aller Parteien, der Wirtschaft und der Verwaltung auch eine gemeinsame Initiative im Niedersächsischen Landtag werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird deshalb erstens ihre künftige Förderpolitik vor allem auf regionale Entwicklungsprojekte ausrichten, die diese Kooperationschancen nutzen und ausbauen wollen, zweitens Schwerpunkte und Prioritäten dort setzen, wo durch den Ausbau der regionalen Infrastruktur die besonderen Potentiale der jeweiligen Region gestärkt werden. Ein zentrales Beispiel dafür wird der Tiefwasserhafen sein, der in Niedersachsen Investitionsvolumina in Höhe von 1 Milliarde DM und mehr erfordern wird. Wir werden drittens unsere Verbindungen und Kontakte zu unseren europäischen Nachbarn verstärken und nach Möglichkeit gemeinsame Vertretungen Norddeutschlands in unseren wichtigsten Partnerregionen anstreben. Viertens wollen wir eine engere Kooperation mit den norddeutschen Ländern anstreben, die den Aufbau und Ausbau europäischer Kooperationsprojekte im Norden Deutschlands vorantreiben

soll. Ich könnte mir vorstellen, dass daraus so etwas wie ein neuer Norddeutscher Bund wird.

Am Ende werden wir die Regionen unseres Bundeslandes gestärkt haben, aber auch Niedersachsen insgesamt. Es wird mehr sein als die Summe von Regionen. Es wird selbst eine starke Region im Zentrum Europas.

Meine Damen und Herren, die Zukunft hat in Niedersachsen schon begonnen! Auf dem rund 160 Hektar großen EXPO-Gelände rückt die Welt eng zusammen. Da liegt China neben Spanien und Tschechien, Island und Nepal sind Nachbarn, und von den Dünen und Deichen der Niederlande schweift der Blick weit über Finnland, Dänemark und Ungarn.

(Frau Harms [GRÜNE]: Südschweden!)

- Südschweden, ja. - Meine Damen und Herren, das ist vielleicht das Faszinierendste an der Weltausstellung: Man kann an einem Tag eine Reise durch die ganze Welt machen und lernt dabei an einem Tag mehr über die verschiedenen Staaten, ihre Kultur, ihre Wirtschaft, auch über ihre Probleme. Das Wichtigste aber sind die Menschen, die man hier trifft: der Mönch aus Bhutan, der Computerexperte aus den Vereinigten Arabischen Emiraten oder die Leiterin eines Frauenprojektes aus Eritrea.

Auch unser Land muss internationaler werden. Denn obwohl in Deutschland fast jeder zehnte Einwohner nicht deutscher Nationalität ist und obwohl unsere Industrie weltweite Erfolge feiert, fehlt vielen von uns die Bereitschaft, sich engagiert mit dem Ausland auseinander zu setzen. Nur ein Bruchteil von Studentinnen und Studenten wagt sich für ein oder zwei Semester ins Ausland. Und selbst für leitende Aufgaben finden sich oft nur schwer Bewerber, wenn damit ein Auslandseinsatz verbunden ist.

Die Neugier auf Neues, die Lust, sich auf Unbekanntes einzulassen und dabei vielleicht auch ein Risiko einzugehen, dies alles ist in Deutschland leider nicht besonders ausgeprägt. Bei vielen von uns überwiegt das Sicherheitsdenken. Auch das ist ein Problem der EXPO.

Die EXPO - so hat es ein Rundfunkkommentator zusammengefasst - ist eine Mischung aus Luna-Park, Kunstausstellung, Tourismusbörse und In-

dustriemesse. Da ist viel dran, meine Damen und Herren.

(Schröder [Grüne]: Leider ja!)

Das breite und bunte Angebot ist aber keineswegs, Herr Kollege Schröder, so zusammengewürfelt, wie es die Aufzählung der verschiedenen Veranstaltungstypen nahe legt. Die EXPO ist vor allen Dingen ein Ort der internationalen Begegnung, ein Basar der Ideen und eine gewaltige Chance für Deutschland, sein Ansehen und seine Rolle in der Welt neu zu definieren.

„Sie verlassen jetzt die Gegenwart“ - so hieß es in einem Artikel im „Handelsblatt“ vom 4. Mai 2000 über die EXPO 2000. Man möchte ergänzen: „und werfen einen Blick in die Zukunft“.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen drei Wochen konnten wir alle bei zahlreichen Besuchen auf den Weltausstellungsgelände die Vielfältigkeit der Exponate, die Kreativität in den Nationenpavillons und dem Themenpark und vor allen Dingen die Begeisterung der Akteure und Besucher erleben. Ich bin der festen Überzeugung: Am Ende wird diese Weltausstellung ein Erfolg sein. Die Stadt Hannover, aber auch das ganze Land Niedersachsen haben die einmalige Chance, sich welttoffen zu präsentieren, und wir nutzen sie.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir erleben eine Internationalität, erhalten Impulse, die es für die Zeit nach der EXPO zu nutzen gilt. Wir gewinnen die Zukunft nicht durch das kleinkarierte Geplänkel, das wir gelegentlich treiben. Die Zukunft gewinnen nur diejenigen, die die Chance nutzen, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Wir wollen unsere Chance nutzen, meine Damen und Herren. Wir wollen Niedersachsen zu einem Land machen, das international bekannt ist, nicht nur bei Messen, sondern ein Land internationalen Zuschnitts, und wir wollen die Chancen unserer Region dabei nutzen. Das ist die Vision für das neue Niedersachsen, die wir haben. Es wird ein internationaleres Niedersachsen sein. Es gibt vieles, was wir in unserem Land dafür zu bieten haben. - Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN: Aufstehen!)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, für die Besprechung waren für die beiden großen Fraktionen jeweils bis zu 40 Minuten Redezeit und für die Grünen bis zu 20 Minuten Redezeit vorgesehen. Da der Ministerpräsident seine Redezeit um 22 Minuten überzogen hat, gehe ich davon aus, dass das gleiche Zeitbudget für die großen Fraktionen und die Hälfte für die kleine Fraktion zur Verfügung steht. Das heißt also, SPD und CDU haben bis zur 60 Minuten Redezeit, die Grünen bis zu 30 Minuten. Dann werden wir weiter sehen.

Zunächst hat sich zur Aussprache der Kollege Wulff von der CDU gemeldet.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich ziehe mir jetzt ein bisschen den Unmut meiner Fraktion zu, wenn ich sage, dass wir Interessantes gehört haben, allerdings - da sind wir dann wieder im Konsens - zum Thema Europa. Jede ernsthafte Auseinandersetzung mit unserem Land Niedersachsen hat jedoch gefehlt. So leicht lassen wir Sie hier nicht die Kurve kriegen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben in den letzten Wochen alle zusammengetrieben und zusammengestaucht: ihre Pressesprecher, ihre Staatssekretäre, ihre Öffentlichkeitsarbeiter. Wenn ich das heute Vormittag richtig verstanden habe, dann haben die sich mit dieser zugearbeiteten Rede erheblich und nachhaltig für diese Art, zusammengestaucht zu werden, gerächt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU
und bei den GRÜNEN)

Bei uns schwankt das ein bisschen zwischen Nostalgie, Gerhard Glogowskis Regierungserklärung und Vorfreude auf Axel Plaues Regierungserklärung in den nächsten Monaten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber da Sie sich ja sozusagen als Dampfplauderer betätigen, um Dampf aus dem Kessel zu nehmen und durch Zwischenrufe, zum Teil selbst erfundene, der Opposition die Schuld dafür zu geben, dass es nicht lief, lege ich doch Wert darauf, dass niemand Sie gezwungen hat, hier heute eine Regierungserklärung abzugeben. Das haben Sie selbst entschieden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU
und bei den GRÜNEN)

Es gehört schon eine besondere Geschmacklosigkeit dazu, das zehnjährige Geburtstagsfest in Beinhorn zu feiern. Allerdings kann ich Ihnen sagen: Wenn ich Ernst Albrecht heute Nachmittag diese Regierungserklärung nach zehn Jahren SPD zukommen lasse, dann wird er wahrscheinlich sogar mitfeiern, weil das eine Art Untergangsfeier ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU
und bei den GRÜNEN)

Natürlich stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen - wer würde das bestreiten -, weltweit, in Europa, in Deutschland, auch hier in Niedersachsen. Da ist eben Führungskraft, da ist Leitlinie, da ist Orientierung gefordert, woran es in Niedersachsen seit 1990 mangelt. Sie sind zu sehr mit sich selbst beschäftigt gewesen und haben es an selbstbewusstem politischen Handeln fehlen lassen. Es gibt nichts zu feiern, was die SPD übersteigt. Sie können Wahlsiege feiern, aber die Menschen draußen im Lande können diese zehn Jahre nicht feiern. Darauf gilt es hinzuweisen.

Sie sind deshalb in die Ferne geschweift, weil Sie dann zu Dingen reden können, bei denen Sie nicht handeln können und handeln müssen. Aber dort, wo Sie handeln können, sind Sie merkwürdig unklar geblieben. Man könnte sich die Überschrift wählen „Dialog gesucht, aber nicht gefunden“. Ich glaube, das stand vor wenigen Tagen in der „HNA“ und trifft zu.

(Beifall bei der CDU und bei den
GRÜNEN)

Es besteht große Übereinstimmung in der Frage der deutschen und europäischen Einigung. Natürlich ist die Erfolgsstory Europa vor allem eine Erfolgsstory der CDU, der Bundeskanzler von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl. Darauf sind wir stolz; das lassen wir uns nicht nehmen. Für uns waren die deutsche und die europäische Einigung immer zwei Seiten ein und derselben Medaille, während man hier eigentlich auf so manchen Eier-tanz der Sozialdemokratie von der Lebenslüge Wiedervereinigung bis zum Euro zu sprechen kommen müsste, wenn man Geschichtsklitterung vermeiden will.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Sigmar Gabriel, Sie haben sich um das Bollwerk Helmut Kohl Sorgen gemacht. Ich kann Ihnen sagen, das steht weiter, wenn es um Fehler der SPD und der Bundesregierung in der Außenpolitik geht, von Österreich bis zu vielen anderen Fragen.

(Plaue [SPD]: Besonders dann, wenn es darum geht, die Spender zu nennen! Dann steht er wie ein Mann!)

Sie können sich darauf verlassen, dass wir Sie auch zukünftig

(Plaue [SPD]: Wie eine Eins steht er dann!)

vor weiteren Fehleinschätzungen, wie es beim Euro der Fall war, bewahren werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist schon interessant, wenn man den Bogen zu schlagen versucht von diesen zehn Jahren Sozialdemokratie in Deutschland und der Schwerpunktsetzung auf Europa. Das war doch bisher das ungeliebteste Stiefkind der Sozialdemokratie; denn allein die Zuständigkeit für die europäische Politik ist innerhalb der Landesregierung hin- und hergeschoben worden: vom Europaministerium des Bilderbuch-Europäers Trittin in die Staatskanzlei, von dort ins Justizministerium, dann wieder in die Staatskanzlei, und nun liegt sie bei einem Minister ohne Unterbau. Dabei wurde über Jahre versäumt, rechtzeitig europäische Mittel für Niedersachsen einzusetzen.

(Zuruf von Minister Senff)

- Ich habe nicht „Unterleib“ gesagt, Herr Minister, sondern „ohne Unterbau“. Das andere wäre nicht wahrheitsgemäß zu begründen. Deswegen habe ich das natürlich nicht so vorgetragen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die europäische Ebene ist für viele bis heute ein Dickicht. Sie werden nicht über Ihr niedersächsisches Büro in Brüssel mehr Transparenz der europäischen Politik erreichen. Einfluss in Europa werden Sie nur bekommen, wenn Sie niedersächsische Vertreter nach Brüssel und Straßburg entsenden, wie es beispielsweise das Bundesland Bayern erfolgreich macht.

Für die CDU-Landtagsfraktion ist es wichtig, dass es beim Thema Europa einen Konsens gibt. Ihre

Rede stellte eine wertvolle Fleißarbeit zur europäischen Zustandsbeschreibung dar. Es steht schließlich nirgends geschrieben, dass man alles, was man in der vergangenen Woche Neues gelernt hat, in eine Regierungserklärung hineinschreiben muss. Das kann man auch einfach für sich behalten.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich haben Ministerpräsidenten wie Edmund Stoiber, Erwin Teufel und Kurt Biedenkopf in den vergangenen Jahren eine europäische Kodifizierung der Zuständigkeiten für die verschiedenen Ebenen eingefordert. Vielleicht kann die heutige Rede dazu dienen, dass beim nächsten Mal nicht Herr Scherf zusammen mit Herrn Stoiber die Pressekonzferenz nach den Gesprächen der Ministerpräsidenten gibt, sondern dass auch an Niedersachsen gedacht wird.

Nachholbedarf in der Frage der europäischen Probleme gibt es auf keiner Seite des Hauses. Wir haben es bisher begrüßt, dass sich die 16 Ministerpräsidenten in der Verfolgung wichtiger Anliegen einig waren und dass keine künstlichen Gegensätze konstruiert werden.

Es ist fast zehn Jahre her, seit Wolfgang Schäuble von einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gesprochen hat. Stellenweise deckt sich das mit dem, was Joschka Fischer - witzigerweise nicht im Parlament, sondern in der Universität - in Berlin vorgetragen hat. Das kann allenfalls Europeaneulinge als etwas Neuartiges überraschen.

Auch 1999 ist die CDU in Niedersachsen und auch bundesweit mit einem pro-europäischen Wahlkampfprogramm zur Europawahl angetreten. Wir sind stolz darauf, dass wir es in Niedersachsen auf fünf und Sie als Sozialdemokraten nur auf drei Mandate im Europäischen Parlament gebracht haben.

(Beifall bei der CDU – Möhrmann [SPD]: Gehen Sie doch mal auf die Rede ein!)

Wir brauchen eben genau das Bündnis und die Auflösung des Bündels an Entscheidungen, die anstehen, zu denen Sie gesprochen haben - Institutionenreform, Abgrenzung der einzelnen Ebenen, Osterweiterung wie auch die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

Es gehört auch zur historischen Wahrheit, dass Wirtschaftsminister Fischer meinte, die Reise der CDU-Landtagsfraktion ins Baltikum vor wenigen Jahren damit kommentieren zu müssen, das sei völlig abseitig, es brächte Niedersachsen nichts, und dort gebe es keine wirtschaftlichen Perspektiven – zitiert nach der „Nordwest-Zeitung“ aus Oldenburg.

Wenn heute die Erkenntnis reift und die SPD in der Wirklichkeit ankommt, dass Osteuropa, das Baltikum, Slowenien, aber auch die Slowakei, Tschechien und Polen für uns interessante Länder sind, kann man dies nur begrüßen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich gibt es die vom Ministerpräsidenten beschriebenen Probleme des Förderalismus, einer schleichenden Übernahme von Kompetenzen durch den Bund zulasten der Länder, und es gibt die Notwendigkeit, die Ebenen der Handlungs- und Finanzverantwortung neu abzugrenzen, die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes einzuschränken sowie die Gemeinschaftsaufgaben zu überprüfen. Zur historischen Wahrheit der vergangenen zehn Jahre gehört aber auch, dass es 1988/89 Ernst Albrecht gewesen ist, der den Grundsatz in die deutsche Politik eingeführt hat: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. – Es waren die Sozialdemokraten, die damals den Regierungswechsel 1990 gerade mit dem Hinweis erzwungen haben, der Bund könne sich nicht zu Kindergärten äußern, wenn er nicht zugleich dafür zahle, sondern die Kommunen bezahlen lasse. Dass Sie diesen Hinweis genutzt haben, Ernst Albrecht und anderen zu unterstellen, sie wollten nichts für Kindergärten tun, war die perfide Art, mit der Sie damals den Regierungswechsel herbeigeführt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich spreche die historische Wahrheit nur deshalb an, weil die Themen, über die wir heute etwas gehört haben, keineswegs neu, sondern Jahrzehnte alt sind.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

Sie harren einer Lösung. Wir wünschen uns Initiativen unserer Landesregierung im Bundesrat. Wie diese aussehen könnten, können Sie unserem Antrag vom 10. November letzten Jahres entnehmen. Gerade der Länderfinanzausgleich ist eben keine

parteilpolitische Frage zwischen SPD und CDU, sondern in erster Linie eine Auseinandersetzung zwischen Geber- und Nehmerländern.

Wenn Sie bedauern, dass sich der Bund aus der Verantwortung bzw. der Mitfinanzierung wahrzunehmender öffentlicher Aufgaben zurückzieht, frage ich mich schon, warum Sie in den letzten Monaten zugelassen haben, dass sich der Bund zulasten niedersächsischer Kommunen um 350 bis 400 Millionen DM entlastet und die Mittel für Gemeinschaftsaufgaben wie den Küstenschutz und die Bundesverkehrswege gekürzt hat.

(Zuruf von Frau Elsner-Solar [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eben die Frage, ob man nur Postulate verkündet oder ob man konkret handelt, wo man handeln kann, und entscheidet, wo man zum Entscheiden aufgerufen ist.

(Beifall bei der CDU – Plaue [SPD]:
Sehr richtig! Man muss immer den Unterschied sehen zwischen dem, was Sie hier erzählen, und dem, was Sie politisch gemacht haben!)

Es gibt zwar den Erfolg, dass der Bund 74 % der Lasten aus der Berücksichtigung von Kindern im Einkommensteuerrecht tragen muss, Niedersachsen hat sich aber nicht dagegen gewehrt, dass der Bund neuerdings diese Vereinbarung nicht einhält. Das macht für Niedersachsen rund 450 Millionen DM aus.

Wir wollen, dass sich der Bund nicht permanent zulasten der Länder entlastet und unserem Land permanent in die Tasche greift. Es müssen Schritte hin zu eigenständigen Entscheidungskompetenzen für jede staatliche Ebene gemacht werden. Wir wollen auch, dass die Länder eigene Steuersätze festlegen können und dass Mischfinanzierungen abgebaut bzw. reduziert werden. Ferner wollen wir die Modernisierung des Förderalismus durch eine wirkungsvolle Neuordnung des Systems des Länderfinanzausgleichs erreichen.

Wir haben die Überzeugung, dass die Grundsätze, die hier postuliert worden sind, auch im eigenen Land zu gelten haben. Ich habe die Regierungserklärung insofern als sehr diffus empfunden. Was für das Bund-Länder-Verhältnis angekündigt und für die Bundesländer gefordert wird, muss gerade auch für die Kommunen im eigenen Land, also in

Niedersachsen, im kommunalen Finanzausgleich praktiziert werden. Dort gibt es aber einen Eklat.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann mich an keinen derartigen Eklat erinnern, dass die kommunalen Spitzenverbände gemeinschaftlich der SPD, den Grünen, der CDU und Ihnen einen Brief schreiben und Ihnen mitteilen, Sie würden wahrheitswidrig und irreführend Informationen in den Niedersächsischen Landtag tragen, und Sie hätten vorsätzlich und fortlaufend Beschlüsse und Entscheidungen des Staatsgerichtshofs in Niedersachsen missachtet. Ein solch miserables Verhältnis zwischen Ländern und Kommunen wie derzeit in Niedersachsen hat es wohl nirgendwo in Deutschland je zuvor gegeben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Plau [SPD])

Es ist eben wie im richtigen Leben, Herr Plau: Wenn man anderen nassforsche Vorschläge macht, muss man sich hier und da auch einmal an die eigene Nase fassen. Das trifft Ihren Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU – Plau [SPD]:
Das ist überhaupt kein Problem!)

Ich sage Ihnen zu, dass wir in der Frage des Föderalismus und der Europapolitik mit Ihnen gemeinsam die Anliegen der Länder vertreten werden.

Was uns aber am heutigen zehnten Geburtstag der SPD-Landesregierung beschäftigen sollte, ist die Tatsache, dass wir bei allen wichtigen Daten - Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Unterrichtsversorgung – zum Schlusslicht der westdeutschen Flächenländer geworden sind.

(Frau Lau [SPD]: Das ist auch wieder Quatsch! Der erzählt immer dieselben Märchen! Das ist ja langweilig!)

Ich sage Ihnen in allem Ernst: Eine Geschichtsklitterung lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU)

Bei Bildung, sozialer und innerer Sicherheit standen wir 1990 besser da als heute. 1990 bis 1994 wurde verschwendet und vergeudet, 1994 bis 1998 vertrödelt und vertagt und 1999 bis 2000 gefeiert und gereist. - Das ist die Wirklichkeit der vergangenen zehn Jahre, wenn man sie in wenigen Sätze zusammenfasst.

(Beifall bei der CDU – Meinhold [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit, was Sie da sagen!)

In den vergangenen zehn Jahren hat unser Land einen Einheitsboom ungeheuren Ausmaßes erlebt. Niedersachsen ist vom Zonenrand – Niedersachsen hatte den längsten Teil der innerdeutschen Grenze – in das Zentrum Deutschlands bzw. Europas gerückt – mit riesengroßen Auftragseingängen gerade in den Jahren nach 1990.

Ich empfinde es als unhistorisch und als ziemlich dreistes Bubenstück, wenn man diese zehn Jahre im Vergleich als zweitschwerstes Jahrzehnt nach dem Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Meine Damen und Herren, so geht es wirklich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Im Kern ging es damals darum, dass jeder ein Dach über dem Kopf hatte, dass kein Hunger mehr gelitten werden musste und dass Millionen Vertriebene in Niedersachsen integriert werden mussten. Die Situation unter Hinrich Wilhelm Kopf mit Ihrer Regierung in den vergangenen zehn Jahren zu vergleichen, als es Ihnen um Berichte, Förderpläne und Verbandsklagen ging, ist so absurd und abwegig, dass man es entschieden zurückweisen muss.

(Beifall bei der CDU)

Im Kern ist die Existenzfähigkeit des Landes Niedersachsen aufs Spiel gesetzt worden.

(Zuruf von Frau Lau [SPD])

Dafür kann man weder die Globalisierung noch die Europäisierung verantwortlich machen. Der sind Bayern und Baden-Württemberg genauso ausgesetzt wie Niedersachsen. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Da können Sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Die einzige Ankündigung, die von 1990 noch aufrechterhalten worden ist, nämlich die Lernmittelhilfe, wollen Sie, wie wir soeben in der Regierungserklärung gehört haben, im Jahr 2003 abschaffen, und damit bleibt von Ihren zehn und dann 13 Jahren Sozialdemokratie in Niedersachsen gar nichts übrig.

(Frau Lau [SPD]: Das hat er gar nicht gesagt! Sie haben auch da nicht zugehört!)

- Wenn Sie sagen, dass das sozusagen nicht das autorisierte Redemanuskript des Ministerpräsidenten war und er diese Passage nicht vorgetragen hat, was vorkommen kann, dann lassen Sie uns doch abwarten, ob das, was darin stand, oder das gesprochene Wort gilt.

(Zuruf von Frau Lau [SPD])

- Frau Lau, bevor Sie hier als Nachfolgerin in Erscheinung treten, wollen wir das hier einmal kurz festhalten: Es gilt das gesprochene Wort. Wenn die Lernmittelhilfe hier noch nicht thematisiert werden soll, so stelle ich doch fest, dass im Redemanuskript von der Abschaffung die Rede ist.

(Meinhold [SPD]: Wir haben Lernmittelfreiheit! - Lachen bei der CDU - Möllring [CDU]: Was?)

- Wenn Sie die im vierten Jahr hintereinander zu benutzenden Bücher, die meine Tochter im August in die Hände gedrückt bekommt, als Lernmittelfreiheit bezeichnen, dann haben Sie einen Freiheitsbegriff, den ich nicht unterschreiben kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Es ist eben wahr, dass Sie aus einem jahrelang ausgehobenen Schuldenloch keinen Berg von Golddukaten machen können und Sie für das gerade stehen müssen, was Sie zu verantworten haben, was Sie getan und was Sie unterlassen haben.

Es gab aus Ihrem Bereich so manche Offensive, die mit schönen Worten und schillernden Begriffen unterlegt war, aber bereits am Strafraumrand gescheitert oder in der eigenen Hälfte abgebrochen worden ist. Sie sind gut im Entschuldigen Ihrer Versäumnisse und im Erfinden neuer Begriffe. Aber wenn man sich die verbrauchte Ministerriege ansieht, dann fühlt man sich eben - - -

(Frau Lau [SPD]: Das ist persönlich! Unmöglich!)

- Wenn man eben bei der Rede des Ministerpräsidenten in Ihre Gesichter geschaut hat, dann hat man sich an die deutsche Kabine gestern nach Spielschluss erinnert gefühlt.

(Heiterkeit und starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

Natürlich drängen sich die Ähnlichkeiten auf. Das ist ja ein trauriges Thema. Ich bin wirklich leidenschaftlicher Fußballfan. Aber es drängen sich schon Parallelen auf. Sie haben sogar einen Minister, der sein Aufhören für 2003 angekündigt hat, aber trotzdem Minister bleiben will. Es ist bei Ihnen im Kabinett möglich, dass man sozusagen den Abschied einreicht und trotzdem bleibt, weil es nämlich niemand bemerken würde. Aber das wird der Wähler schon in die Hand nehmen.

(Möhrmann [SPD]: Was haben Sie denn eigentlich vor, Herr Wulff?)

Ich will hier aber keinen Vergleich zu Lothar Matthäus anstellen, weil wir Lothar Matthäus das nun wirklich nicht antun können. Der hat große Verdienste um Deutschland. Deshalb weise ich das hier entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU)

Hans-Ulrich Klose, ein guter Sozialdemokrat, hat gesagt, die SPD habe ein Problem mit der Wirklichkeit. Das ist hier überdeutlich geworden. Es ist überdeutlich geworden, dass man nicht mehr die Show abziehen kann, über Jahre hinweg so zu tun, als wenn da etwas wäre, sondern dass man irgendwann einmal Bilanz ziehen und sich ansehen muss, was aus der Aufbruchstimmung geworden ist. Die Aufbruchstimmung heute Morgen war ja wirklich phänomenal. Wir sind hier heute Morgen auf dem Weg in die Zukunft gemeinsam richtig aufgebrochen.

Wir haben Ihnen, nachdem Sie in den ersten vier Jahren bereits 15 Milliarden DM an Schulden draufgesattelt hatten, trotzdem das Angebot zur Mitarbeit unterbreitet

(Minister Aller: Das wäre etwas geworden, Herr Wulff!)

und sind heute noch traurig darüber, dass Sie dieses Angebot arrogant und überheblich stets zurückgewiesen haben. Heute holt Sie ein, dass Sie unsere Vorschläge verhöhnt und schnöde abgelehnt zu haben. Wir bleiben aber dabei, dass man nicht weiterkommt, wenn man die Probleme mit einer Vogel-Strauß-Politik ignorieren will.

(Möhrmann [SPD]: Was Sie in jedem Haushaltsantrag unterstreichen!)

Niedersachsen braucht im Sinne von Hans-Ulrich Klose die Rückkehr zur Wirklichkeit - auch wenn sie bitter ist und wenn man die Augen vor den

Tatsachen am liebsten verschließen würde. Es hilft nichts. Sie müssen Ihre eigenen Fehler erkennen. Nur das verhütet, dass sie ständig, Jahr für Jahr bei der Aufstellung von Haushaltsplänen und auf anderen Gebieten wiederholt werden. Wer seine Fehler einfach ignoriert, der wird sich immer in der Gefahr befinden, sich ständig zu wiederholen. Das wollen wir dem Land bis 2003 wahrlich nicht zumuten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist soeben gesagt worden, dass die Debatte tatsächlich in dieses, in das Landesparlament gehört. Es besteht allerdings ein merkwürdiger Widerspruch zwischen den Ankündigungen einer Parlamentsreform und dem tatsächlichen Tun. Wir wollen Anhörungen, wir wollen eine Enquete-Kommission zur Zukunft des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen, wir wollen Schwerpunktdebatten mit Beratungen zu besonderen Entscheidungen im Bundesrat. Alle diese Wünsche sind bis auf die Begebenheit in der letzten Plenarsitzung, als Sie Ihre Fraktion überfahren hatten und sie Sie anschließend wieder eingeholt hat, abgeblockt und abgelehnt worden. So führen Sie einen Stil herbei, der es Ihnen zwar ermöglicht, internationale Konferenzen zur Klärung der Frage durchzuführen, wie man regieren könnte, aber Sie ignorieren es über Jahre hinweg konsequent, den Sachverstand des Parlamentes und der Niedersachsen zu nutzen. Das weisen wir zurück.

(Beifall bei der CDU)

Ich will mich natürlich auf Kernbereiche beschränken, weil dies hier der Ort ist, in dem in den nächsten zehn Jahren mehr Konsens erzielt werden sollte, als es in den vergangenen zehn Jahren der Fall war.

Seit 1990 ist die Verschuldung explodiert, obwohl wir im Jahre 2000 8,7 Milliarden DM mehr Steuern einnehmen als noch vor zehn Jahren. Ihre Haushaltspolitik ist vom Staatsgerichtshof mehrfach als verfassungswidrig beurteilt worden. Dennoch haben Sie den Kommunen 8 Milliarden DM vorenthalten bzw. an Lasten aufgebürdet. Sie haben die Vorstellung, bis zum Jahr 2003 14,5 Milliarden DM hinzuzufügen. Das wären dann über 80 Milliarden DM an Schulden in Niedersachsen. Dann hätten Sie den Schuldenstand des Landes innerhalb Ihrer 13 Jahre mehr als verdoppelt, gegenüber den 40/45 Jahren zuvor. Sie haben angekündigt, Schulden zu verringern. Jetzt

führen Sie diese Schulden in Schattenhaushalte und werden im nächsten Jahr eine Neuverschuldung in Höhe von mehr als 3 Milliarden DM und damit in verfassungswidrigem Umfang anpeilen wollen.

Ihre Verwaltungsreform ist gescheitert. Die Personalausgabenquote ist eine der höchsten in Deutschland.

Sie haben nach einem halben Jahr der Arbeit des neuen Ministerpräsidenten keinerlei Anzeichen für Neuanfänge unterbreitet. Es geht weiter mit Ankündigungen und Beschreibungen. Aber das ist eben neuen Regierungen vorbehalten, die neu antreten und neu anfangen, nicht aber denen vorbehalten, die hier innerhalb der SPD-Fraktion seit zehn Jahren - als Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion und jetzt als Ministerpräsident - Verantwortung für diese Misere tragen.

(Beifall bei der CDU)

Es fehlen uns jenseits der Setzung von Symbolen und jenseits nassforscher Sprüche konkrete, handhabbare Schritte, um dieses Land aus der Schuldenfalle herauszuführen. Wir sind der Meinung, dass Niedersachsen eine solche Vision bräuchte - nicht ewig Empfängerland zu sein, nicht ewig immer mehr neue Schulden aufzutürmen, sondern man sollte damit anfangen, die Neuverschuldung zu reduzieren, und zwar nicht irgendwann in ferner Zukunft, sondern mit dem nächsten Haushaltsjahr Schritte zu unternehmen, die Neuverschuldung zu reduzieren, um sie auf null zu führen und um dann in diesem laufenden Jahrzehnt an die Rückzahlung der Schulden heranzugehen.

Eine Haushaltspolitik, die nachhaltig ist, sichert die Interessen der jungen und mittleren Generation, die in einigen Jahren auch noch etwas zu entscheiden haben will und nicht erleben will, dass Sie deren Frühstück gleich mit verfrühstückt haben, obwohl Sie für diese Zeiträume gar nicht gewählt waren und dafür entsprechende Kompetenz nicht verliehen bekommen haben.

Wir werden diese Finanzprobleme nur lösen, wenn wir in der Verwaltungsreform mutigere Schritte unternehmen, um zu einer bürgernahen, effizienten und kostengünstigeren Verwaltung zu gelangen, Ebenen und Hierarchien abbauen, Ministerien auf wenige reduzieren, die Bezirksregierungen abschaffen und die Landkreise gezielt in die Lage versetzen, sich durch Kooperation langfristig zu halten, um eine neue Gebietsreform zu vermeiden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Genau dies ist unsere Vorstellung einer leistungsfähigen Landesverwaltung, die mit weniger Geld mehr Effizienz und damit mehr Leistung für die Bürgerinnen und Bürger erreicht. Es bedarf einer Neuabgrenzung zwischen privatem und staatlichem Sektor. Wir müssen privatisieren, von der Polizei bis hin zu anderen öffentlichen Einrichtungen, wie Schneidereien und Kfz-Werkstätten. Es ist doch nicht zwingend erforderlich, dass ein bei der Polizei Beschäftigter ein Polizeifahrzeug repariert. Das können Kfz-Werkstätten genauso gut. In diese Richtung muss es gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben neben der Finanzlage, die desolat ist, eine desolante Arbeitsmarktlage. Es ist interessant, dass dieses Thema das dominierende Thema von 1990 war und dieser Begriff in dieser Regierungserklärung nicht mehr vorgekommen ist. Der Begriff „Arbeitslosigkeit“ hat in dieser Regierungserklärung keine Rolle gespielt, obwohl wir unter den Flächenländern die zweithöchste Arbeitslosenquote haben. Wir haben heute 337.000 arbeitslose Menschen in Niedersachsen, und zwar trotz Einheitsbooms, trotz EXPO-Sonderkonjunkturprogramm, trotz all dieser Phänomene, auf die man in Zukunft nicht mehr unbedingt setzen kann. Gleichwohl haben der Wirtschaftsförderfonds und das Landesdarlehnsprogramm nicht die entsprechende Ausstattung. Alles das ist zusammengestrichen, gekürzt worden.

Es gibt keine Impulse in diesem Land, Technologie zu fördern, Technologietransferstellen zu errichten. Stattdessen werden die Unterstützungen für Forschungsinstitute gekürzt, die Biotechnologie und der Transrapid wurden verteufelt, und eine offensive Standortpolitik ist auch nicht feststellbar.

Ich habe oft darauf hingewiesen, dass es dann nicht überrascht, dass man in der Arbeitsplatzdichte hinter Thüringen und Sachsen zurückfällt, dass man beim Bündnis für Arbeit keine echten Ergebnisse erzielt, dass man sich als sozialdemokratische Regierung vom DGB sagen lassen muss, man sei eine moderne Wirtschaftspolitik schuldig geblieben, hätte eigene Mittel und EU-Mittel zur Arbeitsmarktpolitik unzureichend genutzt und massiv die Ausbildung abgebaut. Das sind wörtliche Zitate des Deutschen Gewerkschaftsbundes Niedersachsen-Bremen zur Politik dieser Landesregierung.

(Beckmann [SPD]: Wer hat Ihnen denn das alles aufgeschrieben?)

Meine Damen und Herren, diese Fakten der zehn Jahre sozialdemokratischer Politik haben eben ihre Ursächlichkeit darin, dass innovative Ansätze nicht weiter verfolgt worden sind. Sie haben den Ausbau von Fernstraßen blockiert. Wenn Sie jetzt in Ihrer Regierungserklärung die A 20 und die A 26 ansprechen, müssen Sie doch zugeben, dass Sie Anfang der 90er-Jahre stolz darauf waren, nicht ein einziges dieser Verkehrsprojekte zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Das war die legendäre Broschüre von Wirtschaftsminister Fischer, der sagte: Das Tollste ist, dass wir keine Straßen angemeldet haben. Das ist die Zukunft der Infrastruktur in Niedersachsen. Deswegen müssen die Lüchow-Dannenberg und die Uelzener eben ewig warten, bis sie irgendwann einmal die A 14 oder die A 39 bekommen, die sie so dringend brauchen, um auch dort den ländlichen Raum wirtschaftlich entwickeln zu können: mit mehr Mittelstand und mehr Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nun einmal so, dass das 21. Jahrhundert von kleinen und mittleren Betrieben geprägt wird, von Handwerksunternehmen, von Selbständigen. Das entscheidende Signal, der entscheidende Gradmesser für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist die Selbständigenquote. Es ist doch kein Zufall, dass Bayern die höchste Zahl an Selbständigen und die geringste Arbeitslosigkeit hat und dass wir eine der geringsten Selbständigenquoten und deshalb eine der höchsten Arbeitslosigkeiten haben. Also erwarten wir von wegweisender Landespolitik, dass sie ihre Politik auf Selbständige, auf Mittelständler, auf Handwerker ausrichtet und dafür ein Umfeld und Rahmenbedingungen schafft, sodass dieses gedeihen kann und darüber neue Arbeitsplätze entstehen.

Präsident Wernstedt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schröder?

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr gerne.

Schröder (GRÜNE):

Da Sie die Selbständigenquote angesprochen haben, möchte ich Sie fragen, ob Sie die Gründe dafür benennen können, dass innerhalb der Europäischen Union die Selbständigenquote ausgerechnet in Griechenland am höchsten ist.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Die Selbständigenquote ist in Griechenland am höchsten, weil es dort einen hohen Dienstleistungsgrad gibt, weil es dort eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gibt, die in Deutschland niemand annehmen will, die in Deutschland verpönt sind, die auch von den Grünen als eher unwürdig betrachtet werden, obwohl es in Griechenland dazu gehört, dass man seinen Gästen gastfreundlich gegenübertritt und deswegen auch Dienstleistungen anbietet, die in Deutschland längst ausgestorben sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch hinzufügen, Herr Kollege Schröder: Es ist eben hochgradig spannend, dass die Länder mit einer solchen Dienstleistungsquote und mit einer solchen Selbständigenquote das mit Abstand höchste Beschäftigungswachstum in ganz Europa haben. Sie können in der „FAZ“ vom Samstag nachlesen, dass die OECD in ihrer jüngsten Studie nachweist, dass Deutschland Schlusslicht in Europa ist. Obwohl man Wirtschaftswachstum habe, hätten wir die geringste Zahl neuer Arbeitsplätze und sei im letzten Jahr sogar ein Rückgang der Erwerbstätigen entstanden, weil man eben in Deutschland neue zusätzliche Arbeitsplätze blockiere durch Überregulierung der Arbeitsmärkte und durch die Behinderung kleiner und mittlerer Unternehmen von der Steuerpolitik bis zur Bürokratie. Da muss man ansetzen, da können wir politisch Zeichen setzen. Das gehört ins Parlament, darüber müssen die Leute nicht irgendwo sonst reden.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen und wir können es ja nur begrüßen, wenn Sie dazu sagen: Na ja, in den letzten zehn Jahren haben wir da wohl falsch gelegen, da waren wir falsch gewickelt. Wir begrüßen es, wenn der schlafende Riese Mobilitätswirtschaft in Niedersachsen geweckt werden soll und wir jetzt wieder gemeinsam für Infrastrukturprojekte eintreten. Es war die Albrecht-Regierung, die damals den Tiefwasserhafen Cuxhaven-Groden bauen wollte, den

Sie dann verworfen haben. Aber wenn Sie jetzt sagen, dass Sie es unterstützen, wenn die Wirtschaft einen Tiefwasserhafen bauen will, dann können wir uns darüber nur freuen. Wir gehen davon aus, dass der Tiefwasserhafen in Niedersachsen entsteht, und wir denken, dass Wilhelmshaven die optimalen Voraussetzungen dafür hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir werden das fair gegenüber den Cuxhavenern prüfen. Wir haben aber den Eindruck, dass man jetzt diejenigen, die die größte Aussicht haben, schnell und nachhaltig unterstützen und entsprechend das Thema Tiefwasserhafen auf die Bahn schieben soll, damit wir gegenüber Rotterdam in Konkurrenz treten können.

Die Bundesregierung hat auch unsere Vorschläge zur Stützung der Luftfahrtindustrie nicht aufgegriffen, sondern es anfangs als Blödsinn bezeichnet, mit der Ukraine ein Großflugzeug für die Bundeswehr zu bauen. Es ist hier kein Wort dazu gefallen, dass vor wenigen Tagen die SPD-geführte Bundesregierung eine Entscheidung gegen dieses Projekt und damit gegen Lemwerder getroffen hat und wir jetzt mächtig kämpfen müssen, damit Lemwerder an diesem Auftrag der DASA im Rahmen der europäischen Luftfahrtindustrie beteiligt wird.

Wir haben den Ministerpräsidenten zur Transrapidstrecke gehört, können uns aber nur wundern. Als wir die Strecke Hamburg - Bremen - Oldenburg - Groningen/Niederlande ins Gespräch gebracht haben, wurde das als abwegig und als Quatsch bezeichnet. Das wäre aber die sinnvolle Fortführung von Hamburg - Berlin gewesen. Hamburg - Berlin allein macht natürlich gar keinen Sinn, weil Helgoland kein zureichendes Hinterland darstellt. Aber wenn man jetzt, wo die Strecke Hamburg - Berlin baureif ist, diese Strecke nicht baut, weil man als Norden zu schwach ist, sich dafür engagiert einzusetzen und es auch durchzusetzen, sondern diese Fata Morgana Hamburg - Holland vor sich her trägt, ist das eben nur die halbe Miete, nur die halbe Wahrheit. Wir fordern Sie auf: Korrigieren Sie diesen Beschluss, Hamburg - Berlin nicht zu bauen. Bauen Sie Hamburg - Berlin, dann haben wir eine kleine Chance, auch die Fortführung Hamburg - Niederlande durchzusetzen und hinzubekommen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind die wichtigen Fragen. In der Regierungserklärung steht der Satz:

„Die Zukunft gewinnen nur diejenigen, die beherzt zugreifen, wenn sich die Chance dazu bietet.“

Hier muss man jetzt einfach beherzt zugreifen, damit kommende Landesregierungen eben die Transrapidstrecke für sich nutzen können, damit sie sie einweihen und sich feiern lassen können, so wie Sie die EXPO für sich nutzen, die wir Ihnen sozusagen als Geschenk überbracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Da liegt eben die Krux, dass Sie uns nichts außer Schulden lassen, während wir Ihnen aus den Regierungszeiten der CDU eben eine ganze Menge zur Profilierung gelassen haben,

(Plaue [SPD] lacht)

wie zum Beispiel die EXPO, die Sie mit Ihrer Politik des dynamischen Abwartens nie hinbekommen hätten, Herr Plaue. Sie waren doch Befürworter der Volksbefragung nach dem Motto: Wollen wir die EXPO in Hannover überhaupt haben? Stimmen wir erst einmal darüber ab, ob wir sie überhaupt haben wollen.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Darüber hat sich doch die ganze Welt totgelacht.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Sie müssen sich bei Leuten erkundigen, die etwas davon verstehen, Herr Kollege!)

Die Leute haben sich damals wirklich kringelig gelacht. Ich kann mich an die Situation heute noch ganz präzise erinnern,

(Zuruf von Minister Aller)

als die in Bonn sagten: Na ja, wir in Bayern, die CSU, die FDP und die SPD sind zwar nicht unbedingt für die EXPO, Herr Aller, aber dass ihr in Hannover eine Befragung macht, ob ihr sie überhaupt wollt, begreifen wir partout nicht. - So ist es doch gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Führen Sie sich doch das Gesicht von Herrn Trittin noch einmal vor Augen. Nachdem Helmut Kohl auf der CeBIT-Eröffnung 1992 gesagt hat, dass die EXPO kommt, dass es eine fröhliche Feier wird und dass die Deutschen ruhig mal lachen und sich durchaus mal freuen dürfen, ist Trittin herumgelaufen

wie Falschgeld nach dem Motto: Es ist mir doch nicht gelungen, das Ding in Bonn kaputtzukriegen. - Das war unser Repräsentant in Bonn, um die EXPO kaputtzumachen.

(Frau Pawelski [CDU]: So ist es! Genau!)

Wir haben es hingekriegt, dass sie trotzdem gekommen ist und dass sie Niedersachsen vorangebracht hat. Darüber sollten wir uns freuen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Minister Aller)

Präsident Wernstedt:

Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, keine Zwischenrufe zu machen. Das ist nach der Geschäftsordnung nicht gestattet. Das gilt auch für Kommentare.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Wobei ich den Hinweis geben würde: Wenn sie wenigstens gut wären. Das ist ja das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Die Dinge kommen halt nicht von allein, man muss schon etwas dafür tun. Niedersachsen hat heute eine um 12 % schlechtere Unterrichtsversorgung als 1990, gravierenden Lehrkräftemangel, gravierende Probleme bei den Berufsschulen mit 85-prozentiger Unterrichtsversorgung und den wenigsten Lehrerstunden pro Klasse. Wir haben eine Philosophie der Einheitsausbildung, bei der alle nach gleichen Maßstäben behandelt werden,

(Frau Pawelski [CDU]: Alle gleich schlecht!)

und das halten wir für falsch. Die Förderung von Gesamtschulen, die Angleichung von Haupt- und Realschulen, die schleichende Auflösung von Sonderschulen, die neue Einheitslehrausbildung, die Grundsatzerteilung ohne feste Stundentafelvorgaben halten wir für falsch, weil sie zulasten schulischer Qualität gegangen sind. Aus der Vorreiterrolle Niedersachsens beim Projekt „Neue Technologien und Schule“ sind wir in eine Nachzüglerrolle geraten. Die Hochschulen wurden barbiert, und der Wissenschaftsminister Oppermann wird im Regen stehen gelassen.

Die Wahrheit ist doch, dass der Staatsvertrag zu Studiengebühren soeben gescheitert ist, dass die

Ankündigung der SPD, im Bundestag etwas zu machen, sowieso erledigt ist.

(Ministerpräsident Gabriel: Bei der CDU!)

- Lieber Herr Gabriel, die CDU-Ministerpräsidenten sind doch nicht bekloppt. Die machen doch keinen Staatsvertrag, um sich etwas zu verbieten, was sie machen könnten, wenn sie es machen wollten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Es ist manchmal wirklich unbegreiflich. Sie wollten nach der Bundestagswahl im Deutschen Bundestag eine BAföG-Reform machen, Sie wollten Studiengebühren verbieten. Alles das haben Sie versprochen, alles das haben Sie nicht eingehalten. Da kriegen Sie es nicht hin, da können Sie es nicht machen, und jetzt wollen Sie den Weg des Staatsvertrages gehen und suchen Ministerpräsidenten der Union, die die Länder aufwerten wollen, die Kompetenzen erweitern wollen. Die sollen mit Ihnen einen Staatsvertrag abschließen, mit dem sie sich selber Fesseln anlegen und nach dem sie bestimmte Dinge, die sie machen könnten, nicht mehr machen dürfen. Was Sie hier vertreten, ist der reine Irrsinn!

(Zustimmung bei der CDU)

Erst sagen Sie „Kompetenzen stärken“, und dann sagen Sie „Staatsverträge abschließen“, um die Kompetenzen einzugrenzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen Studiengebühren für Langzeitstudenten, und die Einnahmen sollte man verwenden, um die Meisterprüfung in Niedersachsen für die angehenden Meister kostenlos durchzuführen. Das wäre ein Beitrag zur Effizienz der Hochschulen und zu mehr selbständigen Meistern in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU - Möhrmann [SPD]: Das ist endlich mal ein Vorschlag, Herr Kollege!)

Seien Sie bitte nicht so trödelig! Wir brauchen ein differenziertes begabungsgerechtes Bildungswesen. Dazu gehören differenzierte Bildungsgänge, Vorbereitung auf lebenslanges Lernen, Durchforstung der Ausbildungs-, Studien- und Bildungsinhalte und auch das Abitur nach Klasse 12.

Hier ist über Internationalisierung Niedersachsens gesprochen worden. Nehmen Sie dann doch auch zur Kenntnis, dass bei uns Absolventen mit 28 Jahren mit Absolventen konkurrieren - - -

(Unruhe)

- Da Frau Jürgens-Pieper Zwischenrufe macht, obwohl das unzulässig ist, zitiere ich einmal den Herrn Bertram, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Herr Bertram hat gesagt: Wenn deutsche Absolventen mit 28 ihren Hochschulabschluss erhalten, konkurrieren sie auf dem europäischen Arbeitsmarkt mit italienischen und französischen Absolventen, die 23 oder 25 Jahre alt sind. - Das heißt: Wir müssen darangehen - von der Einschulung über die Orientierungsstufenabschaffung bis hin zum Abitur nach Klasse 12. Wir müssen darangehen, dass die Deutschen nicht nur die Welt im Kopf haben, sondern den Kopf in die Welt stecken, und das kann man, wenn man mobil ist, eher, als wenn man eine Familie gegründet hat, Kinder hat und über 30 ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir über Zukunft und die Notwendigkeiten der nächsten zehn Jahre reden, dann müssen wir uns darauf verständigen, dass wir buhlen müssen um die Besten, um die Kapazitäten, um die Talente, um den Nachwuchs, und zwar um alle. Alle müssen mitgenommen werden; keiner darf verloren gehen. Wer aber aus Niedersachsen weggeht, der wird eben so schnell nicht zurückkommen. Deswegen müssen wir Lehrern volle Stellen anbieten, dürfen ihnen nicht nur Dreiviertelstellen anbieten und sie dann nach Hessen oder Nordrhein-Westfalen abwandern lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen einheitliche Bildungsgänge, lang anhaltende, in denen auch Erziehung neben Wissensvermittlung stattfinden kann. Professor Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen hat es auf den Punkt gebracht. Lehrer an Hauptschulen klagen darüber, dass sie gerade die demotivierten Verlierer der Orientierungsstufen übernehmen müssen. Ich habe gerade hier im Landtag die beeindruckendsten Erlebnisse mit Hauptschulklassen, mit Berufsschulklassen, mit Sonderschulklassen, mit Werkstatträtern von Behinderteneinrichtungen, weil sie sich eben oft anders vorbereiten als die Schülerinnen und Schüler anderer Schulformen. Deswegen sollten wir der Hauptschule gerade als Hauptsache der Bildungs-

politik eine wirkliche Chance geben, über die Jahrgangsstufen 5 bis 9 bzw. 10 in einem einheitlichen erzieherischen Bildungsgang vernünftige Abschlüsse zu vermitteln.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es jedenfalls beglückend, dass diesbezüglich ein Lernprozess bei den Grünen einsetzt und die Grünen heute an der Orientierungsstufe nicht mehr festhalten, weil sie erkannt haben, dass eine solche Kurzschulform, verbunden mit dem mehrfachen Schulwechsel in der Phase der Pubertät, eben genau das Falsche ist, wie wir nach Jahrzehnten inzwischen genau wissen.

Wir spüren die Folgen falscher Bildungspolitik in den Bereichen der Chemie, der Physik, der Mathematik und der Ingenieurwissenschaften. Waren es vor wenigen Jahren in Hannover noch 500 Studenten, die Maschinenbau wählten, sind es jetzt im Wintersemester nur noch 140. Waren es noch hunderte, die mit Chemie, mit Physik und mit Mathematik anfangen, ist es jetzt nur noch eine Hand voll Lehramtsstudenten. Im letzten Jahr waren es fünf, die neu mit Chemie für das Lehramt angefangen haben - jenseits der Sonderschulen und Gymnasien. Wir brauchen aber die 13-fache Anzahl. Sie tragen jetzt die Verantwortung dafür, dass wir im Jahr 2005, wenn keine Lehrer zur Verfügung stehen, irgendwie und irgendwo Chemiker, Biologen, Physiker anwerben müssen, um sie kurzfristig umzuschulen, fit zu machen, um als Lehrer unterrichten zu können.

(Beifall bei der CDU)

Dass so etwas noch einmal notwendig wird, ist mir völlig unerklärlich.

Wir weigern uns, Ihre Mogelpackung mitzumachen, die so genannte Bildungsoffensive als solche zu bezeichnen, weil da ein Loch gestopft wird, indem andere Löcher aufgerissen werden. Den 120 Millionen DM für die Bildung stehen 50 Millionen DM Einsparauflagen der Hochschulen und Minderausgaben sowie Einsparvorgaben auch im Bildungsressort gegenüber. Frau Jürgens-Pieper, Sie werden machen können, was Sie wollen: Was Sie hier sagen, ist das eine; was die Menschen draußen im Lande erleben, ist das andere. - Während der Ausführungen eben über das Erfolgsprojekt Verlässliche Grundschule sind von meinen Kollegen aus Braunschweig, aus Wilhelmshaven, aus anderen Städten Zitate der Bezirksregierungen überreicht worden: Ja, wir kön-

nen zusätzliche Lehrer nur dann bereitstellen, wenn wir sie anderswo abziehen; für die abgezogenen Lehrer gibt es keine ErsatzEinstellung von Lehrern.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe die Artikel hier, in denen die Betreuungsprobleme angesprochen werden, die dadurch entstehen, dass man in Braunschweig und anderswo nicht genügend 630-DM-Kräfte findet. Sie können hier schöne Reden halten - am Ende werden Sie an der Wirklichkeit vorbei, gegen die Realität keine Politik vertreten können, und Sie werden davon eingeholt.

Das gilt übrigens auch für den vierten Punkt. Sie haben den ländlichen Raum systematisch vernachlässigt, nicht nur durch Maßnahmen wie die Ökosteuer, die den Menschen in der Fläche das Geld aus der Tasche zieht, sondern auch durch schlichte Vernachlässigung der Landesstraßen, der Verkehrsinfrastruktur, durch Abbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Abbau der Schiene und anderer wichtiger Teile in den Regionen. Die Regionen unseres Landes werden sich eigenverantwortlich nur dann entwickeln können, wenn Niedersachsen auf die Entwicklung regionaler Räume größeres Gewicht legt. Eben ist etwas in so einer ganz kleinkarierten Bemerkung deutlich geworden; das zeigt Ihr kleines Karo, Herr Gabriel. Einerseits sagen Sie „Wir Niedersachsen müssen in Brüssel, müssen in Straßburg, müssen in Berlin auftreten“, und wenn man dann andererseits versucht, den Riester bei seinen vielfältigen Nachbesserungsversuchen in der Rentenpolitik ein bisschen zu unterstützen, dann ist für Sie die Fahrt nach Berlin schon sozusagen Anlass, zu sagen, dass Sie mich vermisst hätten.

(Zustimmung von Möllring [CDU])

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn Sie heute Nachmittag mit der holländischen Königin etwas hinbekommen, dann ist das allemal mehr wert, als wenn Sie heute Nachmittag bei der Steuerdebatte zuhören und doch nichts von dem umsetzen, was Sie hier Kluges reden.

(Beifall bei der CDU)

Den Riester lassen nun wirklich alle im Stich. Der entlässt seinen Abteilungsleiter Rente; der entlässt seinen Vorsitzenden des Sozialbeirats; die SPD-Fraktion entlässt ihn quasi; das Präsidium hat die Entscheidung vertagt. Da muss doch wenigstens

einer noch sein, der weiter mit dem Mann redet, damit auch die Alten in Niedersachsen noch einigermaßen mit Sicherheit bei der Altersversorgung leben können und junge Leute bei den Beiträgen und den Steuerzahlungen nicht überfordert werden.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD] lacht)

- Ach, wissen Sie: Manchmal dauert es ein bisschen länger, und manchmal geht es ein bisschen schneller. Bei der Rente sind Sie schon Tage nach der Bundestagswahl voll erwischt und eingeholt worden. Bei anderen Themen hat es halt länger gedauert. Aber eingeholt werden Sie von der Wirklichkeit immer, weil man jede Mark nur einmal ausgeben kann -

(Plaue [SPD]: Ach?!)

eine bittere Erfahrung, die Sie machen mussten.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Deswegen geht eine Rentenreform eben nur gemeinsam oder gar nicht; das werden sie noch leidvoll erleben.

Der Ministerpräsident sollte sich heute Nachmittag mit der holländischen Königin Mühe geben, meine ich, und dort das Kulturprojekt in der Grafschaft Bentheim einweihen.

Wir brauchen mehr Einfluss im Bundesrat. Wir brauchen mehr Einfluss auf der Bundesebene. Wenn wir uns etwas vornehmen, dann müssen wir dieses auch durchsetzen. Stattdessen haben wir uns mit dem berühmten teuren Gutachten zu 630-DM-Jobs der Lächerlichkeit preisgegeben. Davon haben wir nie wieder etwas gehört, obwohl die Bürokratie die Sportvereine erdrückt. Das Gutachten ist in Auftrag gegeben worden. Die Steuerzahler haben es bezahlt. Das Thema ist verpufft. Jetzt hören wir zur Ökosteuer alle möglichen Ankündigungen, ebenso zur Steuerreform. Wie damals bei den Polen-Verträgen, wie damals bei den Strukturhilfemitteln, wie damals bei den boat people, wie damals bei vielen anderen Themen braucht Niedersachsen wieder eine Stimme in der Hauptstadt, in Berlin, und nicht einen Ministerpräsidenten, der, wie mir die Ministerpräsidenten geschildert haben, seit er gewählt wurde, noch so gut wie kein Mal im Bundesrat gewesen ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist einfach wahr - es ist meine fünfte Erwiderung im sechsten Jahr meiner Landtagszugehörigkeit -: Es ist wieder die Chance zum Neuanfang verpasst worden.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Wieder ist eine Regierungserklärung abgegeben worden, die enttäuscht und zu der man nur sagen kann: Chance vertan.

Für Leute, die noch ein bisschen Feeling für Sprache haben, ist es spannend, dass Sie nach zehn Jahren zu den zehn Jahren eigentlich nichts sagen, dass Sie in ihrer Einladung zur Feier sogar einen Ministerpräsidenten vergessen oder unterschlagen und dass Sie jetzt das Ziel verkünden, ein neues Niedersachsen zu kreieren. Es grenzt schon an Zynismus gegenüber der eigenen Arbeit und den eigenen Genossen in den letzten zehn Jahren, wenn man jetzt nach zehn Jahren ein neues Niedersachsen kreieren will, weil man das Niedersachsen, das man zehn Jahre regiert hat, dann doch nicht für so sinnvoll hält.

Ankündigungen in Regierungserklärungen hat es wahrlich genug gegeben. Wir als Opposition erwarten von Ihnen zu Recht Taten. Nach Ihren Ausflügen durch die globale und europäische Welt sagen wir Ihnen sehr deutlich: Zu Hause fängt die Zukunft an.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden über Ihre Frosch- und Adlerperspektive noch häufiger zu reden haben. Denn eigentlich ist man erfolgreich in der Politik nur, wenn man beides hat: den Respekt vor der kommunalen, der gemeindlichen Ebene und den Respekt vor der UNO. – Eigentlich hat nur noch gefehlt, dass die UNO für die Probleme hier in Niedersachsen zuständig ist, nachdem für alle Probleme in Niedersachsen Europa verantwortlich gemacht wurde.

Wir widersprechen der Grundthese Ihrer Regierungserklärung vom heutigen Tage, nämlich der These, Nationen und Bundesländer ständen nicht mehr untereinander in Konkurrenz und Wettbewerb. Das Gegenteil ist nach unserer Überzeugung richtig: Die Bundesländer, die Nationen stehen in Zeiten der Globalisierung, der Europäisierung, der Abnahme der Bedeutung von Grenzen in einem viel rapideren, viel dramatischeren Wettlauf, um die mobilen Standortfaktoren zu buhlen, die wir in Niedersachsen dringend brauchen.

(Zuruf von der SPD)

Der Ministerpräsident hat gesagt, die Länder und Nationen konkurrieren nicht mehr untereinander, sondern seien nur noch einen Mausklick im Internet voneinander entfernt.

(Zuruf von Ministerpräsident Gabriel – Frau Seeler [SPD]: Zuhören kann er auch nicht!)

- Das war nun wirklich ein Konvolut. Sie haben uns gestern Abend über E-Mail ein solches Ding geschickt, zu dem alle sagten: Das kann es nicht sein. Wir fragen noch einmal nach.

(Ministerpräsident Gabriel: Können Sie damit nicht umgehen?)

- Wir haben uns das im Einzelnen angeschaut und den Kernsatz gefunden: Die Länder und Nationen stehen nicht mehr im Wettbewerb zueinander, sondern konkurrieren einen Mausklick voneinander entfernt im Internet. – Diese Philosophie teilen wir nicht. Wir glauben, dass sich der Wettstreit der Ideen, der Wettbewerb der Immobilien, der Regionen, der Länder, der Nationen und der Gebiete um die mobilen Faktoren verschärft. Da wollen wir erfolgreicher buhlen, als dies Ihnen in den vergangenen zehn Jahren gelungen ist. – Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, der Kollege Plaue hat jetzt das Wort. Bitte sehr!

(Frau Pawelski [CDU]: Oh, oh, oh! – Heinemann [CDU]: 0:1!)

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gestehe freimütig, Herr Kollege Wulff, dass ich von Ihnen nicht mehr unbedingt den großen Wurf erwarte. Dazu kenne ich Sie nun schon zu lange. Dazu sind Sie auch viel zu berechenbar geworden.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie kennen mich nicht, erwarten aber auch nie etwas!)

Für einen Politiker, der vor zwei Tagen 41 Jahre alt geworden ist, ist das ein beeindruckendes Mittelmaß an Kontinuität, das Sie hier vorführen.

(Lachen bei der CDU)

Sie hatten als junger Wilder angefangen.

(Zurufe von der CDU)

Dass Sie nun so sehr, Herr Kollege Wulff, im Bereich des Althergebrachten, des Kalkulierbaren geblieben sind, wie dies der Fall war, hat selbst mich überrascht.

(Beifall bei der SPD)

Nichts von dem, was Sie hier gesagt haben, war neu, Herr Kollege Wulff! Das war die gleiche Rhetorik, das war die gleiche Interpunktion, das war die gleiche Betonung, mit der Sie schon auf Ihren Landesparteitagen auf den Bauch gefallen sind, mit der Sie in Ihrer Fraktion abstimmungsmäßig auf den Bauch gefallen sind, mit der Sie auch Ihre Bundespartei wieder nach Hause geschickt hat. Nichts ist neu gewesen, Herr Kollege Wulff!

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Kollege Wulff, stellen sich tatsächlich hier hin und wollen der Herausforderer von Sigmar Gabriel werden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Weshalb eigentlich, Herr Kollege Wulff? Können Sie mir einmal begreiflich machen, warum Sie das wollen? Womit, Herr Kollege Wulff, wollen Sie denn eigentlich diese Landesregierung herausfordern?

(Zuruf von Möllring [CDU])

Was ist eigentlich Ihr Politikentwurf, Ihr Politikkonzept, das Sie der Politik der Landesregierung gegenüberstellen, Herr Kollege Wulff? Außer blumigen Reden nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Anscheinend – so habe ich das Gefühl, Herr Kollege Wulff – lässt Sie auch Ihr Erinnerungsvermögen im Stich. Es kann natürlich auch sein, dass Sie sich Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre nicht so sehr um die Politik in Niedersachsen

gekümmert haben, jedenfalls nicht um die, die hier in Hannover gemacht wird.

Da lese ich in einem Brief, den Sie mit „Liebe Niedersachsen“ überschrieben haben, das sei etwas ganz Schlimmes, dass in Hannover die EXPO mit einer Volksbefragung durchgesetzt worden sei. Abgefragt worden ist bei den Bürgerinnen und Bürgern, ob sie das denn wollen. Übrigens wurde bei den Bürgerinnen und Bürgern dafür geworben, dass sie mit Ja stimmen. Dann steht da, die CDU hätte das mit Informationsständen sozusagen herbeidiskutiert. Meine Damen und Herren, wer damals dabei war, weiß: Die waren in den Löchern, in denen sie immer sind, wenn in Niedersachsen und in Hannover Zukunftspolitik diskutiert wird. Keine Antwort, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Genauso verhält es sich mit Ihrer Behauptung – lassen Sie sich das einmal von Frau Pawelski erzählen -, Rot und Grün hätten damals in Bonn gemauert, während die CDU für die EXPO gekämpft habe.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Trittin?)

Damals war es Herr Waigel, damals war es Herr Kohl, die gebremst haben. Nur die Initiative von Gerhard Schröder hat dazu geführt, dass letzten Endes das EXPO-Projekt nach Hannover gekommen und bezahlt worden ist, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD – Dr. Schultze [SPD]: Beim Geld haben die gespart!)

Es gehört zu den normalen menschlichen Verhaltensmustern in einer Demokratie, dass die Regierung dazu neigt, ihre Erfolge deutlicher herauszustellen, und nicht unbedingt jeden Tag auf Defizite hinweist. Das ist wohl so. Aber, Herr Kollege Wulff: Eine Opposition, die an die Macht will, hat allerdings die Aufgabe, den Menschen zu zeigen, was sie anders machen will. Sie muss den Menschen vor allem erläutern, ob sie an den Stellen, an denen sie mehr will, in der Lage ist, das zu bezahlen, was sie mehr will.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, nach Ihrer Rede wird niemand auf die abstruse Idee kommen, Ihnen die Geschicke des Landes Niedersachsen anzuvertrauen, Herr Wulff.

Dass Sie jetzt dorthin gehen, wo Sie wahrscheinlich auch gestern waren, ist klar. Ihre Fraktion hat sich schon gestern von Ihnen verlassen gefühlt. Deshalb müssen Sie auch nicht mehr unbedingt an der Aussprache über die Regierungserklärung teilnehmen. – Hier etwas abliefern und dann gehen, ist die Methode eines Politikers, der seine Zukunft im Bund sucht, nicht aber hier bei den Menschen in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Niemand wird einem Politiker die Geschicke des Landes, die eigene Zukunft in die Hand geben, der wider besseren Wissens die Gegenwart schlechttretet und keine eigenen Perspektiven hat.

Ich neige nicht dazu, die vergangenen zehn Jahre Regierungspolitik in Niedersachsen durch die Bank weg schönzureden. Wir haben in den vergangenen zehn Jahren Fehler gemacht. Wir haben diese Fehler auch korrigiert. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört auch dazu. Politikerinnen und Politikern, die nicht in der Lage sind, auf eigene Fehler zu reagieren, eigene Fehler zu korrigieren und eine neue Politik, ein neues Niedersachsen zu wollen, trauen die Bürgerinnen und Bürger nicht zu, dieses Land zu regieren. Sie haben es uns zugetraut und werden uns das auch in Zukunft zutrauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will unumwunden zugeben, dass wir in den zehn Jahren unserer Regierungstätigkeit ein wichtiges Politikziel, das wir uns gesetzt haben, nicht erreicht haben. Es ist uns nicht gelungen, die Staatsverschuldung wenigstens einzudämmen. Wir legen in diesem Jahr wieder mehr Schulden auf unser Kreditkonto, als wir auf der anderen Seite abtragen. Einen großen Teil dessen, was wir mit den Krediten, die wir aufnehmen, an Politik gestalten, gestalten wir damit auf Kosten der nach uns kommenden Generationen.

(Möllring [CDU]: Vor allem müssen Sie Zinsen zahlen!)

- Selbstverständlich! Wir zahlen Zinsen, Herr Kollege Möllring, auch für die Schulden, die die von Ihnen geführten Regierungen aufgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will die Ursachen dieses Fehlers hier benennen. Das war am Anfang der Regierungstätigkeit der

ungeheure Erwartungsdruck, der auf Rot und Grün gelastet hat. Die Bevölkerung hat nach dem Macht- und Politikwechsel in Niedersachsen Erwartungen an die Landespolitik gerichtet, weil nämlich zu lange unverzichtbare Bestandteile der staatlichen Daseinsvorsorge von CDU und FDP in Niedersachsen nicht bedient worden sind. Ich komme nachher auf dieses Problem noch einmal zurück.

Ein Fehler war sicherlich, dass wir es im gleichen Umfang nicht geschafft haben, uns von alter Politik und deren Finanzierung zu trennen. Ich bekenne das als jemand, der damals dabei war, ausdrücklich. Das war falsch. Wir haben dann Mitte der 90er-Jahre den Fehler gemacht, die Kosten der deutschen Einheit nicht im Wesentlichen durch Konsumverzicht zu bezahlen,

(Oestmann [CDU]: Wir waren doch die Gewinner der deutschen Einheit!)

sondern durch Kredite zu finanzieren, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf von Möllring [CDU])

Ich sage das ausdrücklich als jemand, der damals dabei war und damit die Verantwortung mitzutragen hat: Das war falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn Sie an der Stelle von Mehreinnahmen reden, Herr Kollege Möllring, dann erinnere ich Sie an die Zeiten, als der Landeshaushalt von Einnahmen geradezu übersprudelte, und zwar z. B. durch den Förderzins, den wir von den Energieunternehmen bekommen haben. Ich erinnere daran, dass sich die Schulden des Landes Niedersachsen damals verfünffacht hätten. Wenn wir in dem gleichen Umfang wie damals Sie Kredite aufgenommen hätten, dann wäre die Staatsverschuldung in Niedersachsen heute wesentlich höher, als sie es heute ist.

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Das ist eine Rechnung!)

- Nein, das ist keine Rechnung, das ist Logik, Herr Kollege.

(Möllring [CDU]: Das ist nicht logisch!)

Sie müssen sich einmal die Dynamik in den Finanzentwicklungen anschauen und sehen, was Sie damals gemacht haben, und das dann in Relation mit dem stellen, was in den ersten vier Jahren die Sozialdemokraten zusammen mit den Grünen und

dann die Sozialdemokraten alleine gemacht haben. Ich sage: Wir können durchaus mit Stolz auf unsere Finanzpolitik zurückblicken, übrigens nicht nur wir alleine, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wird es unsere Aufgabe sein, unser Land weiterzuentwickeln und den Menschen in Niedersachsen eine vernünftige Perspektive zu geben. Wir müssen das neue Jahrzehnt politisch neu gestalten. Wir müssen aber auch daran gehen, diese Politikgestaltung ohne ständige Rückgriffe auf den Kreditmarkt zu finanzieren. Deshalb wird es eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre sein, die Nettokreditaufnahme des Landes zurückzuführen. Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident: Bei dieser Politik werden Sie die volle Unterstützung der SPD-Fraktion in diesem Hause haben.

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Das ist eine Zumutung!)

Ich würde gerne mit Ihnen, Frau Harms, oder mit Ihnen, Herrn Wulff, der jetzt draußen vor der Tür oder wo auch immer steht,

(Zuruf von der CDU)

- ja, ist klar -, gerne in einen Wettstreit darüber eintreten, wie die besseren Konzepte aussehen, um genau das zu erreichen. Hier sollten die intelligentesten Ideen und die pfiffigsten Konzepte gegeneinander konkurrieren. Wir sollten versuchen, darzustellen, wie wir das schaffen, ohne eine Politik zulasten der zukünftigen Generationen zu machen.

Eine Opposition, die sich darin erschöpft, von dem bisher Guten noch mehr zu verlangen und vom Wünschenswerten das meiste zu erbitten, macht sich nicht nur unglaubwürdig, sondern sie macht sich auch schlicht lächerlich.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen haben längst begriffen, dass wir keine Geschenke verteilen, sondern dass wir Wechsel ausstellen. Nur *der* Wechsel ist seriös, der auch seriös gedeckt ist.

Niemand, meine sehr verehrten Damen und Herren – außer vielleicht Herr Wulff –, wird bestreiten, dass es in den vergangenen zehn Jahren in Niedersachsen nach vorne gegangen ist, dass wir uns weiterentwickelt haben, dass wir uns positiv ent-

wickelt haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, wie die Situation damals in Niedersachsen gewesen ist. Es gab weder einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz noch finanzielle Förderung für den Bau oder die Personalausstattung von Kindergärten in den Kommunen. Niedersachsen war das letzte der alten Bundesländer, in dem es keine Lehrmittelfreiheit gab. Bereits seit Mitte der 80er-Jahre haben Ihre Vorgängerpolitikerinnen und -politiker keine Lehrerinnen und Lehrer mehr eingestellt und damit die Grundlage für die heute beklagte Überalterung der Lehrerkollegien gelegt. Obwohl damals in Niedersachsen anders als heute echte Wohnungsnot herrschte, war der soziale Wohnungsbau - politisch motiviert - zum Erliegen gekommen. Die Polizei war schlecht bezahlt, und trotzdem war in der mittelfristigen Finanzplanung Ihrer alten Regierung die Streichung von 750 Stellen vorgesehen. Im Haushalt gab es keine Mittel für altengerechte Wohnungen, Altenpflegeheime oder für die Hilfe bei Drogenabhängigkeit, Obdachlosigkeit und vieles andere mehr. Von Programmen zur Qualifizierung von Jugendlichen und Arbeitslosen oder langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängern war in den Haushalten, die Sie zu verantworten haben, keine Rede.

Deshalb waren die ersten Regierungsjahre davon geprägt, den von CDU und FDP zu verantwortenden Stillstand bei Bildung, sozialer und innerer Sicherheit zu beenden und Niedersachsen auf das Niveau wenigstens der anderen Bundesländer anzuheben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erfolge können sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD - Frau Körtner
[CDU]: Wo denn?)

- Hören Sie zu, Frau Kollegin, ich trage es Ihnen gerne vor. Vielleicht nehmen Sie es wenigstens einmal für eine Sitzung wahr. Sie können dann bei der nächsten Sitzung wieder das Gegenteil behaupten.

In den vergangenen acht Jahren wurden mehr als 80.000 Kindergartenplätze in Niedersachsen geschaffen.

(Behr [CDU]: Von den Kommunen!)

- Ja, von den Kommunen, aber mit 1,34 Milliarden DM an Personalkostenbeihilfe und mehr als 300 Millionen DM an Investitionshilfen, die wir gezahlt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wie heißt es so schön? - Wer die Politik bestellt, der muss sie auch bezahlen. Das ist ein Rechtsanspruch aus einem Bundesgesetz, und das Land hat sich hier in einer vorbildlichen Weise engagiert. Natürlich hat auch das dazu beigetragen, dass unsere Verschuldungssituation so aussieht, wie sie aussieht.

Trotz steigender Schülerzahlen hat Niedersachsen nach Schleswig-Holstein die kleinsten Klassen. Für Bildung wird in unserem Land pro Kopf mehr Geld ausgegeben als in Baden-Württemberg oder Hessen. 9.000 DM zahlen wir in Niedersachsen, 8.500 DM werden in Hessen und 8.800 DM in Baden-Württemberg gezahlt. Seit 1990 haben wir 150 neue Studienangebote an den Fachhochschulen des Landes geschaffen und die Zahl der Studienplätze um 20 % gesteigert.

Zehn Jahre sozialdemokratische Innenpolitik haben Niedersachsen sicherer gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unsere Polizisten sind heute besser ausgebildet, arbeiten effektiver und sind bürgernäher. 1999 wurden 50,3 % aller Straftaten aufgeklärt. Das ist die höchste Aufklärungsquote, die es jemals in Niedersachsen gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Auch unsere Präventionsprogramme zeigen Wirkung. Während bundesweit eine Zunahme von Straftaten um 8,1 % festzustellen ist, ist in Niedersachsen ein Rückgang von 4,6 % zu verzeichnen. Seit Einführung der zweigeteilten Laufbahn sind in Niedersachsen bei der Polizei rund 5.500 Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes umgewandelt worden. Auch dieser Motivationsschub hat zur guten Arbeit der Polizei beigetragen.

(Beifall bei der SPD)

Aber der sichtbarste Ausdruck einer Politik, die sich um die Menschen in unserem Land tatsächlich kümmert und nicht nur darüber redet oder alles den anonymen Marktkräften überlässt, war die Struktur- und Arbeitsmarktpolitik der vergangenen zehn Jahre. Wir wussten und wissen auch heute: Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik ist die Bereitschaft, mutige Entscheidungen zu treffen und dabei auch Risiken einzugehen. Meine Damen und Herren, das haben wir getan: Wir sind diese Risiken ganz bewusst eingegangen, und zwar mit der Gründung der ASL in Lemwerder, mit der Beteili-

gung an der Salzgitter AG und mit dem Engagement für die Gießerei Pleissner in Herzberg, um nur wenige Beispiele zu nennen. Hier haben wir Flagge gezeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn sich Herr Wulff darüber beklagt, dass die Bundesregierung angeblich eine Entscheidung beim Kauf bzw. bei der Entwicklung des militärischen Airbus gegen Lemwerder getroffen hat, dann muss der Herr Wulff ehrlicher Weise auch sagen, dass es dieses Werk Lemwerder nicht mehr gegeben hätte, wenn nicht der damalige Ministerpräsident Schröder dafür eingetreten wäre, dass es erhalten bleibt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Hätte die Landesregierung alle Risiken gescheut und wäre sie bei der Bürgerschaftspolitik auf die Forderungen der CDU, die sie an uns gerichtet hat, eingegangen, hätten wir tausende von Arbeitsplätzen insbesondere im mittelständischen Bereich verloren.

(Zuruf von Frau Körtner [CDU])

- Frau Kollegin, Sie haben bis heute nicht begriffen, dass ein Großteil unserer Bürgerschaftspolitik und unserer Entwicklungspolitik dem Mittelstand in Niedersachsen dient. Die haben das verstanden, Sie nicht. Aber es reicht uns, wenn uns die Menschen verstehen. Sie brauchen es nicht zu begreifen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass bei allem deutlichen Einsatz für die new economy unsere industriellen Kerne nicht zu vernachlässigen sind. Wir brauchen sie, um unseren Standort für Wissenschaft, Wirtschaft und Forschung attraktiv zu gestalten. Die Vorstellung, man könnte auf die traditionellen Industrien verzichten - das ist eine Debatte, die auch auf manchen Parteitag immer wieder eine Rolle spielt -, um sich auf Forschung, Entwicklung und Dienstleistungen zu konzentrieren, ist ebenso unsinnig, wie der Glaube, dass allein die new economy die Entwicklung eines Landes neu und vernünftig gestalten kann. Wir brauchen beide Aspekte dieser wirtschaftlichen Tätigkeit, um daraus einen Mix zu machen, der den Wirtschaftsstandort und die wirtschaftliche Schlagkraft Niedersachsens stärkt.

Darauf richten wir unsere Kraft, und nicht auf Reden theoretischen Inhalts, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bleibt es dabei: Das Land wird sich nicht von seinen Anteilen von Volkswagen trennen, Frau Kollegin Harms, das Land wird sich nicht von Salzgitter trennen, und das Land wird sich nicht von der NORD/LB trennen. Wir brauchen dies als Instrumente einer strategischen Wirtschaftspolitik. Wer etwas Anderes beschließt, der muss wissen, dass er dann wesentlich mehr Geld zur Verfügung stellen muss, um Wirtschaftspolitik zu machen, Geld, das wir nicht haben. Er handelt dann gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und das ist nicht unsere Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat vorhin darauf hingewiesen, dass Unternehmen in Niedersachsen wie die Meyer-Werft, die Thyssen-Nordseewerke, aber auch die Biotechnologie in Braunschweig, füge ich hinzu, natürlich die ASL in Lemwerder und die Conti in Hannover wesentliche Bestandteile niedersächsischer Wirtschaftspolitik bleiben. Ich will Ihnen im Übrigen einmal sagen: Diese Unternehmen der old economy - wie sie genannt werden - sind prägnante Beispiele dafür, wie es gelungen ist, eine vernünftige Symbiose zwischen old economy, Hightech und new economy einzugehen. Dies sollte als Beispiel unserer Politik bzw. als Anregung für unsere Politik bestehen bleiben. Wir brauchen diese industriellen Kerne als das Rückgrat unserer niedersächsischen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik.

Der Erfolg dieser Politik lässt sich an Zahlen ablesen. Anders, als Sie das in Ihrer bunten Statistik dargestellt haben, braucht man einfach nur in die offiziellen Statistiken des Niedersächsischen Landesamts für Statistik hineinzuschauen. Dann stellt man fest, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen von 1990 bis 1999 um 2,1 % gestiegen ist. Das ist so viel wie in keinem anderen Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Die Steigerung drückt sich im Übrigen nicht nur durch diesen Prozentwert, sondern auch bei den absoluten Zahlen aus. 49.000 Arbeitsplätze mehr in

Niedersachsen, 116.000 Arbeitsplätze weniger in Baden-Württemberg, das macht deutlich, wo die Schwerpunkte der richtigen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik gelegen haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das Bruttoinlandsprodukt stieg in Niedersachsen von 1990 bis 1998 um 18,7 %. Der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer liegt bei lediglich 14,6 %. Ich sage Ihnen: Ohne die gleichzeitige Zuwanderung von Menschen aus den fünf neuen Bundesländern nach Niedersachsen hätten wir heute eine deutlich geringere Arbeitslosigkeit, als wir sie leider immer noch zu verzeichnen haben.

Das ausgesprochen günstige Wirtschaftsklima in Niedersachsen - das sage ich mit aller Bescheidenheit - hat sicherlich auch etwas damit zu tun, dass die Sozialdemokraten hier eine Wirtschaftspolitik betrieben haben, die jedenfalls von den Unternehmen anerkannt wird. Wenn Sie sich das einmal genau anschauen, dann werden Sie feststellen, wie anregend dies gewirkt hat. Sie selbst haben ja vorhin davon gesprochen, Herr Wulff, dass sich die Innovationsfähigkeit, die Dynamik einer Wirtschaft insbesondere an den Neugründungen zeige. Dazu stelle ich jetzt einfach fest - auch das ist ein statistischer Wert, der nachprüfbar ist -, dass der Saldo bei den Neueintragungen und Löschungen im Handelsregister in Niedersachsen positiv ausfällt. Von 1993 bis 1998 gab es einen Saldo von plus 12,3 %, in Deutschland insgesamt hingegen ein Minus von 5,7 %. Es lohnt sich offenbar, sich in Niedersachsen selbständig zu machen, und die Menschen reagieren darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Der eigentliche Erfolg dieser Politik in den letzten zehn Jahren kann aber erst dann richtig bewertet werden, wenn das finanzpolitische Umfeld der vergangenen Dekade beleuchtet wird. Infolge des Konjunkturreinbruchs Anfang der 90er-Jahre verringerten sich die Steuereinnahmen abrupt. Auf der Einnahmeseite hatten wir es mit Ausfällen, Herr Kollege Möllring, in der Größenordnung von bis zu 4 Milliarden DM zu tun; nicht Mehreinnahmen, sondern Ausfälle waren das, meine sehr verehrten Damen und Herrn, die wir zu bewältigen hatten. Aus diesem Grunde mussten mehrere Sparoperationen, Konsolidierungsmaßnahmen, schließlich auch kräftige Streichungen im Landeshaushalt eingeleitet werden.

Für die Finanzierung der deutschen Einheit brachte Niedersachsen im Zeitraum von 1991 bis 1994 rund 3 Milliarden DM auf. Im Jahre 1995 summierte sich der Beitrag für den Aufbau Ost schon auf 4 Milliarden DM. Es war eine jener Lebenslügen des Bundeskanzlers Dr. Kohl, mit der er Wahlen gewonnen hat, dass die deutsche Einheit aus der Portokasse bezahlt werden könne. Dies haben wir heute durch eine enorm hohe Staatsverschuldung allesamt zu bezahlen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zusätzlich zu den finanziellen Restriktionen standen wir in Niedersachsen auch noch vor der großen Aufgabe, rund 540.000 neue Einwohnerinnen und Einwohner zu integrieren, also mehr als eine halbe Million Menschen in Niedersachsen zusätzlich in Arbeit und Brot zu bringen.

Meine Damen und Herren, zur Ehrlichkeit einer solchen Bilanz gehört, dass der Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik auch von uns nur sehr mühsam zur Kenntnis genommen wurde. Die Wahlprogramme und -versprechungen von SPD und von Grünen vor der Regierungsübernahme im Jahre 1990 waren alle geschrieben, bevor die dramatischen Veränderungen weltweit und auch in Deutschland deutlich wurden. Manches an Versprechungen war nicht mehr zu finanzieren, einiges musste sogar wieder rückgängig gemacht werden. Das hat wehgetan. Vielen von uns, die wir in der Regierungsverantwortung standen, hat das wehgetan. Was uns aber besonders geärgert hat - das will ich hier deutlich sagen -, war die Tatsache, dass Ihre finanzpolitischen Sprecher hier im Landtag ständig die zu hohe Staatsverschuldung beklagt haben und sich immer dann, wenn wir Dinge nicht mehr bezahlen konnten, draußen an die Spitze der Bewegung derer gestellt haben, die gesagt haben: Kürzungen aber nicht bei uns!

(Starker Beifall bei der SPD)

Seit Mitte der 90er-Jahre stand deshalb die Konsolidierung des Landeshaushalts auf der Tagesordnung. Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen lief das im Übrigen erfolgreich ab, und zwar ohne dass wir dabei den Menschen etwas von dem genommen zu haben, was ihnen dabei hilft, nicht unter die Räder zu geraten. Vor allem in der Kinder-, Jugend-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik hat Niedersachsen bei dem, was wir vonseiten der Politik bereitgestellt haben, ein hohes Niveau halten kön-

nen, und zwar trotz der Einsparungen, zu denen wir uns gezwungen sahen.

Meine Damen und Herren, ich will das, was ich eingangs zu der Notwendigkeit gesagt habe, die Nettokreditaufnahme drastisch zu senken, keinesfalls relativieren, aber die Fachleute und die Öffentlichkeit sind sich darüber einig, dass die niedersächsische Finanzpolitik im Rahmen der objektiven Möglichkeiten, die sie hatte, und der externen Einflüsse, mit denen sie zu kämpfen hatte, überaus erfolgreich war. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann empfehle ich Ihnen, eine diesbezügliche Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft zu lesen. Dieses Institut, wahrhaftig und weiß Gott nicht das Zentralorgan der SPD, kommt zu dem Ergebnis: Bei einer Bewertung von Staatsausgaben, Kreditaufnahmen, Schuldenentwicklung und Personalausgaben, dazu in Kontext gestellt die Investitionen, hat Niedersachsen im Konzert aller 16 Bundesländer den Platz 2. - Das ist ein Qualitätsmaßstab, auf den wir zu Recht stolz sein können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Eine der dafür zentralen Bedingungen war die Verwaltungsreform in Niedersachsen, die von Gerhard Glogowski eingeleitet wurde. Von 1995 bis 1998 haben wir mehr als 7.000 Stellen abgebaut. Mehr als 5.000 Stellen werden in der laufenden Legislaturperiode hinzukommen. Wir haben es geschafft, diesen Abbau von immerhin rund 13.000 Stellen sozialverträglich und erfolgreich ohne Kündigungen zu organisieren. Das können sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gutschreiben lassen: Wir tragen soziale und personalpolitische Verantwortung gleichzeitig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dieser dramatische Stellenabbau ist der Grund, warum in Niedersachsen die Personalkostenentwicklung deutlich unter der aller anderen westlichen Bundesländer verläuft. Bei den anderen westlichen Bundesländern beträgt die Steigerung immerhin 36,5 %, bei uns nur 28,9 %.

Meine Damen und Herren, ich könnte die Aufzählung beliebig fortsetzen. Es ist eine Erfolgsbilanz sozialdemokratischer Landespolitik, und ich bin mir sicher, dass wir diese Erfolgsbilanz in den nächsten Jahren fortsetzen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sigmar Gabriel hat in seiner Rede die große Herausforderung dargestellt, die in der weiteren Entwicklung Europas für Niedersachsen liegt. Herr Kollege Wulff, Sie haben das zu Beginn Ihrer Rede verhöhnt. Ich kann Ihnen nur sagen: Jemand, der als Landespolitiker bis heute nicht begriffen hat, wo die Musik zurzeit und wahrscheinlich auch noch in den nächsten Jahrzehnten spielt, dass Politik nur noch im Kontext der Interessenlagen zwischen Landespolitik, kommunaler Politik, Bundespolitik und europäischer Politik zu gestalten ist, der hat seinen Anspruch aufgegeben, realitätsnahe Politik zu betreiben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Herr Kollege Wulff, wir müssen unser Bewusstsein dafür schärfen, dass sich Niedersachsen noch mehr zu einer europäischen Region entwickelt.

Das Einzigartige an Europa ist seine enorme Vielfalt spezifischer regionaler Eigenheiten und individueller natürlicher, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen auf engstem Raum.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einen Fehler nicht machen: Wir verwenden den Begriff „Region“ in Bezug auf die Landesebene natürlich auf einzelne Landesteile. Europäische Regionen sehen anders aus. Europäische Regionen sind etwa das Land Niedersachsen, sind aber auch länderübergreifende Bereiche. Die Zusammenarbeit mit den Niederlanden, die Zusammenarbeit mit den norddeutschen Bundesländern, aber auch die Zusammenarbeit mit Brüssel und europäischen Institutionen wie etwa dem Rat der Regionen, dies ist es, was uns in Zukunft in den Stand versetzen wird, noch Landespolitik gestalten zu können. Deshalb muss Europapolitik in das Zentrum der Landespolitik gerückt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen dabei im Übrigen in der Individualität der Regionen Europas eine entsprechende Vielfalt der Entwicklungspotentiale, die in einem Netzwerk der Regionen allen Kooperationspartnern zugute kommt. Wir wollen Regionalität, aber wir wollen eben auch Zusammenarbeit. Um diese Potentiale ausschöpfen zu können, müssen wir verstärkt Initiativen zur Stärkung der Europakompetenz der Landesverwaltung ergreifen. Ich meine, es muss in Zukunft ein karriereförderndes Merkmal sein, wenn man Erfahrungen in europäischen Institutionen nachweisen kann, und nicht ein Nachteil.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir wollen auch ein handlungsfähiges und in seinen Regionen bürgernahes und positiv erlebbares Europa, in dem die Kompetenzen der staatlichen Ebenen klar abgegrenzt und vor allen Dingen parlamentarisch kontrolliert werden. Ich sage das ganz deutlich: Die Verlagerung von immer mehr Kompetenzen von den Gemeinden auf die Länder, von den Ländern auf den Bund und von den Nationalstaaten auf die europäische Ebene hat nichts mit Bürgernähe, sondern eher etwas mit Bürgerferne zu tun. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine Nähe herstellen, die den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl gibt, dass sie in Europa und von Europa ernst genommen werden und dass die Verantwortung dort angesiedelt wird, wo die Kenntnis der Sachlage auch eine sachgerechte Entscheidung ermöglicht.

(Zustimmung von Groth [SPD])

Um es ganz deutlich zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Für mich wäre es eine Horrorvision, wenn ein Europabeamter in die Region hineinfährt, um darüber zu entscheiden, ob eine Feldhamsterkolonie den Bau eines Hochschulinstituts behindern darf oder nicht. Das hat mit Europa nichts zu tun. Das ist regionale Kompetenz, der wir uns zu stellen haben.

(Beifall bei der SPD)

Gerade als Netzwerk kleiner individueller und kooperativer Einheiten kann Europa im Kontext der Globalisierung erfolgreich auftreten, weil wir eben schneller entscheiden und flexibler reagieren als ein schwerfälliger Riese. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird nur gelingen, wenn wir kooperieren und wenn wir unsere Kompetenzen gegeneinander abgrenzen. Was wir nicht gebrauchen können, ist ein bundesstaatlicher Nationalismus à la Stoiber. Das wäre das Letzte, was wir in dieser Debatte gebrauchen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Es wird einen lebendigen Wettbewerb der Regionen in Europa geben. Er wird geprägt sein von harter Konkurrenz, er wird aber auch geprägt sein von Chancen, die man damit erhält. Was wir machen müssen, ist, dafür zu sorgen, dass die europäischen Regionen der Bundesrepublik Deutschland mit fairen Voraussetzungen in diesen Wettbewerb hineingehen. Wenn Bayern, das jahrzehntelang vom Länderfinanzausgleich profitiert hat,

kaum, dass es vom Nehmerland zum Geberland mutiert ist, nach Karlsruhe geht und dagegen klagt, dann halte ich das für unanständig, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Die sind aber schon lange raus!)

Ich sage in diesem Zusammenhang auch: Wer etwa die Wettbewerbshilfen für die deutschen Werften, Herr Kollege Möllring, als eine unzulässige Bevorzugung des norddeutschen Raums diffamiert, wie es Bayern tut, der vergisst, dass ein großer Teil der Wertschöpfung, der damit organisiert wird, in den süddeutschen Bundesländern stattfindet, also ein gesamtdeutsches Problem ist.

(Beifall bei der SPD)

Unser Leitbild bleibt das Europa der Regionen. Das heißt aber auch, dass wir allen Ansätzen von Nationalismus und Rassismus entschlossen entgegengetreten werden. Wer, wie die Union seit ihrer ausländerfeindlichen Kampagne in Hessen, glaubt, er könne damit Punkte machen,

(Möllring [CDU]: Bei uns haben auch Sozialdemokraten unterschrieben! - Gegenruf von Beckmann [SPD]: Das macht die Sache nicht besser, Herr Möllring! Das ist eher traurig!)

der wird, Herr Kollege, den entschiedenen Widerstand der Sozialdemokraten dazu vorfinden. Diese Art von populistischer Politik machen wir nicht mit, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wer sieht, wie in Nordrhein-Westfalen mit dem ungeheuerlichen Spruch „Kinder statt Inder“ unter Duldung der CDU-Spitzenpolitiker Merkel und Wulff Politik gemacht wird, der weiß, worum es hier geht. Wir müssen dem entschlossen entgegengetreten.

(Beifall bei der SPD)

Die Lufthoheit über den Stammtischen mag ein interessanter Aspekt sein, aber Angst und Ressentiments bei den Bürgern zu wecken, hat noch nie dazu geführt, dass Institutionen wie die europäische Institution von den Menschen auch akzeptiert werden.

Natürlich kann man mit Themen wie Kompetenzabgrenzung und föderaler Ordnung keinen emotionalen Wahlkampf führen. Aber schon heute sind seltsame, sehr bemerkenswerte Töne in den Reden führender Oppositionspolitiker, insbesondere der CDU und CSU, zu hören, die im Zusammenhang mit der geplanten Osterweiterung und der Aufnahme der Türkei in die Europäische Union geäußert werden.

(Coenen [CDU]: Davon verstehen Sie doch gar nichts!)

- Ich gebe Ihnen völlig Recht: Von derartig nationalistischen Thesen verstehe ich nichts, und ich bin stolz darauf, dass ich davon nichts verstehe.

(Beifall bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren von der Union, wollen damit vergessen machen, dass die laufende Regierungskonferenz nur ein begrenztes Mandat erhalten hat. Sie hat das nur deshalb erhalten, weil die konservative Regierung von Helmut Kohl mit ihren Vorstellungen in Amsterdam gescheitert war.

(Möllring [CDU]: Seit wann das denn?)

- Herr Kollege, die Überfrachtung der europäischen Institutionen mit einer Vielzahl von Detailzuständigkeiten ist - denken Sie bitte daran - nicht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beschlossen worden, sondern ist von CDU/CSU und FDP im Bundestag getragen worden.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wo haben Sie sich verweigert? - Eveslage [CDU]: Wo haben Sie dagegen gestimmt? Haben Sie gegen den Vertrag von Amsterdam gestimmt?)

- Sehen Sie, Herr Kollege Wulff, der Unterschied zwischen Ihnen und mir ist der, dass ich mich nicht hinterher hier hinstelle und sage, es seien die anderen gewesen, die Sozialdemokraten. Ich sage Ihnen: Zu der Entscheidung, die getroffen wurde, stehen wir auch.

(Eveslage [CDU]: Die ist im Bundestag beschlossen worden!)

Aber wir wollen das im Gegensatz zu Ihnen verändern. Wir wollen Konzepte dazu erarbeiten, die das konkret verändern, und nicht nur Reden halten, wie

Sie es tun, die Sie letztendlich auf der Grundlage von Ressentiments Politik machen.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Wenn man hört, Herr Wulff,

(Eveslage [CDU]: Keine Ahnung!)

wie sich z. B. einige Ihrer Kolleginnen und Kollegen dazu äußern, was nun mit dieser FFH-Richtlinie ist, wie schwierig und bürokratisch das sei und welche Einschränkungen damit verbunden seien, dann erzählen Sie denen doch einmal, dass Helmut Kohl den Vertrag unterschrieben hat, damit die wissen, dass es ihre eigene Politik ist, vor der sie da stehen.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Haben Sie gelesen, was Herr Gabriel dazu gesagt hat? „Der letzte Schwachsinn“ hat er dazu gesagt!)

Die Diskussion um eine europäische Neuordnung wird politisch auch deshalb reizvoll sein, weil sie zeigen wird, wie glaubwürdig eigentlich die Kritik der unionsgeführten Bundesländer an der Wettbewerbspolitik der Europäischen Kommission ist. Auf der einen Seite fordern gerade Baden-Württemberg, Bayern und Hessen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs den Wettbewerbsföderalismus und ständig mehr Wettbewerb. Marktorientierung wird ja gerade von konservativen und liberalen Politikern als Modell für alle gesellschaftlichen Bereiche und alle Politikfelder angepriesen. Allerdings merken die Anhänger der reinen Lehre nunmehr, dass dieses Wettbewerbsrecht dann zur Zerschlagung gewachsener Strukturen führt, wenn es wirklich einmal als alleiniger Maßstab für die Entscheidungen des Staates angewendet wird.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, dass der Staat eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist. Wir können und wollen es uns nicht leisten, dass Menschen, die nicht mehr gebraucht werden, aussortiert werden, wie Arbeitslose, und Regionen, die nicht leistungsfähig sind, abgeschrieben werden. Wir wollen uns zu der Gesamtverantwortung des Staates für diese Entwicklung bekennen und wollen auch entsprechende Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Wann?)

Wer hier den Markt als alleinigen Regulator organisieren möchte, der wird sich wundern, zu welchen Verwerfungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland dies innerhalb kürzester Frist führen würde. Es wird aber nicht dazu kommen, weil sich Sozialdemokraten dagegen stemmen werden.

Meine Damen und Herren, natürlich bin ich mir darüber im Klaren, dass der Föderalismus deutscher Prägung kaum eine Entsprechung in anderen Ländern hat, und viele unserer Probleme, die wir vortragen, werden in der Tat von den anderen europäischen Nachbarn nicht als solche erkannt und angesehen.

Aber in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen dürfen, dass in Niedersachsen 8 Millionen Menschen leben. Dies sind wesentlich mehr Menschen als in manch einem europäischen Staat. Deswegen haben wir einen Anspruch darauf, dass unsere Stimme in Europa wahrgenommen wird, und wir werden dieses Ziel auch kraftvoll verfolgen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ein prägendes Merkmal unseres Bundeslandes ist seine sehr unterschiedliche Siedlungsdichte. Dem Ballungsraum Hannover mit seinen mehr als 1 Million Einwohnern, den großen Städten wie Braunschweig, Göttingen, Oldenburg und Osnabrück stehen dörfliche und ländliche Räume gegenüber. Ziel unserer Politik ist es, die jeweiligen Nachteile dieser Siedlungsstrukturen durch eine gezielte Stärkung ihrer jeweiligen Vorteile zu kompensieren. Dabei werden wir uns die Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien nutzbar machen. Wir wollen durch Vernetzung weltweit, wo auch immer, angesiedelter Informations-, Produktions- und Vermarktungszentren die Verbindung des ländlichen Raumes mit der urbanen Welt verbessern und wollen dadurch dazu beitragen, dass insbesondere auch im ländlichen Bereich neue Arbeitsplätze entstehen, die zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation beitragen.

(Ehlen [CDU]: Vergesst die Bauern nicht!)

- Genau. Herr Ehlen, auch sie werden in Zukunft Informationen aus dem Internet erhalten, Informationen, die sie brauchen, um wettbewerbsfähiger zu

sein in einem Europa, in dem der Markt in der Tat mehr bestimmen wird, als sie bisher gedacht haben.

In Zukunft wird es neben Telematikdiensten, also überwiegend Teilzeitarbeitsplätzen im Telefonservice der Call Center, mehr und mehr echte Telearbeit geben. Es wird darum gehen, dass Vollarbeitsplätze von den Unternehmen ausgelagert werden. Bei modernen vernetzten Arbeitsplätzen kommt es weniger auf die räumliche Nähe an, sondern vielmehr auf die Fähigkeit, mit den weltweiten Kommunikationsnetzen umzugehen.

Meine Damen und Herren, N 21, die Initiative der Landesregierung, wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den jungen Menschen in unserem Lande nicht nur die Fähigkeiten im Umgang mit den neuen Technologien zu vermitteln. Sie wird auch zusammen mit den Schulen und den Ausbildungsbetrieben zu einem sozialverträglichen Umgang mit den Technologien beitragen, und sie wird die soziale Kompetenz der Menschen stärken, die diese Technologien einsetzen. Diese Entwicklung wird nicht nur die Großunternehmen betreffen, sondern sie wird immer mehr gerade auch die kleinen und mittleren Betrieben erfassen. Deshalb gibt es die E-Commerce-Initiative, und wir werden diese E-Commerce-Initiative um ihre Entsprechung, das E-Government, erweitern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden die Politik, die wir gemacht haben und die wir machen, zu jeder Zeit auf den Prüfstand stellen. Wir haben dazu als Fraktion einen, wenn Sie so wollen, Landes-TÜV gegründet, der prüfen wird, wo etwas fehlt, aber auch kontrollieren wird, ob die Umsetzungen in der Praxis Erfolg bringen. Dieser wird auch neue Anregungen erbringen. Politikerinnen und Politiker, die zugeben, dass sie nicht alles wissen, vor allen Dingen auch zugeben, dass sie nicht alles besser wissen, sind keine schwachen, sondern starke Politiker, und zu denen zählen wir uns, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir werden mit klaren Perspektiven nach vorn gehen. Wir werden die Menschen überzeugen und werden sie nicht mit dumpfer Rhetorik in Zukunftängste stürzen. Ich lade die Opposition ein, sich an diesem Wettstreit zu beteiligen. Eines sage ich auch ganz deutlich: Wer gute Arbeit geleistet

hat, der hat auch ein Recht darauf, diese Arbeit zu feiern. Deswegen war der - wenn Sie so wollen - Überschriftenwald insbesondere der „Bild“-Zeitung richtig. Sie hat klassifiziert: „Die einen meckern, die andern feiern.“ Wir wollen unsere Erfolge feiern, ohne dabei zu vergessen, dass wir noch wichtige Aufgaben vor uns haben.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat jetzt die Frau Kollegin Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident will zwar den Dialog; aber jetzt geht er erst einmal.

(Möllring [CDU]: Er ergreift erst einmal die Flucht!)

Nachdem der Ministerpräsident vor nicht allzu langer Zeit sein Büro auf die EXPO verlegt hat, hatte ich mich schon darauf eingestellt, dass es heute auch im Leineschloss internationaler zugehen würde. Dass sich der Ministerpräsident entschieden hat, die Antrittsrede, die eigentlich Minister Senff halten müsste, zu halten, hat uns gestern Abend allerdings überrascht. Aber nachdem ich heute zugehört habe, muss ich sagen: Eigentlich hat mir diese Rede auch Spaß gemacht. Das bekommen wir als Grüne nicht so oft zu hören. So viel geballtes Lob, so viel Anerkennung für Joscha Fischer hat uns erbaut.

(Beifall bei den GRÜNEN - Mühe [SPD]: Wenn ihr es nicht tut, müssen wir es machen!)

Ich fand auch, dass mit den Thesen von Fischer sehr souverän umgegangen wurde. Dabei ist mir heute Morgen doch wieder der Fußball in den Kopf gekommen. Uns allen geht ja so: Wir werden ihn im Moment nicht los.

Herr Ribbeck steht momentan nicht besonders hoch im Kurs. Aber vor ein paar Tagen hat er einen Satz gesagt, den ich auch auf diese Rede anwenden möchte. Vielleicht wird das in nächster Zeit noch öfter passieren. Ich habe ihn dann sozusagen das erste Mal auf Politik angewandt. Es ging um „subjektiv“ und „objektiv“. Ich glaube, Sie erinnern sich an diese Ausführungen. Ich muss

heute subjektiv und objektiv sagen: Dieser ganze Text, das war Fischer. Und ich muss auch subjektiv und objektiv sagen: Fischer hat tatsächlich eine Adlerperspektive, was Europa angeht. Hinsichtlich des Ministerpräsidenten habe ich mich noch nicht entschieden. Der Ministerpräsident ist in einer Gefahr.

(Beckmann [SPD]: Subjektiv oder objektiv?)

Wenn es gut läuft, dann bekommt er die Eckermann-Rolle. Wenn es wirklich schlecht läuft, dann spielt er in diesem Spiel die Papageienrolle.

(Zuruf von der CDU: Schleiereule!)

Mit seiner Rede hat er sich wohl noch nicht wirklich entschieden, worauf es hinauslaufen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN. - Eveslage [CDU]: Wo ist er eigentlich?)

Ich gebe ja zu - das tue ich wahrscheinlich auch stellvertretend für viele Kollegen aus anderen Fraktionen -: Ich konnte mich auf die Schnelle noch nicht entscheiden, ob ich der Rede in jedem Detail folgen könnte, ob ich überhaupt jedes Detail verstanden habe. Die Liste der Dinge, die ich nacharbeiten muss, natürlich unterstützt von der Fraktion, fängt für mich mit dem Vertrag von Nizza an und hört mit den Left-Overs von Amsterdam auf. Eine weitere Liste - das würde ich eigentlich Herrn Gabriel auch gerne selber sagen - enthält die Dinge, von denen ich nicht mit Sicherheit sagen kann, was er uns eigentlich damit sagen wollte. Auf dieser Liste findet sich oben die Bedeutung der Autonomie von Schottland und Wales und am Ende die persönliche Erfahrung des Ministerpräsidenten, die er in Amerika gesammelt hat. Ich gebe ja zu: Es ist gut, einmal an einem bestimmten Ort gewesen zu sein; dann kann man hinterher besser mitreden. Am Ende unserer zweiten Liste befindet sich jedenfalls die persönliche Erfahrung des Ministerpräsidenten, aus Amerika mitgebracht, dass man nämlich dort Ostasiaten an Universitäten Postgraduierten-Studiengänge absolvieren lässt.

(Wulff (Osnabrück)[CDU]: Das ist falsch übersetzt worden!)

Der Ministerpräsident sollte, wenn er in Zukunft hier Vorlesungen abhält, etwas gnädiger mit uns umgehen, damit wir in der Lage sind, diesen Tex-

ten, so wie das unser gewählter Auftrag ist, zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich finde es eigentlich ganz gut, einmal aus erster Hand etwas z. B. über die Diskussionen der Ministerpräsidentenkonferenz zu hören. Ich lese darüber üblicherweise nur in den Zeitungen. Gleichzeitig habe ich mich angesichts der großen Umstrukturierungsprozesse in Europa und auf der ganzen Welt, von denen heute die Rede gewesen ist, gefragt: Woher wird unser Ministerpräsident eigentlich die Kraft, den Mut und die eigenen Ideen nehmen, dies alles auch in Niedersachsen tatsächlich in Angriff zu nehmen? - Ich will es jetzt einmal schlicht sagen - diese alte Weisheit habe ich in meiner Lehre mit auf den Weg gekriegt -: Wer nach den Sternen greift, der darf die Trittleiter nicht vergessen. - Diese Weisheit sollte in Niedersachsen in Zukunft auch in der Staatskanzlei beherzigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Denken Sie doch einmal - das ist jetzt ganz ernst gemeint - an die Region Hannover. Herbert Schmalstieg ist nicht die holländische Königin.

(Mühe [SPD]: Ernst August auch nicht!)

Hannover liegt sogar innerhalb der Grenzen des Landes Niedersachsen. Es gibt also keine auswärtige Grenze zwischen dem Land und der Stadt. Trotzdem ist das so schwierig mit der Region Hannover. Ich weiß natürlich auch, dass man bei Joschka Fischer nichts zur Frage der Zukunft der Bezirksregierungen in Niedersachsen findet. Dafür ist er auch nicht zuständig. Wenn hier aber über so große Umstrukturierungen und all das, was sonst noch notwendig ist, perspektivisch geredet wird, dann sollte der Ministerpräsident doch auch die kleine Kühnheit besitzen und dazu etwas sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Was Ihre dritte konkrete Idee von der Ständigen Konferenz der Nordländer angeht, so habe ich - wenn ich es richtig gelesen habe - den Eindruck, dass der wirklich erst 36-jährige Kollege Schüneemann von der CDU seine Vorstellungen von dieser Idee in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ neulich doch etwas kühner präsentiert hat. Viel-

leicht liegt das an diesen vier Jahren Altersunterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Niedersachsen wird also alles europäischer. Niedersachsen soll aber auf keinen Fall die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz unterstützen, wenn ich Sigmar Gabriel heute Morgen richtig verstanden habe. Diese Position hat er nun ganz bestimmt nicht von Joschka Fischer. Diese Haltung zeugt eher von einer alten deutschen Arroganz. Die jedoch ist Fischer fremd. Es wird gemeint: Ausländer als Arbeitskräfte sind willkommen, Menschen, d. h. ihre Familien, sollen aber lieber draußen bleiben. Mit seinem in seiner heutigen Regierungserklärung gegebenen Hinweis darauf, dass er ein Einwanderungsgesetz ausdrücklich ablehnt, hat Ministerpräsident Gabriel, nachdem die CDU-Bundestagsfraktion gestern endlich einmal - kann ich da nur sagen - versucht hat, sich von dem ausländerfeindlichen Kurs ihres Herrn Rüttgers zu distanzieren, eine Position eingenommen, die von Weitsicht immer noch weit entfernt ist und immer noch die alte Arroganz zum Ausdruck bringt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nicht weitsichtig und schon gar nicht europäisch ist auch die Schnodderigkeit, mit der Sie, Herr Ministerpräsident, in der letzten Woche am „Bild“-Zeitungs-Telefon das Thema Ausländerpolitik abgehandelt haben. Warum lassen Sie immer mehr Ausländer rein? So wurden Sie gefragt. Ihre Antwort: Sie irren. Die Zahl der Asylbewerber ist stark zurückgegangen. Die Bürgerkriegsflüchtlinge z. B. aus dem Kosovo werden zurückgeschickt. - So einfach ist das.

(Schröder [GRÜNE]: Super!)

So einfach ist das? - Ich glaube nicht, dass das so einfach ist. Wir Grünen sind davon überzeugt, dass wir Menschen aus anderen Ländern nicht nur aus innen- oder arbeitsmarktpolitischen Gründen bei uns aufnehmen müssen, sondern schlicht und ergreifend auch wegen der ökonomischen und der sozialen Ungleichheit auf der Welt. Integration wird Daueraufgabe einer humanen Gesellschaft sein. Zuwanderung ist tatsächlich eine Realität. Die fehlenden rechtlichen Grundlagen werden auch weiterhin Schlepperbanden ermuntern. Zu welchen Tragödien das führt, haben wir ja erst gestern lesen können. Das, was in Dover passiert ist, sollte uns

alle wirklich noch einmal gründlich über die Frage nachdenken lassen, ob wir in der Bundesrepublik bereits die angemessenen Regeln gefunden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts war nur ein erster Schritt. Die Ausländer, die hier sind und noch kommen werden, gehören zu uns. Wer das ernst meint, der muss heute daran mitarbeiten, die positiven Aspekte der Migration wirklich in den Vordergrund zu stellen, und Maßnahmen zur Integration konsequent unterstützen. Diese Menschen brauchen Bildung, Ausbildung und Arbeit. Sie brauchen soziale und gesundheitliche Betreuung - dies in der Jugend genau so wie im Alter. Sie brauchen nämlich all das, was den Alltag aller Menschen bestimmt und lebenswert macht. Das ist die Tagesaufgabe, an deren Erfüllung auch die Landesregierung gemessen werden wird. Wir arbeiten z. B. an einem solchen Integrationskonzept. Wir laden an dieser Stelle auch einmal umgekehrt dazu ein, den Dialog nicht nur immer anzukündigen, sondern ihn an dieser Stelle auch einmal mit uns zu führen. Das ist auch in der Bundesrepublik immer noch notwendig. Wir müssen, wenn wir über dieses Thema reden, nicht nur an Dover denken, sondern natürlich auch an Dessau.

Nun an dieser Stelle noch ein Wort zum Kosovo. Für mich ist völlig unbegreiflich, wie die Erlebnisse der niedersächsischen Delegation nach ihrer Reise ignoriert worden sind. Man macht eine solche Reise doch, um zu lernen. Wir haben gelernt, dass die Rückkehr aller Kosovo-Flüchtlinge in diesem Jahr eine Katastrophe für den Wiederaufbau und den sehr, sehr fragilen Frieden in diesem Lande wäre. Zurück in Niedersachsen, bestreitet dies auch keiner der Mitreisenden. Aber wo bleiben die Konsequenzen, Herr Ministerpräsident? Findet Ihr Innenminister bei Ihnen kein Gehör? Ihre Aufgabe wäre es doch jetzt, die Lehren zu ziehen und dem Druck auf die Rückführung der Flüchtlinge tatsächlich entgegenzutreten.

Meine Damen und Herren, nachdem der Ministerpräsident in Göttingen schon die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie als „hellen Wahnsinn“ bezeichnet hat, wundert es mich nicht, dass die europäische Umweltpolitik in Ihrer Rede keinen Raum gefunden hat. Da Sie sich - auch das haben Sie in Ihrer Regierungserklärung ja angekündigt - heute Nachmittag offiziell mit Königin Beatrix treffen, würde ich mir wünschen, dass Sie mit ihr einmal darüber reden; denn mit dem Motto „Mensch-

Natur-Technik“ ist doch der richtige Rahmen geschaffen worden, um mit einer erfahrenen Politikerin aus einem Land, in dem die Ökosteuern schon lange ein Erfolgsmodell sind, in eine Diskussion einzusteigen. Vielleicht könnten königliche Worte ja helfen, Ihnen Ihre Flausen vom Benzingipfel und der Erhöhung der Kilometerpauschale doch noch auszutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, was ich glaube? - Das gilt auch für die Kollegen von der CDU, weil sie es heute wieder angesprochen haben. Niemand, der klug ist und nachdenkt, wird die Einführung der Ökosteuer jemals wieder rückgängig machen. Versprechen Sie da bloß nichts Falsches, Herr Wulff. Auch Frau Merkel ist klüger, als ihre Parolen manchmal glauben machen. Jeder Ökonom und jeder Ökologe wird uns immer wieder darin zustimmen, dass Energie teurer werden muss. Richtig ist doch, dass wir andere Autos brauchen. VW gehört hier tatsächlich zu den Dinosauriern. Der Lupo kann ja wohl noch nicht alles gewesen sein. Richtig ist aber auch, dass wir mehr Busse und Bahnen brauchen. Wenn wir die Energiewende und die rationelle und effiziente Energieerzeugung und -nutzung vorantreiben, dann schaffen wir auch und gerade dank der Ökosteuer hunderttausende von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind dann keine Arbeitsplätze für diese Working poor, wie sie uns heute wieder aus Griechenland begegnet sind. Das sind dann tatsächlich Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Berufen. Ich meine, dass genau dafür Politik gemacht werden muss. Man begeht einen großen Fehler, wenn man stattdessen mit eigenen Parolen die Gründung einer Autofahrerpartei geradezu ankurbelt, womit man sich endgültig wieder dem Stammtisch unterwirft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zukunft Niedersachsens gerade auch im Zusammenhang mit Europa ist für mich auch die Landwirtschaft. Ich bin bestimmt nicht die Einzige, der Nachrichten wie „Kaninchen fressen sich in Mastanlagen die Ohren ab“, „Puten kippen wegen Brustumfangs beim Laufen vorne über“ und „Hühnerküken werden zu Millionen vergast“ den Appetit verderben. Bei Rindern und BSE war uns sowieso schon schlecht, bei den Schweinen auch. Inzwischen wird sogar die edle Wachtel barbarisch gehalten. - Warum sage ich das alles noch ein-

mal? - Ich will die Landwirtschaft nicht schlecht machen, auch wenn der Landwirtschaftsminister das in solchen Debatten in der Regel behauptet. Ich sage das, um aufzuzeigen, wie viel es noch zu tun gibt, wie weit wir uns über die Grenzen von Schöpfung auch schon ohne Gentechnik erhoben haben. Fragen Sie doch hier im Haus oder in den Ministerien oder auch auf der Poeschtribüne einmal herum. Wenn das erste Kind kommt, dann zieht in die meisten Haushalte, die ich kenne, die ökologische Vernunft ein. Mit dem Diktat der Massenproduktion und der ständigen Produktionssteigerung im Stall und auf dem Acker werden wir jedenfalls die Landwirtschaft und die Produkte unserer Landwirtschaft nicht zukunftsfähig machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns diesem Diktat, egal ob es hier aus Hannover oder aus Brüssel kommt, widersetzen, und wir werden diesem Diktat den sinnlichen Genuss von Gesundheit und Öko gegenüberstellen. Auf Deutsch könnte man sagen: Die Eier vom Nachbarhof kaufe ich, weil sie besser schmecken.

Wie die Niedersachsen in Zukunft mit Europa mithalten können, das entscheidet sich bestimmt mit der Qualität von Bildung und Ausbildung. Nicht ohne Grund wird mit der Schulpolitik die nächste Wahl entschieden werden. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer ersten Regierungserklärung immerhin mit der Behauptung Ihrer Vorgänger gebrochen, die Unterrichtsversorgung sei in Niedersachsen ausgezeichnet. Sie haben auch etwas in Gang gesetzt: 1000 neue Lehrer eingestellt, eine Initiative zur Überwindung der verkorksten Orientierungsstufe in Gang gebracht, und zwar nicht die Klassen, aber immerhin die Lehrerzimmer jetzt ans Netz gebracht. Aber glauben Sie denn eigentlich im Ernst, dass diese Notmaßnahmen - mehr ist es für mich wirklich nicht - mehr sind als ein Tropfen auf den heißen Stein? Die Beschäftigung mit der schlechten personellen und technischen Ausstattung der Schulen hat doch ans Licht gebracht, wie verwaorlost viele Schulen auch räumlich und sozial sind. Ich meine, dass das Eingeständnis der gesamten Schulmisere Bedingung dafür ist, dass wir die Probleme tatsächlich lösen können. Schulen sind Lebensmittelpunkt der jungen Generation und ihrer Lehrer. In Schulen muss man sich wohl fühlen, auch wenn sie nicht Eaton heißen. Ich meine, es geht überhaupt nicht so weiter, dass in Sonntagsreden, wie jüngst bei der Konferenz über modernes Regieren, als zentrale Aufgabe die Reform und ausreichende Aus-

stattung der Bildung beschworen wird und diese Beschwörungen dann wieder in den zuständigen Niederungen der Landespolitik untergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage hier auch gegen die Bedenken in meiner eigenen Fraktion, weil wir ja eine perspektivische Debatte hier führen wollen, die weit über das Tagesgeschäft hinausreichen soll: Wir werden wesentlich mehr Geld für Bildung und Ausbildung investieren müssen. Für mich verbietet sich jede weitere Forderung nach Senkung der Spitzensteuersätze, von Ihnen, Herr Gabriel, und vielen anderen für den schnellen und billigen Applaus formuliert. Sie verbietet sich deshalb, weil wir das Geld für unsere Kinder brauchen. Ich wünschte mir mehr Mut von Politikern, diesen einfachen Zusammenhang zwischen Steuereinnahmen und Bildungsausgaben tatsächlich in den richtigen Debatten und an der richtigen Stelle auch ehrlich zu benennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie wollten heute einen großen Sprung nach vorne machen. Ihr Vorgänger Glogowski war angetreten, Niedersachsen niedersächsischer zu machen. Sie wollen nach Europa. Das ist ein gutes Ziel. Aber wie sieht die Wirklichkeit im zehnten Jahr nach dem Ende der Albrecht-Ära aus? Das ist nicht allein Ihre Verantwortung, aber machen wir uns das einmal klar.

Wir erinnern uns sehr gut an den Wechsel von 1990, an diesen Aufbruch von Rot-Grün. Für mich sind das gar nicht die einzelnen Projekte, die man damals in Angriff genommen hat, sondern der Aufbruch macht sich, wenn man Symbole für dieses Gefühl damals nennen will, an so etwas fest wie, dass die Berufsverbote gekippt worden sind, dass man das Polizeigesetz liberalisiert hat, dass Frauen in der Politik tatsächlich endlich eine andere Rolle gespielt haben, als man das von der Ministerpräsidenten-Gattin Albrecht gewohnt war. Das Befreiende war doch eigentlich die Veränderung des gesamten politischen Klimas, als so etwas wie der herrschaftliche Mief, der sich da in der Albrecht-Ära breit gemacht hatte, ausgelüftet worden ist. Mit diesem Mief verschwand dann ja auch ein großer Teil dieses Bierdunstes der Stammtische von Wilfried Hasselmann, die Gott sei Dank in der CDU nicht mehr eine so große Rolle spielen.

(Zurufe von der CDU)

Aber was ist heute? - Heute hat sich doch wieder ein gewisser Mief eingestellt. Die Glogowski-Affäre spielte im kleineren Karree, verglichen mit der Spielbank oder dem Celler Loch. Aber dieses ungesunde Verhältnis zur eigenen Macht ist dasselbe, was schon die Albrecht-Ära am Ende unerträglich gemacht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Parteienstaat oder Bürgergesellschaft? - Sie, Herr Ministerpräsident, haben sich ja in Ihren Reden zu Beginn Ihrer Amtszeit eindeutig zur Bürgergesellschaft bekannt. Aber wo ist denn jetzt eigentlich der Beleg dafür, dass hier zuerst das Land und dann die Partei kommt? Wo sind die Beispiele dafür, dass wichtige Funktionen nicht nach Parteibuch, sondern nach Eignung besetzt werden? Wo binden Sie denn, wie so oft versprochen, die Weisheit der Unabhängigen ein, außer in Podien, die am Ende mehr Selbstdarstellung und Frontalunterricht sind als Diskurse? Wo findet die Zusammenarbeit mit der Opposition statt, wo der Dialog mit der Bevölkerung? Daran, dass sich Parteien im Zuge einer langen Alleinregierung ein Land fast zwangsläufig unter den Nagel reißen, scheint man sich offensichtlich gewöhnen zu müssen. Ich finde, man sollte trotzdem versuchen - auch Sie sollten das versuchen -, die eigenen Ankündigungen in diesem Zusammenhang wahr zu machen.

Herr Gabriel, als junger Wilder in der SPD-Fraktion haben Sie ja Hoffnungen verbreitet. Ihre Stichworte waren „Kabinettsreform“ - kommt ja wohl noch -, „Parlamentsreform“, „Verwaltungsreform“. Sogar mit Vorschlägen für die Reform Ihrer eigenen Partei haben Sie es immer wieder verstanden, klug, gekonnt anzuecken. Mit Ihrer heutigen Rede wollten Sie uns vormachen, dass Sie jetzt in Europa angekommen sind. Mit Ihrer praktischen Politik sind Sie aber, gemessen an Ihren eigenen Ansprüchen, an den Ansprüchen an gewagte Politik, irgendwo zwischen Goslar und den Harz-Grenzen hängen geblieben.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Besprechung und zugleich auch den Tagesordnungspunkt 18.

Wir kommen zurück zum

Tagesordnungspunkt 17:

Dringliche Anfragen

Ursprünglich lagen drei Dringliche Anfragen vor. Ihnen ist inzwischen wohl schon mitgeteilt worden, dass eine Dringliche Anfrage, nämlich die Dringliche Anfrage der CDU-Fraktion in der Drucksache 1701, „10 Jahre SPD-Landesregierung: Gebrochene Wahlversprechen, Skandale, Verfassungsbrüche und Fehlentscheidungen“, zurückgezogen worden ist, was ja auch mit der Debatte zu tun hat, die wir eben geführt haben. Demzufolge liegen noch zwei Dringliche Anfragen vor, nämlich eine Dringliche Anfrage der Fraktion der SPD und eine Dringliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wir kommen zu der Dringlichen Anfrage unter Punkt 17 b):

b) Allianz von örtlichem Sozialhilfeträger, Berufsbetreuerin, Vormundschaftsgericht und Pflegekasse im Landkreis Uelzen zur Abschiebung einer 100-jährigen Frau ins Pflegeheim - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 14/1702

Herr Kollege Voigtländer bringt sie ein. Bitte schön!

Voigtländer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der allein stehenden 100-jährigen Elsbeth D. aus Bad Bevensen wurde seitens ihrer Pflegekasse die Pflegestufe I zuerkannt. Aufgestockt wurden die Leistungen der Pflegeversicherung bislang vom örtlichen Sozialhilfeträger bis auf einen Betrag von 2.500 DM. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg entschied jedoch, dass ein Sozialamt Leistungen der Pflegeversicherung nicht aufstocken muss, wenn Pflegesachleistungen der Pflegeversicherung aufgrund der zuerkannten Pflegestufe bis zu einem festen Gesamtwert erbracht werden. Der örtlichen Sozialhilfeträger nutzte dieses Urteil des OVG Lüneburg, um die Sozialhilfeansprüche von Frau D. zu verkürzen. Auf Anraten des Sozialamtes erwirkte die vom Vormundschaftsgericht bestellte Berufsbetreuerin von Frau D. die Ausweitung der Betreuung auf das Aufenthaltsbestimmungsrecht.

Nach Erwirkung eines entsprechenden Beschlusses stellten der örtliche Sozialhilfeträger und die

Betreuerin Frau D. vor vollendete Tatsachen: Frau D. wurde gegen ihren erklärten Willen und gegen den Rat ihres Hausarztes, der Frau D. für nicht heimbefähigt hält, in ein Altenpflegeheim eingewiesen. Auf diese Weise spart der örtliche Sozialhilfeträger auf Kosten der Pflegeversicherung und des überörtlichen Sozialhilfeträgers jährlich wenige tausend DM ein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie verträgt sich der geschilderte Fall mit dem Ziel des Pflegeversicherungsgesetzes, Pflegebedürftigen so lange wie möglich ein menschenwürdiges Leben im vertrauten Wohnumfeld zu sichern, das im § 3 SGB XI auch rechtlich normiert ist?

2. Auf welche Rechtsnormen kann sich ein Vormundschaftsgericht stützen, wenn es das Aufenthaltsbestimmungsrecht einer an sich schon wenig betreuungsbedürftigen Person auf eine Berufsbetreuerin überträgt, bzw. wie verträgt sich eine solche Entscheidung mit dem Ziel des Pflegeversicherungsgesetzes, die Betreuung nur auf Lebensumstände auszudehnen, in denen Betreuung nötig ist?

3. Hat die Pflegekasse im vorliegenden Fall geprüft, ob gemäß § 43 Abs. 1 SGB XI überhaupt Anspruch auf stationäre Pflege besteht oder ob nicht vielmehr häusliche oder teilstationäre Pflege möglich wäre?

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Die Antwort der Landesregierung wird durch Frau Ministerin Merk erteilt.

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sachverhalt, der dieser Dringlichen Anfrage zugrunde liegt, kann alle nur erschüttern.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eigentlich kaum noch darstellbar, dass eine Gesellschaft, die eine Frau immerhin bis zu ihrem 100. Jahr durchs Leben getragen hat, sie ausgerechnet in der höchsten aller Altersstufen in die schlimmste Situation bringt, in die man kommen kann, nämlich 100 Jahre alt zu sein, allein zu stehen und dann aus der eigenen Wohnung in eine Einrichtung umziehen zu müssen – nur um einige

wenige Mark zu sparen. Das hat mit Humanität in einer sozialen Gesellschaft nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber gern – damit das Ganze trotzdem seine Nüchternheit behält, die der Fall rechtlich in jedem Fall hat – noch einige Punkte zu dem Sachverhalt ergänzen.

Frau D. wird von einem Betreuungsverein gemäß Betreuungsgesetz betreut. Die für Frau D. zuständige Betreuerin ist Mitarbeiterin des Vereins. Auslöser des Verfahrens war die Ankündigung des Sozialamtes des Landkreises Uelzen, dass man im Hinblick auf die Entscheidung des OVG Lüneburg die Gewährung von Sozialhilfe zur Aufstockung der Pflegeleistungen der Pflegekassen einstellen werde.

Gegen diesen Bescheid legte die Betreuerin Rechtsmittel ein. In der Zwischenzeit musste jedoch geklärt werden, wie die Versorgung von Frau D. sichergestellt werden konnte, als der Landkreis Uelzen seine Zahlungen einstellte. Diese Entwicklung hat dazu geführt, auf Antrag der Betreuerin ihr auch das Aufenthaltsbestimmungsrecht zu übertragen. Diesem Antrag hat das Vormundschaftsgericht bekanntlich stattgegeben.

Zuvor war ein medizinisches Gutachten eingeholt worden, wonach aufgrund des Gesundheitszustandes von Frau D. nach deren Auffassung eine Heimunterbringung erforderlich war. Der Hausarzt von Frau D. vertrat allerdings eine andere Auffassung.

Aufgrund der sehr verfahrenen Situation beabsichtigt nun der Bürgermeister der Stadt Bad Bevensen, noch in dieser Woche ein Gespräch mit allen Beteiligten, insbesondere dem begutachtenden Arzt und dem Hausarzt, zustande zu bringen, um abzuklären, wie der Gesundheitszustand und Hilfebedarf von Frau D. zu beurteilen sind und welche Schritte gegebenenfalls erforderlich sind, um eine entsprechende fachgerechte Hilfe zu gewähren.

Ich appelliere an den Landkreis Uelzen, dass er seine Ankündigung wahr macht, aufgrund einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, mit der die Entscheidung des OVG Lüneburg aufgehoben worden ist, im vorliegenden Fall im Zug des Widerspruchsverfahrens neu und im Sinne von Frau D. zu entscheiden - und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass nun der Versuch unternommen wird - wenngleich ich meine, viel zu spät -, pragmatische Lösungen zu finden, die in erster Linie der alten Dame zugute kommen.

(Im Plenarsaal ist ein Handy zu hören)

Vizepräsident Gansäuer:

Entschuldigung, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie ernsthaft darum, Ihre Handys abzustellen. Es ist unerträglich. Wenn jeder sein Handy mitbrächte, könnten wir die Plenarsitzung einstellen. – Bitte sehr, Frau Ministerin!

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Ich bedaure, dass diese Überlegungen nicht schon von Anfang an in diesem Fall Platz gegriffen haben.

Lassen Sie mich hinzufügen, meine Damen und Herren: Ich hoffe, dass dieser abschreckende Fall so weit abschreckt, dass es keine weiteren solchen Fälle in unserem Land mehr geben kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, es muss uns darum gehen – das ist die Position der Landesregierung, und ich weiß mich einig mit dem gesamten Parlament; das ist die klassische Position, die wir uns seit Jahren erarbeitet haben -, dass jede Frau und jeder Mann im Alter so weit, wie es möglich ist, und so lange, wie es geht, in der eigenen Wohnung leben kann, dort betreut wir und nur dann, wenn es überhaupt nicht mehr geht, aus diesen Gründen die Wohnung verlassen muss.

Aber wenn man wegen einiger weniger Mark, die man spart, die Humanität aufgibt, ist das keine Größe, die unseren Staat auszeichnet.

Dies vorausgeschickt, antworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 3: Der Fall von Frau D. verträgt sich nur dann mit dem Ziel des Pflegeversicherungsgesetzes, wenn stationäre Pflege auch tatsächlich erforderlich ist. Dies hat der Medizinische Dienst nach Maßgabe der für ihn verbindlichen Pflegebedürftigkeitsrichtlinien im Rahmen seiner Begutachtung zur Feststellung der Pflegebe-

dürftigkeit zu prüfen und in seiner Stellungnahme gegenüber der Pflegekasse nachvollziehbar festzustellen.

Die Erforderlichkeit von vollstationärer Pflege ist allerdings nur dann zu prüfen und zu begründen, wenn ein Antrag auf vollstationäre Pflegeleistungen gestellt wurde und Pflegebedürftigkeit im Sinne des SGB XI vorliegt. Letzteres ist der Fall. Danach erhält Frau D. Pflegesachleistungen für häusliche Pflegehilfe in Höhe von 750 DM monatlich für die erste Pflegestufe.

Ein zwischenzeitlich gestellter Antrag auf Leistungen der Pflegestufe II wurde nach Begutachtung durch den Medizinischen Dienst am 20. Januar 2000 wegen dafür nicht hinreichender Pflegebedürftigkeit abgelehnt. Ein daraufhin erfolgtes Widerspruchsverfahren wurde aufgrund einer fehlenden und auch nach ausdrücklicher Aufforderung der Pflegekasse an die Betreuerin von dort nicht beigebrachten Begründung des Widerspruchs eingestellt. Ein Antrag auf vollstationäre Pflegeleistungen nach § 43 SGB XI liegt der Pflegekasse bislang nicht vor.

Frau D. erhält bis einschließlich 21. Juni Leistungen der Kurzzeitpflege nach § 42 SGB XI. Diese Leistung wurde seitens der Pflegekassen auf Antrag der Betreuerin von Frau D. gewährt. Sie ist nur zu gewähren, wenn die häusliche Pflege vorübergehend nicht sichergestellt ist, und ist auf vier Wochen im Kalenderjahr beschränkt. Die Pflegekasse geht daher grundsätzlich von einer Rückkehr von Frau D. in die eigene Häuslichkeit bei fortgeltendem Anspruch auf häusliche Pflegehilfe entsprechend Pflegestufe I aus.

Sollte die häusliche Pflege der Frau D. auch weiterhin nur vorübergehend nicht gesichert werden können, könnten auf Antrag Leistungen der – bitte wundern Sie sich nicht über das schreckliche Wort – Verhinderungspflege nach § 39 SGB XI für erneut maximal vier Wochen gewährt werden. Das ist leider die Gesetzessprache. Frau D. könnte dabei in der Einrichtung bleiben, in der sie sich zurzeit noch befindet.

Zu Frage 2: Gemäß § 1896 Abs. 2 BGB darf ein Betreuer nur für Aufgabenkreise bestellt werden, in denen die Betreuung erforderlich ist. Mit Beschluss des Vormundschaftsgerichts Uelzen vom 17. Mai 2000 wurden der Betreuerin von Frau D. die Aufgabenkreise Sorge für die Gesundheit sowie Aufenthaltsbestimmung einschließlich der

Entscheidung über den Wohnsitzwechsel in ein Alters- und Pflegeheim und die Vertretung vor Behörden und ähnlichen Einrichtungen, auch gegenüber dem Heim übertragen. Dem lagen die Beurteilungen durch den Sachverständigen und der persönliche Eindruck des Vormundschaftsrichters von der Betreuten in der mündlichen Anhörung zugrunde. Danach erschienen sowohl die Betreuungserweiterung als auch die Übersiedlung in ein Alters- und Pflegeheim notwendig.

(Lindhorst [CDU]: Können Sie bitte etwas lauter sprechen? Ich verstehe Sie nicht!)

- Ich spreche aber eigentlich sehr klar und deutlich.

(Zurufe von der CDU: Stimmt nicht!)

- Vielleicht könnten Sie leiser sein. Ich kann nicht lauter sprechen. - Außerdem erlaubte ihre finanzielle Lage eine ausreichende Versorgung in der eigenen Wohnung nicht mehr. Zu der Entscheidung des Vormundschaftsrichters habe ich aus Gründen der richterlichen Unabhängigkeit keine Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich bin froh darüber, dass sich der Landtag eines solchen Themas annimmt. Ich bin auch froh darüber, dass alle daran mitwirken, dass es der Frau möglichst schnell wieder besser geht. Lassen Sie uns dafür wirken, dass diese Art von Bürokratie, die eine derart dramatische Folgewirkung hat, weiter abgebaut wird. Sie merken schon an der Art der Gesetzesprache, dass diese Fälle auf diese Art kaum lösbar sind, schon gar nicht menschlich lösbar sind.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, bevor ich die Wortmeldungen für Zusatzfragen aufrufe, erlaube ich mir den Hinweis, dass wir vor der Mittagspause noch die Dringliche Anfrage zu Tagesordnungspunkt 17 c) behandeln und anschließend in die Mittagspause eintreten. Ist das so einvernehmlich geregelt? - Okay. Dann können sich die Kolleginnen und Kollegen darauf einstellen, dass wir so verfahren. - Bitte sehr, die Zusatzfrage, Herr Kollege Groth!

(**Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz**)

Groth (SPD):

Frau Ministerin, ich möchte gerne wissen, ob Sie sich die Unterlagen, insbesondere das medizinische Gutachten, das zur Fremdbestimmung des Aufenthalts der Dame geführt hat, zugänglich machen können, um auch zu prüfen - das wäre die zweite Frage -, ob Betreuungsbehörde oder Betreuerin eventuell ermessensfehlerhaft einen Antrag bei Gericht gestellt haben. Die letzte Frage - ich weiß nicht, ob sie noch zulässig ist -: Ist die Frau in der Lage - - -

Vizepräsident Jahn:

Da Sie es nicht wissen, wollen wir sie lieber weglassen.

(Heiterkeit)

Bitte sehr, Frau Ministerin!

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Herr Abgeordneter, im Moment sind die Unterlagen bei Gericht, und solange dort noch die Verfahren laufen, müsste ich versuchen, ein Doppel zu erhalten, um überhaupt Akteneinsicht nehmen zu können. Meines Erachtens könnte das die Aufarbeitung aber verzögern. Ich will, dass möglichst schnell zugunsten der Frau Lösungen gefunden werden. Wenn dieser Vorgang abgeschlossen ist, habe ich auch ein persönliches Interesse - wie Sie - zu sehen, was bei dem Fall im Einzelnen schief gelaufen ist und ob die Betreuungsformen in richtiger Weise wahrgenommen worden sind.

(Zustimmung von Frau Lau [SPD])

Vizepräsident Jahn:

Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Voigtländer.

Voigtländer (SPD):

Frau Ministerin, in welcher Höhe entstehen Kosten für die Heimbetreuung von Frau D.? Wie hoch sind die Kosten bei ambulanter Pflege in der eigenen Wohnung? Und schließlich - - -

Vizepräsident Jahn:

Nein, nicht „schließlich“. - Schließlich kommt jetzt die Antwort. Bitte sehr!

(Heiterkeit - Fischer [CDU]: Das sind 30 Jahre Parlamentserfahrung!)

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Für die Kosten der Heimbetreuung, also sowohl für Kurzzeit- als auch vollständige Dauerpflege, haben wir einen Satz von monatlich 3.598 DM. Bei der ambulanten Pflege liegt der monatliche Kostenbetrag bei 4.525 DM. Also ist die ambulante Pflege etwas teurer als die stationäre. Aber das kann es bei der Lösung dieses Problems ja nicht gewesen sein.

Vizepräsident Jahn:

Frau Elsner-Solar will eine Frage stellen. Bitte sehr!

Frau Elsner-Solar (SPD):

Mich bewegt auch die Frage des Kollegen Groth, ob bei der 100-jährigen Dame denn gewährleistet ist, dass die Betreuung künftig in ihrem Interesse ausgeübt wird.

(Die Abgeordnete zögert)

Vizepräsident Jahn:

Sie dürfen noch eine Frage stellen.

Frau Elsner-Solar (SPD):

Nein. Ich habe nur die eine Frage.

Vizepräsident Jahn:

Frau Ministerin Merk, bitte sehr!

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Ich will über die Betreuerin nicht den Stab brechen, weil ich bisher keine saubere Akteneinsicht haben nehmen können. Ich gehe davon aus, dass der Fall mit einer derart hohen Aufmerksamkeit betrachtet wird, dass in diesem Betreuungsfall nichts mehr schief lief. Aber ich halte es für falsch, dass ich hier eine Beurteilung abgebe. Ich gehe aber davon aus - lassen Sie uns das feststellen -, dass die Betreuung als ehrenamtliches Amt in unserer Bevölkerung im Allgemeinen sehr ernsthaft wahrgenommen wird.

Vizepräsident Jahn:

Nun hat sich Frau Groneberg gemeldet.

Frau Groneberg (SPD):

Frau Ministerin, wie bewertet die Landesregierung die Bereitschaft der Uelzener Bevölkerung, durch Spenden Frau D. die Rückkehr in ihre Wohnung zu ermöglichen?

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Frau Ministerin!

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Ich bewerte das als ausgesprochen positiv. Ich finde es ungewöhnlich, aber doch erfreulich, dass es immer wieder Gruppen gibt, die sich sozial engagieren und den Versuch unternehmen, etwas wieder gutzumachen, was sie selbst gar nicht ange richtet haben.

Ich freue mich darüber, dass diese Frau dadurch eine Wärme erfährt, die ihr in ihrem hohen Alter ansonsten gar nicht widerfahren wäre. Damit ist diese Angelegenheit aber nicht erledigt, sodass ein Landkreis nicht meinen sollte, dass er sich dadurch die Kosten ersparen könnte. Nein, es gibt gesetzliche Ansprüche, die zu erfüllen sind. Wenn für die Frau der Lebensabend, vielleicht die letzte Zeit durch finanzielle Mittel von Bürgerinnen und Bürgern etwas verbessert werden kann, dann würde ich mich freuen, und dann hätte sie das in ihrem hohen Alter mehr als verdient.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Die nächste Frage stellt der Kollege Schwarz.

Schwarz (SPD):

Frau Ministerin, liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, warum der Landkreis Uelzen die Spitzfinanzierung des überschießenden Betrages eingestellt hat, obwohl es hierzu eine andere Empfehlung des Landes gibt, die vom BVG bestätigt wurde? Gibt es bekannte vergleichbare Fälle aus Uelzen?

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Frau Ministerin!

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Herr Abgeordneter, bedauerlicherweise gibt es insgesamt weitere sechs Fälle. Die Frage ist in Uelzen bisher im Sinne der Entscheidungen gelöst worden, die das OVG in vorangegangenen Fällen getroffen hat. Es hatte so entschieden. Darauf bezog sich auch die Behandlung weiterer Fälle. Das erübrigt sich jetzt. Der Landkreis Uelzen wird alle diese Fälle im Lichte der neuen Entscheidung des BVG wieder aufrollen müssen. Er hat auch zugesichert, dass er die „Wiederaufnahme“ des Verfahrens gestatten wird, sodass alle diese Fälle noch einmal ein Korrektiv erfahren, was auch dringend nötig ist.

(Zustimmung von Frau Janssen-Kucz
[GRÜNE])

Wir hatten immer diese Position des BVG und nicht die des OVG vertreten. Deshalb, meine Damen und Herren, bin ich froh darüber, dass wir jetzt auch in diesem Punkt in unserer Auffassung bestätigt sind.

Vizepräsident Jahn:

Eine weitere Frage stellt der Kollege Bachmann.

Bachmann (SPD):

Frau Ministerin, vor dem Hintergrund der von Ihnen soeben zitierten aktuellen Rechtsprechung - Sie haben eben auch schon ein Beispiel aus dem Landkreis Uelzen genannt; ich befürchte, dass dies im Lande keine Einzelfälle sind und hier möglicherweise nur die Spitze eines Eisbergs aktuell diskutiert wird - frage ich Sie: Beabsichtigen Sie, diese aktuelle Rechtsprechung und die Situation zur Sensibilisierung an die übrigen örtlichen Sozialhilfeträger im Lande heranzutragen?

(Beifall bei der SPD - Frau Lau
[SPD]: Das wäre sehr schön!)

Vizepräsident Jahn:

Frau Ministerin Merk antwortet auf die Frage.

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Herr Abgeordneter, ich gehe eigentlich davon aus, dass Kommunen die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts umgehend zur Kenntnis nehmen und umsetzen. Dieser Fall hat ja ohnehin sehr hohe Aufmerksamkeit genossen. Wenn wir die Kommunen jeweils auf die bundesweite Rechtsprechung aufmerksam machen müssten, hätten wir viel zu tun. Ich gehe davon aus, dass sie sich ab jetzt verfassungsgemäß so verhalten, wie es ihnen das Bundesverwaltungsgericht vorschreibt.

Es ist selbstverständlich, dass sich jede Kommune, jeder Landkreis die Frage, die zu Recht aufgeworfen wird, nämlich die Frage der Abwicklung dieser Fälle in eine andere Richtung, noch einmal stellen muss.

Vizepräsident Jahn:

Eine zweite Frage stellt Frau Kollegin Groneberg.

Frau Groneberg (SPD):

Frau Ministerin, ich bin schockiert darüber, dass Sie gerade sagten, dass es im Landkreis Uelzen noch vergleichbare Fälle gebe. Was passiert denn mit den Personen, die bereits in ein Altenheim eingewiesen worden sind, also aus ihrer Wohnung, ihrer Umgebung herausgenommen worden sind? Wie will man denn das wieder regeln?

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Frau Ministerin Merk!

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Frau Abgeordnete, wenn der Landkreis die Wiederaufnahme des Verfahrens in rechtlicher Hinsicht so eröffnet, wie er es versprochen hat, wird unterschiedlich verfahren werden, weil nicht jede Entscheidung zu einer Heimeinweisung geführt hat. Es ging vielmehr um die Rechtsfrage, ob man über die Kosten hinaus, die aus dem Pflegebereich abgedeckt werden, noch zusätzlich aufgestockte Sozialhilfe bekommen kann. Das könnten solche Fälle sein wie die der Dame, über die wir soeben sprechen, es kann aber genauso gut sein, dass es nicht diese Konsequenzen hatte.

Vizepräsident Jahn:

Wir können damit die Dringliche Anfrage unter b) verlassen und kommen zu

c) Verunreinigtes Saatgut durch gentechnisch veränderten Raps - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1705

Hierzu erteile ich Herrn Klein das Wort.

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Freitag, dem 19. Mai 2000, wurde presseöffentlich, dass durch die Saatgutfirma Advanta Seeds mit gentechnisch verändertem Samen verunreinigtes Rapssaatgut in mehreren EU-Ländern an Landwirte ausgeliefert wurde (siehe "Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 19. Mai 2000 und "die tageszeitung" vom gleichen Tag). Gentechnisch verändertes Rapssaatgut ist wegen nicht geklärter Risiken EU-weit nicht zur allgemeinen Aussaat zugelassen.

Im Falle der Verunreinigung des Rapssaatgutes handelt es sich um Raps mit einer gentechnisch erzeugten Herbizidresistenz. Die Verunreinigung beträgt laut Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 0,03 %.

Entgegen ursprünglichen Informationen, es sei kein gentechnisch verunreinigtes Saatgut nach Niedersachsen gekommen, sind in der "Neuen Presse" vom 27. Mai 2000 Angaben des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums veröffentlicht, nach denen ein Saatzuchtbetrieb bei Flensburg nachweislich gentechnisch verunreinigte Saatgutpartien an Großhändler in mehr als sechs Bundesländern ausgeliefert habe. Darunter sei auch Niedersachsen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie und in welchem Umfang ist die niedersächsische Landwirtschaft von diesem Vorgang betroffen?

2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung aktuell ergriffen und wie wird in Zukunft sichergestellt, dass weder gentechnisch verändertes noch gentechnisch verunreinigtes Rapssaatgut an niedersächsische Landwirte zur allgemeinen Aussaat gelangt?

3. Welche Auswirkungen hat das unkontrollierte Auskreuzen gentechnisch veränderten Pflanzenerbmaterials auf normale Nahrungspflanzen für die Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Lebensmittel nach der Novel-Food-Verordnung?

Vizepräsident Jahn:

Die Dringliche Anfrage wird von Minister Bartels beantwortet.

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der mit der Dringlichen Anfrage aufgegriffene Fall der Verunreinigung von Rapssaatgut mit gentechnisch veränderten Rapskörnern ging vor vier Wochen durch die Medien und ist hinlänglich bekannt. Die Darstellung der Sachlage in der Anfrage entspricht den der Landesregierung und beim Bundeslandwirtschaftsministerium vorliegenden Erkenntnissen.

Die Brisanz der Angelegenheit - darauf möchte ich ergänzend hinweisen - liegt darin, dass gentechnisch verändertes Rapssaatgut in Deutschland nicht zur allgemeinen Aussaat zugelassen ist. Dazu kommt, dass gentechnisch verändertes äußerlich nicht von herkömmlich erzeugtem Saatgut unterschieden werden kann.

Nach den durchgeführten Analysen lag der Anteil der gentechnisch veränderten Körner allerdings im Maximum nur bei 0,03 % im Saatgut. Diese Beimengung liegt damit weit unter dem Wert von 1 %, der nach der Kommissionsverordnung 49/2000 für die nicht kennzeichnungspflichtige Beimengung der gentechnisch veränderten Soja- und Maissorten in Lebensmitteln als Grenzwert festgelegt wurde.

Wenngleich die Tatsache, dass das verunreinigte Saatgut mehr oder weniger unbemerkt zur Aussaat gelangen kann, sehr nachdenklich stimmt, war und ist eine gesundheitliche Gefährdung durch das Saatgut auszuschließen. Dies gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass dieser in anderen Teilen Deutschlands von Landwirten angebaute Sommerraps nahezu ausschließlich für die Erzeugung von Biodiesel vorgesehen war bzw. ist.

Die insgesamt in Deutschland eingeführte Menge betrug 5.950 kg, die vom Importeur größtenteils nach Ost- und Süddeutschland geliefert wurde, wo die Verunreinigung festgestellt wurde.

Dieses vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1: Von einer Betroffenheit der niedersächsischen Landwirtschaft kann keine Rede sein. Nach Recherchen der nach Gentechnikrecht zuständigen Behörden - dies sind die dem MU nachgeordneten Gewerbeaufsichtsämter bei den Bezirksregierungen - sind nach Niedersachsen insgesamt 6,75 kg des Saatgutes gelangt, was für die Einsaat von ca. 1 bis 1,2 ha ausgereicht hätte. Hiervon waren lediglich 50 g in einer Versuchs- und Demonstrationssparzelle ausgesät worden.

Die mögliche Verunreinigung war allen Beziehern nicht bekannt. Nach Bekanntwerden der möglichen Verunreinigung des Saatgutes wurde die eingesäte Fläche sofort umgebrochen. Dies geschah nicht wegen möglicher Umwelt- und Gesundheitsschädigung, sondern wegen der Sorge um die mögliche Zerstörung der gesamten Versuchsanlage.

(Oestmann [CDU]: Hört, hört!)

Die übrige nach Niedersachsen gelangte Menge von 6,25 kg ist nicht zur Aussaat gelangt.

Zu 2: Aufgrund der beschriebenen Sachlage bestand für die Landesregierung kein akuter Handlungsbedarf. Unter den beschriebenen Umständen ist es nicht oder nur bei Untersuchung sämtlichen Saatgutes möglich, dass die Aussaat von gentechnisch verunreinigtem Saatgut verhindert werden kann. Eine derartige Maßnahme ist seitens der Landesregierung unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit nicht beabsichtigt.

Um zukünftig bei der Bewertung des ökologischen und gesundheitlichen Gefährdungspotenzials von gentechnisch veränderten Beimengungen des Saatgutes rechtlich abgesicherte Aussagen treffen zu können, wird auf nationaler und europäischer Ebene bereits die Festsetzung von Grenzwerten für zulässige gentechnisch veränderte Beimengungen im Saatgut diskutiert. Offen ist dabei, ob ein derartiger Grenzwert in saatgut- oder gentechnikrechtliche Bestimmungen einfließen sollte.

Zu 3: Nach Artikel 8 der Novel-Food-Verordnung sind Lebensmittel, die in ihren Merkmalen oder Ernährungseigenschaften bestehenden Lebensmitteln nicht mehr gleichwertig sind, entsprechend zu kennzeichnen. Ein neuartiges Lebensmittel gilt als nicht mehr gleichwertig, wenn die Unterschiede gegenüber konventionellen Lebensmitteln durch eine wissenschaftliche Beurteilung auf der Grund-

lage einer angemessenen Analyse der vorhandenen Daten nachgewiesen werden können. Dies gilt für neuartige Lebensmittelbestandteile in entsprechender Weise. Danach begründet der Nachweis gentechnisch veränderter Bestandteile grundsätzlich die Kennzeichnungspflicht eines Lebensmittels.

Da die Novel-Food-Verordnung für Lebensmittel und Lebensmittelzutaten gilt, die aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden, besteht keine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, deren gentechnisch veränderte Bestandteile auf das unkontrollierte Auskreuzen gentechnisch veränderten Pflanzenmaterials zurückzuführen ist. Auch nach Auffassung der EU-Kommission wird die unbeabsichtigte und technisch unvermeidbare Verunreinigung eines Rohstoffs vom Begriff der Herstellung nicht mit erfasst. Aus Sicht des Verbraucherschutzes erscheint diese Vorgehensweise allerdings besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse nicht befriedigend.

Im Gegensatz zur Novel-Food-Verordnung stellt die Kommission in ihrer Verordnung 49/2000 vom 10. Januar 2000 klar, dass die zufällige Anwesenheit der gentechnisch veränderten Soja- oder Maisarten, die unter die Verordnung 1139/98 des Rates vom 26. Mai 1998 fallen, nur bei einer Menge von mehr als 1 % zu kennzeichnen ist. Leider fehlt bislang eine ähnlich klare Regelung zur Anwendung der Novel-Food-Verordnung.

Vizepräsident Jahn:

Wir kommen zu möglichen Zusatzfragen. Gemeldet hat sich Frau Kollegin Litfin.

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Minister, sind Ihnen die Untersuchungen der Universität Jena bekannt, wo gentechnisch manipuliertes Material festgestellt worden ist, das von Bienen aufgenommen worden und in denselben auch wiedergefunden worden ist? Werden in Niedersachsen ähnliche Untersuchungen durchgeführt?

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister Bartels wird die Frage beantworten.

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Die Untersuchung ist bekannt. In Niedersachsen werden ähnliche Untersuchungen nicht durchgeführt.

Vizepräsident Jahn:

Eine Zusatzfrage stellt der Kollege Klein.

Klein (GRÜNE):

Herr Minister, in diesem Fall ist bekannt geworden, dass die Kontamination über eine Entfernung von etwa 800 m erfolgte. Muss man unter diesem Gesichtspunkt nicht die bisher praktizierten Abstandsregelungen für solche Aussaaten überarbeiten und erweitern?

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Herr Minister!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Abgeordneter Klein, das, was Sie beschrieben haben, ist letztlich von der Art und Weise der Bestäubung abhängig. Aber man kann in der Tat entsprechende Übertragungen nicht ausschließen.

Wir führen deshalb in Niedersachsen seit einigen Jahren ein entsprechendes Begleitmonitoring durch, um bei Versuchsfeldern, insbesondere bei Wildpflanzen, auch im Umfeld auf Dauer zu beobachten, ob es irgendwelche Auswirkungen auf die Pflanzen gibt.

Vizepräsident Jahn:

Eine Zusatzfrage stellt nun der Herr Kollege Wojahn.

Wojahn (CDU):

Herr Minister, da es berechtigte Ängste gibt, dass sich gentechnisch veränderte Pflanzen in der freien Natur ausbreiten können, und die Wissenschaft sagt, Hybriden z. B. könnten in der freien Natur nicht überleben, frage ich Sie: Ist Ihrem Haus oder ist der Wissenschaft bekannt, ob gentechnisch veränderte Pflanzen in der freien Natur überleben können, gibt es da Forschungsbedarf, wird daran geforscht?

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Herr Minister!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Abgeordneter, hierbei geht es ja in der Regel um Herbizidresistenzen, die sozusagen implantiert werden. Ich kann Ihnen sagen, dass wir in dem Untersuchungsprojekt, das ich eben angesprochen habe, natürlich schon beobachten, inwieweit es Auswirkungen auf Wildpflanzen gibt. Die Erfahrung, die jedenfalls bisher gemacht worden ist, ist die, dass die Wildpflanzen keinen Nutzen von dieser Veränderung der Hybridpflanzen gezogen haben und deshalb sozusagen auch keine Veränderung in der Struktur der Wildpflanzen festgestellt werden konnte.

Vizepräsident Jahn:

Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Frau Kollegin Steiner das Wort.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Minister, Sie sind ja auf das Ausmaß der Verunreinigung des Saatguts eingegangen. Können Sie als Landesregierung ausschließen, dass anderswo, z. B. in Nordrhein-Westfalen, gekauftes, mit gentechnisch verändertem Samen verunreinigtes Saatgut mit den Rapssamen auf niedersächsischen Äckern ausgebracht wurde?

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Herr Minister!

(Oestmann [CDU]: Herr Minister, bleiben Sie doch da vorn stehen! Dann geht das schneller!)

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herzlichen Dank für den Tipp.

Frau Abgeordnete, ich kann da natürlich nichts ausschließen. Da mir die Einzelheiten der Lieferungen aus Nordrhein-Westfalen nicht bekannt sind, kann ich natürlich nicht ausschließen, dass auf irgendeinem Weg gleichwohl irgendetwas nach Niedersachsen gekommen ist. Ich kann nur für die Mengenangabe geradestehen, die ich in meiner Antwort gemacht habe. Die Mengenangabe haben

wir in einer Bund-Länder-Besprechung in Bremen vor etwa drei Wochen erfahren. Unsere zuständigen Stellen sind sofort tätig geworden und haben sozusagen lückenlos nachweisen können, wohin diese Mengen gelangt sind. Ich habe Ihnen auch gesagt, wie damit verfahren wurde.

Vizepräsident Jahn:

Herr Schröder möchte jetzt eine Zusatzfrage stellen.

Schröder (GRÜNE):

Herr Minister, werden Sie dann, wenn sich die Angaben des Herstellers bestätigen sollten, nach denen die Kontamination über eine Entfernung von 800 m erfolgt ist, die gültigen Abstandsregelungen, die wir für Versuchsfelder haben - ich glaube, 200 m -, ändern?

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Herr Minister!

Ich empfehle doch, organisatorisch so zu verfahren, wie das durch Zwischenruf angeregt wurde, nämlich dass sich die Fragesteller und vielleicht auch der Minister in der Nähe des Redepults aufhalten, damit wir ein bisschen Zeit sparen können.

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich sehe aktuell und bei der jetzigen Erkenntnislage keinen Anlass, da zu einer Veränderung zu kommen.

Vizepräsident Jahn:

Eine Zusatzfrage stellt der Herr Kollege Ehlen.

Ehlen (CDU):

Herr Minister, wenn man auf 0,03 % Verunreinigung abhebt, dann steht dahinter ja auch, dass man eventuell letztlich das Saatgutverkehrsgesetz infrage stellt. Nun gibt es ja auch andere Verunreinigungen, und zwar bis zu 1 %, auch durch Fremdsorten. Meine konkrete Frage: Sehen Sie von der künstlich veränderten Genetik der Sorte eine größere Gefahr ausgehen als von normalen Züchtungen oder auch Mutationen in der freien Natur?

(Beckmann [SPD]: Soll ja auch vor-
kommen!)

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Herr Minister Bartels!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Abgeordneter, ich sehe darin keine zusätzlichen Gefahren.

(Oestmann [CDU]: Das war eine klare
Antwort!)

Vizepräsident Jahn:

Die nächste Zusatzfrage und damit seine zweite Zusatzfrage stellt der Kollege Klein.

Klein (GRÜNE):

Herr Minister, vor dem Hintergrund dieses Vorgangs und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Richtliniendiskussion in der EU frage ich Sie nach der Bedeutung dieses Vorgangs für den biologischen Anbau, der ja entsprechend seinen Richtlinien gentechnikfrei sein muss, bei dem also auch Verunreinigungen entsprechend ausgeschlossen werden müssen.

(Plaue [SPD]: Das war aber keine
Frage! - Beckmann [SPD]: Das war
ein Kurzreferat!)

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Herr Minister Bartels!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Abgeordneter, Sie haben in der Tat ein Problem angesprochen. Vor dem Hintergrund der Erfahrung, die wir mit diesem Fall gemacht haben, ist es wohl vernünftig zu sagen, dass der Forderung des ökologischen Landbaus, nach der die Erzeugnisse durch Auskreuzung etc. völlig unbeeinflusst zu bleiben haben, in Zukunft wahrscheinlich kaum mehr entsprochen werden kann. Es gehört zum Realismus dazu, das an dieser Stelle in dieser Deutlichkeit zu sagen.

(Oestmann [CDU]: Sie werden immer
besser, Herr Minister!)

- Herzlichen Dank.

Vizepräsident Jahn:

Nun möchte der Kollege Wenzel dem Minister eine Frage stellen.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister Bartels, was Sie gerade gesagt haben, hat eine völlig neue Qualität. Frage 1: Hegen Sie vor dem Hintergrund nicht doch Zweifel an den Aussagen, die Sie vorhin gemacht haben, nämlich dass es nicht zu Beeinträchtigungen der Gesundheit des Menschen kommt?

Frage 2: Es gibt Menschen, die schon bei geringsten Mengen bestimmter Stoffe, die in die Nahrungskette gelangen, mit einem anaphylaktischen Schock reagieren. Was sagen Sie diesen Menschen? Wie kann man diese Menschen, die Lebensmittel beispielsweise aus dem Reformhaus oder aus dem biologischen Landbau kaufen, weil sie ganz sicher gehen müssen, dass keinerlei Verunreinigungen vorliegen, vor solchen eventuellen Verunreinigungen in Nahrungsmitteln schützen?

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Herr Minister!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Abgeordneter, zur ersten Frage: Ich habe meine Antwort auf den konkreten Fall bezogen. Das war keine pauschale Antwort, die ich zur Anwendung von gentechnisch veränderten Materialien gegeben habe.

Was Sie als Zweites konkret gefragt haben, ist natürlich Gegenstand des Zulassungsverfahrens. In dieses Verfahren gehören die Fragen, und in diesem sehr umfänglichen Zulassungsverfahren werden sie dann auch beantwortet werden müssen. Es gibt auch eine ganze Reihe von Forschungen, die parallel dazu laufen. Niemand geht sozusagen über die Probleme, die Sie hier angesprochen haben, hinweg. Die Probleme werden in den Zulassungsverfahren sehr ernsthaft aufgearbeitet.

Vizepräsident Jahn:

Eine Frage möchte die Frau Kollegin Steiner noch stellen.

(Unruhe)

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Minister, der Anlass für unsere Dringliche Anfrage war dieser Vorfall im Jahr 2000, und darauf bezogen sich auch die Auskünfte. Jetzt frage ich Sie: Gibt es bei den niedersächsischen Kontrollbehörden Untersuchungen darüber, ob auch im Vorjahr, 1999, gentechnisch verunreinigtes Rapssaatgut ausgebracht worden ist? - Der „Spiegel“ hat das in einem Artikel für andere Länder schon festgestellt.

(Beckmann [SPD]: Der „Spiegel“ hat darüber berichtet!)

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr, Herr Minister Bartels!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Abgeordnete, dazu gibt es keine Erkenntnisse in Niedersachsen.

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, damit kann ich die Dringlichen Anfragen unter Tagesordnungspunkt 17 abschließen.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, erbitte ich noch Ihre Aufmerksamkeit für

Tagesordnungspunkt 19:

23. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1685 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1698 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1707

Heute geht es nur um die Eingaben, zu denen Änderungsanträge nicht vorliegen. Die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, sollen nach dem Beschluss des Ältestenrats am Donnerstag behandelt werden.

Ich rufe also die Eingaben aus der 23. Eingabenübersicht in der Drucksache 1685 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wortmeldungen zur Beratung liegen mir nicht vor.

Ich lasse dann über die Ausschussempfehlungen zu den Eingaben in dieser Drucksache abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer ihnen so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen guten Appetit in der Mittagspause! Wir sehen uns um 14.30 Uhr zur Fortsetzung der Plenarsitzung wieder.

Unterbrechung: 13.20 Uhr.

Wiederbeginn: 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Tagungsordnung fort. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 21:

Zweite Beratung:

Digitalfernsehen für alle - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1324 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs. 14/1668

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 1324 wurde in der 43. Sitzung am 28. Januar 2000 an den Ausschuss für Medienfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Aber zur zweiten Beratung liegt mir eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Behr. Bitte schön, Herr Behr!

Behr (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Reckmann, in der vorliegenden Beschlussempfehlung sind Vorspann und Begründung weggelassen worden. Das macht zwar den Text wesentlich kürzer, aber nicht unbedingt besser. Wir werden die Beschlussempfehlung ablehnen. Ich will das auch gleich begründen.

Ich beginne bei der Überschrift, die da lautet: „Digitalfernsehen für alle“. Mit Ihrem Antrag wird so getan, als sei dies zurzeit nicht möglich. Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei Hinweise geben. Zum einen handelt es sich beim digitalen Fernsehen nach wie vor nicht um einen Massenmarkt. Zum anderen hat jeder die freie Entschei-

dung, ob, wie und bei wem er digitales Fernsehen nachfragt.

Fakt ist, dass zurzeit ein Kampf um Marktanteile im entstehenden digitalen Fernsehmarkt stattfindet. Dort gibt es zwei große Gruppen: auf der einen Seite eine Gruppe mit der Firma Kirch, BetaResearch, der Deutschen Telekom und dem ZDF, und auf der anderen Seite stehen so illustre Namen wie RTL, CLT-UFA, Bertelsmann, ARD und FUN.

Meine Damen und Herren, wir halten es nicht für richtig, staatlicherseits in den Wettbewerb einzugreifen, zumindest solange dies nicht zwingend erforderlich ist. Wir halten es nicht für richtig, dass man sich staatlicherseits in dieser Angelegenheit auf eine Seite schlägt.

Meine Damen und Herren, es ist falsch, wenn die Landesmedienanstalten jetzt instrumentalisiert werden sollen, um der einen oder anderen Seite Vor- oder aber Nachteile im Wettbewerb zu verschaffen. In Bayern wird die dortige Landesmedienanstalt durch die Staatsregierung in der Tat ein Stück weit instrumentalisiert, um entsprechende Vorteile für die Kirch-Gruppe herauszuholen. In Nordrhein-Westfalen haben wir auf der Gegenseite den gleichen Effekt: Dort versucht man, die Landesmedienanstalt pro Bertelsmann in Stellung zu bringen. In Niedersachsen sollten wir uns davor hüten, unsere Landesmedienanstalt in gleicher Weise zu instrumentalisieren.

Landesmedienanstalten sollen staatsferne Einrichtungen sein. Ich meine, wir sollten dem schlechten Beispiel anderer Bundesländer nicht folgen. Wir sollten im Übrigen, Herr Kollege Reckmann, auch den Landtag nicht instrumentalisieren. Zum einen handelt es sich bei Ihrem Antrag um einen unangemessenen Eingriff in den Wettbewerb. Zum anderen bedeutet die Forderung unter Punkt 2 Ihres Antrages, dass Common-Interface-Module zwingend in alle Geräte eingebaut werden müssen, eine Verletzung geltenden EU-Rechtes. Gegen Spanien, wo eine derartige Vorschrift bereits beschlossen wurde, läuft ein Vertragsverletzungsverfahren durch die Europäische Union.

Im Übrigen – dieser Hinweis sei mir gestattet – gibt es bei uns in der Bundesrepublik für monopolartige Strukturen immer noch das Bundeskartellamt.

Nun haben wir die Situation, dass eine Gruppe die D-Box propagiert, während eine andere Gruppe die so genannte FUN-Box propagiert. Beides kann

angeboten werden. Beides kann gekauft werden. Es muss aber nicht angeboten werden, und es muss auch nicht gekauft werden. Die Zukunft wird ohnehin ein einheitlicher, gemeinsamer Standard sein. Das ist im Werden. Das ist das so genannte MHP, die Multimedia-Home-Plattform. Das ist ein Standard, dem die Zukunft gehört, bei dem Hörfunk, Fernsehen, Internet und digitale Datendienste zusammengefasst und dann angeboten und nachgefragt werden können. Im Übrigen gibt es Zusagen aller Anbieter, MHP als ihre Plattform zu nutzen. Wir werden dann ein einheitliches und durchgängiges System haben.

Zurzeit ist es noch so - das sei zugestanden -, dass die D-Box über technische Vorteile, über zeitliche Vorteile und auch über ein entsprechendes Angebot verfügt. Damit ist sie zumindest zurzeit stärker im Markt.

Der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der am 1. April in Kraft getreten ist, hat nun geregelt, dass ein diskriminierungsfreier Zugang für und zu digitalen Diensten zu gewährleisten ist. Alle Anbieter haben zugesagt, dass sie dies gewährleisten werden. Im Übrigen muss auch der elektronische Programmführer diskriminierungsfrei gestaltet werden. Wenn es Verstöße dagegen gibt, Herr Kollege Reckmann, dann muss das entsprechend geahndet werden. So verstehen zumindest wir die Spielregeln.

Wenn nun die Landesmedienanstalten den Auftrag haben, diesen gesetzlichen Rahmen auszugestalten, dann sollten wir sie zunächst einmal machen lassen. Ich meine nicht, dass wir den Beispielen Bayerns oder Nordrhein-Westfalens folgen sollten. Ich bin auch sehr gespannt, was nachher an einheitlicher Regelung - schließlich müssen sich alle auf eine Regelung verständigen - herauskommen wird, wenn hier so unterschiedliche Interessen vorliegen. Unserer Meinung nach ist Ihr Antrag nicht mehr zeitgemäß, denn MHP wird bereits in Kürze Standard sein. Ich habe mich heute noch einmal in Braunschweig erkundigt. Am 11. Mai dieses Jahres ist MHP zur Setzung der internationalen Standards bei der zuständigen Stelle eingereicht worden. In sechs, spätestens neun Monaten wird MHP internationaler Standard sein. Die Standards sind übrigens von DVB gesetzt worden. Die Anbieter haben bereits angekündigt, dass die ersten Boxen mit MHP-Standard zum Ende des Jahres verfügbar sein werden. Zum Ende des Jahres wird auch ein entsprechendes Programmangebot vorgehalten werden. Das gilt genauso für die Firma BetaRe-

search der Kirch-Gruppe, die dies ebenfalls angekündigt hat.

Meine Damen und Herren, von daher sind wir davon überzeugt, dass dieser Antrag in der Tat überflüssig ist. Der eigentliche Durchbruch für digitales Fernsehen und sonstige Angebote wird erst mit MHP erfolgen. Das wird schon sehr bald sein. Darauf können wir getrost warten. Wir empfinden Ihren Antrag als falschen Antrag zur falschen Zeit und werden ihm daher nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Danke, Herr Behr. – Frau Harms, Sie sind die nächste Rednerin.

Frau Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, dass Aspekte des Beitrages des Kollegen Behr durchaus zu berücksichtigen sind. Auch wir betrachten diese ganze Auseinandersetzung als eine Frage, die möglicherweise durch Technik, also durch die Einführung der neuen technischen Standards, entschieden wird. Durch Entwicklungen im Internet werden wir wahrscheinlich schon in ganz kurzer Zeit feststellen, dass wir uns im Grunde um des Kaisers Bart gestritten haben. Aber man steckt ja nicht darin. Man weiß nie so genau, Herr Kollege Behr, wie die Entwicklungen tatsächlich verlaufen werden, die vorausgesagt werden. Weil das so ist, unterstützen wir den Antrag der SPD-Fraktion. Das haben wir von Anfang an getan.

Wir wollen, dass ein diskriminierungsfreier Zugriff auf alle Fernsehprogramme für jeden Fernsehzuschauer in der Bundesrepublik möglich ist. Wir betrachten die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und Bayern mit großer Skepsis. Ich meine, dass auch durch Unterstützung seitens der Grünen hier in Niedersachsen die Sozialdemokraten einige Probleme haben würden, ihre Auffassungen allein nur in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen. Der Kollege Alfred Reckmann wird sicherlich darlegen, wie er das versuchen wird.

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Frau Harms. – Herr Kollege Reckmann, Sie haben jetzt Gelegenheit, Ihre Meinung zu sagen. Bitte!

Reckmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einige Worte zu den Ausführungen von Herrn Behr. Sie sagen, wir hätten die Begründung weggelassen. Das ist mitnichten der Fall. Wenn Sie die Drucksache 1324 zur Hand nehmen, werden Sie auf der Rückseite die Begründung lesen können. Das haben Sie bekommen. Ich bitte Sie herzlichst, auch die Rückseite der Drucksache zu lesen, wo die Begründung abgelichtet ist. Es ist gängige Praxis, dass bei der Beschlussempfehlung des Ausschusses die Begründung weggelassen wird. Das ist auch bei Anträgen der CDU-Fraktion der Fall. Das sollten wir so beibehalten.

Zu Ihrer Bemerkung, dass die Politik nicht eingreifen solle: Das vermag ich nicht zu verstehen. Wir haben den Rundfunkstaatsvertrag. Dort werden Kriterien festgeschrieben. Darin steht, dass das anbieterneutral und nicht diskriminierend sein muss. Das heißt, diese Kriterien haben wir als Parlament mit dem Zustimmungsgesetz zum Rundfunkstaatsvertrag gebilligt.

Jetzt hat der Staatsvertrag die Regelung vorgesehen, dass die Landesmedienanstalten aufgefordert sind, dies durch eine Satzung zu regeln. Es ist klar, dass das die Landesmedienanstalten nicht willkürlich machen können, sondern dass sie sich an die Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrages halten müssen. Die Staatskanzlei hat natürlich das Recht, im Rahmen der Aufsicht, die sie über die Landesmedienanstalten führt, zu prüfen - sie ist ja bei jeder Versammlung mit dabei -, ob diese Kriterien eingehalten werden. Das heißt, für diese beiden Kritikpunkte, Herr Kollege Behr, gibt es keinerlei Grundlage.

Nun zum Inhalt: Wenn die CDU bei der Einbringung des Antrages so gesprochen hätte, dann hätte ich das noch verstanden. Aber nach der Anhörung im Ausschuss für Medienfragen diese Thesen vorzutragen, das ist nicht nachvollziehbar. Diejenigen, die bei der Anhörung zugegen waren - ich nenne als Erstes die ARD -, haben deutlich gemacht, dass es untragbar ist, dass die Teilnahme am digitalen Fernsehen und an der technischen Innovation in diesem Bereich mit Kirch abgestimmt werden muss. Das wäre eben dann der Fall, wenn die D-Box in Deutschland eingeführt werden würde. Die ARD hat auch darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, dass das technische System für den digitalen Rundfunk anbieterneutral sein muss und nicht diskriminierend sein darf. Die

ARD hat ferner deutlich gemacht, dass politischer Druck notwendig ist, damit dies umgesetzt wird. Sie, Herr Kollege Behr, haben doch damals in der Ausschusssitzung gefragt, ob dies nicht eigentlich nur ein technisches Problem sei. Von der ARD haben Sie die Antwort erhalten: Ja, es ist ein technisches Problem, das gelöst werden kann, wenn man Common-Interface, also diese gemeinsame Schnittstelle, und auch eine API, also eine Schnittstelle für interaktive Anwendungen, eingeführt, sodass man jedem Programmanbieter die Möglichkeit gibt, unabhängig vom Kabelbetreiber und Boxenbetreiber seine Anwendungen auf die Box zu legen. Man muss sich Folgendes vorstellen: Wenn VW ein Auto entwickeln will, dann müsste vorher bei BMW angefragt werden, ob das Unternehmen das so machen dürfte, und dann müssten alle technischen Pläne BMW zugeschickt werden, damit die prüfen, ob das möglich ist. - Man muss sich einmal vorstellen, wenn wir dies in Deutschland bei der Digitalisierung des Rundfunks eventuell einführen. Das ist unmöglich, wirtschaftlich nicht tragbar und für die Gesellschaft, meine ich, schädlich.

Das Gleiche hat uns CLT-UFA in der Ausschusssitzung mitgeteilt. Die haben deutlich gemacht, dass wir nicht nur über das Fernsehen reden, sondern insgesamt über die Zukunft der technischen Plattform für digitale Dienste. Kirch will sein Pay-TV verkaufen. Ihm geht es nicht darum, die digitalen Dienste zu entwickeln. CLT-UFA hat darum gebeten, dass wir in unserem Antrag die Bildung einer neutralen Lizenzierungsstelle aufnehmen, die die Kompatibilität mit der Box testen soll. Auch das ist eine vernünftige Forderung. Es kann nicht ein Mitbewerber, ein Mitveranstalter sein, der die Technik überprüft, wie am Beispiel VW und BMW, sondern das muss eine neutrale Stelle sein.

RTL hat ebenfalls deutlich gemacht, dass sie sich dem Antrag der SPD voll und ganz anschließen kann. Sie haben darauf hingewiesen, dass das Common-Interface 10 bis 20 DM kostet - man höre genau hin: 10 bis 20 DM - und dass die Pay-TV-Lizenz ein Vielfaches teurer ist. RTL hat auch darauf hingewiesen, dass es in ca. zehn Jahren 4 Millionen Pay-TV-Haushalte geben wird, die Kabelanschluss haben. Es gibt aber 18 Millionen Kabelhaushalte. Das bedeutet, 14 Millionen Haushalte würden eine Pay-TV-Box kaufen oder mieten müssen, obwohl sie nie vorhaben, Pay-TV in Anspruch zu nehmen. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum so eine Box Standard werden soll,

wenn es die Möglichkeit des Common-Interface gibt, das nachgerüstet werden kann.

RTL hat auch deutlich gemacht, dass sie schon Erfahrungen mit Kirch haben und dass Kirch nicht die Frage beantworten konnte, wie lange die Prüfungen dauern, wenn sie bestimmte Geschäftsmodelle vorlegen. Das heißt, es kann sein, dass, wenn sie für E-Commerce ein Modell vorlegen, das hunderte von Millionen DM beinhaltet, monatelang von Kirch geprüft wird. Genauso ist es mit den Lizenzgebühren für E-Commerce. Man muss es sich einmal vorstellen, dass z. B. von RTL, wenn sie E-Commerce anbieten und einen entsprechenden Umsatz machen würden, eine Lizenzgebühr in beträchtlicher Höhe an Kirch gezahlt werden muss. Das ist eine unmögliche Regelung.

Das heißt, hier wird versucht, über ein Monopol sicherzustellen, dass man bei allen möglichen Geschäften, die über das interaktive Fernsehen ablaufen, abkassiert. Wir meinen, dass das so nicht geht. Wir brauchen ein System, das Konkurrenten hat. Wir brauchen Konkurrenz in der Boxentechnologie und eine Konkurrenz in der Technologie allgemein. All das ermöglicht Common-Interface. Wir brauchen die Freiheit für die Anbieter, ein technisches System zu wählen, und wir brauchen für die Nutzer die Freiheit, ein technisches System und ein Angebot zu wählen, und die Freiheit, zu entscheiden, wie sie die digitalen Dienste nutzen wollen.

(Behr [CDU]: Verstößt aber gegen EU-Recht!)

Ich frage mich, aus welchem Grund die CDU gegen diesen freien Wettbewerb der Systeme ist. Einen sachlichen Grund gibt es nicht. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Damit sind wir am Ende der Beratung, meine Damen und Herren. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen in der Drucksache 1668 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Ich stelle fest, dass Sie der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen gefolgt sind.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 22:

Zweite Beratung:

Gemeinsame Filmförderung in den NDR-Staatsvertragsländern - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/703 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs. 14/1669

und

Tagesordnungspunkt 23:

Zweite Beratung:

Neue Akzente bei der Förderung der Medienwirtschaft in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1121 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs. 14/1670

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde in der 26. Sitzung am 5. Mai 1999, und der Antrag der Fraktion der SPD wurde in der 36. Sitzung am 11. November 1999 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Medienfragen überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen, meine Damen und Herren.

Ich habe eine Wortmeldung von Frau Saalman vorliegen, der ich das Wort erteile. Bitte schön, Frau Saalman!

Frau Saalman (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als die CDU ihren Antrag zur gemeinsamen Filmförderung der NDR-Staatsvertragsländer im Mai des vergangenen Jahres eingebracht hat, haben wir schon deutlich unsere Skepsis angemeldet, ob das der richtige Weg zu einer Stärkung der Filmförderung in Niedersachsen sei. Wir hatten damals auch die Befürchtung geäußert, dass Niedersachsen als stärkstes Beitragsland nicht vereinnahmt würde und bei einer gemeinsamen Filmförderung Hamburg als Schwerpunkt noch weiter ausgebaut werden würde. Durch das Ergebnis der Projektgruppe „Filmförderung“ wurden wir in unserer Meinung bestätigt. Diese Projektgruppe „Filmförderung“ war von der Landesregierung eingesetzt worden, um untersuchen zu lassen und Perspektiven zu entwickeln, wie Filmförderung in Niedersachsen

aussehen muss, um sie dauerhaft zu einem Standortfaktor zu machen und sie wettbewerbsfähig zu erhalten. Die Projektgruppe ist im Herbst 1999 zu einem Ergebnis, zu einer Vorlage gekommen. Aus dem Papier konnten wir ganz interessante Erkenntnisse gewinnen.

Die Projektgruppe hat vorgeschlagen, dass in Zukunft in Niedersachsen nicht mehr nur eine reine Filmförderung betrieben, sondern dass die gesamte Bandbreite aller audiovisuellen Produktionen berücksichtigt werden soll. Für die positive Entwicklung des audiovisuellen Sektors wäre es im Übrigen von großer Bedeutung, wenn man auch die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in dem Bereich berücksichtigte.

Die Projektgruppe hat des Weiteren empfohlen, das Volumen der gesamten Förderung deutlich aufzustocken, die bisher überwiegend kulturelle Filmförderung durch die Einbeziehung der wirtschaftsorientierten Förderung audiovisueller Medien insgesamt mehr kulturwirtschaftlich auszurichten und in Zukunft das Hauptgewicht von der institutionellen Förderung auf die Projektförderung zu verschieben.

Die Projektgruppe hat sich außerdem mit der Frage beschäftigt, ob es gut wäre, im Sinne des CDU-Antrags, der ja auf einen Rundfunkratsbeschluss zurückgeht, eine Filmförderung für Norddeutschland insgesamt zu betreiben. Sie ist aber dann zu dem Ergebnis gekommen, dass der niedersächsische Weg der bessere ist, weil es in Niedersachsen in diesem Bereich zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen gibt, die sich im Falle einer gesamt-norddeutschen Lösung nicht in dem Maße erweitern und stärken könnten, wie es bei dem niedersächsischen Weg der Fall wäre.

Die Projektgruppe hat des Weiteren vorgeschlagen, eine niedersächsische Mediengesellschaft zu gründen, und zwar unter Einbeziehung starker Partner, nämlich des NDR, eventuell der NORD/LB, des ZDF, von RTL, SAT 1 und Pro 7. Inzwischen ist davon die Rede, dass sich vielleicht auch die Messe AG daran beteiligt. Es soll also eine Gesellschaft sein, die aus vielen Partnern besteht, welche Finanzmittel akquirieren und einbringen können.

Eine weitere Empfehlung lautet - darin sind wir uns auch wohl alle einig -, dass die Filmförderung des NDR erhöht werden muss. Zurzeit werden 10 % des zweiprozentigen Anteils der Rundfunkgebühren für Filmförderung ausgegeben. Das ist

das so genannte Vorab. Die Projektgruppe hat empfohlen, das auf 25 % zu erhöhen. Ob das tatsächlich 25 % sein müssen und sein können, werden wir noch sehen; denn auch bei der Landesmedienanstalt laufen ja neue Projekte, DVBT und DAB, die ebenfalls Geld kosten.

In unserem Antrag haben wir die Anregungen der Projektgruppe aufgegriffen, um deutlich zu machen, dass der Niedersächsische Landtag hinter den Empfehlungen der Projektgruppe steht, sich für eine Mediengesellschaft einsetzen wird und die Landesregierung in dem entsprechenden Bemühen unterstützen wird.

Auch wir sind der Meinung, dass eine mehr kulturwirtschaftliche Ausrichtung der Filmförderung durchaus angebracht ist. Dabei möchten wir aber noch einmal betonen, dass es in Zukunft nicht nur eine wirtschaftliche Kulturförderung geben darf, sondern dass wir natürlich auch den Bereich der rein kulturellen Filmförderung weiterhin unterstützen müssen.

(Zustimmung von Reckmann [SPD])

Meine Damen und Herren, zu beiden Anträgen haben wir eine Anhörung durchgeführt. Zu der Anhörung waren eingeladen natürlich der NDR, aber auch die Film- und Medienschaffenden aus Niedersachsen und auch einige aus anderen Bundesländern. Die Anhörung hat eine einhellige Übereinstimmung dahin gehend ergeben - natürlich abgesehen vom NRD, der, wie gesagt, eine Lösung mit einer gemeinsamen norddeutschen Filmförderung will, und der Filmförderung Hamburg, die natürlich auch gern möchte, dass sich alles auf den Standort Hamburg konzentriert -, dass die Empfehlung der Projektgruppe zur Gründung einer Mediengesellschaft nebst den anderen genannten Empfehlungen der Projektgruppe hier in Niedersachsen aufgegriffen werden sollten. Insofern sahen wir uns durch diese Anhörung in unserem Antrag bestätigt, und deswegen werden wir den Antrag der CDU-Fraktion ablehnen.

Jetzt bin ich wieder ganz erstaunt, wie es eben auch schon der Fall gewesen ist, worauf der Kollege Reckmann schon hingewiesen hat: Wenn die CDU-Fraktion die Anträge, die sie stellt, nicht durchbekommt, dann lehnt sie auch alle anderen Anträge, die in diesem Zusammenhang gestellt worden sind, ab. Das wird auch bei dem Antrag für neue Akzente bei der Förderung der Medienwirtschaft in Niedersachsen der Fall sein. Zumindest

im Ausschuss hat die CDU diesen Antrag schon abgelehnt. Das verwundert mich. Wenn wir dazu eine Anhörung machen und bei dieser Anhörung die einhellige Meinung vertreten wird - - -

(Pörtner [CDU]: Das stimmt ja gar nicht!)

- Bis jetzt war das aber so, Herr Pörtner.

(Pörtner [CDU]: Es geht um die Position des NDR!)

- Im Ausschuss haben Sie das jedenfalls abgelehnt. - Wenn also eine Anhörung ergibt, dass von allen einschlägigen Verbänden die Gründung einer Mediengesellschaft und neue Akzente bei der Förderung der Medienwirtschaft in Niedersachsen gewollt sind, d. h. dies gefördert werden soll, dann ist es für mich etwas unverständlich, wenn die CDU nach außen hin signalisiert, dass sie das eigentlich nicht will. Vielleicht überlegen Sie sich das noch einmal, Herr Pörtner. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Pörtner, Sie sind der nächste Redner. Bitte schön!

Pörtner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Niemand von uns wird ernsthaft bestreiten wollen und können, dass es dringend vonnöten war, uns hier im Parlament mit dem so wichtigen medienpolitischen Bereich der gemeinsamen Filmförderung bzw. der Medienwirtschaft insgesamt in Niedersachsen zu beschäftigen. Vielleicht hat der Termin schon etwas zu spät gelegen; denn bei einem Blick auf die Situation in anderen Bundesländern, z. B. Nordrhein Westfalen, SPD-regiert, Bayern, Baden-Württemberg, Berlin/Brandenburg oder auch Hamburg, wird deutlich, dass die Schere zwischen dem Volumen der öffentlichen Förderung in diesen Bundesländern im Vergleich zum Land Niedersachsen immer weiter auseinander gegangen ist, sodass von einer Situation der fairen Konkurrenz auf diesem Gebiet, verehrter Herr Kollege Reckmann, nicht mehr die Rede sein kann. Ich will das an einigen Zahlen konkretisieren.

Im Jahre 1998 betrug das Fördervolumen in Nordrhein-Westfalen 63 Millionen DM, in Bayern knapp 50 Millionen DM, in Berlin/Brandenburg

33 Millionen DM, in dem relativ kleinen Stadtstaat Hamburg 19 Millionen DM und hier in Niedersachsen, verehrter Herr Kollege Plaue, nur knapp 5 Millionen DM.

(Zuruf von der CDU: Wie viel?)

- Knapp 5 Millionen DM.

(Plaue [SPD]: Aber in bar und gedeckt!)

Um den Qualitätsunterschied beim Fördervolumen und bei den übrigen diesbezüglichen Anstrengungen des Landes Nordrhein-Westfalen noch einmal deutlich werden zu lassen, möchte ich auf einen Bericht hinweisen, der am 8. März 1998 in den „Stuttgarter Nachrichten“ erschienen ist. Darin wurde deutlich, dass sich Ministerpräsident Clement bemühen würde, und zwar mit Erfolg, Köln zur Medienstadt Europas auszubauen, und zwar durch den Aufbau von 32 Studios und die Verdreifachung der Fläche der Studios von 27.000 m² auf 90.000 m² innerhalb weniger Jahre. Dadurch sollte Köln zu der expandierenden Region im medienpolitischen Bereich Europas werden.

Die Zahl der Arbeitsplätze auf diesem Gebiet in Nordrhein-Westfalen ist innerhalb von zwölf Monaten um 13 % gestiegen - fürwahr ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann, das man neidlos anerkennen muss, und zwar gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Berufe im primären und im sekundären Sektor immer weniger wichtig werden und dass dafür die Berufe im tertiären und im quartären Sektor immer größere Bedeutung erlangen werden.

Deshalb hat meine Fraktion eine Resolution des NDR-Verwaltungs- und Rundfunkrats dankbar aufgegriffen, die mit großer Mehrheit quer durch alle Fraktionen verabschiedet worden ist und in der es darum ging, die Filmförderung, die Fernsehfilmförderung in Norddeutschland zu verbessern, und zwar im Sinne einer gemeinsamen Förderung durch die vier NDR-Staatsvertragsländer. Die logische Konsequenz daraus wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren, föderalistische Schranken einzureißen und an eine gemeinsame norddeutsche Einrichtung zur Förderung von Film- und Fernsehproduktionen zu denken, einer so genannten „Filmstiftung Nord“, wie wir sie titulierte haben, die zu diesem Zweck finanziell wirkungsvoll ausgestattet werden müsste, wobei aber - das soll nicht vergessen werden - die berechtigten Interessen Niedersachsens gewahrt werden sollten,

nein, ausgebaut werden sollten; denn wir sind immer noch das größte Geberland in Norddeutschland innerhalb des NDR-Staatsvertrages. Dieses Ziel wäre unserer festen Überzeugung nach am ehesten durch ein gemeinsames Vorgehen aller norddeutschen Länder zu erreichen gewesen und nicht durch ein Beharren auf partikularen Länderinteressen.

(Beifall bei der CDU)

Die Antwort der Landesregierung bzw. der SPD-Landtagsfraktion ist bekannt. Es hat einen Bericht einer Projektgruppe gegeben, die in der Staatskanzlei angesiedelt ist, und die SPD-Landtagsfraktion hat einen Entschließungsantrag vorgelegt zur Medienwirtschaft insgesamt - der Sachlichkeit halber muss das gesagt werden -, nicht nur zur Filmförderung.

Es soll nun nicht der Eindruck entstehen, Frau Kollegin Saalman, dass wir von der Opposition - das soll auch der Sache dienen - das, was von der Landesregierung und Ihrer Fraktion vorgelegt worden ist, kritisieren und in Bausch und Bogen ablehnen. Es gibt durchaus positive Dinge - das will ich hier anhand einiger Beispiele verdeutlichen -, die wir unterstützen, so z. B. die Einrichtung der Mediengesellschaft mit vielfältigen Funktionen oder auch die Tatsache, dass das Fördervolumen an sich - nicht die Höhe, dazu werde ich gleich noch etwas sagen - erhöht werden soll. Wir begrüßen außerdem die vorgeschlagene Erhöhung des so genannten Vorabanteils von 10 % auf 25 % aus dem 2 %-Anteil der Rundfunkgebühren unter Beibehaltung der Rückflussmittel und die Absicht, neben den bisher vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur eingesetzten Mitteln zusätzliche Mittel aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung vorzusehen. Zum anderen sind wir auch dafür, dass sich diese Förderung hinsichtlich wirtschaftlicher Kriterien besser orientiert. Das ist bisher leider noch nicht so geschehen.

Aber diesen positiven Aspekten stehen auch einige wenige grundsätzliche negative Aspekte entgegen, sodass wir letztlich an unserem Entschließungsantrag festhalten, weil wir davon ausgehen, dass Ihre Vorstellungen die zweitbeste Lösung darstellen und nicht die Lösung, die wir uns vorgestellt haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass auf diesem für unser Bundesland so wichtigen Sachgebiet der Filmförderung bzw. der Medienwirtschaft insgesamt - um es einmal bildhaft auszudrücken -

nicht gekleckert werden darf, sondern geklotzt werden muss,

(Beifall bei der CDU)

um den Abstand zwischen den eben genannten Bundesländern und Niedersachsen nicht noch größer werden zu lassen. Deshalb müssen wir daran, und deshalb stellt sich zu Recht die Frage, ob es angebracht ist, nur 20 Millionen DM einzusetzen, wobei gesagt werden muss, Frau Kollegin Saalman, dass es noch sehr fraglich ist, ob diese 20 Millionen DM in Niedersachsen überhaupt zusammenkommen werden; denn nach den Aussagen des zuständigen Ministerialbeamten in der letzten Sitzung des Medienausschusses liegen wir zurzeit wohl bei 14 Millionen oder 15 Millionen DM, und er sagte, dass noch gewaltig gearbeitet werden muss, um überhaupt auf diese 20 Millionen DM zu kommen, wie Sie durch Kopfnicken auch bestätigen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, wäre es angebracht gewesen, das zu erhöhen; denn da hätte, so meinen wir, die Möglichkeit bestanden, eine bessere und effektivere Lösung zu finden. Das wäre aber nur möglich gewesen, wenn wir nicht partikular vorgegangen wären, sondern gemeinsam mit allen Ländern in Norddeutschland, die zum NDR bzw. zu Radio Bremen gehören.

(Beifall bei der CDU - Lindhorst
[CDU]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, deshalb meinen wir auch, dass diese Kooperation die bessere Möglichkeit gewesen wäre. Daher sehen wir den Antrag der SPD - aber differenziert - nicht als die beste Möglichkeit an und werden ihn ablehnen, unsere Lösung werden wir hingegen unterstützen. Abschließend möchte ich aber aus dem leider berechtigten Anlass entsprechender Gegebenheiten auch noch einmal sagen, dass wir uns in dem Zusammenhang nicht zum Büttel Hamburger Eigeninteressen machen lassen dürfen; denn da ist in letzter Zeit etwas geschehen, was wir so nicht akzeptieren können. Deshalb hoffen wir, dass wir trotz dieser unterschiedlichen Positionen bei der Endabstimmung doch gemeinsam an einem Strang ziehen und letztlich das Beste für Niedersachsen und Norddeutschland herausholen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Harms, bitte schön!

Frau Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es tut mir Leid, Herr Kollege Pörtner, aber ich konnte den Kurs, den Sie diesen beiden Anträgen und dem NDR gegenüber weiterverfolgen wollen, nicht richtig erkennen. Vielleicht sollten Sie mir das hinterher noch einmal erklären. Dass wir überhaupt die zweite Beratung dieser beiden Anträge auf der heutigen Tagesordnung haben, liegt ja daran, dass es tatsächlich schon vor längerer Zeit gelungen ist, diesen gordischen Knoten um eine blockierte Auseinandersetzung um die Filmförderung in Niedersachsen - auch um die NDR-Filmförderung - durchzuschlagen.

Im zuständigen Ministerium bestand lange die Einschätzung, dass die kulturelle Filmförderung in Niedersachsen Spitze ist und dass die NDR-Filmförderung sowieso besonders Spitze ist. Erst nach wirklich jahrelangem Insistieren darauf, dass diese Dinge nicht gut laufen und dass sich auch gerade die NDR-Filmförderung, die inzwischen ja zur einzigen noch bedeutenden Filmförderung im Land Niedersachsen geworden ist, mehr zu einer Förderung des NDR als zu einer Förderung der Filmbranche entwickelt hat, hat es in der Staatskanzlei diesen Durchbruch gegeben und man hat diese Arbeitsgruppe eingesetzt, die das bewerten und Perspektiven diskutieren sollte.

Unserer Meinung nach sind die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe, die sich auch im SPD-Antrag wiederfinden, über den wir heute hier abzustimmen haben, richtig und sollten umgesetzt werden. Im Zusammenhang mit Filmförderung sind meiner Meinung nach zwei Dinge wichtig:

Erstens. Der NDR muss in Zukunft jenseits der NDR-Filmförderung Produktionsmittel aus seinem eigentlichen Produktionsetat stärker in Niedersachsen ausgeben.

Zweitens. Diese NDR-Filmförderung muss eine Filmförderung sein. Die Filme, die mit diesen Mitteln gefördert werden, dürfen nicht hinsichtlich der im NDR doch sehr stark herrschenden Quotenorientierung ausgewählt werden. Bei der Anhörung, die wir als zuständiger Ausschuss veranstaltet haben, ist ja auch deutlich geworden, dass die Frage der Sendefähigkeit, wenn sie denn vom NDR nach seinen Kriterien beantwortet wird,

eigentlich schon nichts mehr mit dem zu tun hat, was wir unter kultureller Filmförderung verstehen.

Unsere Zweifel daran, dass die Landesregierung derzeit dabei ist, diesen SPD-Antrag oder auch die Erkenntnisse der Arbeitsgruppe aus der Staatskanzlei umzusetzen, sind gewachsen. Ich habe den Eindruck, dass möglicherweise dann, wenn wir an der Stelle nicht noch intervenieren - ich meine, das sollte man tun, wenn man tatsächlich eine erfolgreiche Filmförderung und Multimediaförderung erreichen will -, im Rahmen der Mediengesellschaft der gesamte Bereich der Filmförderung unter den Teppich fällt und dass in dieser Mediengesellschaft ein bisher überhaupt nicht definierter Multimediabereich dominiert. Multimedia klingt ja immer gut. Multimedia klingt modern. Wenn man da etwas besetzt, dann kann man für sich heutzutage in Anspruch nehmen, modern zu sein.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Erfolgreiche Multimediaproduktion hängt aber immer noch davon ab, ob es Produzenten gibt, die kreativ und auch gut ausgebildet in der Lage sind, solche Produktionen zu schaffen. „Content“ heißt dieses Zauberwort. Es geht also auch bei Multimedia immer darum, Inhalte herzustellen. Das werden wir in Zukunft auch in Niedersachsen nur leisten können, wenn wir die klassischen Bereiche der Medienförderung nicht vernachlässigen.

(Unruhe - Glocke der Präsidenten)

Das Herzstück auch und gerade für erfolgreiche Multimediaproduktionen ist immer noch die Filmförderung. Mein Eindruck ist, dass das Land dabei ist, einen großen Fehler zu machen, wenn es sich aus diesem Bereich der Kulturförderung, der Filmförderung heißt, verabschiedet. Alfred Reckmann nickt schon immer mit dem Kopf. Ich gehe also davon aus, dass wir dann, wenn wir hier heute dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen, auch gemeinsam in der Staatskanzlei dafür sorgen werden, dass die Empfehlungen der Projektgruppe und dieses SPD-Antrages im Sinne der vielen erfolgreichen Film- und Medienschaffenden in Niedersachsen umgesetzt werden. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Darum schließe ich die

Beratung, und wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Tagesordnungspunkt 22.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen in der Drucksache 14/1669 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 14/703 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Ich stelle fest, dass der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen gefolgt worden ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 23. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen in der Drucksache 14/1670 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Ich stelle fest: Das Erste war die Mehrheit, meine Damen und Herren.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 24:

Zweite Beratung:

„Virtuelle Hochschulen“ in Niedersachsen - Multimediachancen für Lehre, Forschung und Studium nutzen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/449 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 14/1694

Der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 449 wurde in der 20. Sitzung am 21. Januar 1999 an den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Mir liegt aber eine Wortmeldung vor, und zwar die Wortmeldung der Frau Kollegin Trost. Bitte sehr, Frau Trost!

Frau Trost (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als wir vor einem Jahr und fünf Monaten den Antrag zu virtuellen Hochschulen und zur Nutzung der Multimediachancen in Niedersachsen eingebracht haben, habe ich zu Beginn meiner Rede den damaligen Ministerpräsidenten Glogowski mit seinem Spruch zitiert: Niedersachsen ist ein Land der Heidschnucken und der Hightech. Auch nachdem ich ihn in meiner Rede darauf hingewiesen hatte,

dass sich die Hightech leider nicht so natürlich vermehre wie die Heidschnucken, sind leider keinerlei weitere Maßnahmen in größerem Umfang erfolgt.

(Frau Körtner [CDU]: So ist es!)

Inzwischen haben wir einen neuen Ministerpräsidenten, der einen etwas anderen Ansatz hat. Erst letzte Woche sagte er: jedem Schüler sein Notebook. Das ist schon ein guter Fortschritt in diesem Zusammenhang. Auch in der Broschüre der Landesregierung „Niedersachsen - eine Erfolgsstory“ steht auf Seite 12: E-Books statt old books.

Meine Damen und Herren, in meiner Rede hatte ich viele Aspekte genannt, unter denen die Einführung von virtuellen Hochschulen Vorteile hätte. Frau Saalman hat uns in ihrer Antwort die einzelnen Projekte, die es im Land bisher gibt, benannt. Dies ist eine facettenreiche Anordnung verschiedener Insellösungen, die keinerlei Koordination unterworfen sind, sondern eher planlos in diverse Richtungen streben.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Das ist das Prinzip der Landesregierung!)

Eine Koordination der Einbindung der unterschiedlichsten Institute wie Hochschulen, Schulen, Forschung, Handwerk, Unternehmen etc. erfolgte nicht.

Einen Satz möchte ich hier zitieren, Frau Saalman. Sie haben Ihre Rede damit geschlossen, dass Sie sagten:

„Wir nehmen Ihren Antrag, Frau Trost, gerne zum Anlass, die Leistungen unseres Landes darzustellen und gemeinsam mit Ihnen über die Weiterentwicklung zu diskutieren.“

(Frau Körtner [CDU]: Es ist aber bei den Heidschnucken geblieben!)

Es war sehr schön, dass wir weiter diskutiert haben. Insbesondere begrüße ich bei dem gemeinsamen Änderungsantrages eines jetzt schon: Zu Beginn des Antrages wird keine Lobesarie nach dem Motto gesungen: Der Landtag begrüßt die bisherigen Leistungen der Landesregierung. Vielmehr beginnt dieser Antrag mit dem Satz: „Die Landesregierung wird aufgefordert“

(Zustimmung von Frau Körtner [CDU])

Dass dieser Änderungsantrag etwas anders lautet als unser Ursprungsantrag, ist logisch. In 17 Monaten hat sich auch hier im Lande Niedersachsen das eine oder andere weiterentwickelt, zum Teil auch losgetreten durch unsere Initiative.

(Beifall bei der CDU)

Weiterhin hat die Technik eine rasante Entwicklung genommen. Das kann man nicht mit der normalen technischen Entwicklung vergleichen. Sie wissen selbst, dass es im E-Commerce-Bereich, im Internetbereich, im Multimediabereich wesentlich schneller vorangeht als bei der allgemeinen technischen Entwicklung.

Lange wurde darauf gewartet, dass die diversen Erkenntnisse aus Gutachten etc. vorliegen, sodass wir dann endlich im Frühjahr zu einem gemeinsamen Antrag kamen. Wir hatten in unserem Antrag die gemeinsame Zusammenarbeit angemahnt. Dies wird nun auch von der SPD unterstützt und zum Teil auch schon umgesetzt, so z. B. hinsichtlich der Ziffer 1 des letzten Spiegelstriches, mit dem die Landesregierung dazu aufgefordert wird, eng mit der von der Landeshochschulkonferenz eingerichteten Beratergruppe für Multimedia in Lehre, Forschung und wissenschaftlicher Weiterbildung zusammenzuarbeiten. Dies ist auf einem guten Weg.

Herr Gabriel hat heute Morgen in seiner Regierungserklärung gesagt, dass inzwischen mehr als 400 Unternehmen, Handwerksbetriebe und Organisationen in einem Verbundvorhaben Multimediainitiativen zusammengefasst sind. Eines habe ich dort allerdings vermisst. Das gebe ich jetzt an Herrn Minister Oppermann weiter. Weder Forschung noch Entwicklung oder die Hochschulen werden in diesem Zusammenhang genannt. Ich finde es fatal, wenn Multimedia nur außerhalb dieses Bereiches stattfindet und gerade das innovative Potential in diesen Bereichen, das wir ja haben, nicht genutzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Der Aufgabenbereich einer neuen Multimediainitiative ist in der Staatskanzlei angesiedelt. Auch das steht in dieser „Erfolgsstory“ des Landes Niedersachsen, und zwar - wer es nachlesen möchte - auf Seite 9.

Herr Minister Oppermann, ich hoffe nur, dass Sie genügend Einfluss nehmen, damit dies nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten

gesehen wird, sondern auch unter hochschulpolitischen. Aus Ihrer Antwort auf eine Anfrage vom 8. Oktober 1998 - diese habe ich in meiner Rede damals auch schon zitiert - geht hervor, dass Sie Modelllösungen für die Entwicklung virtueller Hochschulen entwickeln wollen. Von solchen Modelllösungen habe ich allerdings immer noch keine Kenntnis. Ich muss wohl noch eine Kleine Anfrage stellen. Vielleicht legen Sie sie dann vor. Denn freiwillig werden wir hierüber nicht unterrichtet.

Heute Morgen hieß es weiter, Aufgabe sei es, Antworten für die kommenden zehn Jahre zu finden. Herr Oppermann, folgen Sie bitte dieser Aufforderung, und nutzen Sie die Chancen, nutzen Sie das Potential, nutzen Sie die vorhandene Motivation.

Wir als CDU werden die weitere Entwicklung auf jeden Fall verfolgen und hoffen, dass es gut ausgeht. Denn eines möchte ich nicht. Bei der Eröffnung der Länderwoche auf der EXPO wurde teilweise auch ins Englische und ins Französische übersetzt. „Die Flachheit des Landes Niedersachsen“ wurde mit „la platitude niedersaxonne“ ins Französische übersetzt. „Plattitüde“ heißt laut Duden einfach nur: nichts sagende, abgedroschene Redewendung, Platttheit. Das möchte ich unserem Land nicht zumuten. - Danke.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Saalman, bitte schön!

Frau Saalman (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade in Richtung CDU gesagt, dass ich es nicht verstehen könne, wenn das Anliegen das Richtige ist, aber die CDU die guten Anträge ablehnt, weil sie ihre durchsetzen will und dies nicht schafft. Bei dem Antrag zu virtuellen Hochschulen in Niedersachsen sind wir einmal gemeinsam einen anderen Weg gegangen. Zu Anfang, als dieser Antrag eingebracht wurde, befand sich ja noch reichlich Schärfe in der Diskussion. Die CDU hat bei der ersten Beratung den Eindruck erweckt, Niedersachsen sei, was den Multimediaeinsatz in den Hochschulen, also in Wissenschaft, Lehre und Forschung, angehe, ein Niemandsland, ein weißer Fleck auf der Landkarte; allenfalls gebe es ein

bisschen, aber dies würde uns eigentlich schon wieder zum Schlusslicht der Nation machen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Doch, so war damals der Tenor, Frau Mundlos.

(Frau Mundlos [CDU]: Glanzlichter sind es auch heute noch nicht!)

- Frau Mundlos, ich glaube, mit der Bilanz, die wir heute ziehen können, können wir uns schon sehen lassen. Wir haben in diesem Bereich durchaus Erfolge gehabt.

Ich habe schon damals deutlich gemacht, dass wir mitnichten sehen, dass Niedersachsen das Schlusslicht der Nation wäre. Schon bei der ersten Beratung des CDU-Antrages konnten wir mit Erfolgen aufwarten. Im Laufe der Beratungen hat sich wohl für uns alle - das fand ich ganz interessant - die Erkenntnis herausgebildet, dass es in Niedersachsen im Bereich Multimedia in Lehre, Forschung und Studium eine ganze Menge gibt.

(Frau Mundlos [CDU]: Das haben wir den Professoren zu verdanken!)

- Nein, das haben wir nicht nur den Professoren zu verdanken, Frau Mundlos, sondern auch einem von der Landesregierung eingesetzten Landesarbeitskreis Multimedia, der seit 1997 ausgesprochen erfolgreich gearbeitet hat. Das ist einfach so. Er hat Projekte ausgesucht und beurteilt, er hat Initiativen gestartet, koordiniert, beraten und vieles mehr, was dazugehört, um in diesem Bereich eine fruchtbare Landschaft ins Leben zu rufen.

Inzwischen ist es so, dass in Niedersachsen von 1997 bis 2003 für diesen Bereich im Haushalt des MWK 124 Millionen DM eingesetzt worden sind bzw. werden. Das ist meiner Meinung nach kein Pappentier.

(Frau Mundlos [CDU]: Erst nehmen Sie es den Hochschulen weg, dann geben Sie es den Hochschulen wieder!)

- Frau Mundlos, darauf komme ich gleich noch zu sprechen. - Weil wir von der SPD der Auffassung waren, dass das Thema virtuelle Hochschulen, also Multimedia in Lehre, Forschung und Studium, ein nicht zuletzt auch für den Standort Niedersachsen und auch für die Konkurrenzfähigkeit unserer Hochschulen ausgesprochen wichtiges und bedeutendes Thema ist, haben wir nicht gesagt, dass wir

den Antrag der CDU-Fraktion einfach nur ablehnen, weil er uns nicht so richtig gefällt, sondern wir haben gesagt: Ein wichtiges Thema. Da wollen wir mitreden. Das wollen wir mitbesetzen. - Daraufhin haben wir einen Änderungsantrag erarbeitet, den wir letztendlich gemeinsam beschlossen haben. Das halte ich für einen ausgesprochen guten und auch sachlichen Umgang mit einem so wichtigen Thema. Manchmal wünsche ich mir, dass hier so etwas häufiger passieren würde.

Wir haben in diesen Änderungsantrag allerdings einen etwas anderen Tenor hineingelegt. Wir sagen, dass die Landesregierung auf dem Weg, den sie beschritten hat, weitergehen soll. Sie soll weiterhin ihre Unterstützung gewähren, auch durch den Innovationspakt. Das ist ja schon geschehen. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass diese 10 Millionen DM, die im Rahmen des Innovationspaktes gerade für diesen besonderen Bereich Multimedia vom Jahr 2002 an zur Verfügung stehen werden, von den Hochschulen außerordentlich begrüßt werden. Allerdings dürfen wir nicht glauben, meine Damen und Herren, dass der im Bereich Multimedia erforderliche Mitteleinsatz den ganzen Hochschulbetrieb auf Dauer billiger machen wird. Das ist ein Irrglaube. Alle Bildungsexperten sagen, dass nichts billiger wird. Das Studium kann flexibler werden. Man kann eventuell zu Hause studieren. Der Präsenzunterricht an den Hochschulen wird aber auch in Zukunft nicht wegfallen. Man geht unter Bildungsexperten davon aus, dass in zehn Jahren immer noch ein Drittel aller Studenten herkömmlich studieren wird. Mehr als die Hälfte aller Studenten wird jedoch zweigleisig fahren, also virtuell und real. Somit wird man die herkömmlichen Strukturen, das Personal, die Technik, die Gebäude, die gesamte Infrastruktur weiter vorhalten müssen. Zu diesen Kosten hinzu kommen noch die Ausgaben für all das, was an technischer Ausrüstung und Personal eingesetzt werden muss. Für diese neuen Multimediatechniken braucht man nämlich auch zusätzliches Personal. Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen, dass sich die Innovation im Multimediabereich unglaublich schnell vollzieht. Das heißt, wenn ich heute einen Rechner kaufe, dann ist er schon morgen oder spätestens übermorgen veraltet und muss ersetzt werden.

Nach einer gemeinsamen Studie der Bertelsmann- und der Nixdorf-Stiftung kostet ein einziger Online-Studiengang 3 Millionen bis 10 Millionen DM pro Jahr. Insofern kommen hier auf uns wirklich

hohe Kosten für ein voll ausgebautes Multimedia-system zu.

Das Fazit also ist: Es müssen zusätzliche Millionenbeträge eingesetzt werden. Diese Beträge müssen schließlich auch irgendwo herkommen. Dabei muss bedacht werden, dass die staatlichen Mittel nicht unendlich, sondern endlich sind. Diese Mittel müssen immer aus den öffentlichen Haushalten kommen. Auch der Wissenschaftsrat sagt in seinen Empfehlungen aus dem Jahr 1998:

„Mittel- bis langfristig wird auf die Hochschulen auch die Herausforderung zukommen, ohne eine nennenswerte Steigerung der öffentlichen Mittel zusätzliche Ressourcen für diesen Bereich bereitzustellen. Daher müssen sie gleichzeitig Wege finden, im Rahmen der globalen Mittelbewirtschaftung durch Schwerpunktsetzung sowie durch eine neue Form der Verbindung privater und öffentlicher Mittel die Entwicklung multimedialer Lehrformen zu fördern.“

Also: Auch die Hochschulen werden in der Zukunft gefordert sein, zusätzlich zu den öffentlichen Mitteln aus dem Globalhaushalt etwas aus Drittmitteln, aus privaten Mitteln hinzuzutun.

Aus unserer Sicht ist auch noch etwas anderes ganz wichtig, was sich auch im Änderungsantrag findet. Die Hochschulen werden in Zukunft aufgefordert sein, den Bereich Multimedia in Lehre und Forschung mit in ihre Entwicklungsplanung aufzunehmen. Es kann also nicht sein, dass den Hochschulen von der Landesregierung, vom MWK vorgegeben wird, was sie zu tun oder zu lassen haben, sondern das wird von den Hochschulen selbst erarbeitet werden und in der Entwicklungsplanung landen müssen, um dann umgesetzt zu werden.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich noch einmal für die konstruktive Zusammenarbeit. Ich finde es ausgesprochen erfreulich, dass wir hier heute diesen gemeinsamen Antrag zur Abstimmung stellen können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Vorher hat aber noch der Kollege Golibrzuch das Wort.

Golibrzuch (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach ist es unstrittig, dass die neuen Technologien für das Bildungssystem eine wachsende Bedeutung bekommen. Fast jeder Beruf, jedes Berufsfeld setzt dies mittlerweile voraus. Deshalb bemühen sich die öffentlichen Haushalte - das gilt sowohl für die Schulen als auch für die Hochschulen - um eine entsprechende Ausstattung der Einrichtungen und auch um eine konzeptionelle Arbeit an den Unterrichtsinhalten.

Ich bezweifle aber, dass die konzeptionelle Vorarbeit, die wir seit 1997 durch den Landesarbeitskreis Hochschulmultimedia geleistet haben, in dieser Weise fortgeführt werden kann. Ich glaube, wir laufen in Niedersachsen Gefahr, dass wir uns zu sehr auf die Schulen konzentrieren, sodass die Hochschulen dabei vernachlässigt werden. Es gibt jetzt, was ich begrüße, die Initiative „Schulen ans Netz“. Für die Hochschulen gibt es bislang jedoch nichts Vergleichbares.

Uns fehlt nicht nur die finanzielle Ausstattung, sondern es gibt auch deutliche Defizite in der konzeptionellen Arbeit. Bislang gibt es vonseiten des MWK keine Vorschläge dafür, wie man eine berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung - ausgehend von den Fernstudienzentren - entwickeln könnte. Bislang hat die Wissenschaftsministerkonferenz noch keine Antwort auf die Frage gegeben, wie man mit der drohenden Rundfunkgebühr auch auf jeden Computer künftig umgehen könnte, was im Zweifel den Wissenschaftshaushalt mit einem dreistelligen Millionenbetrag belasten würde. Leider Gottes gibt es auch überhaupt noch keine Antwort auf die Frage, wie das, was wir sinnvollerweise in den vorliegenden gemeinsamen Antrag hineingeschrieben haben, an den Hochschulen umgesetzt werden soll.

Wir unterstützen diesen Antrag, weil nichts Falsches in ihm steht. Wir sehen allerdings, dass aufgrund der Kürzung der Mittel nur an den Hochschulen um 50 Millionen DM im nächsten Haushaltsjahr all das, was wir in diesen Antrag an wohlfeilen Forderungen hineingeschrieben haben, mit Sicherheit nicht umgesetzt werden kann. Von daher zwar unsere Zustimmung zu diesem Antrag, wir haben aber große Zweifel daran, dass die Landesregierung finanziell in der Lage sein wird, den Wünschen des Landtages letztendlich auch zu entsprechen.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Trost, bitte schön!

Frau Trost (CDU):

Frau Saalman, ich muss trotzdem noch einmal ganz kurz auf Ihren Redebeitrag eingehen. Selbstverständlich begrüßen auch wir, dass ein gemeinsamer Antrag erarbeitet worden ist. Ein „Landesregierung, mach weiter so“ steht nicht in unserem Antrag. Wir haben ja so besonders begrüßt, dass es nicht heißt: Was Sie bisher gemacht haben, war gut. Jetzt macht bloß weiter so. - Hier wird die Landesregierung von allen drei Fraktionen - die Grünen unterstützen das ja mit - vielmehr einstimmig aufgefordert, dort tätig zu werden.

Ferner geht es um die finanzielle Nutzung der Multimediaaktivitäten durch die Hochschulen. Der Wissenschaftsrat hat gesagt, dass es ohne große finanzielle Aufwendungen geschehen muss. Ich habe damals in meiner ersten Rede mehrere Möglichkeiten aufgezählt, wie man dies wirtschaftlich nutzen könnte, um es zu finanzieren.

Natürlich kann das Ministerium den Hochschulen nicht vorschreiben, wie sie im Detail vorzugehen haben. Aber wenn das Ministerium keine Lenkungselemente in bestimmte Richtungen mehr hätte, dann wäre es auch überflüssig. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Minister Oppermann gemeldet. Bitte schön, Herr Minister!

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Golibruch hat gesagt, dass die Fraktion der Grünen den gemeinsamen Antrag unterstützt, weil nichts Falsches darin steht. Das heißt aber noch lange nicht, dass das, was Sie gesagt haben, richtig ist, Herr Golibruch. Sie sind nicht richtig informiert. Wenn Sie sagen, der Ministerpräsident habe heute Morgen so lobenswerte Initiativen wie „Schulen ans Netz“ erwähnt, und es gebe nichts Vergleichbares für die Hochschulen, dann haben Sie völlig Recht. Wissen Sie, woran das liegt? – Die Hochschulen sind längst im Netz drin.

(Beifall bei der SPD)

Das Internet ist im Bereich der Wissenschaft erfunden worden. Frau Saalman hat das bereits ausgeführt. In dem Zeitraum 1997 bis 2003 beträgt das Investitionsvolumen 125 Millionen DM. Das leistungsfähigste Wissenschaftsnetz in Deutschland ist das Wissenschaftsnetz Nord. Darin ist Niedersachsen sozusagen das Kernstück. Wir stecken auch noch zweistellige Millionenbeträge in das Intranet, weil es nichts nützt, eine Datenautobahn zwischen den verschiedenen Wissenschaftszentren Norddeutschlands zu haben, aber nur einen Trampelpfad innerhalb der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir sind den Schulen sozusagen schon drei Schritte voraus. Das liegt in der Tradition des Internets, das aus dem Militär kommt und als Erstes weltweit von den Hochschulen angewendet worden ist. - So viel zu Ihrer Einschätzung.

Ich freue mich, dass über diesen Antrag Konsens besteht und dass im Übrigen sachlich darüber diskutiert worden ist. Das Thema Multimedia an den Hochschulen ist sehr wichtig. Ich kann einmal verdeutlichen, was für ein Markt dort entsteht. Der Sun-Geschäftsführer Ed Zander hat prognostiziert, dass der Bildungsmarkt im Internet von knapp 200 Millionen DM im Jahre 1998 auf 5,5 Milliarden DM im Jahre 2003 anwachsen wird. Dort entsteht also ein gewaltiger Markt.

Selbstverständlich können die Länder nur die Infrastrukturkosten finanzieren, aber nicht die Übersetzung des gesamten Lehrangebots in multimedialgerechte Lernmodule. Das werden in wachsendem Umfang Private tun. Ein Markt von 5,5 Milliarden DM entsteht dort. Für die Leistungen, die dort angeboten werden - dabei wird es sich um hochwertige Leistungen handeln – werden Entgelte gezahlt werden müssen, weil private Investoren diese Investitionen aufbringen. Mit anderen Worten: Das Internet bringt uns einen Bildungsmarkt – unabhängig davon, ob wir das so wollen oder nicht, und auch unabhängig davon, was wir im Landtag beschließen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Dieser Markt bringt Bildungsleistungen von hoher Qualität. Natürlich kann das Internet die Präsenzveranstaltung nicht ersetzen. Kein Chat im Internet kann den direkten Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden ersetzen. Wo es derzeit schon Vorlesungen im Internet gibt, kommen die Leute auch zu Präsenzveranstaltungen. Es gibt immer

Kombinationen, und das ist gut so. Aber dennoch werden die Grenzen zwischen akademischer Erstausbildung und Weiterbildung, zwischen Fern- und Präsenzstudium und zwischen den Lehrenden und Lernenden immer weiter verschwimmen, und vor allen Dingen wird die virtuelle Hochschule die nationalen Grenzen einschleifen. Wir bekommen internationale Hochschulen, die internationale Lehrleistungen einkaufen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir – das ist in der Vereinbarung mit den Hochschulen durch Kabinettsbeschluss inzwischen abgesichert – in den nächsten sechs Jahren 50 Millionen DM für Multimedia bereitstellen. Das ist ein enormes Investitionsvolumen, das den Hochschulen helfen wird, sich für den anstehenden Wettbewerb fit zu machen.

Mit der zentralen Evaluationsagentur gibt es auch eine Einrichtung, die die Lehrmodule auf die Qualität hin überprüfen kann, sodass gesichert ist, dass wirklich nur Gutes auf dem Markt kommt. Es gibt auch ein Highlight: Wir haben internationale Partner, die uns dabei helfen, erstklassige Qualität zu produzieren. Keine geringere als die Universität von Stanford wird gemeinsam mit Niedersachsen und anderen internationalen Partnern das Learning Laboratory Lower Saxony (L3S), zu dem die Universität Hannover, die TU Braunschweig und die TU Clausthal sowie die Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig gehören, im Rahmen des Kurt-Schwitters-Forum auf dem EXPO-Gelände realisieren. Das wird sicherlich auch ein Zentrum mit einem so großen Potential, dass dort zahlreiche Unternehmensgründungen möglich sein werden.

Ich möchte meinen kurzen Beitrag mit einem Zitat von August-Wilhelm Scheer, Hochschullehrer und erfolgreicher Unternehmensgründer, der sein Unternehmen an die Börse gebracht hat, schließen. Er hat in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ gesagt:

„Während die informationstechnische Erfindung der Buchdruckerkunst im 16. Jahrhundert zu einem Boom an Neugründungen von Universitäten geführt hat, wird das Internet eher zu einem Sterben der weniger profilierten Unis führen.“

Wir sind uns sicherlich darüber einig, dass die niedersächsischen Hochschulen zu den Gewinnern

dieser Entwicklung gehören sollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Mundlos hat um zusätzliche Redezeit nach § 71 Abs. 2 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages gebeten. Ich erteile Ihnen bis zu zwei Minuten Redezeit. Bitte schön, Frau Mundlos!

Frau Mundlos (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich freuen wir uns darüber, dass Bewegung in diesem Bereich erreicht worden ist und das Ganze auf einem Konsens basiert, vor allen Dingen deshalb, weil der gesamte Multimediabereich ein außerordentlicher Wachstumsbereich ist. Allerdings haben wir niemals behauptet, dass Multimedia bzw. die virtuelle Hochschule den Hochschullehrer ersetzen wird, sondern es kommt dabei sicherlich auf die gesunde Mischung zwischen Präsenz und virtueller Hochschule an.

Im internationalen Wettbewerb sind wir natürlich ganz besonders gefordert. Ob allerdings die Universität Stanford der Maßstab ist, Herr Minister, oder vielleicht wieder das MIT, sollten wir einmal dahingestellt sein lassen.

Fakt ist, dass es möglich ist – das ist erfreulich – gemeinsame Anträge zu produzieren. Wir werden uns positiv einbringen und sehen, wie dieser Antrag zu einer schnelleren Entwicklung im virtuellen Bereich der Hochschulen führen und Niedersachsen weiter voranbringen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, meine Damen und Herren. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur in der Drucksache 1694 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 25:
Zweite Beratung:

a) Besteuerung von Veräußerungsgewinnen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 14/1481 - Änderungsantrag der Fraktion
der CDU - Drs. 14/1512 - Änderungsantrag
der Fraktion der SPD - Drs. 14/1513 - **b) Steuerreform: einfacher, gerechter, niedriger** -
Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1581 -
Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen - Drs. 14/1695

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde einschließlich der dazu vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der SPD in der 47. Sitzung am 30. März 2000 sowie der Antrag der Fraktion der CDU in der 50. Sitzung am 11. Mai 2000 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen.

In der Beschlussempfehlung wird die Annahme der vorgelegten Anträge in einer geänderten Fassung vorgeschlagen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen daher zur Beratung. Hierfür hat sich zu Wort gemeldet Herr Kollege Möhrmann. Bitte schön, Herr Möhrmann!

Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben das Thema „Steuerreform“ erneut im Plenum, und wir haben nach der Rede von Herrn Wulff von heute Morgen erneut das Problem, dass er auf der einen Seite gesagt hat, er wünschte sich einen Landeshaushalt, der im Laufe der nächsten Jahre die Nettoneuverschuldung auf Null zurückführt und der sogar in der Lage wäre, den Schuldenberg des Landes Niedersachsen abzutragen. Auf der anderen Seite habe ich von Herrn Wulff gehört, dass das Angebot des Bundeskanzlers zum Bereich der Rentenversicherung, aus dem Bundeshaushalt ein Volumen in Höhe von über 14 Milliarden DM zusätzlich zu finanzieren, um private Vorsorge möglich zu machen, als zu gering angesehen wird. Außerdem habe ich gehört, dass Herr Wulff hier erklärt hat, dass die Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften nicht hinreichend

sei. Ich habe viele weitere Punkte gehört, die alleamt zu weiteren Kostensteigerungen führen würden.

(Rolfes [CDU]: Ihr müsst jetzt nicht alles durcheinander bringen!)

Wenn ich mir die Vorschläge der Opposition im Bundestag und die einiger Bundesländer anschau, dann stelle ich fest, dass viele gar nicht mehr wissen, dass eine Milliarde eine Zahl mit neun Nullen ist

(Frau Pawelski [CDU]: Ich kenne jemanden, der den Unterschied zwischen netto und brutto nicht kennt!)

und dass von diesen neun Nullen einiges auch auf unseren Landeshaushalt durchschlägt. Von daher kann ich nicht erkennen, welches Konzept dahinter steht.

Wenn wir uns allerdings nur auf die Diskussion im Haushaltsausschuss beschränken, dann will ich gerne konstatieren, dass wir uns inzwischen in weiten Bereichen einig sind, sodass ich mir durchaus vorstellen könnte, dass wir zu einem Konzept gelangten, das sich sehen lassen könnte, wenn nur wir es zu entscheiden hätten.

Meine Damen und Herren, es lagen verschiedene Anträge der Opposition vor. Der erste Antrag war der der Grünen zu der Frage der Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen. Wir haben diesen Gedanken aufgenommen und dazu eine Formulierung zu Papier gebracht, von der wir davon ausgehen, dass die Landesregierung im Bundesrat eine Regelung erreichen wird, die im Sinne dieser Wünsche der Grünen, aber auch im Sinne der Wünsche unserer Fraktion umgesetzt werden kann.

Uns lag des Weiteren ein Antrag der CDU vor, in dem in sechs Punkten allgemein etwas zur Steuerreform ausgesagt wurde, ohne aber etwas konkreter zu werden. Ich kann nur noch einmal Folgendes sagen: Wer denn meint, dass der Einkommensteuersatz mit 45 % zu hoch ist, und wer diesen Steuersatz absenken will, der muss wissen, dass jeder Punkt an Senkung ein zusätzliches Loch von 250 Millionen DM im Landeshaushalt bedeutet, und der muss mir dann hier erklären, wie er diesen Ausfall finanzieren will. Wer an anderer Stelle noch mehr tun will, wie es Herr Wulff heute Morgen angekündigt hat, der muss das ebenfalls erklären. Von daher ist unser Vorschlag, den Landtag heute in einem Entschließungsantrag zu binden

und die Landesregierung aufzufordern, im Bundesrat entsprechende Initiativen zu ergreifen, meines Erachtens der richtige Weg.

Ich möchte gerne noch einige Punkte anfügen, über die wir auch in der früheren Debatte gesprochen haben. Es ging ja um die Frage der Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen, wenn Handwerksbetriebe veräußert werden, um die Alterssicherung zu gewährleisten. Hierfür sind Beispiele genannt worden, die als sehr sensationell und dramatisch geschildert wurden. Leider haben wir keine konkreten Zahlen dazu gehört. Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass es eine Studie gibt, in der 60.000 Betriebsveräußerungen untersucht wurden. 80 % dieser Betriebe erzielten einen Reingewinn in Höhe von 250.000 DM. Bis zu Reingewinnen von 500.000 DM aber ist die neue Regelung besser als die alte. Von daher kann ich nicht verstehen, warum an dieser Stelle diese Kritik geäußert wird, insbesondere wenn man zuvor 15 Jahre lang Zeit gehabt hat, etwas anderes zu initiieren.

Auch der Vorwurf, wir würden mit unserem Konzept Einkommensbezieher im mittleren Bereich zusätzlich belasten, entspricht nicht den Tatsachen. Lassen Sie mich Ihnen dazu einige Zahlen nennen: Ein Haushalt, der 50.000 DM zu versteuern hat, spart nach den Vorstellungen, die die CDU vorgelegt hat, 898 DM, nach unseren Plänen 788 DM. Ein Haushalt, der 100.000 DM zu versteuern hat, spart nach den Vorstellungen der CDU 2.524 DM und nach unseren Vorstellungen 1.698 DM. Sie sehen also, dass die Einsparungen der Haushalte größer wären, wenn man dem Vorschlag der CDU folgen würde.

Dann kommt aber die zusätzliche Auswirkung, die darin enthalten ist. Ein Haushalt, der 240.000 DM zu versteuern hat, spart nach den Vorstellungen der CDU 11.044 DM und nach unseren Vorstellungen 3.446 DM. Und da reden Sie von sozialer Gerechtigkeit!

(Beifall bei der SPD - Lindhorst [CDU]: Und wie sieht das prozentual aus? - Gegenruf von Plaue [SPD]: Reden Sie mal über Cash, Herr Lindhorst! Soziale Gerechtigkeit! Da müsste Ihnen als Sozialpolitiker doch der Kamm hochgehen!)

Meine Damen und Herren, ein Haushalt, der 400.000 DM zu versteuern hat, spart nach Ihren

Vorstellungen 25.438 DM und nach unseren Plänen 7.446 DM. Von daher befinden wir uns meines Erachtens auf einem guten Wege.

Wir hoffen, dass wir im Bundesrat eine Lösung finden, die den Landeshaushalt über die jetzt im Entwurf der Landesregierung aufgrund der Steuerreform vorgesehenen Ausfälle nicht zusätzlich belastet. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Heineking [CDU]: Und über die Vergünstigungen für die Konzerne sagen Sie nichts! - Gegenruf von Möhrmann [SPD]: Ich habe alles gesagt! Sie haben nicht zugehört! - Heineking [CDU]: Ich habe alles gehört!)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Dinkla, bitte schön!

Dinkla (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Möhrmann, lassen Sie mich zunächst einmal damit beginnen, dass die CDU-Fraktion es bedauert, dass im Haushaltsausschuss eine Anhörung verweigert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten es wirklich gerne gesehen, wenn das, was hier als „Steuerreform“ bezeichnet wird, auch einmal durch externen Sach- und Fachverstand im Sinne eines Benchmarkings hätte geprüft werden können. Wir kennen das aber auch schon aus den Beratungen anderer Ausschüsse, dass die SPD-Fraktion sich insoweit strikt verweigert. Bei uns setzt sich das Gefühl fest, dass Sie den externen Sach- und Fachverstand scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Ich meine, dass wir gut beraten wären, in einzelnen Bereichen auch einmal Wissenschaftler, Fachleute, externen Sachverstand einzubeziehen und dann abzuwägen, anstatt von vornherein abzublocken. - Das als Eingangsbemerkung!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird mit Sicherheit nicht die Blockadepolitik des Bundesrates wiederholen, die vor 1998 betrieben worden ist. Das heißt im Klartext, dass wir nicht das machen werden, was Ihr Deserteur aus Saarbrü-

cken, Herr Lafontaine, betrieben hat: Wir verweigern uns nicht!

(Plaue [SPD]: Zumindest verbal nicht!)

Ich glaube, dass die CDU-Fraktion auf Bundesebene schon deutlich machen wird, dass sie in ihre Überlegungen die Verantwortung für den Standort Deutschland einbezieht, denn es gibt zweifellos eine gesamtstaatliche Verantwortung, insbesondere für das Gelingen der Steuerreform. Das ist überhaupt keine Frage, und das will ich hier auch überhaupt nicht leugnen.

Die Steuerreform hätte allerdings längst umgesetzt werden können, wenn die Verweigerung im Bundesrat vor 1998 nicht betrieben worden wäre,

(Beifall bei der CDU)

und wir hätten auch längst die daraus resultierenden Vorteile für den Standort Deutschland verwirklichen können. Diese Blockade, diese Verweigerung hat den Standort Deutschland belastet und hat für die Steuerzahler auch viel Negatives bewirkt.

(Beifall bei der CDU)

Ich bewerte aber jetzt einmal den Status quo und bemerke dazu, dass sich an der negativen Einschätzung des rot-grünen Steuerpaketes durch die CDU nichts ändert. Das, was jetzt vorliegt, ist sozial unausgewogen, bürokratisch und arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv. Deshalb hat die Bundesregierung es jetzt auch in der Hand, ob die berechtigten Anliegen der Union im Zuge der Arbeit des Vermittlungsausschusses aufgenommen werden. Denn wir unterbreiten diese Vorschläge ja nicht aus parteitaktischem Kalkül, sondern wir bringen Vorschläge ein, die auch auf Fachkompetenz beruhen. Das habe ich vorhin schon gesagt. Die Kritik der Fachwelt wie auch die der Verbände zieht sich ja wie ein roter Faden durch Anhörungen, die im Bundestag veranstaltet worden sind, bis hin zu anderen externen Gutachtern. Ich will in diesem Zusammenhang nur die Namen von Professor Bareis, Professor Wenger und Professor Siegel nennen, die auch jetzt wieder in einem sehr aktuellen Aufruf, unterstützt von 78 Wissenschaftlern und festgemacht am Beispiel des Systemüberganges vom Vollarrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren, sagen, dass das nicht in Ordnung ist. Ich meine, dass man diese Kritik nicht einfach mit einem Federstrich vom Tisch wischen kann.

Ich will an einigen wenigen Punkten noch einmal die Position der CDU verdeutlichen. Der Anspruch auf Steuervereinfachung - ich will das ganz bewusst in Erinnerung rufen - wird mit der vorgelegten Reform eklatant verfehlt.

(Beifall bei der CDU)

In weiten Bereichen ist der Entwurf der Steuerreform ein Beschäftigungsprogramm für Steuerberater und Rechtsanwälte.

(Beifall bei der CDU)

Mit einem gewissen Genuss - das muss ich allerdings dazu sagen - zitiere ich aus einem wohl geordneten Archiv den „Wunstorfer Stadtanzeiger“ vom 8. März 1996, in dem über den damaligen - sicherlich auch noch jetzigen - Steuerexperten Herrn Aller gesagt wird: „Er sprach sich dafür aus, dass immer konfuser werdende Steuersystem drastisch zu vereinfachen. ... Dann ist im Gegenzug auch der Staat in der Verantwortung, das Steuersystem durchschaubar und gerecht zu gestalten. Dieser Verantwortung entziehe sich der Bundesfinanzminister konsequent.“

Das sollten Sie dem Bundesfinanzminister *jetzt* mal sagen, Herr Aller.

(Beifall bei der CDU - Möhrmann [SPD]: *Sie* hätten ihm das früher sagen sollen!)

Ich frage mich, was Sie eigentlich aus der politischen Verantwortung heraus bewirkt haben im Hinblick auf das, was Sie als drastische Vereinfachung schon 1996 angemahnt haben. Da ist in weiten Bereichen nach wie vor Nulltarif.

Das so genannte Optionsmodell ist - ich bleibe bei meiner Auffassung - ein Anschlag auf die eigentümergeprägte Unternehmenskultur in unserem Lande, weil wirklich niemand einem Unternehmen empfehlen kann, diese Option, die ja mit tückischen Steuerfallen versehen ist, wahrzunehmen, ganz abgesehen von dem Problem der Erbschaftsteuer. Auch das wissen Sie, Herr Möhrmann. Ich habe nach wie vor die große Hoffnung, dass dieses Optionsmodell beerdigt wird; da gehört es nämlich hin. Es ist wirklich keine zukunftsweisende steuerrechtliche Lösung.

(Beifall bei der CDU)

Zum Halbeinkünfteverfahren habe ich bereits etwas gesagt. Ich meine, dass dieses System natür-

lich auch die Ungereimtheiten im Steuersystem verschärft.

(Möhrmann [SPD]: Wie machen Sie das denn mit Auslandsdividenden?)

Herr Möhrmann, die Anhebung des Freibetrages für Veräußerungsgewinne - das haben Sie vorhin angesprochen - von 60.000 DM auf 100.000 DM ist nach meiner Überzeugung eine kosmetische Operation, nicht mehr. Aber es ändert insgesamt nichts an der einseitigen und inakzeptablen Bevorzugung von Unternehmen gegenüber Unternehmen. Das bleibt so, und das ist für uns nicht akzeptabel. Die Entlastung gerade kleiner und mittlerer Unternehmen durch Tarifsenkungen, insbesondere auch im Hinblick auf die dringend erforderliche Eigenkapitalbildung - das haben wir in unserem Antrag ja auch gefordert -, findet in der Steuerreform so nicht statt. Das muss man ehrlich sagen.

(Möhrmann [SPD]: Doch!)

- Nein, das ist nicht angemessen und vor allen Dingen auch nicht ausreichend.

Sie haben noch einmal die vorgesehene Senkung des Spitzensteuersatzes auf 45 % angesprochen, die nach dem rot-grünen Entwurf ab 2005 greifen soll. Aber man muss natürlich dazu sagen: bei gleichzeitiger Absenkung des Grenzsteuersatzes auf 98.000 DM. Dies ist eine tückische Falle. Denn wer sich wirklich den Steuertarifverlauf ansieht, merkt spätestens dann, dass er im Ergebnis, wenn er in einem bestimmten Einkommensbereich ist, der Betrogene ist.

Deshalb muss einfach im Verfahrensverlauf des Vermittlungsausschusses bewirkt werden, dass man sich von dieser Festschreibung auf 98.000 DM verabschiedet und wieder deutlich über 100.000 DM kommt. Ich glaube, das wäre ein angemessener Beitrag, damit die Steuerreform in einem bestimmten Bereich von Einkommen eben nicht zu einer Riesenenttäuschung wird. Sonst wird das so kommen. Ich habe die Hoffnung, dass im Vermittlungsverfahren hier noch eine gewisse Pufferzone abgearbeitet wird und es dann zu einer Veränderung kommen kann.

Ich will das Problem der kalten Progression nicht noch einmal in epischer Breite erläutern; das habe ich bereits beim letzten Mal getan. Aber einen Punkt will ich doch ansprechen, nämlich die nach meiner Auffassung Unterschätzung der Selbstfi-

nanzierung einer echten Steuerreform. Wenn Sie eine echte Steuerreform machen, können Sie nach meiner Überzeugung auch mit einer hohen Selbstfinanzierungsquote rechnen. Ich gebe gerne zu, dass es die berechtigte Sorge der Bundesländer gibt, was die Einnahmesituation anbelangt, aber alle werden mir zustimmen, dass es natürlich auch weitere Imponderabilien gibt. Die Einnahmesituation im Steuerbereich hängt beispielsweise auch davon ab, ob die Wirtschaft boomt oder nicht.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Insofern ist das ein wichtiger Punkt, der sicherlich auch mit angesprochen werden muss.

Die CDU wird sich nicht verweigern, aber bei einem Kompromiss auf Bundesebene muss im Ergebnis hier und da auch die Handschrift der CDU deutlich erkennbar sein. Nur dann kann man von einem echten Kompromiss sprechen. Jetzt ist insgesamt bei der Steuerreform nur die Schiefelage erkennbar. Ich glaube, das wird so nicht akzeptiert werden können.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die CDU setzt darauf, dass im Ergebnis vernünftige Kompromisse dabei herauskommen. Aber das, was Sie als SPD-Fraktion heute als Änderungsantrag vorgelegt haben,

(Rolfes [CDU]: Das ist schon eine Frechheit!)

ist für uns inakzeptabel. In Teilbereichen - das gebe ich gerne zu - können wir darüber nachdenken. Aber in der Bewertung insgesamt werden wir dem nicht zustimmen können.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ihr Antrag ist hier und da auch, Herr Kollege Möhrmann, sehr windelweich formuliert nach dem Motto: ein Wisch-und-weg-Antrag. Deshalb werden wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Golibrzuch, bitte schön!

Golibrzuch (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dinkla, ich bin ja immer ein Freund solcher Anhö-

rungen im Ausschuss. Wenn da etwas Kritisches gegen die Regierung vorgetragen wird, finde ich das gut. Das Problem ist, dass in dem Fall natürlich solch eine Anhörung stattfinden würde, nachdem der Vermittlungsausschuss das längst beerdigt hätte. Oder Sie alle hätten Ihren Sommerurlaub verschieben müssen.

(Rolfes [CDU]: Hätten wir sofort gemacht!)

- Nein, nein, die müssen sich ja auch ein bisschen vorbereiten auf die Anhörung. Im Übrigen hat es ja eine mehrtägige Anhörung im Finanzausschuss des Bundestags dazu geben.

Ich will Ihnen sagen, wo ich Ihnen zustimme: Ich stimme Ihnen zu bei der Frage des Optionsmodells. Die SPD doch irgendwie auch, das steht doch auch in dem Antrag. Das machen wir nicht. Ich glaube, das kommt dabei auch nicht heraus. Es wird irgendein steuerfreies Rücklagemodell geben nach dem Vorbild des Antrags aus Brandenburg.

Sie haben Recht, wenn Sie sagen: Das Halbeinkünfteverfahren verkompliziert das bisherige Steuerrecht. Ich habe aber bisher noch nicht *ein* ernsthaftes Argument gehört, wie Sie denn die Benachteiligung ausländischer Kapitalanleger in Deutschland anders tatsächlich verhindern wollen. Insofern ist das unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung zwingend notwendig. Ich bin dankbar für jeden Vorschlag, der das in vereinfachter Form möglich macht. Aber auch die von Ihnen zitierten Experten haben dafür bisher kein praktikables Modell anbieten können.

Ich bin gern bereit, über die Frage zu reden: Was machen wir mit dem Spitzensteuersatz? Ich sage aber auch: nicht bei der Höhe der Prozentpunkte, ob 43, 44 oder 45 %. Lassen Sie uns stattdessen über die Verschiebung von Einkommensgrenzen reden. Wir müssen dann aber eine Gegenfinanzierung haben. Hermann, ich bin nicht sicher, ob das noch gilt, was Friedrich Merz vor ein paar Monaten gesagt hat, dass man als Gegenfinanzierung für die weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes seitens der CDU eine Absenkung der Kilometerpauschale vorschlägt. Ich bin nicht sicher, ob das noch gilt, aber wir können darüber reden.

Ich will noch einen letzten Punkt erwähnen, denn es ist ja unser Antrag, der da eingearbeitet worden ist.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir waren strikt gegen eine Steuerfreiheit für die Veräußerungserlöse aus Beteiligungsbesitz von Kapitalgesellschaften. Diese Kritik ist mittlerweile auch von verschiedenen Bundesländern aufgegriffen worden. Auch im hiesigen Finanzministerium ist - ich glaube, mit guten Gründen - nachgewiesen worden, dass es nicht im Sinne einer solchen Regelung sein kann, dass etwa die Investmenttöchter von großen Banken dadurch mit ihren Veräußerungen steuerfrei gestellt werden. Das kann man übrigens auch mit mehr als 16 % besteuern, wie es die CDU vorschlägt. Mir ist wichtig, dass der Finanzminister an der Stelle Handlungsfreiheit im Vermittlungsausschuss hat. Ich hoffe, dass an der Stelle zusätzliche Einnahmen auch für die Länder herauskommen.

Herr Aller, wenn Sie mir versprechen, dass Sie hier jetzt nicht noch lange reden, stimmen wir Ihrem Antrag auch zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Trotzdem hat Herr Minister Aller jetzt das Wort, meine Damen und Herren.

Aller, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass Herr Golibruch Probleme bei der Steuerreform hat, kann ich gut verstehen. Er muss ja das verteidigen, was seine Kolleginnen und Kollegen auf der Bundesebene schon beschlossen haben, und das ist das, was Finanzminister Eichel im Augenblick als Gesetzentwurf vertritt. Hier in Niedersachsen muss er dafür sorgen, dass der Landeshaushalt durch die Steuerreform nicht so belastet wird, dass er verfassungswidrig wird. Genau in dieser Bandbreite verhandelt die Niedersächsische Landesregierung verantwortlich im Landesinteresse.

Herr Dinkla, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Selbstfinanzierungseffekte von Steuerreformen haben immer dazu gedient, vorsorglich zu rechnen und darauf hinzuweisen, dass durch die Steuerreform, wenn sie denn so klappt, wie man sie sich vorstellt, die Steuern in die Kassen gespült werden. Wir haben aber die Zeitungleichheit zu berücksichtigen und müssen, bis diese Situation hoffentlich eintritt, ein paar Haushalte verabschieden. Die sind nach Recht und Gesetz aufzubauen und haben sich nach den Eckdaten zu richten, die sich ableiten aus dem Bund,

aus den Steuerschätzungen und anderen Dingen mehr. Dieses Argument mag somit zwar langfristig zählen, und darauf kann man auch setzen, es hilft uns aber nicht bei der steuerpolitischen Bewertung und bei der Aufstellung unserer Haushalte.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die zweite Frage ist die nach der Option und nach den Möglichkeiten, durch eine Anhörung hier noch neue Argumente in die Diskussion zu bringen. Herr Dinkla, es macht nun wenig Sinn, dass sich die CDU noch mit Gutachten und anderen Stellungnahmen schlau macht, während der Vermittlungsausschuss sich schon mit der Thematik auseinandersetzt. Das Verfahren läuft inzwischen. Herr Ministerpräsident Gabriel und ich verhandeln für Niedersachsen im Vermittlungsausschuss.

Sie sind ja eigentlich schlau, weil Sie als CDU den Vorstoß der Bayern und der anderen Südländer unterstützt haben, der in der Tat so teuer ist, dass er von keinem Bundesland, das nicht „Bayern“ oder „Baden-Württemberg“ heißt, finanziert werden kann, und der die Kommunen - das wissen Sie auch - in Teufels Küche brächte. Deshalb seilen sich ja inzwischen auch Bundespolitiker von den ursprünglichen Eckdaten ab, die sie selber in die Welt gesetzt haben.

Ich habe hier die „Süddeutsche Zeitung“ vom 21./22. Juni. Darin wird unter der Überschrift „Merz irritiert Freund und Feind“ lang abgehandelt, wie denn die Orientierungslosigkeit bei der CDU inzwischen aussieht. Nun ist Herr Merz ja ausgewiesener Steuerfachmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewesen, bevor er in sein neues Amt gekommen ist. Er hat gefordert „runter mit dem Spitzensatz bei der Einkommensteuer auf 35 %“, er hat viele andere Dinge gefordert, die unbezahlbar waren. Offensichtlich kommt nun eine Trendwende, und es heißt, man könne ja auch über Spitzensätze bei der Einkommensteuer zwischen 42 % und 43 % reden, was ja zu begrüßen ist.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das ist eine Größenordnung, über die man sich unterhalten kann, wenn die Gegenfinanzierung passt.

Dass er gleichzeitig beginnt, ein Ultimatum für den Vermittlungsausschuss zu stellen, und zwar betreffend das Halbeinkünfteverfahren - Herr Golibrzuch hat eben darauf hingewiesen -, deutet eher darauf hin, dass die CDU zwei strategische Optionen im

Vermittlungsausschuss hat. Die eine ist: Sie wollen auf Zeit spielen und die gesamte Steuerreform verzögern, damit sie nicht zum 1. Januar 2001 in Kraft treten kann. Das kann in Deutschland nun überhaupt niemand wollen, schon gar nicht die Wirtschaft, schon gar nicht diejenigen, die den Arbeitsmarkt zu vertreten haben, auch die Landesregierung nicht. Deshalb werden wir diese Strategie natürlich nicht mitmachen. Die andere ist: Beim Halbeinkünfteverfahren sozusagen ein Instrument in die Diskussion zu bringen, das die Steuerreform erst europatauglich macht, halte ich für geradezu aberwitzig. Von daher liegt die CDU möglicherweise einige Wochen hinter dem zurück, was eigentlich aktuelle Sachlage ist.

Im Sinne der Empfehlung des Ausschusses werden wir uns unterstützt fühlen und im Vermittlungsausschuss die Interessen des Landes so auch wahrnehmen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Darum schließe ich die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

- Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit! - Ich halte Sie damit einverstanden, meine Damen und Herren, dass wir nur über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen und dass die in die Ausschussberatung einbezogenen Änderungsanträge damit erledigt sind.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 1695 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Keine Stimmenthaltung. Ich stelle fest, dass die Mehrheit der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen gefolgt ist.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Meine Damen und Herren, ich kann erst fortfahren, wenn etwas mehr Ruhe eingekehrt ist.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Nationalparke „Niedersächsisches Wattenmeer“ und „Harz“ - Nachhaltigen Naturschutz miteinander aktiv weiterentwickeln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1655

(Anhaltende Unruhe)

Eingebracht wird der Antrag vom Herrn Kollegen Inselmann. Bitte schön, Herr Inselmann! Aber beginnen Sie bitte erst dann, wenn etwas mehr Ruhe eingekehrt ist.

Inselmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag zu Tagesordnungspunkt 26 in der Drucksache 14/1655 - ein Thema, das uns schon öfter beschäftigt hat. Es geht um die Nationalparke „Niedersächsisches Wattenmeer“ und „Harz“.

Ich will eine Bemerkung zur Ausgangslage machen, Frau Pruin.

(Frau Pruin [CDU]: Warum gleich „Frau Pruin“? Hier ist eine ganze Gesellschaft!)

Wir haben im Juni 1999 ein Gesetz verabschiedet - mit Bezugnahme auf eine Verordnung der früheren Regierung Albrecht. Hintergrund war das Urteil zum Nationalpark „Elbtalau“. Wir wollten für die Nationalparke „Niedersächsisches Wattenmeer“ und „Harz“ eine höhere Rechtssicherheit erreichen. Zusage war, die Verordnungen im Gesetzgebungsverfahren im Verhältnis von 1:1 umzusetzen, und das haben wir auch getan, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Was? - Frau Pruin [CDU]: Oh!)

In dem Verfahren hat es aber auch eine Vielzahl von sehr positiven Anregungen und Hinweisen, aber auch Bedenken, insbesondere von den Inseln, gegeben, die durchaus ernst zu nehmen waren. Wir haben gesagt: Die wollen wir aufnehmen, und dazu bietet sich ein Verfahren an. - Dieses Verfahren, das dann auch beschlossen worden ist, werde ich gleich skizzieren. Heute liegt die Antwort der Landesregierung auf den Beschluss des Landtags, der Bericht als Ergebnis des Verfahrens, auch vor.

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, worum es eigentlich ging. - Die Insel Langeoog hatte bei dem Verfahren der Regierung Albrecht 1985 Vorschläge zur Änderung eingebracht. Diese Vorschläge sind allesamt im Verfahren verschwunden und konnten nicht umgesetzt werden. Seit 1986 versucht nun die Insel Langeoog

(Ontijd [CDU]: „Langeoog“ heißt die!
- Zurufe von der CDU: Langeoog!)

- Langeoog -, dem Land Niedersachsen zu erklären, auch Ihnen, Frau Pruin,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

warum 1986 Fehler gemacht worden sind.

(Frau Pruin [CDU]: Keine Fehler!)

Wir meinen, dass ein Teil der Forderungen der Insel berechtigt ist. Wir haben gesagt: Wir wollen die umsetzen; wir müssen ein Verfahren finden, um da entgegenzukommen. - Und das ist passiert, meine Damen und Herren.

Was war die Zusage? - Die Bedenken, Anregungen und Hinweise aufzunehmen und die Regierung zu beauftragen, einen Bericht darüber anzufertigen, vor Ort Gespräche über Kompromisslinien, die entwickelt werden sollten, zu führen, das alles dem Parlament in Form eines Berichtes vorzulegen, damit das Parlament im Gesetzgebungsverfahren darüber entscheiden kann, wie damit umgegangen werden soll. Die Landesregierung hat auch pünktlich zum Stichtag 1. Juni diesen Bericht vorgelegt und uns als Gesetzgeber Empfehlungen gegeben.

Wir schlagen jetzt vor, in ein Gesetzgebungsverfahren einzutreten, meine Damen und Herren. Wir werden im September, nach der Sommerpause, einen Gesetzentwurf betreffend das Gesetz über die Nationalparke „Niedersächsisches Wattenmeer“ und „Harz“ vorlegen. Das Gleiche, was ich gerade am Beispiel der Insel Langeoog geschildert habe, war nämlich auch das Problem im Harz. Dort hat es ebenfalls Schwierigkeiten gegeben. Bei der Erstfassung der Verordnung sind Dinge nicht berücksichtigt worden. Ich nenne nur einmal als Beispiel den großen Parkplatz in Torfhaus - immer wieder ein Ärgernis im Harz. Keinem normalen Menschen kann man erklären, dass der zum Nationalpark gehört, meine Damen und Herren. Man kann sicherlich sagen, dass der herausgenommen werden muss. Das vereinfacht auch die Probleme

für die Gemeinde. Deshalb haben wir gesagt: Auch das nehmen wir in dem Verfahren auf.

Es gibt weitere Anregungen und Bedenken aus dem Harz, die in dem Bericht ebenfalls aufgeführt sind, die die Landesregierung in Gesprächen aufgearbeitet hat und zu denen uns die Landesregierung Empfehlungen gibt. Das alles soll Bestandteil des Gesetzentwurfs sein, den wir im September 2000, nach der Sommerpause, einbringen werden. Da kann das ins Verfahren gegeben und von uns eingearbeitet werden.

Insofern, Frau Pruin, sind auch Ihre Sorgen völlig unberechtigt, Sie könnten sich nicht einbringen. Sie als Parlamentarierin in der Opposition sind genauso wie wir als Parlamentarier in der Regierungsfraktion Herr oder Frau des Verfahrens. Wir bringen uns in den Gesetzentwurf ein. Wir nehmen die Bedenken auf. Wir machen auch noch eine Anhörung dazu, Frau Pruin.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Das ist doch Augenwischerei, Herr Inselmann!
- Frau Pruin [CDU]: Das ist gar nicht wahr! Lesen Sie doch die Zeitungen!
- Frau Ortgies [CDU]: Herr Inselmann, das ist wieder nicht wahr, was Sie sagen!)

- Frau Pruin, ich kann nicht verstehen, warum Sie als Parlamentarierin sich selbst ad absurdum führen. Wenn es etwas gibt, bei dem Sie als Parlamentarierin mitwirken können, dann ist das ein Gesetzentwurf und nicht eine Verordnung; denn die Verordnung macht die Regierung. Wenn wir als Regierungsfraktion Ihnen als Opposition schon entgegenkommen und sagen „Wir wollen ein Gesetzgebungsverfahren im Parlament machen“,

(Ontijd [CDU]: Aus anderen Gründen macht ihr das doch!)

dann sollten Sie das dankbar annehmen und nicht so tun, als seien Sie entmachtet worden!

(Zuruf von der CDU: Schreien Sie doch nicht so!)

Sie können mitwirken und mitgestalten! Das ist ein Angebot, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe, ehrlich gesagt, diese Debatte bei Ihnen nicht.

(Oestmann [CDU]: Das liegt mehr bei Ihnen als bei uns!)

Aber Sie werden uns das noch erklären; die wahren Hintergründe werden Sie uns noch erklären.

(Frau Pruin [CDU]: Das haben Sie jetzt eingebracht und nicht wir!)

Wie immer, Frau Pruin, werden Sie sachkompetent vorn auftreten und uns das erklären.

(Frau Pruin [CDU]: Ja, genau!)

Wir sind da ganz entspannt und wollen das abwarten, was Sie uns hierzu zu sagen haben.

Meine Damen und Herren, aufgrund des Berichtes - den Inhalt wird der Minister noch vorstellen - müssen wir einen Kompromiss erreichen, und zwar auch auf den Inseln. Wir müssen abwägen zwischen den Naturschutzinteressen der Umweltschutzverbände, die geäußert worden sind, und den berechtigten Interessen der Inselgemeinden - ich habe einige genannt -, aber auch der Küstengemeinden.

(Ontijd [CDU]: Was? Das ist ganz was Neues!)

Nun gibt es etwas, was neu hinzukommen wird, nämlich dass sich auch die Küstengemeinden - das war in dem Verfahren nicht vorgesehen -

(Ontijd [CDU]: Aha!)

noch äußern sollen.

(Ontijd [CDU]: Ach so!)

Wir möchten gern auch noch deren Anregungen, Bedenken und Hinweise aufgenommen haben.

Ich habe dem Minister gesagt: Ich halte es für vernünftig, dass man auch mit den Küstengemeinden darüber redet. - Das macht das Ministerium auch. Natürlich werden wir als Gesetzgeber dafür offen sein - das werden Sie, Frau Pruin, meine ich, auch sein - und versuchen, das aufzunehmen, was an positiven Anregungen, an Hinweisen, an Wünschen, auch an Bedenken aus der Sicht der Küstengemeinden geäußert worden ist.

(Frau Pruin [CDU]: Das haben wir doch schon alles einmal dargelegt! Da habt ihr alles abgeblockt!)

Das soll dazukommen. Wir sind - das habe ich an der Küste auch immer wieder erklärt - da offen. Dann wird die Summe dieser Bereiche, der Inseln, der Naturschutzverbände, der Küstengemeinden, der vielen Nutzergruppen, die es dort gibt, die Basis dessen bilden, was wir später als Gesetz beschließen.

Frau Pruin, Ihre Rolle dort ist deutlich geworden. Ich finde, das ist aber keine Rolle, die den Inseln nutzt.

(Zustimmung von Bontjer [SPD] –
Zuruf von Frau Pruin [CDU])

Deshalb werden Sie dort auch nicht gewählt. Das ist mir völlig klar, wenn ich sehe, wie Sie auftreten. Deshalb sind aus Ostfriesland andere gewählt, aber nicht Sie, Frau Pruin.

(Frau Pruin [CDU]: Eine unglaubliche
Frechheit!)

Aufgabe von Politik ist es auch, Kompromisse zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu erzielen. Ich frage mich, worin Ihre Rolle hierbei besteht. Sie treten vor Ort immer nur mit Maximalforderungen auf: Das muss so gemacht werden; alles andere ist falsch.

(Frau Pruin [CDU]: Das ist nicht
wahr! Ich habe immer von „1:1“ ge-
sprochen! – Gegenruf von Plaue
[SPD]: 1:1 ist Unentschieden!)

- Sie können gleich nach vorn kommen und hier reden. Warten Sie noch einen Moment ab. - Solche Maximalforderungen erschweren das Verfahren. Wir möchten gerne Kompromisse zwischen den Inseln, den Küstengemeinden und den Naturschutzverbänden erreichen. Ich glaube, wir sind hierbei auf einem guten Weg. Dafür ist der Bericht der erste Schritt. Der zweite Schritt wird dann das Gesetzgebungsverfahren sein. Ich bin ganz optimistisch, Frau Pruin, dass am Ende dieses Verfahrens sogar Sie sagen werden, dass das richtig war, dass Sie mit uns gemeinsam in einem Boot sitzen und rudern werden, und zwar gemeinsam mit uns in die richtige Richtung zum Wohl der Inseln und des Naturschutzes.

(Frau Pruin [CDU]: Dazu haben wir
doch beigetragen!)

Meine These ist, meine Damen und Herren, dass es bei diesem Verfahren zwei Gewinner geben wird, wenn wir das konstruktiv handhaben. Ich lade alle,

auch die Grünen und die CDU-Fraktion ein, hieran mitzuwirken. Gewinner des Verfahrens werden auch die Inselgemeinden sein, die sich wieder entwickeln können und das Feindbild „Naturschutz und Nationalpark“ nicht mehr vor Augen haben, sondern dies positiv wenden und als Werbefaktor im Bereich des Tourismus viel stärker nutzen und mit diesem Pfund wuchern können, wie dies der Harz schon sehr gut vorführt. Im Harz gibt es im Grunde nur noch eine einzige Gemeinde, die ein Problem damit hat. Ich hoffe, auch deren Problem werden wir im Rahmen des Verfahrens lösen können. Gewinner werden auch der Naturschutz im Wattenmeer und damit indirekt auch die Naturschutzverbände sein.

Wenn wir es erreichen können, dass die Inseln positiv zum Nationalpark stehen und diesen nicht immer wieder als Feindbild betrachten, dass man im Sinne der touristischen Entwicklung der Inseln und der Entwicklung des Naturschutzes gemeinsam an Lösungen arbeitet, dann hat die Region insgesamt gewonnen, Frau Pruin. Das wäre dann auch ein Gewinn für das Parlament und das Gesetzgebungsverfahren.

Ich setze darauf, dass uns dies gelingen wird. Ich habe deswegen kein Verständnis dafür - das will ich als Letztes im Zusammenhang mit der Einbringung des Antrages sagen -, wie Sie und auch andere vor Ort in den letzten Tagen agiert haben. So wird der Vorwurf erhoben - ich halte dies für einen sehr bösen Vorwurf -, dass die Regierung die Regierungspartei früher informiert habe als andere.

(Frau Pruin [CDU]: Richtig! – Frau
Ortgies [CDU]: Ich habe das aus der
Zeitung erfahren!)

- Ich habe bewusst eine pädagogische Pause von zehn Sekunden gemacht, damit Sie das noch einmal äußern können und ich damit noch einmal einen Beleg für meine These habe. Genau das ist das Problem. Der Vorwurf ist schlichtweg falsch. Was haben wir gemacht? – Etwas, was Sie genauso gut hätten machen können. Wir sind an die Küste gefahren, haben uns dort mit unseren Kommunalpolitikern und den Abgeordneten aus der Region getroffen und haben Herrn Davidsohn eingeladen, der die Gespräche geführt hat und uns über die Gespräche berichtet hat. Wir haben gesagt: Wir wollen jetzt einmal wissen, was als Zwischenergebnis für uns und die Wahlkreisabgeordneten vorzuweisen ist. - Genau das ist zur Überraschung einiger geschehen, und darüber ist auch

von den Medien berichtet worden. Ich habe das alles hier; meine Kollegen haben mir das gegeben. Ich kann an dem Verfahren nichts Schlimmes finden – außer vielleicht der Tatsache, dass wir schneller waren als Sie. Aber das ist Ihr Problem.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Inselmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Pruin?

Inselmann (SPD):

Meine Zeit reicht dafür leider nicht. Frau Pruin kann nachher selbst dazu reden.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Pruin, er gestattet nicht, aber Sie haben gleich das Wort.

Inselmann (SPD):

Frau Pruin kann gleich dazu etwas sagen. – Ich will dazu noch etwas sagen. Frau Pruin hat in ihrer Pressemitteilung auf Folgendes hingewiesen. Das hat mich schon nachdenklich gestimmt. Am 30. Mai hat die Staatskanzlei den Bericht an den Landtag abgeliefert. Am 7. Juni ist das als Drucksache verteilt worden. Frau Pruin hat gesagt, sie habe das erst am 10. Juni per Post erhalten, und das sei ein Problem für sie. Frau Pruin, wir haben gerade in anderem Zusammenhang über Internet und neue Kommunikationstechnologien gesprochen. Seit dem 5. Juni steht das im Intranet des Landtages. Sie hätten das nur abrufen müssen. Ein Blick in das Intranet hätte gereicht, und schon wären auch Sie informiert gewesen.

(Zuruf von Frau Pruin [CDU])

- Frau Pruin, bleiben Sie doch gelassen. Hören Sie mir einmal zu. Ich habe mit, was Sie gegenüber der Presse erklärt haben. Ich kann Ihnen das gern noch einmal geben. Darin steht, am 10. Juni hätten Sie das mit der Post bekommen. – Am 5. Juni hätten Sie das aber schon abrufen und sich in das Thema einarbeiten können und uns positiv begleiten und uns Tipps und Hinweise dafür geben können, was wir in den Gesetzentwurf schreiben sollen. Also, Frau Pruin: konstruktiv das Verfahren begleiten und nicht nur immer herumkritisieren! Bringen Sie sich konstruktiv ein! Dann werden wir Ihre Anregungen aufnehmen. Ich lade Sie ausdrücklich dazu ein. Hören Sie aber auf, hier eine solche Mär zu erzählen oder eine solche Legende aufzubauen,

man wolle Sie dort nicht haben, man wolle Sie sozusagen wie eine Aussätzige behandeln. Nein, wir laden Sie ein, mit uns gemeinsam am Erfolg für das Wattenmeer und den Harz zu arbeiten. Sie sind herzlich eingeladen. Lassen Sie uns anfangen, konstruktiv für die Region, zum Wohle der Inselgemeinden und auch des Naturschutzes zu arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Herr Minister Jüttner hat um das Wort gebeten.

(Frau Pruin [CDU]: Jetzt kommt auch der noch! – Gegenruf von der SPD: Hedwig schreckt vor nichts zurück!)

Jüttner, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat mit seiner Entschließung vom 16. Juni 1999 die Landesregierung aufgefordert, die im Rahmen der Anhörung des Umweltausschusses am 31. März 1999 vorgetragene und die anschließend im Zusammenhang mit der Beratung dieses Gesetzentwurfs bei der Landtagsverwaltung eingegangenen Anregungen und Bedenken zu prüfen und zu bewerten.

Die Landesregierung hat diesen Auftrag umfassend wahrgenommen. Sie hat auch nachträglich eingegangene Anregungen in den Prüfungsprozess mit einbezogen. Vor allem haben wir das Gespräch mit den Betroffenen und Beteiligten gesucht. Dieser Schritt war zwar zeitraubend und arbeitsintensiv, aber außerordentlich wichtig. Ich möchte mich ausdrücklich bei meinem Abteilungsleiter, Herrn Davidsohn, bedanken, der diese Gespräche mit viel Einfühlungsvermögen durchgeführt hat.

(Zustimmung von Inselmann [SPD])

Erst durch die zahlreichen und intensiven Gespräche war es z. B. möglich, die Wünsche und Forderungen der Inselgemeinden so zu präzisieren, dass inselspezifische Lösungen überwiegend im Konsens entwickelt werden konnten. Diese Gesprächsrunden waren auch deshalb unerlässlich, um die Interessen der Festlandgemeinden, die sich in dem Gesetzgebungsverfahren überwiegend nicht geäußert hatten, zu ermitteln und zu bewerten.

Die Gespräche des Umweltministeriums sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Einschließlich der für Juni und Juli vereinbarten Termine werden es 39 Gesprächstermine sein, die wir dann durchgeführt haben werden. Daran wird deutlich, dass wir den Menschen am Wattenmeer den Nationalpark nicht verordnen wollen, wie dies die CDU 1986 getan hat. Das Umweltministerium hat für die anstehende Novellierung einen Weg vorbereitet, den die Region mitgehen kann. Nur in einem kooperativen und konstruktiven Klima mit den Gemeinden auf den Inseln und am Festland sowie Verbänden und Interessengruppen können wir zu vernünftigen Ergebnissen kommen, zu Ergebnissen, die einerseits den Interessen des Naturschutzes Rechnung tragen und andererseits dem Wunsch nach wirtschaftlicher Entwicklung entgegenkommen.

(Ontijd [CDU]: Umgekehrt muss es sein!)

Einbezogen waren neben den Gemeinden, Städten und Landkreisen die Umwelt- und Naturschutzverbände, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Landwirtschaft, die Fischerei- und Sportverbände. Das bisher vorliegende Ergebnis, das wir in dem Bericht an den Landtag zusammengefasst haben, zeigt, dass sich für die unterschiedlichen Interessen in vielen Fällen konsensuale Lösungen finden lassen.

Der Vorschlag der Landesregierung sieht einerseits vor, aus dem Geltungsbereich des Nationalparks intensiv genutzte und überformte Bereiche zu entlassen. Dazu gehören z. B. Burgenstrände, Campingplätze, Verkehrs- und Parkplatzflächen, Entsorgungseinrichtungen und auch Landeplätze. Damit wollen wir den Wünschen und Interessen der Kommunen Rechnung tragen, die insbesondere ihre touristische Infrastruktur qualitativ voranbringen wollen, aber auch ihre Verkehrs- und Transportinfrastruktur verbessern wollen. Hierzu gehören auch Vorschläge, die eine flexiblere Handhabung bei der Erweiterung von Flugplätzen dann ermöglichen sollen, wenn europarechtliche Regelungen eine Verlängerung der Landebahnen zwingend erforderlich machen.

Andererseits werden Erweiterungen vorgeschlagen, die ökologische Zusammenhänge betonen oder die landschaftliche Vielfalt und Schönheit unterstreichen. Dazu gehören die Einbeziehung des jetzigen Naturschutzgebietes Dollart oder eines Bereichs des Borkumriffs, der mit seinen Kies-

gründen für die Reproduktion von Meerestieren große Bedeutung hat.

In der Bilanz empfiehlt damit die Landesregierung eine qualitative Bereicherung und eine quantitative Ausdehnung des Nationalparks.

Auch die innere Gliederung des Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer“ ist nach dem Vorschlag der Landesregierung in Teilbereichen zu überdenken. Das gilt für die Erholungszonen, in sehr viel größerem Umfang auch für die Ruhezone. Die einzelnen Vorschläge liegen Ihnen schriftlich vor. Wir nehmen mit diesen Vorschlägen die Herausforderung an, die sich aus den Anforderungen des europäischen Rechts der Meldung als FFH-Gebiet und als EU-Vogelschutzgebiet ergeben. Wir meinen aber auch, dass es notwendig ist, den Anforderungen des § 14 des Bundesnaturschutzgesetzes genauso Rechnung zu tragen wie § 28 a des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes. Dieses gehört in das Nationalparkgesetz integriert.

In die Richtung „mehr Verantwortung für die Kommunen“ gehen die Empfehlungen, die Erholungszonen erheblich zu erweitern und den von den Gemeinden mit Misstrauen begegneten Zustimmungsvorbehalt der Nationalparkverwaltung in den Erholungszonen zu streichen.

Für den Nationalpark „Harz“ mit seinen wesentlich neueren und moderneren rechtlichen Regelungen haben sich erheblich weniger Änderungsvorschläge ergeben. Sie sind das Ergebnis von sieben Gesprächsrunden vor Ort. Konkret zu nennen sind die Anregungen zur Herausnahme intensiv genutzter und überformter Flächen im Erholungsbereich Torfhaus, entsprechend vergleichbaren Situationen im Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“.

Meine Damen und Herren, insgesamt kann mit Befriedigung festgestellt werden, dass mein Ansatz, Naturschutz mit den Bürgerinnen und Bürgern zu machen, für viele Seiten positive Effekte bringen wird. Dazu gehören Kommunalentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Tourismus und nicht zuletzt der Naturschutz. Die Ergebnisse, die im Bericht der Landesregierung dargelegt werden, lohnen aufgegriffen zu werden, um einen hochwertigen Nationalpark mit großer Akzeptanz in der Region zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Pruin hat jetzt ums Wort gebeten.

(Biel [SPD]: Hat sie nicht ihre Wortmeldung zurückgezogen?)

Frau Pruin (CDU):

Das hättest du wohl gerne, wie?

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Ein seltsamer Gesetzgebungsprozess geht in die letzte Runde“. Das schrieb in der vergangenen Woche die „Ostfriesen-Zeitung“. Recht hat der Journalist, der diese Formulierung wählte, wobei das Wort „seltsam“ durchaus durch das Wort „skandalös“ hätte ersetzt werden können,

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

nicht unbedingt wegen der Inhalte, sondern wegen des Verfahrensablaufs. Hier muss ich Ihnen widersprechen, Herr Inselmann. Wenn Sie sagen, wir hätten im Internet surfen können, dann kann ich nur sagen: Wir können nicht surfen, wenn Sie es nicht bekannt geben.

(Bontjer [SPD]: Können Sie das überhaupt?)

- Ich kann das im Gegensatz zu Ihnen, Herr Bontjer; hier müssen Sie sich schon ein wenig anstrengen. - Sie haben behauptet, am 5. Juni hätten wir das haben können. Bereits am 29. Mai stand in der „Ostfriesen-Zeitung“, dass die SPD-Fraktion am letzten Maiwochenende informiert hat. Ich frage Sie: Wie sollen wir denn informieren, wenn nur Sie die Informationen haben?

(Frau Pawelski [CDU]: So ist es! - Zuruf von der SPD)

Uns liegt heute ein Antrag der SPD-Fraktion zur Diskussion vor, den man getrost mit „Hurra Landesregierung“ überschreiben kann. Das ist passend zu dem, was mir der Kollege Inselmann in der Plenarsitzung im Mai gesagt hat. Er hat gesagt: Wir können nur noch Hurra schreien und nur noch klatschen.

(Inselmann [SPD]: Ja!)

- Nein, Herr Inselmann. - Zum Hurra schreien besteht nun wirklich überhaupt kein Anlass, zu-

mindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt, denn noch liegt das Gesetz nicht vor. Was Sie bejubeln möchten, ist eine Absichtserklärung der Regierung. Wir wissen ja alle: Absichtserklärungen sind nur Absichtserklärungen. Sie sind Wunschdenken, und im besten Falle werden die darin angesprochenen Wünsche umgesetzt, aber soweit sind wir noch nicht. Ein wenig Lob will ich durchaus gelten lassen:

(Zurufe von der SPD)

Lob für die zahlreichen Gespräche - hören Sie doch zu, wenn ich Sie schon einmal lobe -, die Vertreter des Umweltministeriums in den vergangenen Monaten mit den Kommunen auf den Inseln und dem Festland geführt haben. Man kann sicherlich nicht jede Forderung erfüllen, aber man kann sich bemühen, einen möglichst breiten Konsens zu schaffen. Der Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ steht und fällt mit der Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort. Die CDU hat stets vor einer unnötigen Eile gewarnt. Wir haben gefordert, dass mit den Betroffenen konstruktiv gearbeitet wird. Insofern erkennen wir es durchaus an, dass Umweltminister Jüttner unsere Forderungen erfüllt hat und sein Mitarbeiter Herrn Davidsohn - ich erwähne ihn noch einmal, damit ich die Wette noch einmal gewinne - verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückerobert kann. Aber die Menschen vor Ort sind skeptisch, sehr skeptisch sogar. Sie trauen Ihnen nicht mehr. Wie sonst erklären Sie sich, dass sechs Inselgemeinden den Beschluss gefasst haben, gegen das bestehende Gesetz zu klagen? Sie befürchten, dass die Klagefrist abläuft und ihnen damit jede Möglichkeit genommen wird, Einfluss auf das seit Mitte des vergangenen Jahres geltende Gesetz zu nehmen. Nein, so lobenswert die Bemühungen auch waren, die Skepsis und auch die Angst, von der Regierung unfair behandelt zu werden, sind geblieben.

Wer den Antrag der SPD-Fraktion genau liebt, muss den Eindruck gewinnen, als seien die Gespräche erfolgreich gewesen, als gebe es nur zufriedene Kommunen. Dem ist aber keineswegs so. Auf die Klageankündigung der Inseln habe ich bereits hingewiesen. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge lässt sich feststellen, dass sich bislang nur die Nordseeinseln Norderney, Spiekeroog und Wangerooge mit den Vorschlägen des Umweltministeriums möglicherweise einverstanden erklären.

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

- Doch. - Juist und Langeoog hingegen sehen ihre Hauptforderungen als nicht erfüllt an. Ich erinnere nur an das Vernachlässigen der Hellerpflege auf Juist. Hier von einem erreichten Konsens zu sprechen, ist ja wohl wirklich am Sachverhalt vorbei. Die Insel Baltrum ist mit den Absichtserklärungen überhaupt nicht zufrieden. Warum sonst hat die Kommune den Beschluss gefasst, sich aus dem Nationalpark herauszuklagen? Unzufrieden sind auch die Borkumer, denn die eingerichtete Erholungszone westlich des Flughafens ist nicht ausreichend bemessen. Hier ist noch Handlungsbedarf. Das weiß Herr Davidsohn auch schon. Hinzu kommt, dass naturschutzfachliche Begründungen für eine Ausweitung der Ruhezeiten nicht vorliegen. Das gilt im Übrigen auch für die schon bereits bestehenden Ruhezeiten.

Besonders besorgt sind die Inseln aber darüber, dass eine Änderung des § 14 des Bundesnaturschutzgesetzes die Entwicklungschancen beeinträchtigen oder den erreichten Stand infrage stellen kann. Auf Seite 9 der Drucksache 1645 steht im sechsten Absatz hierzu:

„Diesen Befürchtungen sollte bei einer eventuell anstehenden Novellierung auf Bundesebene Rechnung getragen werden.“

Schwammiger hätte das wohl kaum formuliert werden können. Was die Inseln brauchen und von uns Politiker erwarten, sind klare Zusagen für die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten. Nicht nur für den Nationalpark brauchen wir eine eindeutige Zukunftsperspektive, sondern gerade auch für die Menschen in den betroffenen Regionen.

Der Landesregierung droht aber noch weiteres Ungemach. Der Dollart soll plötzlich Bestandteil des Nationalparks werden. Bislang ist das Gebiet Naturschutzgebiet. Es in den Nationalpark einzu beziehen, stößt bei den Betroffenen auf große Kritik. Betroffen sind in diesem Fall die Gemeinden Jemgum und Bunde im Landkreis Leer. Keine dieser Kommunen ist für die Einbeziehung des Dollarts, und das, obwohl alle Kommunen – nebenbei erwähnt - von der SPD regiert werden. Also, Herr Inselmann, zum Hurra schreien sind auch die eigenen Parteifreunde nicht bereit. Der Pressesprecher des Landkreises Leer hat das in der vergangenen Woche auf den Punkt gebracht, nämlich als er sagte: Der Dollart steht unter Naturschutz, und das reicht. - Warum eigentlich, lieber Herr Jüttner, ist bislang dieser wichtige Punkt nicht mit den Anrainergemeinden bespro-

nergemeinden besprochen worden? Nun hören Sie gut zu. Am 29. Juni gibt es im Ministerium eine Anhörung, zu der die Gemeindevertreter aus dem Rheiderland eingeladen werden. Zwei Tage vorher geht der Arbeitskreis Umwelt der SPD-Landtagsfraktion vor Ort. Warum eigentlich so spät, wenn sie in der Presse schon erklären, dass sei alles gelaufen, und der Dollart werde mit hineingenommen?

Was den Dollart selbst abgeht, kann ich es mir ganz einfach machen. Hier möchte ich aus dem Protokoll der Landtagssitzung vom 9. Mai 1996 zitieren. Dort habe ich Folgendes gesagt:

„Auf Anfrage einer hiesigen Zeitung lieferte das Umweltministerium vorige Woche schon folgende Meldung: Der Nationalpark Wattenmeer soll in zwei Jahren in Richtung Dollart erweitert werden ...

(Zuruf von der SPD: Was spricht dagegen?)

... Wie die Pressesprecherin des Ministeriums erklärte, ist das größte Problem für die Unterschutzstellung des Dollarts im Rahmen des Nationalparks nach wie vor die Unklarheit über den Verlauf der Grenze zwischen Deutschland und den Niederlanden. Wenn die Grenzfrage geklärt sei, werde das Ministerium umgehend das notwendige Verfahren unter Einbeziehung zahlreicher Behörden und der betroffenen Gemeinden einleiten.“

(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)

Wohlgermerkt: Das war im Mai 1996. Und Sie tun so, als ob das alles im Jahre 2000 noch besprochen werden kann. Wann ist eigentlich die Grenze im Dollart festgelegt worden, oder gilt das Argument, dass die Ministerin Griefahn hier gebracht hat, heute nicht mehr? Vor allem frage ich mich, was mit dem holländischen Teil des Dollart ist. Mir ist nicht bekannt, dass die Niederländer hier etwas unternehmen. Wäre es nicht sinnvoll, das Problem zumindest gemeinsam mit unserem Nachbarn anzugehen?

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Dollart zum Nationalpark gehört, dann können sich die Rheiderländer ihren Wunsch nach Ausbau des Fremdenverkehrs und des Tourismus schlicht abschminken, und diese Besorgnis haben sie auch schon. Der Landkreis Leer hat das ganz offiziell in einer großen Schlagzeile in der „Ostfriesen-Zeitung“ mitgeteilt, Herr Inselmann. Deshalb fahren Sie ja auch jetzt hin.

Ich möchte einmal wissen, was Ihr Parteikollege, der jetzige Bürgermeister aus Emden, Herr Brinkmann, dazu sagt. Ich kann mir vorstellen, dass er darüber nicht begeistert ist.

Meine Damen und Herren, noch ist nichts entschieden, noch liegt nicht einmal ein Gesetzentwurf zur Änderung des Nationalparkgesetzes vor. Wir reden, wie schon gesagt, ausschließlich über Absichtserklärungen und über das vorgezogene Lob durch die SPD-Fraktion. Warten wir es doch ab, was in dem Gesetzentwurf letztlich stehen wird und was vor allem die noch zu führenden sehr wichtigen Gespräche mit den Betroffenen ergeben werden! Es gibt noch jede Menge Konfliktpotential mit den Kommunen im Landkreis Leer - ich habe das aufgeführt -, aber auch z. B. mit dem Seglerverband Niedersachsen und mit den Inseljägerschaften, die die allmähliche Aushöhlung der Jagd über die Nationalparkgesetzgebung hinaus erfahren.

Die SPD feiert heute ihr zehnjähriges Regierungsjubiläum.

(Schack [SPD]: Sehr gut!)

Zehn Jahre SPD-Regierung bedeuten zehn Jahre Konflikte mit dem Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“.

(Starker Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Kollegin Steiner.

Frau Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat uns mit diesem Antrag eine Perle unter den Anträgen dieses Jahres vorgelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte den Antrag in Anlehnung an Ludwig Thoma aber kürzer fassen. Sie erinnern sich an die

Geschichte: Der Bayer Alois sitzt auf einer Wolke und erfüllt seine himmlischen Pflichten, indem er ohne Unterlass „Halleluja, Halleluja“ ruft, bis es ihm zu blöd wird und er nur noch sagt: Luja, sag i, luja, sag i. - Das kann auch Ihnen passieren, wenn Sie noch mehr solcher Anträge einbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Mir kommt dieser Antrag weniger als die Vorlage zu einer Beratung denn als die Anstimmung eines Jubelchors vor. Ich möchte kurz zusammenfassen, was wir hier eigentlich beschließen sollen: Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung gearbeitet hat. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung das Gespräch mit den in den Nationalparks lebenden Menschen gesucht hat und zu Lösungen gekommen ist. Der Landtag dankt allen, die an den Konsensgesprächen mitgewirkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Lösung sei optimal, weil allen gegeben und niemandem genommen werde. - Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, in diesen Jubelchor werden die Grünen nicht einstimmen. Wir fühlen uns durch einen solchen Antrag, gelinde gesagt, Herr Inselmann, veräppelt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Mittlerweile liegt uns ja die Unterrichtung durch die Landesregierung vor, auf die sich das Jubiläum Ihrer Fraktion bezieht. Sie stellen darin fest, dass einerseits - das ist eine tolle Lyrik - durch die Einbeziehung ökologisch bereichernder Flächen der Naturschutz vorangebracht werde, andererseits aber auch den Interessen vor Ort im Hinblick auf die touristische Entwicklung und die verkehrliche Anbindung Rechnung getragen werde. So ausgewogen, wie sich das in Ihrem Antrag anhört, ist es aber leider nicht.

Wir begrüßen natürlich, dass eine Erweiterung der geschützten Fläche vorgesehen ist, dass der Nationalpark auf die Küste übergreifen soll und dass das Naturschutzgebiet Dollart endlich einbezogen werden soll.

(Inselmann [SPD]: Das ist doch schon mal was!)

Aber die Verkleinerung und Neuzuschneide der Schutzzonen auf den Inseln sind erheblich. Ganze Strandbereiche sind wieder weiß, d. h. sie sind aus

den Ruhezonem herausgenommen. Dass existierende Flugplätze aus dem Nationalparkgebiet herausgenommen werden, ist nicht verwunderlich; denn da passen sie eigentlich auch nicht hinein. Aber warum müssen denn Landebahnverlängerungen mit eingeplant werden?! - Jede Insel hat versucht, ein Golfplatzprojekt unterzubringen; den meisten ist es gelungen. Die Inselgemeinden haben gefeilscht nach dem Prinzip: Ein paar Quadratmeter mehr zur Umwidmung in die Ruhezone, wenn wir dafür unseren riesigen Golfplatz bekommen.

Natürlich beneide ich Herrn Davidsohn auch nicht um seine 39 Gesprächsrunden, davon viele mit Vertretern, die nicht den Nationalpark verändern, sondern ihn am liebsten abschaffen wollen und in einer Art und Weise zündeln, wie, Frau Pruin, Ihre Fraktion das ja auch häufig gern getan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Inselgemeinden sehen die Möglichkeit der Tourismusentwicklung im Nationalpark nämlich eingeschränkt. In Wirklichkeit hecheln sie mit ihren Vorstellungen einem vermeintlichen Trend hinterher, nämlich dem Trend Golfplätze, und glauben, dadurch ihre Attraktivität erhöhen zu können, und das in schöner Konkurrenz gleich zur nächsten Nachbarinsel. Ich kann mir gut vorstellen, wie das aussieht, wo das enden kann: Die Landebahnen werden verlängert, die Sportflieger kommen häufiger - die müssen ja auch immer ihre Stunden abdienen, um ihre Flugerlaubnis weiterhin zu haben -, am Wochenende fliegen die kurz in Langeoog oder in Borkum ein, golfen ein bisschen, düsen wieder ab, und zwar ohne im Zweifelsfall dort übernachtet zu haben.

(Zuruf: Genau so wird es kommen!)

Das Problem liegt doch nicht im Nationalpark, nicht in der Existenz von Zonen zum Schutz der Natur und des Wattenmeeres, sondern liegt in der fehlenden Tourismuskonzeption, in der fehlenden gemeinsamen Tourismuskonzeption der Inseln.

Wenn ich die Veränderungen vom Eindruck her bewerten sollte, was ich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit aber nicht in vollem Umfang tun kann, dann würde ich sagen: Das Ganze läuft auf eine Entkopplung des Nationalparks von den Bereichen der Kommunen für Tourismus hinaus. Die vorgesehenen Änderungen bedeuten trotz der Erweiterungen an anderen Stellen in vielen Punkten insgesamt eine Schwächung und eine Abwertung des Nationalparks. Ein ganz be-

sonderes Highlight ist im Übrigen noch darin zu sehen, dass die Verlagerung von Kompetenzen auf die Landkreise vorgesehen ist.

(Frau Pruin [CDU]: Das ist wichtig!)

Das wird die Nationalparkverwaltung weiter schwächen und die Begehrlichkeiten der Kommunen und deren Hineinregieren noch verstärken. Das heißt: Die Perspektive der Entwicklung einer Nationalparkregion ist weit weg, und es ist nicht verwunderlich, dass bereits jetzt im innerdeutschen Ranking der Nationalpark am schlechtesten bewertet wird.

Zum Schluss noch eine Anmerkung - auch wenn es sich schon fast gar nicht mehr lohnt, darüber zu reden - zu diesem Verfahren: Wir haben den Zeitungen von Ende Mai ohne Ende entnehmen können, was vonseiten der SPD-Fraktion über die Unterrichtung dargestellt wird, welche Gespräche mit den Kommunen geführt wurden. In der Zeitungsberichterstattung - Sie brauchen sich das nur anzuschauen - wird alles als vollendete Tatsache gehandelt.

(Beifall bei der CDU)

Sie glauben doch nicht wirklich, dass Sie in der Diskussion im Ausschuss, wenn sich dort ergibt, dass man auch anders gewichten könnte, etwas von diesen Kompromissen, die Sie da eingegangen sind, wieder zurücknehmen werden. So etwas zu behaupten wäre doch wirklich Augenwischerei.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Herr Swieter, der sich eigentlich auch auskennen müsste, geht sogar so weit, schon den Gesetzentwurf der Landesregierung mit all den wunderbaren Neuerungen zu begrüßen, die dieser Gesetzentwurf mit sich bringe.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Von daher wissen wir, woher der Wind ungefähr weht und was wir von der kommenden Beratung zu halten haben. Ich frage mich wirklich, was wir da eigentlich noch beraten sollen, wozu wir hier im Parlament eine Beratung führen sollen. Für Schaulensterdebatten? - Nach sechs Jahren Alleinregierung ist Ihnen die Arroganz der absoluten Mehrheit ganz schön zu Kopfe gestiegen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat noch einmal der Kollege Inselmann.

Inselmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es bedauerlich, dass sich die Grünen nicht mit uns freuen wollen, aber wir können uns auch allein freuen, Frau Steiner.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Das macht ihr heute Abend sowieso!)

Auch das macht Spaß, keine Sorge.

Im Übrigen hat das nichts mit Arroganz zu tun. Aber wir sind natürlich schon selbstbewusst, wenn wir etwas Gutes geleistet haben. Ich finde, dass die Landesregierung hier eine sehr gute Vorleistung für uns erbracht hat. Das ist eine sehr gute Materialsammlung, eine sehr gute Darstellung dessen, was auf den Inseln gewünscht wird und was zum Teil ja auch die Umweltverbände wünschen. Insofern liegt hiermit ein Kompromiss vor.

Natürlich werden wir diesen Kompromiss um das ergänzen, was die Gespräche erbringen, und auch um die Anregungen und Bedenken ergänzen, die die Anhörung erbringen wird. Das ist doch klar. Wir als Parlament sind doch Herr oder Frau des Verfahrens. Ich verstehe auch nicht, dass Sie von so wenig Selbstbewusstsein getragen sind. Wir wollen gern dabei helfen, Ihnen das Selbstbewusstsein wieder beizubringen, d. h. wir machen das gemeinsam im Ausschuss, und zwar konstruktiv mit der Landesregierung.

Meine nächste Bemerkung bezieht sich auf das, was Frau Pruin angesprochen hat. Ich nehme als Beispiel Langeoog: Mehr als 75 % der Forderungen der Insel sind nach dem Bericht erfüllt. - Sie haben hier gesagt, dass deren Forderungen nicht haben umgesetzt werden können. In Wahrheit sind mehr als 75 % der Forderungen erfüllt.

Auch den Beschluss der Inselgemeinden zur Klage haben Sie unfairerweise nur halb zitiert. Natürlich haben sie gesagt, sie reichten die Klage ein, um die Frist zu wahren. Sie haben aber auch gesagt, dass sie die Klage zurücknehmen, wenn der Bericht umgesetzt wird, Frau Pruin. Das ist der Beschluss der Inselgemeinden. Das ist doch schon einmal ein

Vertrauensbonus für die Landesregierung und auch für uns im Parlament, wenn die sagen: Was in dem Bericht steht, das ist eine Konsensmöglichkeit, die wir bereit sind zu akzeptieren. - Ich finde, Frau Pruin, das muss man positiv werten. Das ist doch schon einmal ein Zeichen, dass dort mit dieser Sache konstruktiv umgegangen wird, übrigens konstruktiver, als Sie das hier getan haben.

Meine nächste Bemerkung bezieht sich auf den Dollart. Ich habe das schon einmal gesagt, Frau Pruin. Wir sind nicht im Jahre 1996, sondern im Jahre 2000. Wir haben ein Verfahren, und der Dollart ist in dem Bericht der Landesregierung enthalten. Wenn jetzt gute Argumente dafür gebracht werden, dass Flächen dazukommen sollen oder herausgenommen werden sollen, dann werden wir das machen. Aber wir haben das auf das eigentliche Naturschutzgebiet bezogen. Das hat ja auch gute Gründe. Die Stichworte „Holland“ bzw. „Grenze“, die Sie angesprochen haben, sind in diesem Zusammenhang überhaupt nicht relevant, sondern es geht nur um die Fläche des Dollart, d. h. um das reine Naturschutzgebiet.

Das ist aber nicht das Problem. Das können wir machen, Frau Pruin. Das ist wohl auch nicht das, was kritisiert wird. Es wird bei den Gesprächen mit den Küstengemeinden um Verfahrensfragen gehen, die wir auch klären werden.

Als Letztes komme ich zur EU-Gesetzgebung. Das hat Frau Steiner natürlich auch wieder nicht richtig dargestellt. Warum müssen die Landebahnen denn verlängert werden? - Sie müssen es, weil es eine neue EU-Gesetzgebung gibt. Wenn wir das nicht machen würden, dann müsste man für jede Flugbewegung, die dort stattfindet, jeweils eine Start- und Landeerlaubnis von der Bezirksregierung Weser-Ems einholen. Solchen Unsinn machen wir nicht mit. Deshalb haben wir im Sinne der Inselgemeinden gesagt: Das wird herausgenommen, und die Landebahnen werden verlängert.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, dass auch der Naturschutz damit leben kann. Es ist völlig unsinnig, eine Landebahn unter Naturschutz stellen zu wollen. Solche Dinge, Frau Steiner, führen - - -

(Zuruf von Frau Steiner [GRÜNE])

- Das ist aber das, was die Naturschutzverbände fordern. Sie sagen: Die Landebahn generell unter Schutz stellen; kein Flugverkehr mehr auf den

Inseln. Solch ein Unsinn trägt dazu bei, dass die Akzeptanz für den Nationalpark schwindet. Das machen wir nicht mit. Genau das Gegenteil wird passieren, wenn wir das so machen, wie wir es vorgeschlagen haben: Die Akzeptanz wird steigen.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Pruin möchte ihre winzige Restredezeit noch nutzen. Bitte sehr!

Frau Pruin (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Inselmann, zunächst einmal möchte ich sagen: Sie wollten unser Selbstbewusstsein stärken. Stärken Sie erst einmal Ihr eigenes.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagten: Wenn der Bericht denn umgesetzt wird, dann sind alle zufrieden.

(Inselmann [SPD]: Das sagen die Inseln!)

Jetzt sage ich Ihnen aber: Wenn er denn umgesetzt wird - ich habe doch deutlich erklärt, wie misstrauisch die sind - - -

(Inselmann [SPD]: Sie sind misstrauisch!)

- Sie machen das doch nur, damit die nicht klagen, damit die Klagefrist verstreicht. Dann können Sie später sagen: Die Umweltverbände haben uns erklärt, das und das müsste noch mit hinein. Dann werden Sie die Schuld nicht einmal auf sich nehmen. Dann werden Sie sagen: Das haben die Umweltverbände erzwungen.

Zum Dollart möchte ich Ihnen einen letzten Satz sagen. Sie sagten, von 1996 wurde heute nicht gesprochen.

(Inselmann [SPD]: Sie haben gesagt: 1996!)

Ich sage Ihnen einen Satz dazu, was Sie schon 1996 vorhatten. Lesen Sie es im Protokoll der Plenarsitzung vom 9. Mai nach.

(Inselmann [SPD]: Ich weiß, was wir vorhaben! Ich war dabei!)

- Hören Sie einmal zu. - Darin steht: Nach Auffassung des Ministeriums - leider ist das jetzt ein anderer Minister, aber vielleicht gilt das ja, was das Ministerium gesagt hat - sei jedoch schon heute klar, dass die Natur nach der getroffenen Grundsatzentscheidung, den Dollart zum Nationalpark zu machen, Vorrang habe. - Was wollen Sie also noch darüber diskutieren, wenn Sie das schon 1996 bekannt gegeben haben?

Im Übrigen haben Sie die Frage zu den Niederlanden bis heute noch nicht beantwortet. Nicht einmal der Minister hat gesagt, ob das geklärt ist. Es hatte Vorrang, dass zumindest geklärt wird, wo die Grenze zwischen Deutschland und den Niederlanden verläuft. Dass Sie den niedersächsischen Teil des Dollart in den Nationalpark „Wattenmeer“ aufnehmen wollen, werden Sie vor Ort noch verkaufen müssen, auch bei Ihren Genossen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt. Wir kommen zur Ausschussüberweisung des Antrages, und zwar federführend an den Ausschuss für Umweltfragen und mitberatend an die Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr, für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Wer das so beschließen möchte, der kann das durch Handzeichen erkennbar machen. - Das ist dann so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 27:

Erste Beratung:

Förderung des Radverkehrs - „Masterplan Fiets“ für Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1657

Das Wort hat Herr Kollege Wenzel.

Wenzel (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident! Der Finanzminister hat schon wieder Befürchtungen, dass es nur an seine Tasche geht, aber ich meine, Herr Aller, wir haben damit noch mehr im Sinn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Niederlande haben mit

ihrem „Masterplan Fiets“, dem Masterplan für die Entwicklung und Förderung des Fahrradverkehrs, in den letzten Jahren einen beispiellosen Erfolg eingefahren.

(Zuruf von der CDU: Da ist es auch flacher!)

- Niedersachsen ist auch einigermaßen flach. Bei uns ist die höchste Erhebung nicht so ungewöhnlich hoch.

Die Niederlande wollten mit diesem Masterplan den Anteil der Wege, die mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, massiv steigern, und sie haben das auch geschafft. Der öffentliche Personennahverkehr wurde durch die Vernetzung der Verkehrsträger gestärkt, die Sicherheit von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern wurde deutlich verbessert, die Diebstahlsicherung wurde vorangebracht, und schließlich wurde viel Wert darauf gelegt, die Kommunikation zwischen allen staatlichen Ebenen, der kommunalen Selbstverwaltung, den Verkehrsunternehmen, Betrieben, Krankenkassen, Schulen, Kindergärten, Einzelhändlern, der Tourismusbranche und auch den Medien zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bilanz der Niederlande ist einem einfachen, aber sehr wirkungsvollen Rezept geschuldet: Man hat ein klares Ziel definiert,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und man hat versucht, alle Akteure zu vernetzen. Ich würde mich freuen, wenn auch wir in Niedersachsen von den Erfahrungen der Niederlande profitieren könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Stärkung des Fahrradverkehrs hat in Niedersachsen eine längere Tradition. 1979 hatte sich die CDU-Landesregierung bereits für ein landesweites Radwegenetz engagiert.

(Zustimmung von Eppers [CDU] und Fischer [CDU])

- Das sei hier extra erwähnt, Herr Fischer. - 1990 hat die rot-grüne Landesregierung die Finanzierung des Radwegebaus deutlich verstärkt und eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet.

(Pörtner [CDU]: Aber jetzt?)

Danach hat sich die Kurve hinsichtlich der Finanzen leider wieder etwas abgeflacht, aber deshalb reden wir ja auch über das Thema.

Der Weser-Radweg ist heute wahrscheinlich der am stärksten frequentierte Radweg der Bundesrepublik. Laut Statistik des ADFC fahren hier mehr als 150.000 Radler je Saison. Niedersachsen wird von fünf bundesweiten Radfernwegen durchschnitten, und vier Routen des geplanten „Euro-Velo-Netzes“ werden auch durch Niedersachsen führen. 1999 befanden sich mehr als 3 Millionen Bundesbürger auf mehrtägigen Radreisen. Jeder fünfte Urlaub ist mittlerweile ein Fahrradurlaub, sogar jeder vierte Inlandsurlaub ist ein Fahrradurlaub, und auch die Kaufkraft, die hier bewegt wird, kann sich sehr wohl sehen lassen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das reicht bei weitem nicht aus. Wir müssen in Niedersachsen noch viel tun. Der VCD schlägt als Ziel für einen Masterplan beispielsweise vor, dass der Radverkehrsanteil bis 2010 auf 20 % gesteigert wird. Die Niederlande haben heute schon einen Anteil von 27 % erreicht. Das VCD schlägt vor, dass ein Drittel der Pkw-Fahrten mit einer Länge von weniger als 5 km wenn möglich auf das Fahrrad verlegt wird. Außerdem wird vorgeschlagen, auch das Ziel zu setzen, dass die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten und verletzten Radfahrer halbiert wird.

Auch im täglichen Verkehr, auf dem Weg zum Einkaufen, zur Arbeit oder ins Schwimmbad, kann das Fahrrad eine wesentlich größere Rolle spielen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. 50 % aller Wege, die mit dem Auto zurückgelegt werden, sind nach einer Analyse des Socialdata-Instituts in München kürzer als 5 km. Das ist eigentlich ein sehr erstaunlicher Wert, der sich aber bei verschiedenen Untersuchungen immer wieder bestätigt hat und der zeigt, wo das Potential des Fahrrads liegt.

Wenn man einen relevanten Teil dieser Wege mit dem Fahrrad zurücklegen würde, dann würde zugleich ein wichtiger Beitrag zur verkehrlichen Entlastung der Städte und Dörfer geleistet. Gleichzeitig würde die Mobilität verbessert, weil kein anderes Verkehrsmittel auf kurzen Wegen so schnell und wendig ist wie das Fahrrad. Das gilt auch für Bevölkerungsgruppen, die eben nicht jederzeit ein Auto zur Verfügung haben.

Die Frage, die zurzeit auch diskutiert wird, zumindest in Radfahrerkreisen, lautet: Muss es einen nationalen Masterplan geben, oder ist es besser, einen Masterplan auf Landesebene zu machen? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Niederländer haben einen nationalen Masterplan aufgelegt, aber die Niederlande sind von der räumlichen Ausdehnung her auch kleiner. Ich meine, dass hier kein Widerspruch vorliegt, sondern dass vielmehr Synergieeffekte entstehen können. Jede staatliche und kommunale Handlungsebene muss ihre Hausaufgaben machen und muss sich ihre Ziele setzen. Das Land ist näher vor Ort als der Bund. Hier muss das Radwegebauprogramm verbessert und verstärkt werden. Die Fördermöglichkeiten nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz müssen stärker an den Radwegebau angepasst werden; Stichwort beispielsweise „Bagatellgrenze“. Bei der Bestellung des SPNV können Vorgaben zur Fahrradmitnahme, für Bike+Ride-Anlagen, zum Bau von Fahrradabstellanlagen und für die Tarifgestaltung gemacht werden, die über das hinausgehen, was heute schon getan wird.

Im Bereich der Bundesstraßen kann das Land auch deutlich mehr tun. Eine landesweite Beschilderung sollte auf den Weg gebracht werden, etwas, was im Autoverkehr heute schon völlig selbstverständlich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine Reihe von Kommunen in Niedersachsen, die in ihrem Kompetenzbereich schon Vorbildliches geleistet haben. Dort, wo sich die Räte und Kreistage des Fahrradverkehrs angenommen haben, sind bereits interessante Projekte entwickelt worden. In den Niederlanden wurde viel Wert auf eine Öffentlichkeitsarbeit gelegt, die die besten Konzepte landesweit herausstellt. Denkbar ist beispielsweise die Auslobung eines landesweiten Fahrradpreises für die fahrradfreundlichste Kommune.

Ein anderer Ansatz zur Unterstützung der Kommunen ist die Stärkung der Planungskompetenz. Während in der Regel drei Gebietskörperschaften für Gemeindeverbindungswege, für Kreisstraßen, für Landesstraßen, für Bundesstraßen zuständig sind, hat z. B. der Landkreis Göttingen schon vor längerer Zeit versucht, die Planungskompetenzen auf freiwilligem Wege und in Absprache mit dem Land zu bündeln. Der Landkreis hat neben einem Radwegebedarfsplan ein Lückenschlussprogramm aufgestellt, das die Defizite im Radwegebau für alle Straßenbaulastträger verzeichnet. In Verhandlungen mit dem Land wurde dann darauf gedrun-

gen, dass die Prioritäten aus dem Lückenschlussprogramm des Landkreises bevorzugt abgearbeitet werden.

Ich finde, das ist ein interessanter Ansatz, auch wenn er nicht frei von Problemen ist, weil es beispielsweise Definitionsprobleme gibt, wenn es um Winterdienst und Unterhaltungsmaßnahmen oder Ähnliches geht. Ich meine, es würde sich lohnen, diese Erfahrungen aufzugreifen und zu überlegen, ob man den Kommunen nicht ein Angebot machen kann.

Heute ist es doch oft so, dass die so genannte Prioritätenliste herangezogen wird, die kein Mensch kennt, deren Kriterien zwar nicht willkürlich sind, sich aber nicht unbedingt immer an den Prioritäten vor Ort orientieren. Damit käme der so genannte Modellradwegebau zum Zuge, bei dem die Kommune ihre eigenen Vorstellungen einbringen kann, aber auch 50 % zusätzliche Mittel auf den Tisch legen muss, obwohl es sich dabei zum großen Teil um Radwege an Landesstraßen handelt, die eigentlich in der Straßenbaulast des Landes liegen. Ich meine also, diesbezüglich könnten wir den Kommunen entgegenkommen. Hier könnten wir etwas gemeinsam machen. Auch das wäre ein interessanter Ansatz.

Es gibt noch viele weitere Beispiele für eine zukunftsweisende Förderung des Radverkehrs. Ich schlage daher vor, dass wir in die Beratung des Antrages auch die Verbände wie den ADFC, VCD oder den BUND einbeziehen, und ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Zu dem vorliegenden Antrag möchte sich jetzt Herr Minister Fischer äußern. Bitte sehr!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Blick hinaus zu unseren europäischen Nachbarn ist natürlich immer aufschlussreich. Aber sich in Angelegenheiten des Fahrradfahrens nun gerade auf Holland zu beziehen, ist nicht besonders originell. Denn wir wissen: Den Holländern liegt das Fahrradfahren im Blut.

Herr Wenzel, natürlich wollen auch wir den Fahrradverkehr steigern, den Fahrradtourismus fördern und die Verkehrssicherheit für Radfahrer verbessern. Darin sind wir uns, glaube ich, alle völlig einig. Ich darf daran erinnern, dass wir in der Vergangenheit dafür auch eine ganze Menge getan haben. Leider finde ich im Gegensatz zu Ihren Ausführungen zu Holland hierzu bei Ihnen gar keine Anmerkungen. Deshalb frage ich mich auch, welchen Mehrwert eigentlich ein Masterplan, wie Sie ihn hier ins Spiel gebracht haben, für uns haben soll. Das ist mir aus Ihren Ausführungen nicht ganz klar geworden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sehen wir uns nun einmal Ihre konkreten Maßnahmvorschläge an, Herr Wenzel. Erstes Stichwort: „Radwege an Bundes- und an Landesstraßen“. Ich möchte darauf hinweisen, dass mit insgesamt rund 12.000 km Niedersachsen das mit Abstand längste straßenbegleitende Radwegenetz in der Republik hat. Etwa ein Drittel aller Radwege an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen liegt in Niedersachsen.

(Aller [SPD]: Sehr gut!)

70 % aller Bundesstraßen und 50 % aller Landesstraßen in unserem Land sind längst mit Radwegen ausgestattet. Daran haben alle früheren Landesregierungen mitgearbeitet. Das muss man hier einmal deutlich sagen. Wir haben in den letzten zehn Jahren 435 Millionen DM in den Radwegebau investiert. Ich will hier noch einmal feststellen: Niedersachsen ist mit Abstand bundesweit das führende Radwegeland.

(Beifall bei der SPD)

Zweites Stichwort, das ich aus Ihren Ausführungen aufnehmen will: „Fahrradtourismus“. In Niedersachsen gibt es eine Menge von Fahrradrouten. Vom Wendland über die Fehnroute bis zum Harzrandweg gibt es in Niedersachsen eine Fülle von interessanten und landschaftlich abwechslungsreichen Radtouren. Sie haben dies eben auch erwähnt. Niedersachsen hat in dieser Hinsicht bereits heute sehr viel zu bieten.

Aber wir haben uns natürlich auch noch mehr vorgenommen, um die Attraktivität des Radwegenetzes weiter zu steigern, so z. B. die Entwicklung eines landesweiten Radwegenetzes, das alle radtouristisch interessanten Routen zusammenbindet, oder den Ausbau der einheitlichen Beschilderung

der Radwege. Auch daran arbeiten wir wie auch an der Vernetzung mit anderen touristischen Angeboten, etwa mit dem seit einiger Zeit gültigen Projekt „Bed and Bike“, das Radtouristen ein Verzeichnis fahrradfreundlicher Beherbergungsbetriebe an die Hand gibt. Das ist ein Problem, das lange ungelöst war. Dies ist von uns bereits längst in Angriff genommen worden. Darüber hinaus arbeitet im Auftrage und auch mit finanzieller Unterstützung meines Hauses die Landvermessung und Geobasis Information Niedersachsen zurzeit an einer netzorientierten Neugestaltung der Radwanderkarte Niedersachsens. Dabei wird das Internet nicht nur als Vertriebsweg benutzt, sondern auch als Informationsplattform für das Radwanderland Niedersachsen.

Ich will einen dritten Punkt aufgreifen: die Verknüpfung von öffentlichem Personennahverkehr und Fahrradverkehr. Auch das ist keine neue Erfindung. Sie wissen genau, Herr Wenzel: Zahlreiche Bahnhöfe und auch ÖV-Haltestellen sind in Niedersachsen inzwischen mit Bike-+Ride-Anlagen ausgestattet, und auch die Mitnahme von Fahrrädern ist bei der Bahn im Nahverkehr längst kein Fremdwort mehr. Dass es immer noch ein bisschen mehr sein kann, will niemand bestreiten. Daran arbeiten wir ja auch.

Viertes Stichwort: „Verkehrssicherheit“. Dies haben Sie eben ebenfalls genannt. Auch da haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben z. B. die Broschüre „Sicher auf dem Fahrrad“ für die Schulen erarbeitet. Die mehr als 40.000 Exemplare sind uns von den Schulen förmlich aus der Hand gerissen worden. Diese Broschüre hat sich bewährt, gerade was das Sicherheitstraining für junge Menschen betrifft.

Last but not least will ich die von Ihnen geforderte Absenkung der Bagatellgrenze für Fördermaßnahmen nach dem GVFG ansprechen. Diese haben wir längst umgesetzt, Herr Wenzel. Wir haben nämlich die Grenze von 200.000 DM förderfähiger Kosten auf einen Zuschussbetrag von 50.000 DM gesenkt.

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Die einzelnen Maßnahmen, die Sie in Ihrem Antrag fordern, sind längst Gegenstand unserer Bemühungen um die Förderung des Fahrradverkehrs. Dies ist tägliche Praxis und insofern auch nichts Neues. Aber für darüber hinausgehende Ideen sind wir natürlich immer aufgeschlossen. Ich halte Ihren Vorschlag, alljährlich einen Preis für die fahrradfreundlichste Kommune in Niedersachsen zu ver-

geben, für eine gute Idee. Ich habe z. B. beim Landesfest in Peine gelernt, dass sich diese Stadt sehr intensiv um diese Fragen kümmert. Peine wäre sicherlich ein Kandidat dafür.

(Zustimmung von Schack [SPD])

Ich will diese Idee also gerne aufgreifen, Herr Wenzel. Aber sonst muss ich sagen: Einen niedersächsischen Masterplan für den Radverkehr brauchen wir dafür nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun Herr Kollege Schirmbeck.

Schirmbeck (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sprecher der Grünen hat heute darauf hingewiesen, dass sich die Regierung Albrecht im Jahre 1979 schon große Verdienste um den Radwegebau bzw. zunächst einmal um die Planung von Radwegen in Niedersachsen erworben hat.

(Schack [SPD]: 1989 war das!)

Im Verlauf dieser Überlegungen Ende der 70er-/Anfang der 80er-Jahre haben dann viele Gebietskörperschaften daraus eigene Radwegebearbeitungspläne entwickelt. Diese Radwegebearbeitungspläne werden in der Zwischenzeit innerhalb gewisser Abstände fortgeschrieben. Ich habe einmal aus meinem Archiv im Kreishaus Osnabrück die gesammelten Werke des Landkreises Osnabrück mitgebracht. Das sind also solche Werke. Jetzt darf ich den Grünen sagen: Man kann natürlich immer neue zusätzliche Erkenntnisse gewinnen. Wir wollen uns mit der einen oder anderen Anregung im Fachausschuss gern auseinander setzen. Was wir in diesem Zusammenhang aber brauchen, ist ein bisschen mehr Geld. Wenn wir denn ein bisschen mehr Geld hätten, sollten wir dieses Geld für konkrete Baumaßnahmen verwenden, nicht aber für die Erarbeitung neuer Pläne. Davon hat nämlich höchstens derjenige etwas, der diese Pläne erstellt.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt hatten wir nicht nur eine Regierung Albrecht, was inzwischen leider schon zehn Jahre her ist, sondern wir hatten auch eine Landesregierung, an der die Grünen beteiligt waren. Ich habe eben mit

ganz erstaunten Ohren gehört, dass, als die Grünen dann Regierungsmitglied geworden sind, alles - wie natürlich in allen anderen Politikbereichen auch - besser geworden sei.

Wenn die Aufstellung über den Landeshaushalt von 1990 bis 1994, die ich mitgebracht habe, stimmt, dann gab es für den Radwegebau im letzten Haushalt der Albrecht-Regierung im Jahr 1990 32 Millionen DM. Im Haushalt 1991 - das war der erste Haushalt von Rot-Grün - waren es auch 32 Millionen DM. 1992 waren es noch 24,7 Millionen DM. Dann zog langsam Wahlkampf auf. Deshalb sind Sie noch einmal auf 31 Millionen DM hochgekommen. 1994 aber waren Sie dann wieder bei 21 Millionen DM. Das haben Sie mitverantwortet; das hat Rot-Grün hier so beschlossen. 1995 waren wir bei 17,5 Millionen DM. 1996 waren es 18 Millionen DM. Seit 1997 sind es durchgängig 17 Millionen DM. Das ist die Realität. Also: Wir sind von 32 Millionen DM zur Regierungszeit von Albrecht inzwischen auf 17 Millionen DM heruntergekommen.

Diese Zahlen müssen gelegentlich in Erinnerung gerufen werden. Der eine oder andere stellt sich hier nämlich hin und erklärt auf der Grundlage von irgendwelchen Zahlen, die auch niemand nachprüft, welche großen Werke er geschaffen hat. Das geht ja sogar so weit - ich habe das schon gestern Morgen in der Aktuellen Stunde in einem anderen Zusammenhang deutlich zu machen versucht -, dass der heutige Niedersächsische Ministerpräsident Gabriel - damals noch Fraktionsvorsitzender der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ im Jahr 1999 ein Interview gegeben und dort ausgeführt hat, „... dass das Land Niedersachsen jährlich 25 Millionen DM für den Radwegebau zur Verfügung stelle und er doch einmal zu überlegen gebe, ob man, da die Mittel des Landes knapp seien, die Prioritäten nicht auf andere Bereiche wie z. B. die neuen Technologien an unseren Schulen setzen müsste“.

Dann machen wir das Ganze einfach so, dass wir die 25 Millionen DM für den Radwegebau einige Jahre lang einsparen und mit diesem Betrag stattdessen neue Technologien an unseren Schulen fördern. Man könnte hier durchaus einmal eine Güterabwägung vornehmen. Wenn man nur eine Mark hat, muss man Prioritäten setzen. Wenn man dann aber wiederum sagt, man wolle 25 Millionen DM einsparen, dann wird hier bereits der erste Volksbetrug begangen, weil man nur 17 Millionen DM im Haushalt hat. Wo sind denn die anderen 8 Millionen DM?

(Beifall bei der CDU)

Als Kommunalpolitiker - hier gibt es ja auch Bürgermeister und Landräte, die Sozialdemokraten sind -

(Mühe [SPD]: Mehr als bei euch, mein Lieber!)

weiß man dann jedoch: Die neuen Technologien zahlen wir auf der kommunalen Ebene ohnehin selbst.

Es stimmt natürlich, wie der Sprecher der Grünen ausgeführt hat, dass wir Gemeinde-, Kreis-, Landes- und Bundesstraßen haben und dass es mit der Planung manchmal so eine Sache ist. Manchmal bekommt man Geld für einen Radweg, obwohl es wichtiger wäre, für einen Radweg an einer anderen Straße, die zwar nicht so hoch qualifiziert ist, aus Gründen der Sicherheit für den leichten Verkehr etwas zu tun.

Dazu mache ich Ihnen jetzt einen Vorschlag. Ich habe eben gesagt, dass das Einzige, was wir brauchen - die Kommunen, egal, in welcher Region des Landes sie liegen, wissen ganz genau, wo sie Bedarf haben und wo Prioritäten zu setzen sind; das ist alles festgestellt; das wissen die alles -, Geld ist. Die brauchen Geld. Dann machen wir es nicht mehr aus so vielen Töpfen, sondern Sie machen nur eines, nämlich das, was Ihnen der Staatsgerichtshof aufgegeben hat: einen verfassungsgemäßen kommunalen Finanzausgleich. Wenn wir diesen verfassungsgemäßen kommunalen Finanzausgleich haben, bekommen wir gerade in der Fläche zusätzlich das Geld. Dann sind die Gebietskörperschaften liquide. Dann bauen wir die Radwege dort, wo wir im Einzelnen Prioritäten gesetzt haben. Das ist eine ganz seriöse Sache.

(Beifall bei der CDU)

Das, was wir heute Morgen vom Ministerpräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden gehört haben, betraf auch Verwaltungsvereinfachung. Das heißt, weniger Bürokratie, weniger Planung, und die paar Mark, die wir dann haben, geben wir für etwas aus, was wir wirklich brauchen.

Im Übrigen stelle ich fest, dass wir überall im Lande Radwege nicht deshalb bauen, weil wir nichts Besseres zu tun haben oder weil sich da irgendjemand selbst verwirklichen will, sondern wir bauen sie, weil wir die Schulwege erschließen wollen, weil wir touristische Ziele erschließen und vernet-

zen wollen, weil wir damit weiter gehende Konzepte umsetzen wollen. Wir wollen aber nicht einfach nur irgendwie einen Radweg an irgendeiner Straße bauen. Wir befinden uns hier insgesamt auf einem sehr guten Weg.

Ich kann Sie nur auffordern: Entbürokratisieren Sie dieses Land! Sorgen Sie dafür, dass im Landeshaushalt Mittel freigesetzt werden! Machen Sie einen verfassungsgemäßen kommunalen Finanzausgleich! Dann kriegen wir eine ganze Menge auf den Weg.

Wir stehen jetzt vor der Situation, dass wir den Modellradwegebau, dessen Erfinder meiner Erinnerung nach Josef Stock war, der letzte Innenminister der Albrecht-Regierung, jetzt in einen Gemeinschaftsradwegebau umgewidmet haben. Im Normalfall gibt es jetzt also nur noch einen Gemeinschaftsradwegebau. Das heißt, dass wir jeden Radweg - egal, wo er liegt - vor Ort mit 50 % bezuschussen müssen. Wenn ich Gebietskörperschaften habe, die das nicht können, weil der Finanzausgleich so bescheiden und so verfassungswidrig ist, wie er ist, können in solchen strukturschwachen Regionen eben überhaupt keine Radwege mehr gebaut werden, weil diese Maßnahme quasi auf freiwilliger Basis läuft.

Herr Wirtschaftsminister, insgesamt möchte ich mich bei den Mitarbeitern der Straßenbauverwaltung und auch bei den Mitarbeitern Ihres Hauses bedanken. Aufgrund der sehr entgegenkommenden und sehr konstruktiven Zusammenarbeit mit Ihrem Hause und mit Ihren nachgeordneten Dienststellen bei vielen Projekten haben wir durchaus das eine oder andere zuwege gebracht, was wir sonst vielleicht nicht zustande gebracht hätten.

(Schurreit [SPD]: Auch in deinem Wahlkreis!)

- Ja, auch in meinem Wahlkreis. Der Minister hat mir gesagt: Ein guter Abgeordneter, eine gute Rede gibt einen Radweg mehr. - Deshalb sage ich das ja auch.

(Beifall bei der CDU - Biel [SPD]: Schorse, jetzt ganz im Ernst! Jetzt müssen 20 km zurückgebaut werden!)

- Ja, das kommt jetzt. Nach dem, was ich jetzt vortrage, bekommen der Landkreis Osnabrück und die übrigen CDU-regierten Landkreise in den nächsten zehn Jahren keinen Radweg mehr, wenn

sie denn das Elend ertragen müssen, dass Sie noch so lange regieren.

Ich möchte Ihnen jetzt noch eines vorlesen, Herr Wirtschaftsminister. Heute Morgen war schon einmal die Rede davon, dass Sie in einer Broschüre zum Ausdruck gebracht haben, dass das Land für den Bundesverkehrswegeplan keine neuen Fernstraßen angemeldet hat. Diese Broschüren hat ja nicht unsere Werbeagentur in Auftrag gegeben, sondern Sie. Damit haben Sie sich ja gebrüstet. Dort steht dann im letzten Absatz:

„Bei den Einschränkungen des Pkw-Verkehrs geht die Landesregierung mit gutem Beispiel voran. Dienstfahräder in Ministerien und Behörden, rad- und bahnfahrende Minister und Ministerinnen.“

Betreiben Sie nun aber nicht zu viel Bürokratie, also nicht zu umfangreiche Erhebungen. Vielleicht könnten Sie uns aber einmal eine Übersicht darüber geben, wie viele rad- und bahnfahrende Ministerinnen und Minister wir in Niedersachsen haben. Wenn diese Räder angeschafft worden sind, möchte ich wissen, welchen Auslastungsgrad sie haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja wirklich zum Schmunzeln. Sie können aber einmal sehen, welch ein Unsinn von dieser Regierung in den letzten zehn Jahren mit den knappen Ressourcen eines so strukturschwachen Landes wie Niedersachsen gemacht worden ist. Das verkaufen Sie uns dann als „Zehn Jahre Erfolgsbilanz“. Ich bin stolz, das sagen zu können. Ich hätte in den letzten zehn Jahren lieber auf der Regierungsseite gesessen und nicht bei der Opposition. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Nun hören wir Herrn Kollegen Biel.

(Möllring [CDU]: Das ist jetzt natürlich ein Abstieg!)

Biel (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Fahrrad ist das beste, umweltverträglichste und das der Gesundheit am meisten zuträg-

liche Verkehrsmittel für die tägliche Fortbewegung im ortsnahen Bereich.

(Fischer [CDU]: Schönheitsscater!)

Die Landesregierung sieht dieses so und setzt auch hier ihre Prioritäten. Das fahrradfreundliche Klima, wie wir es heute hier im Landtag haben, muss natürlich in die Köpfe der Menschen transportiert werden. Dazu gehört in erster Linie das Vorleben, Herr Möllring. Ich gehe davon aus, dass Sie das der Bevölkerung entsprechend vorleben werden. Ich könnte hier jetzt die Frage stellen: Wer von den Abgeordneten besitzt überhaupt ein vernünftiges Fahrrad?

(Zurufe: Hier! Hier! Hier! - Fischer [CDU]: Du bist über das Dreirad nicht hinaus gekommen!)

- Ja, ja, ja. Die nächste Frage ist natürlich - - -

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Biel, eine Volksbefragung ist hier nicht vorgesehen.

Biel (SPD):

Ich könnte aber auch weiter fragen, Herr Präsident, wie oft und wozu es benutzt wird. Wenn Sie ehrlich sind, meine Damen und Herren, gibt es doch nur ganz wenige, die den inneren Schweinehund überwinden und das Fahrrad für ihre tägliche Fortbewegung nutzen. Vom Urlaub auf dem Fahrrad ganz zu schweigen. Wenn Sie täglich bequeme 50 km zurücklegten, könnten Sie 64 Tage auf Fahrradwegen an niedersächsischen Bundesstraßen fahren, um alle vorhandenen Kilometer einmal zu befahren. Würden Sie das Gleiche an den Landesstraßen wiederholen, Herr Möllring, bräuchten Sie 82 Tage.

In Niedersachsen gibt es das längste Radwegenetz der Bundesrepublik, und es wird ständig erweitert. Die Möglichkeiten für das Fahrradfahren sind in Niedersachsen gut. Das soll aber nicht heißen, dass sie nicht ständig verbessert und erweitert werden müssen. Nur wer selbst mit dem Fahrrad fährt, kann die Schwachstellen im Fahrradverkehr erkennen. In vielen Kommunen muss man sich auf das alte Verkehrsmittel Fahrrad neu einstellen. Mit kleinen baulichen Änderungen lassen sich viele Mängel beheben.

Ich halte es übrigens für eine gute Einrichtung, wenn zum „Tag der Niedersachsen“ eine Fahrradsternfahrt von AOK und ADAC organisiert wird. In diesem Jahr haben 600 Menschen daran teilgenommen, unter ihnen unser Innenminister und ein MdL, der der SPD angehört.

(Beifall bei der SPD – Oh! bei der CDU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, diejenigen, die in diesem Jahr gefehlt haben, haben im nächsten Jahr die Gelegenheit, es in Lüneburg nachzuholen, wo der nächste „Tag der Niedersachsen“ stattfindet. Dort wird es wieder eine Fahrradsternfahrt geben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gehe nach diesen Zwischenrufen davon aus, dass es eine starke Beteiligung der MdL geben wird.

Meine Damen und Herren, die Idee eines Preises für die fahrradfreundlichste Kommune im Antrag der Fraktion der Grünen finde ich nicht schlecht.

Zum Schluss möchte ich einige in Peine praktizierte Beispiele nennen.

Erstens. Der Rat führt jährlich eine Fahrrad-Informationsfahrt durch die Stadt durch.

Zweitens. Der Rat hat ein Radwegeverkehrskonzept verabschiedet, welches abgearbeitet und auch ständig fortgeschrieben wird.

(Fischer [CDU]: Deshalb heißt es ja auch Stadtrat!)

Drittens. Mein lieber Herr Fischer, seit acht Jahren führen wir erfolgreich den „Tag des Fahrrads“ durch. An der Informationsveranstaltung auf dem Marktplatz nehmen mehrere tausend Menschen teil und fahren an diesem Tag mit dem Fahrrad.

Ich bin mir sicher, dass auch andere Kommunen über ähnliche Aktionen berichten können.

Meine Damen und Herren, ich freue mich natürlich auf die Beratung im Ausschuss. Ich kündige für die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag an und beantrage gleichzeitig, dass der Ausschuss für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen mit der Mitberatung beauftragt wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Wenzel möchte die Restredezeit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nutzen.

(Zuruf von der CDU)

Wenzel (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Jahn. – Es waren gerade noch fünf Minuten; jetzt sind sie weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe bei diesem Antrag bewusst darauf verzichtet, Öl ins Feuer zu gießen.

(Biel [SPD]: Das habe ich auch nicht gemacht!)

Ich habe deswegen auch noch einmal bewusst an die Kampagne der Regierung Albrecht erinnert. „Die Regierung Albrecht bittet aufs Rad“ hieß das damals. Ich bin auch nicht tiefer in die Aktivitäten der Landesregierung eingestiegen, Herr Fischer. Aber nichtsdestotrotz möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen, dass es nicht darum geht, dass hier jeder erklärt, dass er sowieso schon einmal mit dem Fahrrad gefahren ist und im Übrigen auch alles ganz toll findet, sondern dass es wirklich um einen Quantensprung geht.

Wenn man die Quote von derzeit 11 % auf 20 % steigern will, dann ist das wirklich ein Faktor in der Verkehrspolitik und in vielen Städten und Dörfern, die heute unter einer hohen Verkehrsbelastung leiden. Ich meine, dann braucht es mehr.

(Schurreit [SPD]: Mit welchen Instrumenten, Stefan?)

Deshalb wünsche ich mir, dass wir das Thema ernsthaft diskutieren, weil ich meine, es könnte ein Gewinn für Niedersachsen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Was ich aus der Debatte mitnehme und was wir alle mitnehmen können, ist, dass wir alle wohl zum nächsten „Tag der Niedersachsen“ in Lüneburg mit dem Fahrrad radeln werden.

Ich schließe die Beratung. Wer dafür ist, dass sich der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr federführend sowie die Ausschüsse für innere Verwaltung, für Haushalt und Finanzen und für Freizeit,

Tourismus und Heilbäderwesen mitberatend mit dem vorliegenden Antrag befassen, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist so beschlossen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich auf

Tagesordnungspunkt 38:

Erste Beratung:

Einsetzung einer Enquete-Kommission zur künftigen Arbeit des Niedersächsischen Landtages am Beginn des 21. Jahrhunderts

- Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1678

(Unruhe)

- Ich hatte nicht gesagt, dass wir nun in eine allgemeine Aussprache eintreten, sondern ich möchte gern bekannt geben, dass wir beim nächsten Tagesordnungspunkt sind.

Ich ruhe zunächst die Wortmeldung des Kollegen Schünemann von der CDU-Fraktion auf, danach die des Kollegen Schröder und dann die des Kollegen Möhrmann.

Schünemann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beeindruckende Bewerbungsrede des Ministerpräsidenten für das Europäische Parlament heute Morgen hat noch einmal vor Augen geführt, dass wir durchaus darüber nachdenken sollten, ob wir nicht die Aufgaben unseres Landes neu definieren müssen. Aber vor allen Dingen sollten wir darauf achten, dass wir in unseren Kernkompetenzen die Zuständigkeit behalten. Die Kernkompetenzen liegen in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit und Arbeit und Soziales.

Wenn wir bei der europäischen Zusammenarbeit und der Globalisierung tatsächlich daran denken, dass wir mit den anderen Bundesländern und den anderen europäischen Regionen im Wettbewerb stehen, dann müssen wir als Landesparlament vor allen Dingen auch darauf achten, dass wir die Entscheidungskompetenz haben. Denn wenn wir in der Zukunft die Entscheidungskompetenz nicht mehr haben, werden wir in diesem Wettbewerb nicht bestehen können. Ich begrüße deshalb sehr, dass wir in der Enquete-Kommission über diese Frage sprechen werden und dass wir zu diesem

Bereich sicherlich auch Vorschläge bekommen werden.

Wir müssen genauso aufpassen, dass wir als Parlament nicht irgendwann als eine Art Aufsichtsrat fungieren und vielleicht sogar noch weniger Kompetenzen haben als ein Aufsichtsrat. Denn wenn ich mir die Praxis vor Augen führe, dass sehr häufig in Kultusministerkonferenzen und in Gremien wie dem Bündnis für Arbeit entschieden wird und dass wir im Parlament anschließend vielleicht noch ratifizieren, aber nicht mehr ernsthaft diskutieren und die Entscheidung herbeiführen, dann muss uns das nachdenklich stimmen. Wir sollten wirklich aufpassen und alles dafür tun, dass wir die Entscheidung im Parlament herbeiführen, statt einfach nur die Hand zu heben. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir Wege fänden, diese Kompetenz wieder in das Parlament zurückzubekommen. Deshalb begrüße ich auch in dem Bereich die Einsetzung einer Enquete-Kommission.

Worüber ich mir allerdings durchaus Gedanken mache, sind die Parlamentsorganisation und der Ablauf der Plenardebatte. Aus meiner Sicht müssen darüber keine langen Untersuchungen in der Enquete-Kommission durchgeführt werden, weil doch eigentlich die Entscheidungen und Vorschläge auf dem Tisch liegen. Wir sollten so schnell wie möglich darangehen, die Plenardebatten interessanter zu gestalten. Wir von der CDU-Fraktion haben vieles vorgeschlagen. Leider Gottes mussten wir feststellen, dass die Mehrheitsfraktion fast in jedem Fall diesem Begehren nicht nachgekommen ist.

Langsam muss ich Ihren Fraktionsvorsitzenden Herrn Plaue ein wenig in Schutz nehmen. Ich verstehe nicht, warum Sie ihn so im Regen stehen lassen. In einer NDR-Diskussion hat sich Herr Plaue sehr mutig nach vorne gewagt und gesagt, dass Schwerpunktsetzungen natürlich möglich sind und dass Sie das in der Vergangenheit auch gemacht haben. Er musste dann zwar feststellen, dass es in der Vergangenheit normalerweise nicht so war, aber Sie haben – damit er nicht ganz blamiert ist – vor vier Wochen Schwerpunktsetzungen zugestimmt. Dann ist es hervorragend gelaufen. Sogar der Landtagspräsident hat im NDR zustimmend gesagt, dass es eine sehr lebhaftige Debatte war und dass man darauf aufbauen kann.

In dieser Plenarwoche aber haben Sie Ihren Fraktionsvorsitzenden im Stich gelassen. Sie haben alles

zurückgenommen. Meine Damen und Herren, das hat sogar Herr Plaue nicht verdient.

(Beifall bei der CDU – Frau Pawelski
[CDU]: Das heißt schon was!)

Wir sollten die Ergebnisse der Enquete-Kommission hierzu nicht mehr abwarten, sondern sofort starten und die Vorschläge, die bereits gemacht worden sind, ausprobieren. Meine Damen und Herren, wenn wir es wirklich nicht schaffen, die Plenardebatten attraktiver zu machen und aktueller zu werden, dürfen wir uns nicht wundern, wenn der Landtag und auch die Abgeordneten irgendwann nicht mehr ernst genommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns natürlich auch darauf vorbereiten, dass die Kontrollrechte des Parlaments immer weniger möglich sind. Das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Wenn wir über die Einführung einer neuen Haushaltsordnung und über Budgetierung nachdenken, brauchen wir natürlich auch Vorschläge, wie wir unsere Kontrollrechte weiterhin wahrnehmen können. Hierfür begrüße ich die Enquete-Kommission auf jeden Fall.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns so schnell wie möglich zu Entscheidungen kommen. Lassen Sie uns auch mutig sein und durchaus darüber nachdenken, ob wir das Parlament nicht verkleinern könnten. Wir als CDU haben dazu ja bereits klare Beschlüsse gefasst. Wir haben gesagt, dass 135 Abgeordnete für ein Flächenland wie Niedersachsen ausreichend sind. Aber wir müssen diese Abgeordneten dann auch vernünftig ausstatten. Deshalb war unser Vorschlag - ich hoffe, dass dieser in der Enquete-Kommission aufgenommen wird -, dass wir jedem Abgeordneten einen Mitarbeiter an die Hand geben können, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist. Nur in Schleswig-Holstein und in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen wird den Abgeordneten lediglich eine Schreibkraft zur Verfügung gestellt. Nein, meine Damen und Herren, weniger Abgeordnete, aber eine professionellere Arbeit, das muss ermöglicht werden. Wir müssen auch den Mut haben zu sagen, dass das vielleicht ein wenig mehr Geld kostet. Aber das können wir durchaus verkaufen, wenn wir den Mut haben, das Parlament insgesamt zu verkleinern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Arbeit der Enquete-Kommission. Wir haben darauf gedrängt, dass wir schnell zu Ergebnissen gelangen und uns nicht erst zum Ende der Legislaturperiode Ergebnisse vorliegen. Wir haben gesagt, dass die Ergebnisse spätestens in einem Jahr auf dem Tisch liegen müssen, damit wir noch in dieser Legislaturperiode zu einem attraktiveren Parlament gelangen.

Meine Damen und Herren, die Bevölkerung schaut auf die Abgeordneten. Wir müssen unsere Arbeit vernünftig machen. Wir müssen uns vernünftig darstellen. Wir müssen vor allem auch den Mut haben, Berichte vonseiten der kommunalen Spitzenverbände, vonseiten des Landesrechnungshofes und von anderen im Parlament anzuhören. Das kann nicht nur in Ausschüssen, hinter verschlossenen Türen stattfinden. Das sind wichtige Dinge. Wir sollten diese Debatten hier im Parlament führen. Dafür sollten wir uns öffnen.

(Beifall bei der CDU)

Das Öffnen des Parlamentes bedeutet also, dass die Reden hier im Parlament nicht nur von Abgeordneten, sondern auch von anderen geführt werden. Es macht aber wenig Sinn, dass wir uns nur öffnen und nur irgendwelche Parallelveranstaltungen durchführen. Das müssen wir nach meinem Dafürhalten etwas zurückführen. Hier sind die Entscheidungen zu treffen. Dafür sollten wir sorgen. Ich hoffe, dass die Enquete-Kommission vernünftige Beschlüsse fassen wird. Wir werden jedenfalls aktiv daran mitarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Schröder hat das Wort.

Schröder (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einrichtung von Kommissionen gilt in der Politik als sicherstes Mittel, ein ungeliebtes Thema zu beerdigen. Diesen Verdacht kann man hier durchaus haben. In der letzten Wahlperiode ist eine sehr ausführliche Diskussion zur Parlamentsreform an der Verweigerungshaltung der SPD gescheitert, und auch in dieser Wahlperiode sind alle Reformansätze für eine wirkliche Reform des Landtages bisher an der Verweigerungshaltung der SPD gescheitert.

Ich will daran erinnern, dass wir bereits in der allerersten Sitzung dieses Landtages in dieser Wahlperiode eine Fülle von Vorschlägen unterbreitet haben, wie die Arbeit im Landtag lebendiger und aktueller gestaltet werden könnte, z. B. durch Redezeitkontingente für die Fraktionen, durch Schwerpunktdebatten, durch kürzere Fristen, durch öffentliche Ausschusssitzungen oder dadurch, dass wir den Fraktionen mit einem Jour fixe ermöglichen, ihnen wichtige Themen auf den Vormittag zu legen, um so eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Alle diese Vorschläge sind im Geschäftsordnungsausschuss nie intensiv diskutiert worden, und seit geraumer Zeit tagt dieser Ausschuss überhaupt nicht mehr. Nebenbei bemerkt: Dieser Ausschuss könnte wohl als einer der ersten abgeschafft werden, und die wenigen verbleibenden Aufgaben - z. B. in Immunitätsangelegenheiten - könnten wir einem neuen Leitungsgremium des Landtages, das die Aufgaben des bisherigen Ältestenrates und Präsidiums wahrnimmt, übertragen.

Meine Damen und Herren, es kann wohl keinen Zweifel daran geben, dass eine Reform des Landtages an Haupt und Gliedern notwendig ist. So wie es ist, kann und darf es nicht weitergehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nehmen wir den heutigen Sitzungstag als Beispiel. Zunächst gab es über mehrere Stunden eine Regierungserklärung nebst Aussprache, bei der hinterher auch viele Zuhörer nicht wussten, warum diese Regierungserklärung heute und in diesem Umfang, mit Redebeiträgen bis zu einer Stunde Dauer, notwendig war. Für mich war das jedenfalls ein hochgradig ritualisierter Schlagabtausch zwischen dem Ministerpräsidenten und den drei Fraktionsvorsitzenden, und von ein paar rhetorischen Glanzstückchen einmal abgesehen ist dieser Schlagabtausch zwischen vier Personen meist ermüdend vorhersehbar bis hin zum Rückgriff auf Auseinandersetzungen, Erfolge und Niederlagen, die vor vier oder fünf Wahlperioden einmal wichtig gewesen sind.

Danach hatten wir die Dringlichen Anfragen. Die CDU hatte ihre gleich zurückgezogen, weil alles, was sie noch hätte fragen können, aufgrund eines Geschäftsordnungstricks der SPD-Fraktion von gestern Morgen bereits Stunden zuvor - und zwar im Wortsinne - erschöpfend abgehandelt worden war.

Bei der Anfrage der SPD ging es um einen sicherlich bedauerlichen Einzelfall in Uelzen. Aber selbst bei wohlwollender Betrachtung fällt es mir schwer, in diesem bedauerlichen Einzelfall einer 100-Jährigen in Uelzen ein Thema dringlicher landespolitischer Bedeutung zu sehen.

Die Anfrage meiner Fraktion hatte sicherlich ein für Landwirte und Verbraucher interessantes Thema zum Gegenstand. Aber ob es uns gelungen ist, die politische Brisanz gentechnisch manipulierten Saatgutes für die niedersächsische Landwirtschaft rüberzubringen, will ich einmal dahingestellt sein lassen.

Vom Ablauf einmal ganz zu schweigen, dass wir die Hälfte der Zeit damit verbringen, vom Sitzplatz zum Podium zu gehen und die Minister sozusagen ständig in Bewegung bleiben, anstatt einfach einmal zwei oder drei Saalmikrofone anzuschaffen und die Minister hier vorne stehen zu lassen.

Danach gab es den üblichen bunten Strauß von Anträgen, alle über den gleichen zeitlichen Leisten von 35 Minuten geschlagen, gleichgültig, ob das Thema komplex oder überschaubar ist, gleichgültig, ob das Thema alle Menschen im Lande bewegt oder nur Stoff zum Nachlesen für einige wenige Spezialisten liefert.

Meine Damen und Herren, es ist daher kein Wunder, dass das Interesse an diesen Formen ritualisierter Politik wahrnehmbar abnimmt. Verschärft wird die drohende Ansehenskrise des Parlamentes durch eine gefährliche Parallelentwicklung. Neben diesen erstarrten Formen der politischen Auseinandersetzung haben wir es nämlich in mehrerer Hinsicht mit einem galoppierenden Bedeutungs- und Kompetenzverlust des Landtages zu tun; einige Beispiele sind bereits genannt worden. Wir haben zunächst die aktuellen Entwicklungen im Haushaltsrecht. Was bedeutet heute eigentlich noch das Budgetrecht, das vornehmste und älteste Recht eines Parlamentes, angesichts budgetierter Globalhaushalte, in denen in einigen Jahren steht „vermischte Sach- und Personalausgaben des Ministeriums: x Millionen DM, gegenseitig deckungsfähig“? Was ist daran noch Budgetrecht?

Was bedeutet die Gesetzgebungskompetenz des Landtages in einer Situation, in der uns eine zunehmende Regelungsdichte auf europäischer Ebene zwingt, z. B. bestimmte Grenzwerte aus EU-Verordnungen in Wasserrechtsnovellen auf Punkt und Komma umzusetzen? - Was bedeutet

eigentlich die Gesetzgebungskompetenz des Landtages bei Staatsverträgen, die insbesondere im medienpolitischen Bereich eine zunehmende landespolitische Bedeutung haben, bei denen wir als Landtag nur noch Ja oder Nein sagen können und nicht ein Jota ändern können? - Was bedeutet eigentlich die Kontrollfunktion des Landestages bei neuen Arbeitsformen der Exekutive in der Regierungskoordination zwischen Ländern, Ministerpräsidenten, Fachministerkonferenzen? - Jede Entscheidung der Innenministerkonferenz, jede Entscheidung der Kultusministerkonferenz ist nach meiner Überzeugung politisch bedeutsamer als jeder gut gemeinte Entschließungsantrag in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, ich habe die Hoffnung, dass wir einige Antworten auf diese Fragen in der Enquete-Kommission finden werden und dass wir, wenn wir viel Glück haben, das eine oder andere vielleicht auch noch bis zum Ende dieser Wahlperiode umsetzen können. Erwarten kann ich das, insbesondere was den Bereich der Parlamentsarbeit angeht, nach den bisherigen Erfahrungen jedoch kaum. Aber hoffen, meine Damen und Herren, hoffen darf ich doch immer. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Möhrmann hat das Wort.

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass wir über diese gemeinsame Entschließung sofort abstimmen werden. Der Landtag hat sich ein ganz wichtiges Ziel gesetzt und einen hehren Anspruch erhoben. Ob dies erreicht werden kann, wissen wir alle nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass schon andere Landtage und auch der Bundestag solche Kommissionen eingesetzt haben. In Kenntnis deren Ergebnisse tagen wir auch heute. Die Dinge, die sich als erfolgreich erwiesen haben, sind umgesetzt worden. Wir sind als niedersächsisches Parlament führend, was die Debattenlage, den Landtag und die Mitwirkung des Landtages angeht. Von daher gibt es meines Erachtens zwei Punkte, die ich zu Beginn kurz ansprechen möchte.

Wir gehen nicht mit einem fertigen Ergebnis in die Enquete-Kommission. Wir sagen also nicht, Re-

form ist nur dann Reform, wenn das herauskommt, was wir vorher gedacht haben, sondern wir sind der Auffassung, dass wir in der Enquete-Kommission Zeit und Gelegenheit haben sollten, die Probleme eindeutig zu diskutieren. Ich will das einmal an einem Beispiel verdeutlichen: Der Kollege Schröder hat eben beklagt, dass die Debatte von heute Morgen aus seiner Sicht nicht so gelaufen ist, wie sie hätte laufen können. Es war aber ein Schwerpunkt. Es war der Schwerpunkt der Regierungserklärung zu einem Thema, das der Ministerpräsident gesetzt hatte. Woher nehmen Sie den Optimismus, dass es so viel anders wird, wenn die Fraktion X oder Y einen Schwerpunkt setzt, und dass es dann so wird, wie Sie es als Fortschritt begreifen würden? Von daher kann man natürlich über solche Schwerpunktsetzungen reden, aber es ist immer abhängig von den Handelnden und von der Sichtweise derjenigen, die das zu beurteilen haben.

Meine Damen und Herren, man merkt es ja förmlich: Es ist natürlich bei der Einsetzung einer solchen Enquete-Kommission immer auch eine Frage von Taktik derjenigen, die dort mitdiskutieren und die natürlich etwas erreichen wollen.

Worum geht es? Es geht in der Tat darum - und deswegen finde ich, dass der Ministerpräsident heute Morgen einen ganz wichtigen Beitrag geleistet hat -, in Anbetracht der europäischen Veränderungen den Standort des Landtages und des Landtagsabgeordneten, des Parlamentariers, neu zu bestimmen und zu überlegen: In welchen Bereichen gibt es eine tatsächliche Entscheidungskompetenz? Wo haben wir nur noch so etwas wie eine Kontrollkompetenz? Gibt es vielleicht Bereiche, wo wir nur eine Mitbestimmungskompetenz haben? Wo werden wir möglicherweise nur noch informiert oder angehört? All dieses müsste wohl im Rahmen der föderalen Ordnung Deutschlands und auch im Rahmen der Europäischen Union in dieser Enquete-Kommission beleuchtet werden.

In dem Entschließungsantrag wird ein hehres Ziel geäußert: Es geht um die Kultur der Debatte. Da ist ja immer die Frage: Was versteht man eigentlich darunter? Ich erinnere mich an die Zeiten, als Wehner und Strauß im Bundestag gestritten haben. Das ist bei der Bevölkerung nicht so angekommen, wie wir es heute diskutieren. Wir sagen heute: Das war noch Parlamentarismus, wie wir ihn uns eigentlich vorstellen. Herbert Wehner war aber Anführer bei den Ordnungsrufen.

(Möllring [CDU]: War das jetzt positiv gemeint oder negativ?)

Was ist eigentlich Kultur der Debatte, und wie macht man das fest? Wer betrachtet das eigentlich? Jeweils der Abgeordnete bei seiner eigenen Fraktion oder auch jemand bei der anderen Fraktion? Ich meine, auch darüber müssen wir reden. Ich glaube auch nicht, dass es dabei darum geht, die Abgeordneten zu zwingen, frei zu reden und nicht mehr abzulesen und ihnen sonst möglicherweise das Wort zu entziehen. Ich glaube auch nicht, dass es darum geht, nun festzulegen, was noch parlamentarisch ist und was nicht. Von daher glaube ich: „Kultur der Debatte“ ist ein Begriff, der an jedem Parlamentstag neu mit Inhalt gefüllt werden muss. Ich bin ganz sicher, dass es auch dann, wenn eine Debatte von Außenstehenden als eine gute Debatte betrachtet worden ist, durchaus Kritiker geben wird, die sagen werden: Das war aber nicht das, was wir wollen. Das ist nicht das, was wir unter dem Begriff „Kultur“ verstehen.

(Möllring [CDU]: Das haben wir heute bei der Regierungserklärung erlebt!)

Meine Damen und Herren, es gibt ein weiteres interessantes Thema. Wir wollen die Stellung der Abgeordneten beleuchten. Wie wäre es denn, wenn die Abgeordneten in den großen Fraktionen die gleiche Stellung hätten wie die Abgeordneten der Grünen, wenn sie z. B., auf die Person bezogen, die gleichen Redezeiten beanspruchen könnten? Wäre das dann die Stellung, die wir wollen, oder woran muss man das festmachen? Ich meine, es gibt auch in dieser Frage eine ganze Menge an Punkten zu erörtern.

Dann wollen wir darüber nachdenken, welche Anforderungen die Öffentlichkeit an uns stellt. Die Frage ist ja: Welche Öffentlichkeit meinen wir? Meinen wir die Damen und Herren oder die Schüler, die zum Zuhören hierher kommen? Meinen wir die Presse? Meinen wir das Fernsehen? Wer ist mit „Öffentlichkeit“ gemeint? Oder meinen wir unseren Wahlkreis? Auch darüber kann man wohl trefflich streiten.

Eines ist mir in der Tat wichtig: Ich bin gern bereit, darüber nachzudenken, ob eine Dringliche Anfrage, wie sie heute Morgen von uns oder von Ihnen gestellt worden sind, oder ob Entschließungsanträge von uns oder von Ihnen allen wirklich Themen sind, mit denen sich der Landtag beschäftigen

muss. Auch da ist es doch nicht so sehr eine Frage der politischen Beurteilung, ob es ein Landesthema ist oder nicht, sondern - seien wir doch ehrlich - es ist eine Frage der politisch-taktischen Erwägung in der Fraktion, ob sie ein Thema aufspießt, auch wenn es eigentlich nur lokal von Bedeutung ist. In der Hoffnung, es werde dann doch landespolitisch bedeutsam, wird es hier oft besprochen.

Meine Damen und Herren, wir wollen das Plenum entlasten. Da stellt sich die spannende Frage: Wie kriegt man das hin? Wenn wir wirklich zu diesen Schwerpunktdebatten kommen, dann bedeutet das doch, dass wir wahrscheinlich eine ganze Menge von Anträgen in öffentlichen Ausschusssitzungen werden beraten müssen, weil wir uns im Plenum auf bestimmte Anträge oder Gesetzentwürfe konzentrieren. Wir sehen doch, wie z. B. die Öffentlichkeit die Diskussion in unseren Ausschüssen wahrnimmt. Wir müssen uns doch auch auf die Realitäten einstellen. Wer ein kommunales Mandat hat, der weiß doch, wann Ausschüsse für Menschen oder für Wahlbürger interessant sind und wann nicht. Ich meine, im Landtag wird das nicht sehr viel anders sein.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zur Frage der Anzahl der Abgeordneten sagen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es ist ja interessant, dass die CDU sagt: Wir sind uns einig. Wenn man aber mit Ihren Abgeordneten redet, Herr Schünemann, dann hört man häufig etwas anderes.

(Schünemann [CDU]: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

- Das kann ich mir schon vorstellen, weil ich weiß, welche Betroffenheit entsteht, wenn es konkret darum geht, auf Wahlkreise zu verzichten oder Wahlkreise neu zu schneiden. Das ist aber nicht das Hauptproblem. Das Hauptproblem ist nach meiner Ansicht ein anderes. Ist es eigentlich gerechtfertigt, dass ein Abgeordneter, der in einem Ballungsraum wie z. B. Hannover wohnt, mit dem Fahrrad, über das wir ja gerade trefflich diskutiert haben, innerhalb von einer Stunde seinen Wahlkreis abfahren kann, während ein anderer oder eine andere das nicht einmal in zwei Stunden mit dem Auto schafft? Wie ist eigentlich Präsenz von Landespolitik oder Wahlkreisarbeit dann noch zu gestalten? Ich meine, dass das dabei auch eine ganz entscheidende Frage sein muss.

Es geht sogar so weit - ich wäre da durchaus offen, wenn denn Wirtschaftlichkeit bei Demokratie eine Rolle spielt, wie uns das der Bund der Steuerzahler immer einzureden versucht -, auch über die Frage zu diskutieren: Ist ein Feierabendparlament ausreichend? Ich habe die Befürchtung: Dann haben wir es in der Tat nur noch mit Parlamentariern zu tun, die sich das leisten können, und mit Parlamentariern, die wirklich aus Ballungsräumen kommen. Alle anderen würden dann keine Rolle mehr spielen.

(Möllring [CDU]: Dann würden wir jetzt erst anfangen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nur ein paar Punkte angesprochen. Ich will aber hier noch einmal ganz deutlich sagen: Man kann in diese Enquete-Kommission mit vorgefassten Meinungen hineingehen und sagen: Wenn ich mich da durchsetzen kann, war es erfolgreich, und wenn nicht, war es ein Misserfolg. Wenn wir so an die Sache herangehen, haben wir aber ein Problem. Wir sind offen für Diskussionen, und ich hoffe, dass uns das in der Enquete-Kommission gelingen wird. Vielleicht sind wir dann ja auch Vorbild für andere Landesparlamente in Deutschland. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über den Antrag gleich in zweiter Beratung verhandelt und damit die Entscheidung herbeigeführt wird. Ich frage entsprechend unserer Geschäftsordnung zunächst, ob Ausschussüberweisung beantragt wird. - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Zur Ausschussüberweisung kommt es deshalb nicht.

Wir stimmen daher jetzt über den eingangs genannten Antrag in der Drucksache 1678 ab. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach den Gegenstimmen und frage, ob Herr Meinhold auch mitstimmen will oder nicht.

(Meinhold [SPD]: So viel Zeit muss sein, Herr Präsident!)

Er war dabei, die Parlamentsreform auf seine Weise zu lösen, und ich war in der Abstimmung. Darum muss ich das Letzte wiederholen. Wer also dem hier vorliegenden Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich noch einmal um das Handzeichen, damit auch Herr Meinhold mitstimmen kann. Das macht er jetzt. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

(Adam [SPD]: Was ist mit Herrn Wulff?)

Wir sind damit am Ende der Beratung des heutigen Tages. Ich wünsche allen, die feiern oder nicht feiern, einen angenehmen Abend und hoffe, dass das Donnerwetter draußen glimpflich an uns vorbeigeht.

Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 17.38 Uhr.